



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

10. Sitzung

4. Wahlperiode

Mittwoch, 12. März 2003, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel und Vizepräsident Andreas Bluhm

Inhalt	Egbert Liskow, CDU	351
	Regine Lück, PDS.....	351
	Beschluss	352
Feststellung der Tagesordnung		337

Aktuelle Stunde

Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern – „Solidarität rechnet sich“

Angelika Gramkow, PDS	337
Harry Glawe, CDU	338
Dr. Norbert Nieszery, SPD	340
Ministerin Dr. Marianne Linke	342
Jörg Heydorn, SPD	345
Torsten Renz, CDU	346
Torsten Koplin, PDS	348
Dr. Margret Seemann, SPD	349

Gesetzentwurf der Landesregierung: **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbelegungsbindungsgesetzes und des Gesetzes über die Funktionalreform** (Erste Lesung)

– Drucksache 4/252 –	350
Minister Helmut Holter	350
Jörg Heydorn, SPD	351

Gesetzentwurf der Fraktionen

der SPD, CDU und PDS:

Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern (Abgeordnetengesetz)

– 11. ÄndG AbgG M-V –

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/253 –	352
Reinhard Dankert, SPD	352
Beschluss	352

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS:

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landeshochschulgesetz – LHG M-V) (Erste Lesung)

– Drucksache 4/254 –	353
Mathias Brodkorb, SPD	353, 355
Ilka Lochner-Borst, CDU	353
Dr. Gerhard Bartels, PDS	354
Beschluss	355

**Wahl des vom Land zu benennenden Mitglieds
im Beirat nach § 39 Abs. 1 des Gesetzes über
die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen
Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG).....** 355

Wahlvorschlag der Landesregierung:

**Wahl des vom Land zu benennenden Mitglieds
im Beirat nach § 39 Abs. 1 des Gesetzes über
die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes
der ehemaligen Deutschen Demokratischen
Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)
– Drucksache 4/245 –** 355

Beschluss 355, 356, 404

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS:
**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des
Gesetzes über die Errichtung des Kommunalen
Sozialverbandes Mecklenburg-Vorpommern
(Kommunalsozialverbandsgesetz –
KSozVerbG M-V)**

(Erste Lesung)
– Drucksache 4/255 – 356

Heinz Müller, SPD..... 356

Bernd Schubert, CDU..... 357

Torsten Koplin, PDS 357

Beschluss 358

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
**Neue Impulse für den Aufbau Ost – Bürokratie
abbauen – Vorschriften vereinfachen**

– Drucksache 4/256 – 358

Ute Schildt, SPD..... 358

Minister Erwin Sellering 359

Dr. Ulrich Born, CDU 360

Dr. Martina Bunge, PDS 362

Jochen Schulte, SPD..... 363

Dr. Armin Jäger, CDU 365

Minister Dr. Otto Ebnet..... 366

Beschluss 367

Antrag der Fraktion der CDU:
**Die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt
in Mecklenburg-Vorpommern**

– Drucksache 4/263 – 367

Udo Timm, CDU 368

Klaus Mohr, SPD 368

Regine Lück, PDS..... 371

Karin Strenz, CDU 373

Minister Helmut Holter 377

Eckhardt Rehberg, CDU 381

Beschluss 382

Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:

**Erarbeitung von Leitlinien
zur Integrationspolitik**

– Drucksache 4/259 – 382

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 4/288 – 382

Peter Ritter, PDS 382

Dr. Armin Jäger, CDU 384

Angelika Voland, SPD..... 386

Ministerin Dr. Marianne Linke 388

Gerd Walther, PDS 390

Beschluss 391

Antrag der Fraktion der CDU:

**Erhalt des 2. Schnellboot-
geschwaders Warnemünde**

– Drucksache 4/262 – 391

Reinhardt Thomas, CDU..... 391, 394

Dr. Norbert Nieszery, SPD..... 393

Peter Ritter, PDS 393

Minister Dr. Gottfried Timm 397

Beschluss 398

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
**Entschließung zur Erklärung des Politi-
schen Vorstandes der Konferenz Peripherer
Küstenregionen Europas und zu weiteren
Beschlüssen auf nationaler Ebene anlässlich
des Untergangs des Öltankers „Prestige“**

– Drucksache 4/281 – 398

Hans-Heinrich Jarchow, SPD 398, 403

Minister Dr. Wolfgang Methling 399

Renate Holznagel, CDU 401

Birgit Schwebs, PDS 402

Beschluss 403

Nächste Sitzung

Donnerstag, 12. März 2003 403

Beginn: 10.17 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 10. Sitzung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und demzufolge auch beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich dem Geburtstagskind des heutigen Tages, Herrn Egbert Liskow, meine herzlichen Glückwünsche ...

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Steht bei mir auf dem Zettel. Stimmt nicht?

(Angelika Gramkow, PDS: Eine Saalrunde! –
Heiterkeit bei Abgeordneten der
SPD, CDU und PDS)

Das ist sehr schade, dass wir dann diese Möglichkeit nicht haben, aber es ist mir so aufgeschrieben worden. Ich bitte um Entschuldigung.

Die Tagesordnung der 10. und 11. Sitzung liegt Ihnen vor. Wird der vorläufigen Tagesordnung widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Damit gilt die Tagesordnung der 10. und 11. Sitzung des Landtages gemäß Paragraph 73 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung als festgestellt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 1:** Aktuelle Stunde. Die Fraktion der PDS hat gemäß unserer Geschäftsordnung eine Aktuelle Stunde zu dem Thema „Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern – ‚Solidarität rechnet sich‘“ beantragt.

**Aktuelle Stunde
Gesundheitspolitik in Mecklenburg-
Vorpommern – „Solidarität rechnet sich“**

Das Wort hat die Fraktionsvorsitzende der PDS-Fraktion Frau Gramkow.

Angelika Gramkow, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Gesundheitsland Mecklenburg-Vorpommern, M-V tut gut,

(Beifall Volker Schlotmann, SPD)

der Kuraufenthalt in Lohmen oder Kühlungsborn, das Wellness-Wochenende auf Rügen, 46.000 Beschäftigte im Gesundheitsbereich in Mecklenburg-Vorpommern, verunsicherte Bürgerinnen und Bürger ob der Frage: Ist der Zahnersatz nun zukünftig drin oder ist er draußen?

Meine Damen und Herren, die Gesundheitspolitik ist wichtig für unser Land, sie ist wichtig für unsere Bürgerinnen und Bürger und Gesundheitspolitik erfordert einen gesellschaftlichen Diskurs. Was zurzeit als Reform angemahnt und diskutiert wird, macht allerdings Angst, auch für die Entwicklung unseres Landes. Es geht offensichtlich um die Frage: Markt auf der einen Seite, Menschenwürde auf der anderen? Es geht offensichtlich darum, ob Deutschland als Sozialstaat grundsätzlich in Frage gestellt wird. So, wie das Hartz-Konzept die Lohnabhängigen billig vermarktet, so soll das Gesundheitssystem neoliberalen Anforderungen passgerecht gemacht werden, beides mit der Behauptung, es sei nicht mehr finanzierbar. Aber diese Behauptung ist lediglich ein Vorwand.

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung in ihrem Anteil am Bruttosozialprodukt betrugen zwischen

1980 und 1999 stets 6 Prozent. In den ostdeutschen Ländern waren es 1990 10,5 und 1999 9,6 Prozent. Der Durchschnitt des Anteils der Kassenausgaben am Bruttoinlandsprodukt in der Bundesrepublik Deutschland betrug 6 Prozent 1990 und 6,5 Prozent neun Jahre später. Von einer Kostenexplosion, meine Damen und Herren, kann also nicht die Rede sein. Durch Verschiebebahnhöfe, zum Beispiel Umverteilung zwischen den sozialen Sicherungssystemen, oder auch versicherungsfremde Leistungen, zum Beispiel Mutterschaftsgeld und Sterbegeld, werden der gesetzlichen Krankenversicherung jährlich 6 Milliarden Euro entzogen. Das Defizit der Krankenkassen im Jahr 2002 betrug aber nur 2,9 Milliarden Euro. Ist deshalb die Frage: „Aktuelle Finanzierungsdefizite sind zu lösen durch neoliberale Ansätze“ die richtige Frage? Nein. Die aktuellen Finanzierungsdefizite der gesetzlichen Krankenversicherung sind nicht durch das bestehende System der Gesundheitsvorsorge verursacht, sondern – und hier zitiere ich den Sachverständigenrat in dieser Frage – „in erster Linie auf die mäßige Steigerung der Arbeitsentgelte und die steigenden Arbeitslosenzahlen“ zurückzuführen.

Meine Damen und Herren, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, das wäre die erste Antwort zur Sicherung des Gesundheitssystems auch in Mecklenburg-Vorpommern und dazu gehört zu bemerken: Wer sich die Beschäftigtenzahlen im Gesundheitswesen anschaut und sie der Wirtschaft gegenüberstellt, wird klar erkennen, dass das Gesundheitswesen eigentlich ein Jobmotor, eine Jobmaschine ist. Von 1980 bis 1996 verdoppelte sich die Zahl der Arbeitsplätze auf über vier Millionen Menschen, die in diesem Bereich heute arbeiten. Dagegen sind zum Beispiel im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau circa 2,3 Millionen Menschen beschäftigt, im Einzelhandel 1,9 und im Baugewerbe 1,4 Millionen.

Meine Damen und Herren, Gesundheit schafft Arbeit und deshalb wollen wir nicht zulassen, dass sich hier das Motto, alles muss sich rechnen und die Kriterien betriebswirtschaftlicher Effizienz erfüllen oder eine weitgehende Privatisierung des sozialen Sektors sei notwendig, nein, wir wollen nicht zulassen, dass sich dieses Motto durchsetzt. Vielleicht besteht ja gerade wegen dieses Mottos die Rürup-Kommission kaum aus Fachleuten des Gesundheitswesens, dafür umso mehr aus Ökonomen. Sie kennen die Vorschläge, die auf dem Tisch liegen: mehr Selbstbeteiligung, stärkere private Absicherung, weiteres Ausdünnen des Leistungskataloges wie das Herauslösen zumindest eines Teils der zahnmedizinischen Leistungen, Bonusmodelle, ärztlicher Wettbewerb, Planungsleistungen nur noch für Arme, private Versicherung gegen Unfälle, Praxisgebühr bei Arztbesuch und so weiter und so fort. Das klar angestrebte Ziel scheint zu sein der Ausstieg aus der solidarischen, paritätisch finanzierten Gesundheitsversorgung. Die PDS sagt Nein. Das Gesundheitssystem ist eine Schutzzone, die gegen marktwirtschaftliche Einflüsse verteidigt werden muss, bei unbestreitbar vorhandenem Reformbedarf. Dies wird von uns nicht in Frage gestellt. Wir sagen: Erhalt der solidarischen Versicherung und Absicherung des Krankheitsrisikos, Erhalt der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung durch Unternehmen und Beschäftigte und Gewährleisten eines umfangreichen Leistungskataloges für alle Menschen, unabhängig von ihrem eigenen Krankenversicherungsbeitrag.

Wir als PDS-Fraktion stellen uns der Diskussion und wir sind bereit, wirkliche Alternativen für eine Gesundheitsre-

form zu entwickeln. Aber drei Säulen sind in diesem Diskussionsprozess für die PDS unverrückbar:

1. Es geht um die Stärkung der Einnahmeseite. Das soll geschehen durch Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, durch Einführen einer allgemeinen Versicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger, durch Verzicht auf eine Politik des Verschiebens sozialer Kosten, die letztendlich dazu geführt hat, dass dem System Geld entzogen worden ist, sowie durch Minimieren der riesigen Anzahl der Krankenkassen. Was wir brauchen, meine Damen und Herren, ist eine Volksversicherung.
2. Wir möchten gerne, dass der Arbeitgeberanteil nach der Leistungsfähigkeit der Unternehmen berechnet wird, das heißt Einführung einer Bruttowertschöpfungsabgabe anstelle eines Anteils je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer.
3. Wir sind dafür, dass strukturelle Defizite beseitigt werden, Versorgungsangebote sollen integrativ und kooperativ angelegt sein, so wie die Polikliniken der alten DDR. Darauf greift in dieser Diskussion auch Ministerin Schmidt zurück, wenn sie von der Ausgestaltung von Gesundheitszentren spricht. Behandlungsleitlinien sollen zu einer verbesserten Qualität führen. Die Einführung einer Positivliste kann Einsparungen bis zu 4,1 Milliarden Euro erbringen. Dazu müssen aber die Pharmalobby zurückgedrängt und die Forschung wieder dem öffentlichen Bereich zugeordnet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Wir bleiben dabei: Das Gesundheitswesen darf nicht der Marktlogik zugeordnet oder gar untergeordnet werden. Es muss dem Sozialstaatsprinzip verpflichtet bleiben. Im Mittelpunkt stehen für uns die Patientin und der Patient. Es gilt, dies volkswirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich zu betrachten. Nur Solidarität rechnet sich.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und Thomas Schwarz, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Glawe.

Harry Glawe, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das Thema Gesundheit stand vor gut vier Wochen in diesem Hohen Hause auf der Tagesordnung. Nun hat die PDS dieses erneut zu einem Thema erkoren.

(Peter Ritter, PDS: Nicht schlecht.)

Meine Damen und Herren, es ist vielleicht auch richtig so, dass es heute wieder diskutiert wird. Das, was wir hier gehört haben, ist ein Vortrag der PDS, der unterstellt, dass die Solidarität aufgekündigt werden soll durch die anderen Parteien hier in Deutschland, also auch durch SPD und CDU. Das wird de facto unterstellt. Es ist aber mitnichten so, meine Damen und Herren!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Zahnersatz?)

Wir haben zwei Probleme zu bewältigen. Es sind folgende Fragen zu stellen: Wie wird Arbeit in Deutschland billiger? Wie wird die Einnahmeseite bei den Krankenkassen verbessert? Wie bekomme ich Beschäftigung ins Land? Und letzten Endes auf der anderen Seite: Wie sind die Ausgaben sozialverträglich zu begrenzen? Das, was ich hier von der Fraktionsführung der PDS gehört habe, war nicht so überzeugend.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Gabriele Schulz, PDS: Da haben Sie aber schlecht hingehört.)

Meine Damen und Herren, Sie müssen sich daran messen lassen, Sie tragen Verantwortung.

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU)

Auf der einen Seite haben Sie zu verantworten, dass in den letzten vier Jahren Ihrer Regierungsbeteiligung 60.000 Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern verloren gegangen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das heißt einnahmeseitig Belastungen für die Krankenkassen in diesem Land,

(Martin Brick, CDU: Und auf der Straße.)

denn die AOK alleine ist eine Kasse des Landes. Sie wird dadurch erheblich belastet. Deswegen brauchen wir auch eine Aussage in diesem Hohen Hause zu der Frage, wie steht die PDS, wie steht die Sozialministerin zu einem Landeskrankenhausplan, der fortgeschrieben werden muss am 01.01.2004. Wir hören in allen Fachressorts, dass das nicht stattfinden wird.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS – Torsten Koplin, PDS: Ach!)

Ja, meine Damen und Herren, es wird nicht daran gearbeitet.

(Torsten Koplin, PDS: Denken Sie doch mal an die Sozialausschusssitzung! Da haben Sie ganz anders geredet.)

Sie arbeiten nicht daran und das kann es nicht sein. Diese Frage müssen Sie sich gefallen lassen. Sie haben ja bewiesen, wie Sie mit dem Landespflegegesetz umgegangen sind.

(Torsten Koplin, PDS: Ach!)

Im Dezember haben Sie verschlafen, es fortzuschreiben, wir mussten Ihnen helfen, es voranzubringen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Die Dinge sind auch bis heute nicht zu Ende definiert.

Aber zu den Dingen, die weiterhin wichtig sind. Wir als CDU stehen dafür, dass der Beitragssatz auf 13 Prozent sinken muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und da kann man trefflich darüber streiten, wie das passieren soll. Auf alle Fälle darf Arbeit nicht teurer werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig. – Torsten Koplin, PDS: Dafür der Zahnersatz.)

Versicherungsfremde Leistungen müssen heraus aus der GKV, das ist, denke ich, unstrittig. Es geht darum, dass Schwangerschaft, Mutterschaft, Sterilisation und Kinderkrankengeld tatsächlich einer steuerfinanzierten Komponente zugeführt werden.

(Torsten Koplin, PDS: Das hat Frau Gramkow auch gesagt.)

Es kann nicht sein, dass diese Dinge weiter die GKV belasten.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch die Überlegung einer einkommenssteuerabhängigen Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

Meine Damen und Herren, es muss sein, auch der Patient muss sich daran beteiligen.

(Torsten Koplin, PDS: Das macht er schon, über 15 Prozent.)

Die Höhen sind bekannt, zwischen 150 und 300 Euro pro Jahr schlägt die CDU hier vor. Ich denke, das kann man jedem zumuten.

(Gabriele Schulz, PDS: Das sollten Sie Ihren Wählerinnen und Wählern sagen.)

Meine Damen und Herren, Härtefallklauseln sind ausgeschlossen. Darüber wird noch zu befinden sein. Ja, meine Damen und Herren, so ist es.

(Angelika Gramkow, PDS: Ach ja?)

Es kann aber auch nicht sein, so, wie es heute ist, dass teilweise Sozialhilfeempfänger besser gestellt sind als GKV-Versicherte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Das gibt es doch nicht!)

Dazu habe ich von Ihnen bis heute nichts gehört. Jeder, der in Landkreisen tätig ist, in sozialen Ämtern tätig ist, kennt das Problem. Davon haben Sie heute nichts gesagt, Frau Gramkow. Und ich glaube schon, dass auch darüber zu diskutieren ist.

Das Problem geht weiter. Wir brauchen auch eine Mitentscheidungsbefugnis der Patienten und der Selbsthilfegruppen in den Gremien der Bundesausschüsse für Ärzte und Krankenkassen – dazu stehen wir –, zahlreiche Einnahmen und die Verbesserung der Transparenz in der Qualität, das geht bis hin zur Ausstellung einer Rechnung für den Patienten, dass er weiß, welche Dienstleistungen er erfahren hat. Dazu stehen wir auch, meine Damen und Herren. Und das, Frau Gramkow, wollte ich Ihnen noch einmal sagen, das haben Sie nämlich auch nicht erwähnt.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich hatte doch nur ein paar Minuten. – Torsten Koplin, PDS: Sie hatte doch nur die paar Minuten. Ich rede noch. – Gabriele Schulz, PDS: Herr Koplin redet noch, keine Angst!)

Die entscheidende Frage für Sie, die Sie hier vorgetragen haben, ist das alte Modell der Polikliniken. Das wird so nicht gehen.

(Andreas Bluhm, PDS: Erklären Sie uns doch mal, wie Sie auf die 30 Prozent kommen, Herr Glawe!)

Das wird so nicht gehen. Sie haben vier Jahre lang – vier Jahre lang – in diesem Hohen Hause dem Solidaritätsstärkungsgesetz und der Gesundheitsreform 2000 das Wort geredet, Frau Bunge,

(Angelika Gramkow, PDS: Nee.)

Sie und Frau Linke als Nachfolgerin auch, dass das Gesetze sind, mit denen man leben kann.

(Angelika Gramkow, PDS: Ist doch gar nicht wahr! – Zurufe von Torsten Koplin, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Die Auswirkungen haben wir heute: Wir haben Fallpauschalen, DRG-Einführungen in den Krankenhäusern, wir stehen vor neuen Herausforderungen.

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

24 Krankenhäuser sind jetzt schon in den neuen Abrechnungsmodulen verankert. Das heißt, wir werden zukünftig weiterhin die Verweildauer von Patienten in den Krankenhäusern reduzieren, das heißt, es stehen in der Diskussion etwa 1.000 Betten im Land, die in den nächsten Jahren abzubauen sind,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Hört, hört!)

in kurzer Zeit, in diesem Jahr schon 300. Sie selbst haben, und das ist ja Regierungshandeln, Frau Gramkow, alleine ...

(Torsten Koplin, PDS: Frau Gramkow ist Abgeordnete.)

Ja, Sie sind regierungstragende Partei.

Wir hatten 11.033 Betten und zum 01.01.2002 waren es plötzlich nur noch 10.745. Damit geht der Trend weiter. Die neuen Fallpauschalen werden dazu führen, dass die Verweildauer weiter zurückgeht und dass etwa 20 Prozent der Leistungen in den Krankenhäusern neu definiert werden müssen. Und dazu brauchen wir einen Landeskrankenhausplan.

(Angelika Gramkow, PDS: Richtig.)

Wir können doch nicht darauf warten, bis sozusagen alle Messen gesungen sind.

(Torsten Koplin, PDS: Im Sozialausschuss haben Sie anders geredet, Herr Glawe!)

Ich habe nicht so geredet,

(Torsten Koplin, PDS: Doch!)

Ich habe auf die Frage hingewiesen, warum der Landeskrankenhausplan ausgesetzt werden soll. Darauf kam keine Antwort, sondern es wurde nur gesagt, dass man daran arbeite. Man arbeitet nicht daran!

Man muss sich den Zukunftsaufgaben in diesem Lande stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Torsten Koplin, PDS: Es geht um eine Verlängerung der Geltungsdauer.)

Und das heißt, wir brauchen eine klare Aussage: Wohin öffnen sich Krankenhäuser? Werden mehr ambulante Operationen zugelassen? Wie geht es in der Radiologie weiter?

(Torsten Koplin, PDS: Dazu brauchen Sie Zeit, Herr Glawe!)

Wie geht es in der Geräteplanung weiter, meine Damen und Herren? Dazu brauchen wir einen neuen Landeskrankenhausplan und der kann nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

(Torsten Koplin, PDS: Das haben wir auch nicht gesagt.)

Ich sage Ihnen heute schon voraus: Am 01.01.2004 haben wir keinen.

(Torsten Koplin, PDS: Wir brauchen einen zum 01.01.2005, Herr Glawe!)

Das ist so und er müsste am 01.01.2004 fortgeschrieben sein.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Schon in Kraft getreten.)

Das wissen Sie auch.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

So, meine Damen und Herren, das sind die Eckpunkte.

Wir müssen uns weiter darüber Gedanken machen, was in den Fachabteilungen der Krankenhäuser passiert. Da müssen Konzentrationen stattfinden. Die Diskussion zu den Fallzahlen ist eine ganz entscheidende. Das wird von Ihnen einfach nicht beachtet. Sie tragen hier immer nur populistisch vor sich her, der Bund soll machen, alle sollen machen. Aber da, wo Sie Verantwortung tragen, sagen Sie dazu gar nichts oder sehr wenig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Angelika Gramkow, PDS: Entschuldigen Sie, wir haben zwei Redner, Herr Glawe. Hören Sie doch erst zu!)

Meine Damen und Herren, weitere Dinge, die zu klären sind: die Zukunft der KV in Mecklenburg-Vorpommern, die Frage der Fachärzte, die Aussagen zu den Hausärzten. Sie sagen, der Hausarzt als Lotse. Das ist nichts Neues, denn wenn Sie sich zurückerinnern wollen: In den Jahren vorher gab es diese Funktion schon. Es war üblich, dass der Hausarzt eine Überweisung zu einem Facharzt gegeben hat, und dahin wollen Sie jetzt wieder zurückrollen. Das ist, sage ich, nichts Neues, was Sie neu erfinden. Das ist sozusagen der Blick etwa zehn Jahre zurück, da war es üblich.

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS: Besinnung auf das, was war.)

Sehen Sie, und das war mal CDU-Politik!

(Heiterkeit bei Torsten Koplin, PDS)

Meine Damen und Herren, eine entscheidende Frage sind auch die Apotheken. Ja, da können Sie nur den Kopf schütteln.

(Zuruf von Andreas Bluhm, PDS)

Apothekenketten, sage ich mal, reden Sie jetzt das Wort. Dann müssen Sie sich auch die Frage stellen: Wollen Sie freie Berufe schützen in diesem Land oder wie gehen Sie mit diesen freien Berufen um? Wie gehen Sie damit um, dass ein Berufsstand, der seit über hundert Jahren etabliert ist, sozusagen von einem Tag zum anderen zur Disposition gestellt wird? Das kann es nicht sein!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Richtig.)

Und da fordere ich Sie zum Umdenken auf.

Die Frage der Verweildauer hatten wir vorhin kurz andiskutiert.

Zur Frage der Fallpauschalen. Die Fallpauschalen der Krankenhäuser, die jetzt an den Fallpauschalen arbeiten, liegen im Durchschnitt bei 1.600 Euro pro Fall. Das wird auch zu Finanzierungsproblemen, zu ganz neuen Überle-

gungen bei den Betriebskosten in den Krankenhäusern führen. Auch diese Diskussion muss geführt werden und dazu kann ich Sie alle nur einladen. Denn wenn das nicht stattfindet, versäumen wir die Dinge, die in diesem Land am meisten brennen. Das ist die Krankenhausplanung und das ist das Landespflegegesetz, das auch darüber zu befinden hat: Welche Investition ist noch machbar? Wie laufen sie? Wie soll die Versorgung laufen und welche Investitionskosten muss der Heimbewohner zukünftig bezahlen oder auch nicht? Wie hoch ist der Betrag? Diese Diskussionen erwarte ich von Ihnen

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

und nicht hochtrabende Dinge, die Sie hier nicht beeinflussen können. Sie haben auf Bundesebene nichts mehr zu sagen

(Torsten Koplin, PDS: Oh!)

und jetzt versuchen Sie, dieses Medium, den Landtag, einfach als Sprachrohr zu gebrauchen, um dem Bürger noch etwas zu vermitteln. Sie haben im Deutschen Bundestag nur zwei Stimmen und die werden nicht reichen, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass die Redezeit abgelaufen ist.

Harry Glawe, CDU: ... um irgendwelche Gesetzesentscheidungen vorzubringen, meine Damen und Herren. Ich lade Sie ...

Bitte?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Harry Glawe, CDU: Hier hat es noch nicht geblinkt. Aber gut.

(Torsten Koplin, PDS: Er wollte uns doch gerade einladen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, ich biete Ihnen Zusammenarbeit an in den entscheidenden Fragen: Wie kommen wir im Land Mecklenburg-Vorpommern weiter im Interesse der Arbeit? Wie kommt Beschäftigung ins Land? Wie sichern wir das und wie können wir auch die neuen Aufgaben für die Zukunft im Gesundheitswesen schaffen und sichern? – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Glawe.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Dr. Nieszery.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich denke, Sinn und Zweck dieser Aktuellen Stunde ist es, dass wir uns hier einmal auf grundsätzliche Positionen bei der Gesundheitsreform verständigen.

(Karin Strenz, CDU: Etwas lauter!)

Ich denke, eine Debatte zum Krankenhausplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern ist hier nicht ange-dacht gewesen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Heinz Müller, SPD: Sehr richtig.)

Vor uns liegen wegweisende Reformen im Gesundheitswesen, die langfristig auch die Richtung angeben werden, in die sich die Generalreform unseres Sozialstaates bewegen wird. Wir stehen vor einer politischen Grundsatzentscheidung, die gravierende und wohl auch dauerhafte Auswirkungen auf die Organisation und Zielstellung der sozialen Sicherungssysteme in der Bundesrepublik haben wird. Und die Wahrheit, meine Damen und Herren, liegt irgendwo in der Mitte zwischen „Wünsch dir was“ und einer Erosion unseres Sozialstaates. Deshalb lassen Sie mich gleich zu Beginn festhalten, dass wir Sozialdemokraten zum Solidarprinzip und zur paritätischen Finanzierung im Gesundheitswesen stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Torsten Koplin, PDS: Das ist gut.)

Eine medizinische Versorgung, die ausschließlich den Inhalt eines Geldbeutels berücksichtigt, darf es nicht geben.

Uns ist klar, dass wir das nur erreichen können, wenn wir zwei Dinge gleichzeitig tun: Zum einen müssen wir auf der Ausgabenseite die Wirtschaftlichkeitsreserven konsequent ausschöpfen, zum anderen müssen wir auf der Einnahmeseite Veränderungen in der Beitrags- und Finanzierungsgestaltung herbeiführen. Wirtschaftlichkeitsreserven gibt es in allen Bereichen – bei den Versicherten, bei den Leistungserbringern, im Bereich der Arzneimittelversorgung und natürlich auch bei den Krankenkassen.

Lassen Sie mich einige Beispiele aufzählen. Die freie Arztwahl wird von vielen Versicherten missverstanden oder auch in missbräuchlicher Weise wahrgenommen. Durch die einfache Chipkarte können verschiedene Ärzte aufgesucht werden, ohne dass die Möglichkeit besteht, Diagnose und Medikation aufeinander abzustimmen. Dies ist nicht nur gefährlich, sondern verursacht auch hohe Kosten. Wir plädieren daher für eine konsequente Umsetzung und Umstellung auf das Hausarztprinzip. Und da gebe ich Ihnen Recht, Herr Glawe, das hatten wir schon, aber ich denke, wir haben jetzt einen hohen Missbrauch, der bekämpft werden muss und der sehr kostenintensiv ist. Facharztbesuche dürfen, mit Ausnahme von Notfällen, künftig nur noch möglich sein nach einer vorherigen Überweisung durch den Hausarzt. Wenn das erreicht ist, können wir über Vergütungspauschalen pro Patient reden, wie dies beispielsweise in Italien seit jeher gang und gäbe ist, ohne dass es zu einer Massenverarmung der Allgemeinmediziner oder zu einer höheren Sterblichkeit geführt hätte. Weiterhin ist nichts dagegen einzuwenden, wenn gesundheitsförderndes Verhalten belohnt wird. Allerdings darf das nicht dazu führen, dass Krankheit bestraft wird.

Eine der größten Schwächen unseres Gesundheitssystems ist die strikte Trennung zwischen dem Bereich der niedergelassenen Ärzte und den Krankenhäusern.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Diese führt immer wieder zu teuren Doppeluntersuchungen und -behandlungen, die das Budget der Krankenkassen und natürlich auch die Patienten belasten. Wir begrüßen daher die Pläne der Bundesgesundheitsministerin, eine Verzahnung der Bereiche herbeizuführen. Die fachärztliche Versorgung, unter anderem die teure Geriatrie, soll demnach durch direkte Verträge der Ärzte mit den Kassen bedarfsorientiert gesteuert werden. Es kann nicht sein, dass auch weiterhin das Angebot den Bedarf bestimmt. Es ist nicht einzusehen, um einmal ein

drastisches Beispiel zu nennen, warum es im Großraum Berlin genau so viele radiologische Niederlassungen gibt wie in ganz Italien. Offensichtlich haben wir in einigen Bereichen eine eklatante Überversorgung.

Nach den vorläufigen Finanzergebnissen haben die gesetzlichen Krankenversicherungen im Jahre 2002 ein Minus von 2,96 Milliarden Euro eingefahren. Rund zwei Drittel dieses Defizits werden durch die viel zu hohen Ausgaben im Arzneimittelbereich verursacht. Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten. Neben einer Novellierung der Arzneimittelpreisverordnung fordern wir eine konsequente Anwendung der Aut-idem-Regelung und die verbindliche Einführung einer Positivliste, die zwangsläufig zu Ausgabenreduzierungen führen wird. Um die Verwaltungskosten der Kassen langfristig zu verringern, unterstützen wir die Forderung, die Fusionsmöglichkeiten der Kassen zu erweitern, die im Falle der AOK auch vor Landesgrenzen nicht Halt machen darf. Zudem ist an einem Risikostrukturausgleich festzuhalten, der zügig und konsequent zu einem morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich weiterentwickelt wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Torsten Koplin, PDS)

Ein Problemfall bleiben die versicherungsfremden Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen, die jährlich Einnahmeausfälle und Mehrausgaben von circa 5 Milliarden Euro verursachen. Um eine Entlastung der Kassen zu gewährleisten, müsste man sich auf eine Steuerfinanzierung dieser Leistungen verständigen.

Über eine Stärkung der Einnahmeseite wird derzeit viel spekuliert. Eines ist jedoch für uns Sozialdemokraten vollkommen klar: Eine radikale Leistungsbegrenzung, wie von der Union gefordert, bei gleichzeitigem Einfrieren der Arbeitgeberanteile, wird es mit uns nicht geben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und Torsten Koplin, PDS)

Vielmehr ist an eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu denken, indem andere Einkommensarten wie Zinsen, Mieten sowie Einnahmen aus Dienst- und Werkverträgen beitragspflichtig werden. Zudem kann man sich auch über eine Erhöhung der Pflichtversicherungsgrenze und der Beitragsbemessungsgrenze unterhalten. Eine Zweckbindung von Tabak- und Alkoholsteuer halte ich für nicht praktikabel. Allerdings, und das sage ich jetzt hier mal als bekennender Raucher,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD,
CDU und PDS – Torsten Koplin, PDS: Oh!)

wären analog zum Kohlepfennig Subventionen für das Gesundheitssystem etwa über die Einführung eines wie auch immer genannten Raucherbein-Cents oder eines Leberzirrhose-Euros

(Reinhard Dankert, SPD: Teerpfennig.)

durchaus wünschenswert, wenn man bedenkt, dass der volkswirtschaftliche Schaden der durch diese Suchtmittel hervorgerufenen Krankheiten jährlich circa 40 Milliarden Euro beträgt.

(Beifall Dr. Martina Bunge, PDS: Richtig.)

Der weitaus größte Teil dieser Kosten geht zu Lasten der Krankenkassen. Die ebenfalls erwogene Ausgrenzung von Privatunfällen sollte auf bestimmte Risikogruppen beschränkt werden. Eine Gesundheitsreform, die diesen

Namen auch verdient und dabei den Fortbestand des Solidarprinzips im Auge hat, darf sich nicht auf die einfachsten Lösungen beschränken, indem sie durch Einschränkung des Leistungskataloges mit der Eigenbeteiligung der Versicherten lediglich mehr Geld ins System spült. Vielmehr müssen im Mittelpunkt der Reformen die Beseitigung von Effizienz- und Effektivitätsmängeln sowie eine sinnvolle und sozial gerechte Erweiterung der Finanzierung- und Beitragsgestaltung stehen.

Um auch künftig für circa 70 Millionen Bürger einen weitgehenden Versicherungsschutz, ein umfangreiches Angebot an Gesundheitsleistungen und einen hohen Versorgungsstandard vorhalten zu können, müssen alle Beteiligten auch mehr oder weniger große Opfer bringen. Die Politik wird sich dazu bekennen müssen, ob Solidarität und Parität in der Gesundheitsversorgung noch zeitgemäße Werte sind, und sie müssen sich auch klar dazu bekennen, welchen Preis sie haben. Die Sozialdemokraten haben eine Antwort gegeben. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Nieszery.

Das Wort hat jetzt die Sozialministerin Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gesundheitspolitik ist aus Sicht dieses Landes mit seinen mehr als 45.000 Beschäftigten im Gesundheitswesen eben nicht nur Gesundheitspolitik, sondern ganz besonders, wie es auch schon angeklungen ist, Standort-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Wir hier in Mecklenburg-Vorpommern sind in ganz besonderem Maße auf Solidarität und Ausgleich zwischen Jung und Alt, Arm und Reich, West und Ost, aber auch Nord und Süd angewiesen. Wenn das Gesundheitssystem nun innerhalb der Bundesrepublik neu geordnet wird, dann ist für unser Land allerhöchste Wachsamkeit geboten. Und Sie können sicher sein, dass uns da nichts entgehen wird!

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Die Union hat in den letzten Tagen und Wochen gemeinsam mit den Unternehmensverbänden tiefe Einschnitte in das Gesundheitswesen dieses Landes gefordert. Sie will Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger durchsetzen, sie will sich ganz offenbar aus dem Solidarprinzip verabschieden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU –
Torsten Koplin, PDS: Davon war nichts zu hören.)

Sie will die Kosten von Krankheit privatisieren. Sie will grundlegend zu Lasten der Schwachen in dieser Gesellschaft umverteilen. Und es ist die Aufgabe für die Vertreter der PDS und SPD, den Bürgerinnen und Bürgern im Land zu verdeutlichen, wer für welches Konzept steht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Dazu kann eine Landtagsdebatte einen sehr guten Beitrag leisten.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Dann warten Sie mal den Schröder
am Freitag im Bundestag ab!)

Deshalb begrüße ich die Idee der PDS,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da warten Sie mal
schön den Freitag ab! – Torsten Koplin, PDS:
Wir sind jetzt hier in der Aktuellen Stunde.)

die Gesundheitspolitik zum Thema der Aktuellen Stunde hier und heute zu machen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der 25 Millionen Euro
in der Gesundheitsreform einsparen will.)

In der Koalitionsvereinbarung mit der SPD hat sich die PDS auf eine Reihe von Eckpunkten einigen können, die ich hier noch einmal hervorheben möchte, weil sie in der nunmehr anstehenden aktuellen Diskussion einen völlig neuen Stellenwert erhalten. Es heißt in der Vereinbarung: „Die Landesregierung unterstützt ... eine Gesundheitsreform, die das Solidarprinzip stärkt und allen Menschen den Zugang für eine erforderliche medizinische Versorgung ermöglicht. Der einheitliche Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung ... ist zu erhalten“

(Torsten Koplin, PDS: So ist es.)

„und der sozialen Funktion des Gesundheitswesens ist Rechnung zu tragen. Der medizinische Fortschritt und die demografische Entwicklung erfordern eine Verbesserung der Einnahmesituation der Gesetzlichen Krankenversicherung.“

(Harry Glawe, CDU: Sehr Richtig! Sehr Richtig!)

„Die Sicherung und weitere Ausgestaltung des Risikostrukturengleichs auf Bundesebene bleibt ein besonderes Anliegen der Landesregierung.“

Diese Koalitionsvereinbarung ist nunmehr gut vier Monate alt. Wir haben damit eine gute und eine gemeinsame Basis für unsere Politik. Wir werden diese Grundpositionen auch bei der gegenwärtigen Gesundheitsreform des Bundes einbringen und verteidigen.

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

„Reformen sind Gesetzesvorhaben, die die Lebensqualität der Menschen spürbar verbessern.“, so der Sozialdemokrat Willy Brandt. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, sollten wir hier alle nicht aus den Augen verlieren. Dieser Gedanke sollte auch für die anstehende Reform das Programm sein. Der Wandel im Gesundheitswesen muss deshalb eine deutliche Verbesserung der Effektivität dieses Systems mit einer deutlichen Qualitätsverbesserung der medizinischen Versorgung und mit einem kontrollierten Wachstum der Ausgaben verbinden. In diese Richtung geht vieles, was Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt in ihren Eckpunkten für eine Gesundheitsreform zusammengefasst hat. In ähnlicher Weise hat sich der DGB in zwei aktuellen Stellungnahmen zur Gesundheitsreform 2003 positioniert. Dieses Herangehen entspricht auch der Politik unserer Landesregierung.

Wir werden als Sozialministerium Ende des Monats den Gesundheitsbericht für das Jahr 2001 vorlegen und damit auch Rechenschaft über wesentliche Entwicklungen in diesem Bereich abgeben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Eines ist jedoch sicher: Privatisierungen und Ausgabenbegrenzungen helfen bei der Lösung von Problemen nicht weiter.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Wie müssten oder wie sollten wir an die Gestaltung eines effektiven Gesundheitssystems herangehen? Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern 35 Krankenhäuser, in die wir in den letzten 10 Jahren rund 1,5 Millionen investiert haben. Wir haben in diesem Land darüber hinaus 66 Rehakliniken, in die privates Kapital von rund 1,5 Milliarden Euro geflossen sind. Wir wollen, dass dieses Kapital für die Menschen in unserem Land einen höchstmöglichen Nutzen bringt. Deshalb sollen unsere Krankenhäuser für bestimmte Bereiche der ambulanten Versorgung geöffnet werden. Wir wollen sie, abgestimmt mit allen Partnern, zu Kompetenz- und Gesundheitszentren ausbauen.

Gerade in den ländlichen Gebieten unseres Landes werden wir als Flächenland nicht auf kleinere Krankenhäuser in den Bereichen Chirurgie, Innere Medizin und mit Abstufungen auch im Bereich Gynäkologie, Geburtshilfe und Pädiatrie verzichten können. Schon heute aber haben diese Krankenhäuser – Herr Glawe hat darauf hingewiesen – Schwierigkeiten, die Mindestbesetzung im Bereich des ärztlichen Personals zu garantieren. Die Erlöse aus dem stationären Bereich reichen nicht aus, um rund um die Uhr den Facharztstandard abzusichern. Wir können für die Zukunft Synergieeffekte erzielen, wenn wir es den Häusern ermöglichen, sich im Bereich der integrierten Versorgung über den bisherigen Geschäftsbereich hinaus zu betätigen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Möglich erscheint mir das im Bereich der Disease-Management-Programme. Der DGB hat hier vorgeschlagen, Krankenhäuser als Koordinationszentren für Maßnahmen der integrierten Versorgung aufzubauen. Dies ist für mich außerordentlich gut nachvollziehbar.

Möglich ist aber auch eine Nutzung der Krankenhäuser in Bereichen, die bisher entweder nicht oder nur unzureichend abgedeckt wurden. Beispielhaft erscheint mir hier der Bereich der Palliativbetreuung, insbesondere für ein würdiges Verbringen der letzten Lebensstage oder Lebenswochen von chronisch kranken Menschen. In Großstädten und Ballungszentren haben sich hierfür Hospizeinrichtungen etabliert, die in unserem Flächenland aber für eine wohnortnahe Betreuung nicht zur Verfügung stehen. Dieser Grenzbereich zwischen Akutbehandlung und Pflege wäre durchaus sinnvoll im Verbund mit oder am regionalen Krankenhaus anzusiedeln. Hier ist sowohl pflegerischer Sachverstand vorhanden als auch im akuten Fall schnell ärztlicher Sachverstand erreichbar.

Wir werden diesen Gedanken konsequent bei der Fortsetzung der Krankenhausplanung in diesem Land umsetzen. Herr Glawe hat dieses Thema angesprochen.

(Torsten Koplin, PDS: Jetzt hat er die Antworten.)

Das wird auch ein Teil unserer Antwort auf die Herausforderungen des Fallpauschalensystems sein. Wir werden das mit den Krankenhäusern und den anderen Beteiligten gemeinsam angehen. Morgen ist Beteiligtenrunde, wir werden das erörtern.

Wir haben den Planungsbeteiligten auf Wunsch des Sozialausschusses des Landtages auch vorgeschlagen, die Geltungsdauer des Krankenhausplanes zu verlängern, um eben erste Erfahrungen mit dem neuen Entgeltsystem abzuwarten. Darüber haben wir in den letzten Wochen mit vielen Partnern Einigkeit erzielt. Wir werden dennoch mit den Beteiligten regionale Schwerpunkte der

Planung auch unter Beachtung der fachärztlichen Versorgungsmöglichkeiten erörtern.

In dieser Woche habe ich mich mit dem Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft einigen können, dass wir gemeinsam eine Veranstaltung zum Thema „Das Krankenhaus als Gesundheits- und Kompetenzzentrum der Zukunft“ mit überregionaler Beteiligung organisieren werden. Wir werden das noch vor der Sommerpause tun, um Impulse für den anstehenden Gesetzgebungsprozess geben zu können und im Rahmen dessen dann eben alle erforderlichen Entscheidungen zu treffen. Ich halte das für einen vielversprechenden Ansatz, bei dem wir gerade für unser Land viel erreichen können. Wir haben hier Chancen, die wir alle gemeinsam nutzen sollten.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Wichtig erscheint mir, dass integrierte Versorgungsformen sich aller zivilrechtlich möglichen Unternehmensformen bedienen können. Wir brauchen ausdrücklich einen Vorrang des Sozialrechts vor dem Berufsrecht. Immer noch geht das ärztliche Berufsrecht viel zu sehr von der überkommenen Form der Einzelpraxis aus. Warum soll nicht in Zukunft viel mehr als bisher die Einzelpraxis von der Praxisgemeinschaft oder einer poliklinikähnlichen GmbH abgelöst werden? Gerade für Ärztinnen, die sich oft vor dem Risiko einer Niederlassung scheuen, wäre dies ein zusätzlicher Anreiz, mit dem wir ärztliches Personal, das bisher dem Markt entzogen ist, erschließen könnten.

Ich sehe auch hier gute Möglichkeiten, dem immer wieder beschworenen Ärztemangel in einem Flächenland wie unserem zu begegnen. Denn wo heute noch erfahrene Landärztinnen oder Landärzte praktizieren und es schwer fällt, Interessenten für eine Praxisnachfolge zu gewinnen, könnte die medizinische Versorgung zukünftig von einem nahe gelegenen Zentrum aus punktuell wahrgenommen werden. Für mich gehört zu einer integrierten Versorgung, zu einer Versorgung aus einer Hand, auch eine konsequente Stärkung des Hausarztes. Auch in diesem Punkte stimme ich dem Abgeordneten Glawe, der hier vorhin darauf hingewiesen hat, zu. Die primäre Inanspruchnahme des Hausarztes muss konsequent durch finanzielle Anreize wie den Wegfall der Zuzahlung oder durch Bonuspunkte gefördert werden.

Meine Partei tritt seit langem für Qualitätsmanagement sowie Leitlinien und medizinische Standards ein. Sie sind von zunehmender Bedeutung, um gesichertes Wissen auch tatsächlich den Patientinnen und Patienten zugute kommen zu lassen. Leitlinien und medizinische Standards müssen jedoch praxisbezogen sein und dürfen nicht in Abhängigkeit von der Industrie erstellt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Die Bundesgesundheitsministerin verlangt im Interesse der Patienten jetzt zu Recht von den Ärzten eine Verbesserung der Qualitätssicherung einschließlich der hierfür erforderlichen Nachweise. Der Aufschrei des Entsetzens, den wir von Herrn Professor Hoppe vernommen haben, sollte uns dabei nicht schrecken. Ein nichtstaatliches, unabhängiges Zentrum für Qualität in der Medizin einzurichten halte ich für sehr vernünftig.

(Beifall Torsten Koplin, PDS)

Viel zu sehr war die Selbstverwaltung in der Vergangenheit gelähmt durch die sie beherrschenden Eigeninteressen.

Wir hier in Mecklenburg-Vorpommern haben durch unsere Universitäten gute Voraussetzungen für ein solches Qualitätszentrum. Ich habe mich deshalb zusammen mit Herrn Minister Professor Metelmann und der Universität Greifswald in den letzten Tagen an die Bundesgesundheitsministerin mit dem Vorschlag gewandt, dieses Zentrum in unserem Bundesland zu installieren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Aus meiner Sicht wäre das ein gutes Signal für Mecklenburg-Vorpommern, aber auch für die gesamten neuen Länder, zumal in Greifswald mit dem Forschungsschwerpunkt Community Medicine umfangreiche Erfahrungen vorliegen.

Ärztliche Weiterbildung sollte in Zukunft überprüfbar und transparent gemacht werden. Die Kenntnisse in der Medizin schreiten so schnell fort, dass mit der Ausübung des Arztberufes eine Fortbildungspflicht einhergehen muss. Das ist einfach an dieser Stelle zu betonen.

Wesentlicher Bestandteil einer Gesundheitsreform muss darüber hinaus für die neuen Länder aber eine möglichst rasche Ost-West-Anpassung der ärztlichen Honorare sein. Wir haben keinen Notstand bei der ärztlichen Versorgung. Dramatisch ist jedoch die absehbare Entwicklung in den nächsten Jahren. Mehr als ein Drittel der niedergelassenen Hausärzte wird in den nächsten fünf Jahren die Altersgrenze erreichen. Bei den Fachärzten sieht es ähnlich aus. Natürlich vollzieht sich diese Entwicklung in den städtischen Gebieten und auf dem Lande mit unterschiedlicher Intensität. Gerade im ländlichen Bereich mit der dort oft noch ungünstigeren Altersstruktur der Bevölkerung ist jedoch in den nächsten Jahren mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen. Wir brauchen deshalb ein Signal, bis zu welchem Zeitpunkt die Ost-West-Angleichung bei den Honoraren vollzogen ist. Wir brauchen bis zum Jahr 2007 die vollständige Angleichung zwischen Ost-West!

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Die Gesundheitsreform muss sich auch den eklatanten Problemen bei der Arbeitszeit von Ärztinnen und Ärzten in den Krankenhäusern stellen. Die so genannte Budgetdeckelungspolitik hat in den Krankenhäusern bundesweit zu einer fast schon schamlosen Ausnutzung insbesondere jüngerer Ärzte und Ärztinnen geführt. Die Probleme haben sich bei uns besonders verschärft, denn in den alten Ländern stimmen doch zumindest noch die Tarifgehälter. Unsere Häuser haben da schon Mühe, noch Schritt zu halten.

Die Nullrunde im Jahr 2003 stellt für das Gesundheitswesen der neuen Länder eine besondere Verzichtsrunde dar. Sie kommt zu einem Zeitpunkt, zu dem die Politik von den Beschäftigten in den Krankenhäusern die Einführung eines neuen Entgeltsystems verlangt. Die Einführung der Fallpauschalen steht damit unter keinem guten Stern.

Wir müssen jetzt deshalb das Problem der Arbeitszeit lösen, wenn wir nicht fahrlässig mit der Versorgung unserer Menschen in den Krankenhäusern umgehen wollen. Wir brauchen menschenwürdige Arbeitsbedingungen, auch für Ärztinnen, Ärzte, Pfleger und Schwestern.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

Nach dem jüngsten Urteil des Bundesarbeitsgerichtes zu dem Thema Bereitschaftsdienst in Krankenhäusern

wird die Bundesregierung nicht um eine kurzfristige Novellierung des Arbeitszeitgesetzes herumkommen. Bereitschaftsdienst, Bereitschaftszeit ist Arbeitszeit. Dem muss endlich Rechnung getragen werden, auch durch das deutsche Arbeitsrecht. Das alles muss aber für die Krankenhäuser auch bezahlbar bleiben.

(Harry Glawe, CDU: Aber wie?)

Verbesserungen bei der Arbeitszeit sollten mit finanziellen Anreizen verbunden werden. Diesen Weg ist die Bundesregierung für das Jahr 2002 gegangen. Hier konnte immerhin ein Aufschlag von 0,2 Prozent auf das Gesamtbudget für solche Verbesserungen mit den Kassen verhandelt werden. Eine Reihe von Häusern, auch in Mecklenburg-Vorpommern, haben davon Gebrauch gemacht. Diesen Weg eines gezielten finanziellen Anreizes sollte die Bundesregierung jetzt auch weitergehen. Gesundheitsförderung und Prävention müssen auch in unserem Land einen völlig neuen Stellenwert erhalten und dürfen nicht einseitig auf medizinische Maßnahmen und das Zurückdrängen individuellen Fehlverhaltens reduziert werden. Prävention und Gesundheitsförderung bleiben im Kern eine staatliche Aufgabe. Neue Ansätze und Wege sind gefragt und sollten auch mit Steuermitteln gefördert werden.

Die Einrichtung einer Bundesstiftung Prävention und Gesundheitsförderung wäre aus meiner Sicht ein richtiger Weg, denn nur wenn hier Geld in die Hand genommen wird, sind auch zählbare Erfolge zu erzielen. Ich sehe hier allerdings auch für meine Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern einen besonderen Schwerpunkt, den ich im Übrigen mit den anderen Tätigkeitsfeldern meines Ministeriums, wie Kinder-, Jugend-, Familien-, aber auch Sport- und Seniorenpolitik, stärker verzahnen werde.

(Rainer Pracht, CDU: Frau Ministerin, wir haben eine Aktuelle Stunde und keine Vorlesestunde. –
Zuruf von Dr. Ulrich Born, CDU)

Ansatzpunkte für eine Zusammenführung dieser unterschiedlichen Politikgebiete sind durchaus reichlich vorhanden. Mit der Gesundheitsberichterstattung haben wir eine wertvolle Grundlage, um hier auf dieser Basis dann die Probleme zu diskutieren. Ich möchte noch erwähnen, dass wir im Rahmen dessen an der Erarbeitung von Gesundheitszielen arbeiten.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie müssen doch nicht alles vorlesen!)

Doch, Herr Glawe hat so viele Fragen gestellt, darauf muss ich einfach eingehen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Schauen Sie mal in die Geschäftsordnung, Paragraph 66!)

Die Gesundheitsziele sind ein wertvolles Steuerungsmittel für eine effektive Gesundheits- und Sozialpolitik.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Lassen Sie mich noch auf die Gestaltung der Ausgabenpolitik, die ja auch von Ihnen angesprochen wurde, hier eingehen.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Die Einnahmeseite – das hat die Fraktionsvorsitzende der PDS sehr ausführlich dargelegt – ist durch die GKV-Beitragsätze stabil zu halten. Wenn wir die Versicherung, so, wie es hier angesprochen wurde, für alle öffnen, für

alle diejenigen, die ein eigenes Einkommen haben, ist es möglich, die gesetzliche Krankenversicherung auch in der Perspektive als eine solidarisch unparitätisch finanzierte Versicherung für die gesamte Bevölkerung zu erhalten.

(Beifall Torsten Koplin, PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Wir haben gegenwärtig eine Situation, dass bei der gesetzlichen Krankenversicherung eine gewisse Fluktuation zu verzeichnen ist, das heißt, wir haben Wanderungsverluste von knapp 740 Personen. Das sind etwas mehr als ein Prozent. Man könnte also einwenden, diese Wanderungen sind unproblematisch, weil sie eben etwa nur ein Prozent betragen. Da es aber im Wesentlichen junge Gutverdienende sind, die geringen Behandlungsbedarf haben,

(Harry Glawe, CDU: Die rote Lampe ist an.)

die von den gesetzlichen Krankenversicherten wandern ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der Paragraph 66 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung doch Beachtung finden sollte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ministerin Dr. Marianne Linke: Ja, gut. Ich darf dann den Gedanken beenden.

Die gesetzliche Krankenversicherung sollte in der Perspektive geöffnet werden für alle Bürgerinnen und Bürger mit einem eigenen Einkommen. Sie sollte den Grundsatz der solidarischen und paritätischen Finanzierung auch künftig weiter beibehalten. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD
und PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Das Thema ist: Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern – „Solidarität rechnet sich“. Bei dem Thema stellt man natürlich gleich folgende Fragen: Für wen rechnet sich die Geschichte? Wie rechnet sich die Geschichte? Und in welcher Höhe rechnet sich die Geschichte? Und, meine Damen und Herren von der PDS, diese Antworten sind Sie im Großen und Ganzen schuldig geblieben.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Ich will das mal an einem ganz profanen Beispiel deutlich machen. Also wenn Sie sich hier mal bei den Betrieben umhören, sowohl bei den Arbeitgebern als auch bei den Arbeitnehmern, dann werden Sie Folgendes feststellen. Sie sind unzufrieden, und zwar beide Seiten sind unzufrieden. Die Arbeitgeber sind unzufrieden,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

weil jetzt durch die Beitragssteigerung ihre Kosten in die Höhe gedrückt werden, und die Arbeitnehmer sind genauso unzufrieden, weil sie für ihre Krankenversicherungsgeschichten mehr Geld auf den Tisch legen müssen. Also mir stehen Zahlen eines mittelständischen Unternehmens mit 65 Leuten zur Verfügung und da sind

das im Monat auf der Arbeitgeberseite Kostensteigerungen von 500 bis 600 Euro, ohne dass sich die Erlöse erhöht haben,

(Torsten Koplin, PDS: Richtig.)

und bei den Arbeitnehmern sieht die ganze Sache genauso aus.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich hab
doch ein Angebot unterbreitet.)

Und ich habe mit dem Kollegen Koplin einen Termin gemacht, zu dem wir mal bei einer großen Krankenkasse waren. Er hat gesagt, also Leute, wegen dieser Beitragsgeschichten ist die Wechselstimmung bei den Menschen unheimlich groß. Er machte zum Beispiel darauf aufmerksam, dass kurz nach Jahresanfang durch so eine entsprechende Internetseite, wo Vergleiche zwischen Krankenkassen dargelegt worden sind, innerhalb kürzester Zeit 500.000 Besucher auf dieser Homepage waren. Das heißt im Grunde, auch da ist das mit dem Rechnen so eine Sache.

Meines Erachtens geht es halt bei der Diskussion, die im Grunde geführt werden muss, nicht um die Demontage des Sozialstaates,

(Angelika Gramkow, PDS:
Sehr richtig, sehr richtig.)

sondern es geht vielmehr um dessen nachhaltigen Erhalt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Von Ihnen, Frau Gramkow, ist das Thema Verbreiterung der Beitragsbasis heute angesprochen worden. Das begrüße ich prinzipiell als den richtigen Schritt. Nur muss man wissen, dass die Verbreiterung der Beitragsbasis nur einen kurzfristigen Effekt hat. Dafür gibt es mehrere Gründe. Ein Grund ist die demographische Entwicklung, also wenn Sie sich mal ansehen, wie die Alterspyramide zunimmt. Der zweite Grund ist der ständige Anstieg von chronisch Kranken. Die Behandlungskosten steigen stark. Und die dritte Geschichte ist der medizinische Fortschritt. Gerade bei solchen Geschichten liegt der Teufel ja oft im Detail. Also wenn ich jetzt hergehe und erweitere die Beitragsbasis, muss ich mir natürlich die Frage stellen, wie das Ganze denn umgesetzt wird.

(Angelika Gramkow, PDS, und
Torsten Koplin, PDS: Sehr richtig.)

Mache ich jetzt die Krankenkassen zu zweiten Finanzämtern, die sich im Grunde durch Vordrucke wühlen und gucken, wie Zinserträge zu bewerten sind, wie Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und dergleichen zu bewerten sind, so sind im Grunde erhebliche Umsetzungsprobleme damit verbunden.

(Torsten Koplin, PDS: Darüber
müssen wir dann reden.)

Auch das Thema Wertschöpfungsabgabe ist ja schon des Öfteren in der Diskussion gewesen. Ich habe noch keinen vernünftigen Umsetzungsvorschlag gehört. Also was ist zum Beispiel, wenn die Wirtschaft zurückgeht, wenn die Einnahmen der Betriebe im Grunde zurückgehen? Wie werden dann die notwendigen Kosten fürs Gesundheitswesen aufgebracht? Das sind Dinge, die mir erst einmal jemand beantworten muss.

Und jetzt noch ein paar grundsätzliche Ausführungen. Es ist ja viel über das Thema Solidarität gesprochen worden, aber dabei vergisst man, dass unser Sozialstaat auf zwei Säulen steht. Das eine ist die Säule der Solidarität und das andere ist die Säule der Subsidiarität. Und das Ganze kann nur funktionieren, wenn man das in ein ausgewogenes Verhältnis zueinander bringt, und da finde ich, dass mein Fraktionskollege Norbert Nieszery ein paar vernünftige Vorschläge gemacht hat. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Renz von der CDU-Fraktion.

Torsten Renz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte heute auch wieder zum Thema Gesundheitspolitik sprechen, nachdem ich das ja schon am 29. Januar getan habe. Ich möchte ähnlich beginnen wie beim letzten Mal, dass ich mit der Frau Ministerin beginne.

Frau Linke, Sie haben zu Beginn Ihrer Ausführungen wieder das Feindbild CDU aufgebaut. Ich möchte Sie einfach bitten, darüber nachzudenken, dass das in Zukunft nicht der richtige Weg sein kann. Und wenn ich mir mal hier die Feststellung erlaube, dass eigentlich die SPD und die CDU nach den Ausführungen, die hier heute stattgefunden haben, sich im Bereich der Gesundheitspolitik viel näher stehen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Michael Ankermann, CDU: Genau.)

dann muss ich ganz einfach mal feststellen, auch wenn ich den Ausführungen vom Kollegen Heydorn hier folge, dass zwischen der SPD und der PDS im Bereich der Gesundheitspolitik Welten sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU –
Torsten Koplin, PDS: Ja.)

Ich möchte heute darauf verzichten, hier noch einmal grundlegend die Gesundheitspolitik zu analysieren. Wir haben beim letzten Mal schon unsere Vorschläge auf den Tisch gelegt. Wir möchten aber heute an dieser Stelle zumindest konkret analysieren: Was hat sich überhaupt seit dem 29. Januar geändert, dass dieses Thema wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde? Eigentlich sehr wenig, außer dass das angekündigte Defizit bei den Gesundheitskassen nicht 2,5 Milliarden, sondern 3 Milliarden Euro beträgt,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

dass wir eine Arbeitslosenquote von 4,7 Millionen haben, dass das unsere Kassen belastet und auf diesem Gebiet etwas getan werden muss.

(Regine Lück, PDS: Na, das
müsste Ihnen doch reichen.)

Und ich sage auch noch mal an dieser Stelle, auch wenn das einige vielleicht nicht hören möchten,

(Zuruf von Torsten Koplin, PDS)

wir haben inzwischen Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein gehabt, wir haben Landtagswahlen gehabt in Hessen und in Niedersachsen und diese Wahlen haben eindeutig die schlechte Politik der Bundesregierung bestätigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und aus diesem Grunde muss auf Bundesebene etwas getan werden. Wir hoffen, dass ja nun Freitag endlich die ersten Vorschläge auf den Tisch kommen.

(Rudolf Borchert, SPD: Vorschläge haben
wir schon reichlich. Alle haben Vorschläge.)

Aber wenn man heute die Presse verfolgt – Herr Gabriel meldet sich zu Wort und meldet an, dass das mit ihm nicht zu machen sein wird.

(Dr. Till Backhaus, SPD:
Sind Sie dabei gewesen?)

Da wird sich schon die Frage stellen: Wird überhaupt der Kanzler, sprich die Bundesregierung, fähig sein, eine Reform anzuschieben? Wird die Bundestagsfraktion das unterstützen? Und ob dann die Vorstellungen der Landes-SPD einfließen werden, die Frage ist sicherlich mehr als berechtigt.

(Rudolf Borchert, SPD:
Das ist eine spannende Frage.)

Zu dem Thema, was heute gestellt wurde, so habe ich mir lange überlegt, haben wir schon alle Ausführungen im Monat Januar getätigt.

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Ich bin eigentlich Herrn Heydorn dankbar, dass er das Thema ähnlich angegangen ist, wie ich es auch tun wollte, nämlich mal die Frage nach der Solidarität, die er gestellt hat, für wen sie sich rechnet, hier einfach mal an den Beginn der Ausführungen zu stellen. Und wenn ich dann den Ausführungen von Frau Gramkow folge und sie mit ihrer ersten These im Prinzip den beiden großen Volksparteien vorwirft, es kann nicht sein, dass sich alles rechnen muss, aber im gleichen Atemzug dann sagt, die Solidarität muss sich rechnen,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

dann muss man das sicherlich etwas mehr beleuchten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Ich bin Ihnen sehr dankbar, Frau Gramkow, dass Sie sich auch endlich einmal der Einnahmeseite gewidmet haben.

(Angelika Gramkow, PDS: Also das ist ja wohl!
Sie hören mir ja wohl nicht zu in diesem Hause!)

Das ist zumindest erst einmal zu begrüßen.

(Heiterkeit bei einzelnen Abge-
ordneten der SPD, CDU und PDS –
Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS:
Elf Jahre lang mache ich das schon. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das will er doch
gar nicht wissen. – Gabriele Schulz, PDS:
Da war er noch nicht dabei.)

Aber ich denke mal, das, was Sie vorschlagen – Herr Heydorn hat das auch schon mal angesprochen, dass das

wahrscheinlich nicht zu der Lösung des Problems im Gesundheitswesen führen wird –, was Sie ansprechen, zielt immer wieder darauf ab, Leistung abzuwürgen und die Leistungserbringer, wenn sie nämlich an die so genannten Besserverdienenden heranwollen, wenn sie die Unternehmen mehr belasten wollen. Das sind aber die, die in Mecklenburg-Vorpommern und auch in Deutschland den Aufschwung in Gang bringen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Und das wollen Sie mit Ihren Sachen abwürgen.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie haben mir
wirklich nicht zugehört! Das tut mir sehr Leid.)

Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, auch wenn es hart ist, aber wir empfinden diese Themenstellung, die Sie heute hier noch mal erneut auf die Tagesordnung setzen, einfach nur als eine Art Profilierungsmöglichkeit nach draußen. Und da will ich Ihnen sagen, wenn Ihnen die Geschmacklosigkeit des Arbeitsministers nicht ausreicht,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von der CDU: So ist es.)

bei dieser Demo teilzunehmen, wenn Sie keine anderen Themen haben, dann tun Sie mir echt Leid! Dann sollten wir doch mal beleuchten, was überhaupt Solidarität ist. Solidarität ist, wenn Sie ins Lexikon schauen, ein Zusammengehörigkeitsgefühl, ein Gemeinsinn, und wenn Sie weiterlesen, ist es aber auch eine gegenseitige Unterstützung. Das muss man hier mal betonen,

(Regine Lück, PDS: Und das
sagen Sie Ihren Parteifreunden!)

eine gegenseitige Unterstützung und keine einseitige. Und wenn hier jemand behauptet, ganz konkret Ihre Partei, dass es in diesem Parlament Parteien gibt, die das Solidarprinzip in Frage stellen wollen, dann kann ich nur sagen, das ist falsch. Das ist eine Falschaussage, anders möchte ich das jetzt nicht bezeichnen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD
und PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Eine bodenlose Unverschämtheit ist das!)

Wir haben es beim letzten Mal gesagt und ich habe auch noch einmal den Satz aus meiner letzten Rede mitgebracht. Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Wir sind auch in Zukunft für ein solidarisch organisiertes Gesundheitswesen, das heißt, sozial Schwache, chronisch Kranke und Schutzklauseln für Kinder müssen gewahrt bleiben. Davon werden wir auch nicht abrücken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und auch beim letzten Mal habe ich es gesagt, die Lage ist eigentlich schon viel zu ernst, um hier Schaukämpfe oder Populismus zu verbreiten. Deswegen ringen Sie lieber mit uns um Lösungen! Zum Thema Solidarität muss man auch auf alle Fälle sagen – das ist mir bei den Vorrednern nicht so deutlich zum Tragen gekommen –, dass es eine Verantwortung des Einzelnen in diesem System gibt.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU)

Das sollte man nicht verkennen. Und da muss die Frage gestellt werden, sie darf nicht nur gestattet sein, sondern sie muss gestellt werden: Wer gibt jemandem das Recht, Solidarität ohne Eigenverantwortung einzufordern? Aus

meiner Sicht können das nur Ausnahmen sein. Das habe ich vorhin angesprochen und anders kann es nicht funktionieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Solidarität beinhaltet nämlich die Pflicht jedes Einzelnen, seinen Beitrag zu leisten und nicht nur Forderungen zu stellen. Und da gilt für uns der Grundsatz, Solidarität darf keine Einbahnstraße sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ziel der Gesundheitspolitik muss eine hochwertige Versorgung aller Menschen sein, ohne Ansehen des Alters und der finanziellen Leistungsfähigkeit. Notwendige medizinische Leistungen und Spitzenmedizin, das ist der Unterschied vielleicht zu anderen, was wir jetzt formulieren, müssen auch über Selbstbeteiligung allen zugänglich sein. Und für uns, sage ich noch einmal ganz deutlich, gilt der Grundsatz: Was medizinisch notwendig ist, muss auch der Patient tatsächlich erhalten. Und dafür brauchen wir eben eine Kombination von Freiheit, Selbstbestimmung, mehr Vorsorge, Transparenz und Wettbewerb, um das Gesundheitswesen in eine bessere Wirtschaftlichkeit zu bringen und die finanziellen Probleme zu lösen.

(Reinhard Dankert, SPD:
Also zurück zu 50/50 oder was?!)

Wir müssen hier in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland aus diesem Teufelskreis endlich herauskommen, damit wir, Herr Heydorn hat das angesprochen, die steigenden Lohnnebenkosten bei wachsender Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen. Und da haben wir eindeutig die Zielstellung, die Lohnnebenkosten unter 40 Prozent zu drücken, um das System in Gang zu bekommen, nämlich über die Einnahmeseite. Man soll nicht verkennen, dass ein sozialer Staat an seine Grenzen stoßen wird, wenn wir die Wirtschaft schwach machen. Und deswegen kann ich nur vom letzten Mal wiederholen: Grundlage einer Sozialpolitik ist eine starke Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und da dürfen wir auch hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht einfach so tun, als wenn wir irgendwo auf einer Insel sind. Wir müssen den Prozess der Globalisierung zur Kenntnis nehmen und das wird nicht ausreichen, sondern wir müssen ihn als Chance begreifen. Ansonsten werden wir immer die Verlierer sein.

Lassen Sie mich zum Abschluss ein Zitat zum Thema beziehungsweise eine Stellungnahme von dem von mir geachteten Professor Dr. Norbert Klusen als Mitglied der Technikerkrankenkasse verlesen. Aus meiner Sicht trifft er hier genau den Punkt. Er führt aus: „Gerade wer den Wert der Solidarität erhalten will, muss bereit sein zur Veränderung. Wenn wir aus Angst vor dem Umdenken zurückweichen, werden alle Beteiligten im Gesundheitswesen zu den Verlierern zählen, allen voran die Patienten. Wer die Dinge noch länger treiben lässt, wer blockiert oder die Menschen in falscher Sicherheit wiegt, mag die Sicherung der Solidarität im Munde führen, in Wahrheit trägt er dazu bei, sie zu zerstören.“

Diese Aussage sollten alle – ich betone, alle – gut analysieren. Es hilft uns nicht, einen Sozialneid hier zu schüren und Grabenkämpfe aufzumachen, zum Beispiel zwischen Arm und Reich, denn es muss gehandelt werden. Aber ein Solidaritätsargument, um den Status quo hier zu erhalten, lehnen wir ab. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Renz.

Das Wort hat der Abgeordnete der PDS-Fraktion Herr Koplin.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, geschürt wurde nicht. Wir haben eine hitzige Debatte, und das aus gutem Grunde. Die Aktualität wird bestätigt durch jeden einzelnen Redebeitrag. Lassen Sie mich vielleicht eins an den Beginn der Rede stellen, wo ich meine, da sind wir einer Meinung. Es wäre höchst unvernünftig, wenn man mit Salzsäure gurgeln würde, um eine lästige Mandelentzündung zu behandeln. Warum sage ich das? Das sage ich, weil ich meine, Heilmittel dürfen nicht verheerender sein als das auszumerzende Übel. Und ebenso widersinnig wäre es, wenn die anstehenden Veränderungen im Gesundheitswesen – und sie lösen ja die hitzige Debatte aus – den Leim auflösen, der die Gesellschaft auf diesem Gebiet zusammenhält. Und wenn ich vom Leim spreche, dann spreche ich eigentlich von der Solidarität.

Sie haben völlig Recht, Herr Renz, wenn Sie sagen, Solidarität ist gegenseitige Hilfe, Gesundheit und Solidarität. Also gegenseitige Hilfe sind zwei Seiten einer Medaille. Ich würde Ihnen so gern glauben, nur eins passt aus meiner Sicht nicht zusammen, nämlich wenn Herr Seehofer sagt, Zahnersatz, liebe Leute, bezahlt mal alle zukünftig selber. Und Sie sagen wiederum, wir stehen als CDU für Solidarität. Da stimmt etwas nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Und auch zu Herrn Heydorn, den ich als Kollegen sehr, sehr schätze, meine ich, Herr Heydorn, Sie haben Frau Gramkow leider nicht vollständig zugehört. Letztendlich sage ich, wir haben gesundheitspolitisch weniger ein Problem. Wir haben ein Problem mit dem Menschenbild, mit der Frage: Einer trage des anderen Last oder ist sich jeder selbst der Nächste? Eine Antwort auf diese Frage erwarte ich schon am kommenden Freitag vom Bundeskanzler, aber ich möchte nicht immer nur mit dem Finger von Schwerin aus nach Berlin zum Bundeskanzler zeigen. Ich denke, wir sind hier gefordert – Frau Ministerin Linke hat sehr viel dazu gesagt –, auch Antworten zu geben, darüber, was wir selber machen können.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Da stehen wir vor Megaherausforderungen und beim Durchdenken dieser Herausforderungen bin ich auf zehn gekommen. Aufgrund der begrenzten Zeit, die mir leider nur zur Verfügung steht, möchte ich nur drei anreißen:

1. Die Herausforderung durch den demographischen Trend

Wir müssen einer rasanten Zunahme von geriatrischen Erkrankungen und pflegeintensiven Behandlungen entgegensehen. Und ich sehe uns mit Blick darauf noch ungenügend vorbereitet. Wir müssen zum Beispiel die Geriatrie und das gerontopsychiatrische Netzwerk im Land stärken, denn hier geht es um die Solidarität der Jüngeren mit den Älteren.

(Harry Glawe, CDU: Fragen Sie
mal in Neubrandenburg nach!)

2. Die Herausforderung durch den Trend der Zunahme der sozialen Ungleichheit

Herr Renz, es gilt, die Augen nicht davor zu verschließen, dass es soziale Ungleichheit gibt. Und ein Punkt, um im Land die Krankenkassen stark zu machen, wäre das Vorziehen des Morbiditätsfaktors im Risikostrukturausgleich. Herr Dr. Nieszery hat darüber gesprochen. Ich möchte da mal einfügen, ich bin sehr dankbar und auch sehr stolz auf unseren Ministerpräsidenten, dass er bundesweit deutlich gemacht hat, wie wichtig der Risikostrukturausgleich für alle Länder ist, und sich dahin gehend Anerkennung verschafft hat.

(Harry Glawe, CDU: Da fragen Sie mal
die Ersatzkassen, wie die das sehen!)

Was ich mir wünsche, ist, den für 2007 konzipierten Risikostrukturausgleich mit Morbiditätsfaktor, also den Faktor der Krankheitsentwicklung in den einzelnen Ländern vorzuziehen auf das Jahr 2004. Das ist möglich und kostet nicht mehr Geld. Es würden aber vor allen Dingen sozial schwache Länder, in denen eben entsprechende Morbidität zu erkennen ist, daran partizipieren.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

3. Die Herausforderung durch den ökonomischen Trend

Der Sozialausschuss, Herr Glawe, hat darauf Bezug genommen, hat eine Anhörungsreihe dazu durchgeführt und wird sie am 26. März fortsetzen. Und eins, Herr Glawe,

(Harry Glawe, CDU: Ja?)

ich kenne Sie sonst gar nicht so, heute haben Sie den Pfad der Seriosität etwas verlassen.

(Harry Glawe, CDU: Nanu!)

Wir haben im Sozialausschuss einhellig festgestellt, dass die Krankenhäuser Luft brauchen, dass sie Zeit brauchen, mit den veränderten Bedingungen klarzukommen.

(Harry Glawe, CDU: Sie brauchen
einen optimalen Krankenhausplan.)

Und es war zumindest unwidersprochen gesagt worden ...

(Harry Glawe, CDU: Der läuft
am 31.12.2003 aus, Herr Koplin!)

Ist doch klar, dass er 2003 ausläuft! Dazu kann man sich aber politisch entscheiden, wenn man sagt, wir wollen die Krankenhauslandschaft erhalten und stärken und nicht durcheinander bringen.

(Harry Glawe, CDU: Wer bringt
denn hier was durcheinander?!)

Dann sagen wir doch auch, wir machen nicht formale Termine, sondern wir machen politisch sinnvolle Termine.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade am letzten Beispiel, der Krankenhauslandschaft, lässt sich gut veranschaulichen, warum sich Solidarität letztendlich rechnet. Solidarität rechnet sich, das kann man hin und her wenden,

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

für den einen und für den anderen. Wer ist im Blick, ist die Frage. Im Blick sind die Versicherten und die Patien-

tinnen und Patienten. Und für diese soll es sich doch rechnen. Es mag dem einen und anderen Krankenhaus, um im Bilde zu bleiben, ja betriebswirtschaftlich gut gehen, so ist damit aber noch gar nicht geklärt, ob es denn volkswirtschaftlich gut läuft. Und volkswirtschaftlich gesehen kann man es drehen und wenden, wie man will. Da bleibe ich bei dem, was Frau Gramkow gesagt hat: Nur Solidarität rechnet sich. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Koplin.

Es hat jetzt das Wort die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Dr. Margret Seemann.

Dr. Margret Seemann, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gesundheitspolitik in Mecklenburg-Vorpommern – „Solidarität rechnet sich“, das heißt auch, Solidarität zwischen den Geschlechtern im Gesundheitsbereich rechnet sich.

Schon vor fast zehn Jahren wurden alle Mitgliedsstaaten der Weltgesundheitsorganisation in der Europäischen Union aufgefordert, eine Kontaktperson für Frauen und Gesundheit zu benennen, denn der Gesundheit von Frauen muss ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und Dringlichkeit zugemessen werden,

(Beifall Torsten Koplin, PDS: So ist es.)

erklärte die WHO-Versammlung 1992. Dabei geht die WHO von einem modernen Gesundheitsbegriff aus: Gesundheit ist der Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen. Damit wird deutlich – und das zeigt auch der Frauengesundheitsbericht der Bundesregierung von 2001 –, dass die Förderung, der Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit nicht nur ein Thema der Gesundheitspolitik ist, sondern im Sinne des modernen WHO-Konzeptes zur Gesundheit

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vorlesestunde.)

auch ein Thema der Gleichstellung und Sozialpolitik sein muss. Frau Ministerin, Gleichstellungspolitik hatten Sie vorhin vergessen in Ihrer Aufzählung.

Sie erinnern sich sicherlich, meine Damen und Herren, dass meine Vorgängerin Frau Staszak dieses oft angesprochen hat

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Die hat aber frei gesprochen.)

und sich Fragen gefallen lassen musste wie: Was hat Gesundheit mit Geschlecht zu tun?

(Harry Glawe, CDU: Wir haben
unsere Frauenministerin.)

Die Erste Frauengesundheitskonferenz in Mecklenburg-Vorpommern hat 1998 stattgefunden, und seitdem ist dieses Thema ein Schwerpunkt der Frauen- und Gleichstellungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern. Und nun auf einmal – unter dem Aspekt des Kostendrucks – wird dieses Thema stärker relevant, denn „Solidarität im Gesundheitsbereich rechnet sich“ heißt, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern müssen berücksichtigt werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Beate Mahr, SPD)

Die Kosten steigen, aber mehr Geld steht nicht zur Verfügung. Die Mittel müssen also effizienter eingesetzt werden, um dem einzelnen Menschen gerecht zu werden.

Die Unterschiede bei Männern und Frauen im Gesundheitsbereich sind inzwischen unbestritten. So zum Beispiel galt bis vor kurzem der Herzinfarkt als Männerkrankheit. Die Folge ist, dass Herzuntersuchungen bei Frauen zu spät durchgeführt werden. Frauen sterben häufiger nach einem Herzinfarkt als Männer.

Wichtige Kostenfaktoren sind zum Beispiel im Gesundheitsbereich die Verabreichung von Hormonpräparaten. Diese nahmen in den letzten 20 Jahren stark zu. Untersuchungen belegen, dass Hormone auch auf den Verlauf der Erkrankung von Patienten mit Multiple Sklerose positiven Einfluss nehmen. Grundsätzlich müssen dabei natürlich die unterschiedlichen Wirkungen von Hormonen auf Männer und Frauen berücksichtigt werden.

Ein besonders markantes Beispiel ist die Mammographie. Unbestritten ist natürlich die Bedeutung der Früherkennung für Heilungs- und Überlebenschancen. Internationale Studien zeigen, dass mit Einführung der Mammographie als Reihenuntersuchung die Sterblichkeitsrate zwischen 20 und 30 Prozent von Frauen im Alter von 50 bis 70 Jahren gesenkt werden konnte. In Deutschland kommt es zunächst darauf an, die Qualität der Mammographien zu sichern, denn nicht die Quantität ist entscheidend, sondern die Qualität, um falsche Befunde zu minimieren. Deshalb ist insbesondere zu begrüßen, dass die Bundesregierung ab diesem Jahr ein flächendeckendes Mammographie-Screening nach den europäischen Leitlinien einführt. Damit soll das so genannte graue, nicht qualitätsgesicherte Screening beendet werden. Das graue Screening mit seinen vielen falsch-positiven Befunden verursacht erhebliche psychische Belastungen für etliche Frauen und auch unnötige Kosten.

Auch bei Essstörungen, insbesondere bei der Mager-sucht, sind 95 Prozent der Betroffenen Mädchen und Frauen. Diese Erkrankung hat seit den 70er Jahren stark zugenommen und steigt weiter. Hier ist es wichtig, diese Krankheit als Krankheit anzuerkennen. Notwendigerweise muss die Präventionsarbeit verstärkt werden, um unter anderem kostenintensive Folgeerscheinungen sowie Organschädigungen zu verhindern. Durch Aufklärung und Information könnten diese Symptome frühzeitig erkannt und gewaltige Kosten gespart werden. Niederschwellige Beratungs- und Therapieangebote sind dabei unentbehrlich.

Ähnliches wäre für die Medikamentenabhängigkeit insbesondere bei Frauen anzuführen. Medikamente, die Schmerzen, negative Stimmungen, Unruhe und Ängste beeinflussen, sind frauenspezifische Suchtmittel. Frauen greifen zu schnell zu Medikamenten. Insgesamt nehmen sie zweimal häufiger als Männer ärztlich verschriebene oder in Apotheken selbst erworbene Beruhigungs- und Schlafmittel, Antidepressiva und Schmerzmittel sowie Medikamente zur Gewichtsreduktion ein. Diese Medikamente helfen Frauen nur scheinbar bei vielerlei Belastungen und Beschwerden. Dabei ist die Dunkelziffer des Medikamentenmissbrauchs sehr groß. Schätzungen gehen davon aus, dass circa zwei Millionen Frauen und Männer medikamentensüchtig sind. Das führt häufig zu chronischen Beschwerden und wiederum zu mehr Kosten. Daher sind frauenspezifische Angebote zur

Prävention und Behandlung von Medikamentenabhängigkeit dringend erforderlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Kosten im Gesundheitsbereich steigen, aber die verfügbaren finanziellen Mittel werden nicht mehr. Es kommt also darauf an, das vorhandene Geld so einzusetzen, dass es den Individuen gerechter wird. Das heißt auch, dass die zukünftige Gesundheitspolitik dem Verhalten von Männern gerechter wird. 80 Prozent der HIV-Infizierten und 90 Prozent der Aidskranken in Deutschland sind Männer. Männer begehen viermal so häufig Selbstmord wie Frauen. Männer tendieren bei gesundheitlichen Problemen zur Verdrängung und Vermeidung, sie nehmen die Warnsignale ihres Körpers nicht wahr und nur jeder zehnte Mann nutzt den von der Krankenkasse gezahlten freien Check-up ab 38. Die Gesundheitsversorgung und die Solidargemeinschaft können also nur gewinnen, wenn die Strategie des Gender-Mainstreaming auch im Gesundheitsbereich umgesetzt wird,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

wenn Männer und Frauen mit ihren unterschiedlichen Stärken und Schwächen wahrgenommen werden

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und diese auch bei der Gesundheitsversorgung sowie bei der Prävention beachtet werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Ihre Bemerkungen machen deutlich, dass Sie wahrscheinlich mit dem Begriff „Gender-Mainstreaming“ noch nichts anfangen können.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Lesen Sie
nicht vor, sondern sprechen Sie frei! –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Gesundheitsfürsorge und Vorsorgeuntersuchungen müssen so angeboten werden, dass Männer und Frauen diese annehmen können und bereit sind, Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Gleichzeitig müssen effiziente niedrigschwellige Beratungs- und Betreuungsangebote, die Ursachen für Krankheiten abbauen helfen, angeboten werden. Solidarität rechnet sich, heißt also auch, dass Gesundheit zu einem Thema in der Gleichstellungs- und Sozialpolitik werden muss.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS und Beate Mahr, SPD –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Moderne Gesundheitspolitik braucht eine solide Gesundheitsberichterstattung und solide Informationen als Basis für strategische Entscheidungen. Der Geschlechtervergleich muss deshalb systematisch verfolgt werden, dann rechnet sich Solidarität. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache. Die beschlossene Redezeit ist beendet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 2:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbelegungsbindungsgesetzes und des Gesetzes über die Funktionalreform, auf Drucksache 4/252.

**Gesetzentwurf der Landesregierung:
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Landesbelegungsbindungsgesetzes und
des Gesetzes über die Funktionalreform**
(Erste Lesung)

– Drucksache 4/252 –

Das Wort zur Einbringung hat der Minister für Bau, Arbeit und Landesentwicklung Herr Holter.

Minister Helmut Holter: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir leisten jetzt eine Arbeit, die mit der Änderung des Wohnungsbaurechtes durch den Bundestag zu tun hat. Das Wohnungsbaurecht wurde novelliert und logischerweise muss das Landesgesetz diesem Bundesrecht angepasst werden. Aus diesem Grunde hat die Landesregierung Ihnen einen Entwurf zur Änderung eines Gesetzes vorgelegt mit der Bitte, dieser Änderung zuzustimmen. Das Gesetz ist gut und hilfreich, sein Name schwierig, vielleicht auch unaussprechbar: Es heißt Landesbelegungsbindungsgesetz.

Ich will Ihnen die Änderungen trotzdem kurz begründen. Es geht im Kern darum, bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Haushalte zu sichern, und zwar langfristig. Folgende Zahlen, um die Dimension zu verdeutlichen: 120.000 Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern sind belegungsgebunden. Im Gesetz wird festgelegt, unter welchen Voraussetzungen belegungsgebundene Wohnungen vermietet werden können. Dreh- und Angelpunkt ist der allseits bekannte Wohnberechtigungsschein. Der wird von den Kommunen ausgestellt – das ist bekannt –, wenn das Einkommen des Antragstellers eine bestimmte Einkommensgrenze nicht übersteigt. Das Gesetz regelt

erstens, wann nicht vermietet werden darf oder muss,

zweitens, welche Zweckentfremdung und baulichen Veränderungen erlaubt und verboten sind,

drittens, welche Mitteilungs- und Unterrichtspflichten der Vermieter hat,

und viertens, wie sich das Vorkaufsrecht des Mieters bei der Umwandlung von Mietwohnungen und Eigentumswohnungen gestaltet.

Das bleibt alles, wie es war.

Änderungen gibt es bei den Vorschriften zur Ermittlung des Einkommens und die freien und Abzugsbeträge werden erhöht. Außerdem wurden die Einkommensgrenzen erhöht, und zwar wie folgt: Für einen 1-Personen-Haushalt liegt sie statt bei bisher 15.288 Euro jetzt bei 15.600 Euro und für Ehepaare oder Lebensgemeinschaften anstatt bei 22.200 nun bei 23.400 Euro. Für jede weitere Person kommen noch einmal 5.330 Euro hinzu. Das sind 13 Euro mehr als in der bisher gültigen Regelung. Auf die Kommunen kommen dadurch keine neuen Aufgaben hinzu. Lediglich das Verfahren zur Erteilung des Wohnberechtigungsscheines wird etwas anders ablaufen als bisher. Neue öffentliche Standards oder Verpflichtungen im Sinne des Konnexitätsprinzips gibt es nicht. Für die zuständigen Stellen gilt es ganz einfach, die neuen Einkommensgrenzen zu berücksichtigen und die Einkommen anhand der novellierten Ermittlungsvorschriften zu berechnen.

Abschließend eine kurze Bemerkung zum Funktionalreformgesetz. Auch hier ist eine Änderung notwendig. Dieses Gesetz ist aber von der Novelle nur marginal betrof-

fen. Im Artikel 11 – der trägt die Bezeichnung „Wohnungsbindung“ – ist eine Folgeänderung vorzunehmen.

Meine Damen und Herren, ich hoffe auf eine konstruktive und zügige Ausschussberatung, damit die skizzierten Änderungen sehr zügig in Mecklenburg-Vorpommern in Kraft treten können. – Danke schön.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD,
und Karsten Neumann, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch dazu, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Minister hat es gerade schon ausgeführt. Das ist für uns im Wesentlichen nicht so eine spannende Sache, sondern es geht im Grunde darum, dass wir unser Landesbelegungsbindungsgesetz an bundesrechtliche Gesetzgebung anzupassen haben.

Noch einmal ganz kurz zum Zustandekommen: Es gab das Altschuldenhilfegesetz. Das Altschuldenhilfegesetz hatte im Wesentlichen zwei Funktionen. Es befreite von Altschulden und es gab auf der anderen Seite den Ländern die Möglichkeit, Wohnungsbestände von Gesellschaften und Genossenschaften mit der Belegungsbindung – ich glaube, bis 2013 – zu belegen. Ich denke, das war am Anfang der 90er Jahre ein spannendes Thema. Jeder wird sich noch daran erinnern, wie angespannt die Situation auf dem Wohnungsmarkt war. Die Situation hat sich vollständig geändert. Es ist heute bei uns im Lande mitnichten so, dass Bezieher unterer Einkommen oder Bezieher von Lohnersatzleistungen Probleme haben bei der Wohnraumbeschaffung. Nach wie vor finde ich es wichtig, dass man das aufrechterhält. Ich kann im Grunde dem Antrag, wie er hier vorliegt, nur zustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Heydorn.

Als nächster Redner hat das Wort Herr Liskow von der CDU-Fraktion.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beabsichtigt die Landesregierung, einem Anpassungserfordernis Rechnung zu tragen. Man könnte also eine Debatte erwarten, die eigentlich aus unserer Sicht problemlos ist, denn formalrechtlich kann es nach ersten Prüfungen des Entwurfes keine Einwände geben.

Aber, meine Damen und Herren, es wird auch an Ihnen nicht vorbeigegangen sein, eine der Hauptforderungen der Wirtschaft und des Mittelstandes ist es im Moment, Bürokratie abzubauen. Der Gesetzgeber soll eine eindeutige Zurückhaltung bei der Schaffung neuer Gesetze ausüben und alle bestehenden auf den Prüfstand stellen, so ein zentraler Vorschlag der Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern. Also, meine Damen und Herren, warum wollen Sie den Bürokratieabbau in dieser Sache nicht beschleunigen und sich nicht

die Möglichkeit nehmen, hier anzufangen, etwas inhaltlich zu erarbeiten?

(Angelika Gramkow, PDS: Wie sieht denn Ihr Vorschlag aus?)

Geht gleich los.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Es gibt in Mecklenburg-Vorpommern hinreichende Begründungen, dass man dieses Gesetz in der Zukunft eigentlich gar nicht mehr braucht. Wir haben schon im Vorfeld mit einigen Wohnungsunternehmen gesprochen. Diese sehen aus ihrer Sicht eigentlich gar keine Notwendigkeit mehr, hier ein solches Gesetz zu haben. Wir haben zurzeit eine Leerstandsquote von circa elf Prozent bei uns. Aus dieser Sicht heraus gibt es genug Wohnraum. Wir sind der Meinung, dass man, wenn man genug Wohnraum hat, auch genug preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung hat, dass man eigentlich dieses Gesetz gar nicht mehr brauchen würde.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Was zu überprüfen wäre. – Angelika Gramkow, PDS: Na, Sie kennen die Situation nicht.)

Ich kenne die Situation.

Und man hat auch genug Spielraum in diesem Bereich. Wir werden auf jeden Fall im Bauausschuss noch einmal die Debatte eröffnen und mit Ihnen gerne darüber diskutieren, ob es notwendig ist, dieses Gesetz zu haben. Die Wohnungsunternehmen sagen auf jeden Fall, es ist keine Behinderung,

(Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

aber es ist noch zusätzlicher Aufwand, den man aus ihrer Sicht vermeiden könnte. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Liskow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der PDS-Fraktion Frau Lück.

Regine Lück, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Viele Menschen auch in Mecklenburg-Vorpommern träumen sehnsüchtig von einem eigenen Haus, am besten natürlich im Grünen oder am Waldrand mit Swimmingpool oder sogar mit Sauna. Wünschen würde ich so ein Häuschen jedem. Leider kann sich längst nicht jede Familie oder jeder Single so ein Häuschen leisten. Oft ist es schon ein Problem, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Innerhalb von drei Jahren können die Mieten um 20 Prozent erhöht werden. Außer dem Vorstandschef der Deutschen Bank und seinen Freunden dürfte aber kaum jemand solche Gehaltsverbesserungen in den letzten Jahren erlebt haben.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Mit dem sozialen Wohnungsbau greifen wir nun den Menschen unter die Arme, die sich keine Wohnung auf dem freien Markt leisten können. Der Gesetzesvorschlag zur Änderung des Landesbelegungsbindungsgesetzes dient den Interessen dieser Menschen gleich in mehreren Punkten. Mit der Anhebung der Einkommensgrenzen tragen wir der Preisentwicklung der letzten Jahre Rechnung. Mit der Tatsache, dass wir das Wohnen bezahlbar halten, verhindern wir, dass es zu noch größeren Leerständen kommt.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Karsten Neumann, PDS)

Das Landesbelegungsbindungsgesetz umfasst Regelungen, die notwendig sind, um den nach den jeweiligen örtlichen Wohnungsmarktverhältnissen zur angemessenen Versorgung der Bevölkerung erforderlichen Anteil an belegungsgebundenen Wohnungen zu erhalten. Der wesentliche Inhalt ist, dass wir das für einkommensschwache Haushalte tun. Um die notwendigen Änderungen herbeizuführen, bitte ich um Zustimmung zur Überweisung in den zuständigen Ausschuss für Bau, Arbeit und Landesentwicklung. Und auch wenn dies scheinbar nur eine Formalie ist, werden wir uns dort mit inhaltlichen Fragen auseinander zu setzen haben, die die Entwicklung des Landes und deren Folgen betreffen. Ich freue mich auf eine spannende Diskussion. Ich denke da zum Beispiel auch an solche Dinge, dass wir darüber nachdenken sollten, Berechtigungsbelegungsgutscheine auch für Lebensgemeinschaften zur Verfügung zu stellen. Alle Fraktionen sollten einmal darüber nachdenken. – Vielen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lück.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung auf Drucksache 4/252 zur federführenden Beratung an den Bauausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Der Überweisungsvorschlag ist damit einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 3:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD, CDU und PDS – Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/253, 11. Änderungsgesetz des Abgeordnetengesetzes Mecklenburg-Vorpommern.

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und PDS:

Entwurf eines Elften Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtages von Mecklenburg- Vorpommern (Abgeordnetengesetz)

– 11. ÄndG AbgG M-V –

(Erste Lesung)

– Drucksache 4/253 –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Dankert.

Reinhard Dankert, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe die besondere Ehre, hier zu stehen und für drei Fraktionen zu sprechen, weil wir uns auf das Prinzip geeinigt haben, das macht der PGF der größten Fraktion, und nicht vielleicht der Dienstälteste oder vielleicht sogar eine Kollegin, der wir den Vortritt gelassen hätten.

(Karsten Neumann, PDS: Das wäre
aber nett gewesen. – Heiterkeit bei
einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Beim nächsten Mal sind dann die anderen dran.

Wir – die Abgeordneten von Mecklenburg-Vorpommern – sind verpflichtet, nach Paragraph 28 a Absatz 4 unseres Abgeordnetengesetzes innerhalb des ersten halben Jahres nach Beginn einer Legislaturperiode über die Anpassung der Entschädigung nach Paragraph 6 Absatz 1 Abgeordnetengesetz mit Wirkung für die gesamte Wahlperiode zu beschließen.

Herr Jäger, ich hoffe, Sie sehen mir nach, dass ich diese Passagen etwas ablese.

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Das dürfen Sie. – Torsten Koplin, PDS:
Oh, Herr Jäger ist großzügig heute! –
Heiterkeit bei Ute Schildt, SPD)

Paragraph 28 a Absatz 1 des Abgeordnetengesetzes bestimmt, dass die Entschädigung nach Paragraph 6 Absatz 1 entsprechend der Entwicklung der Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte in Mecklenburg-Vorpommern anzupassen ist. Grundlage dafür ist, wie Sie wissen, ein entsprechender Zeitraum im Vorfeld der neuen Legislaturperiode über ein Jahr gerechnet. Das sind die Grundlagen, die das Statistische Landesamt festlegt und bestimmt, nach denen wir unsere Erhöhung der Abgeordnetenbezüge ausrichten. Die im bestehenden Gesetz festgelegten Zeitpunkte der Anpassungen für das Jahr 2001 und 2002 sind natürlich abgelaufen und müssen für unsere jetzige Wahlperiode neu festgelegt werden. Der uns nun vorliegende elfte Gesetzentwurf bestimmt eine Anpassung erstmals zum 8. Januar 2004, des Weiteren zum 1. Januar 2005 und zum 1. Januar 2006.

Meine Damen und Herren, ich kann es kurz machen. Sie sehen, dass der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf nicht mehr und nicht weniger verlangt als das, was wir uns bisher in diesem Verfahren zugemutet haben, was also vom Gesetz verlangt wird. Darüber hinaus gibt es einige Klarstellungen und redaktionelle Berichtigungen. In Paragraph 15 Absatz 2 wird zum Beispiel die Verweisziffer auf den Paragraphen 9 redaktionell korrigiert.

Eine kleine neue Änderung gibt es auch noch, es ist eine Klarstellung in Bezug auf Artikel 27 unserer Landesverfassung. Da geht es um den Bezugszeitraum für das Übergangsgeld für Abgeordnete. Da ist in der Verfassung von vier vollen Jahren die Rede. Sie wissen selber, dass manchmal durch Wahltermine und durch mehr oder weniger geschickt gelegte Termine auch mit der Bundestagswahl zusammen man mit nicht ganz vier Jahren zu Rande kommt. Das wird berichtigt und klargestellt, so dass auf alle Fälle für eine spätere Berechnung des Übergangsgeldes dann vier Jahre gelten.

Meine Damen und Herren, ich kann zum Schluss kommen. Ich bitte Sie ausdrücklich im Namen aller drei Fraktionen, der Überweisung in die angegebenen Ausschüsse zuzustimmen. – Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, PDS
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dankert.

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache nicht vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU und PDS auf der Drucksache 4/253 zur federführenden Beratung an den Rechtsausschuss und

zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 4**: Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und PDS – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 4/254.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS:
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung
des Gesetzes über die Hochschulen des
Landes Mecklenburg-Vorpommern
(Landeshochschulgesetz – LHG M-V)**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/254** –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Brodkorb von der Fraktion der SPD.

Mathias Brodkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie allen Fraktionen bereits bekannt sein dürfte, hat eine verfassungsrechtliche Prüfung des LHG, insbesondere des Paragraphen 5 Absatz 5, ergeben, dass durch die Formulierung „Öffentlichkeit ihres Wirkens“ nicht klargestellt ist oder für die Betroffenen und in der Praxis bei der Rechtsauslegung nicht sichergestellt ist, dass diese Formulierung eindeutigen Interpretationen zugänglich ist. Die beiden Koalitionsfraktionen haben sich daher entschieden, im Vorgriff auf mögliche Probleme in der Praxis eine entsprechende Änderung des LHG an diesem Punkt vorzuschlagen. Alle Beteiligten bei der verfassungsrechtlichen Prüfung waren sich im Übrigen darüber einig, dass inhaltlich an diesem Paragraphen – insbesondere bei diesem Absatz – kein Dissens besteht in der Notwendigkeit einer solchen Regelung, sondern die einzige Streitfrage betraf formale Fragen. Es handelt sich hierbei um eine rein sprachliche Korrektur. Auch eine inhaltliche Debatte erübrigt sich aus unserer Sicht deshalb eigentlich. Da es sich ausschließlich um eine sprachliche Korrektur handelt, die für die Betroffenen Rechtssicherheit schafft bei der Auslegung dieses Gesetzes in der Praxis, bitten die beiden Koalitionsfraktionen um Überweisung dieses Gesetzentwurfes.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodkorb.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst die Abgeordnete der CDU-Fraktion Frau Lochner-Borst.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Entwurf der Koalitionsfraktionen täuscht über das Ausmaß der rechtlichen Problematik des LHG hinweg. Es geht nicht um eine bloße Heilung von handwerklichen Fehlern wie beim Schulgesetz, sondern es geht um nichts Geringeres als um die Freiheit von Wissenschaft und Forschung, wie sie durch das Grundgesetz geschützt ist.

(Unruhe bei Heike Polzin, SPD)

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie wussten genauso wie die CDU-Fraktion schon während des Gesetzgebungsprozesses, dass das neue LHG nicht widerspruchsfrei hingenommen würde. Das beweist der heute vorliegende Antrag. Erstaunlich ist jedoch in meinen Augen, dass der Gesetzentwurf lediglich eine Änderung eines Passus des Paragraphen 5 Absatz 5 beinhaltet. Sind damit wirklich alle Fehler behoben oder müssen die Hochschulen, die bereits jetzt unter Zeitdruck an der Umsetzung des neuen LHG arbeiten, in Kürze mit weiteren gesetzlichen Änderungen rechnen? Aus Greifswald hört man, dass eine Novellierung des LHG geplant sein soll.

(Karsten Neumann, PDS: Von wem?)

Ich glaube, gerade unter dem Eindruck der Anhörung der Hochschulen im Ausschuss führen Änderungen nur zu Unverständnis und Unruhe. In der momentanen Situation ist das das Letzte, was die Hochschulen brauchen. Anstatt mit Ruhe und Bedacht, mit externer fachlicher und rechtlicher Beratung

(Karsten Neumann, PDS: Ist doch alles passiert!)

alle sprachlichen und systematischen Fehler des Gesetzes zu beheben, wird hier lediglich auf einen einzigen Passus abgestellt.

(Karsten Neumann, PDS: Wir haben Gutachten gemacht, wir haben Ausschusssitzungen gemacht.)

Wir sollten uns die nötige Zeit nehmen und mehr Sorgfalt bei der Gesetzgebung walten lassen.

(Karsten Neumann, PDS: Ist das Arbeitsverweigerung? Ich bin ja schockiert!)

Meine Damen und Herren, in der Politik gibt es viele Anlässe, sich zu wundern. Dieses Gesetzgebungsverfahren ist für mich ein solcher Anlass.

(Karsten Neumann, PDS: Ja, das war eben einer.)

Es wundert mich, dass die Stellungnahme der Landesregierung im absoluten Widerspruch zu der des Landtages stand. Und es wundert mich auch, dass sich die Koalitionsfraktionen nicht der Landesregierung angeschlossen

(Karsten Neumann, PDS: Ich fasse es nicht!)

und auf Grundlage der Stellungnahme des Justizministeriums eine Verhandlung vor dem Landesverfassungsgericht zugelassen haben.

(Karsten Neumann, PDS: Fragen Sie
den Kollegen Born, der kennt das alles!
Fragen Sie den Kollegen Born!)

Davon abgesehen, meine Damen und Herren, halten wir den von Ihnen eingeschlagenen Weg nur für bedingt richtig. Auch die nun gewählte Formulierung halten wir nicht für hinreichend. Wir werden deshalb im Bildungsausschuss einen Vorschlag vorlegen, der nicht von der Intention des Gesetzgebers abweicht, aber in der Formulierung auch nicht darüber hinausgeht. Das, was Sie, meine Damen und Herren, im Paragraphen 5 Absatz 5 LHG regeln wollen, ist bereits in unserer Landesverfassung geregelt, nicht mehr und nicht weniger. Diese Formulierung hat vor dem Landesverfassungsgericht Bestand und hier könnten wir uns treffen. Also nehmen Sie sich Zeit für eine gründliche Überarbeitung, machen Sie diese sorgfältig und beschränken wir uns auf das notwen-

dige Maß des zu regelnden Gehalts! Wozu haben wir sonst eine Landesverfassung?

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der PDS-Fraktion Herr Dr. Bartels.

(Volker Schlotmann, SPD: Der ist jetzt aus Greifswald und er wird uns sagen, ob das mit der Novellierung stimmt.)

Dr. Gerhard Bartels, PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Lochner-Borst, mich zu wundern in der Politik habe ich mir nach neun Jahren – oder im neunten Jahr –, die ich jetzt hier bin, auch noch nicht abgewöhnt. Es wird Ihnen also noch öfter passieren.

Dass die CDU gegen dieses Landeshochschulgesetz war, wissen wir aus der Debatte in der vergangenen Legislaturperiode. Und nun ist es allerdings tatsächlich so, dass sich die Meinungen der Koalitionsfraktionen zu den Grundanliegen und den Grundaussagen dieses Gesetzes nicht geändert haben, auch die der CDU nicht – das verwundert mich auch nicht.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und Sie werden sich deshalb auch dann, denke ich, doch nicht wundern, dass wir uns jetzt nicht auf eine generelle Überprüfung aller Paragraphen einlassen und das Landeshochschulgesetz insgesamt in Frage stellen. Ich denke mal, das haben Sie auch nicht wirklich erwartet, dass wir das tun.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Und was mensch so aus Greifswald hört, ist natürlich das, dass wir heute hier eine Novellierung des Landeshochschulgesetzes auf den Weg bringen. Das ist ja so. Und wenn mensch das aus Greifswald hört, dann sind diese Nachrichten ja richtig. Aber ich denke nicht, dass da mehr gemeint sein könnte als das, was wir hier tun.

Lassen Sie mich kurz etwas zur Sache sagen. Und zwar erlaube ich mir einmal wieder, auf meine eigentliche Profession als Sprachwissenschaftler zurückzukommen. Und wenn ein Sprachwissenschaftler die Verfassungsbeschwerde liest, kommt er ins Grübeln, weil in einem großen Teil dieser Verfassungsbeschwerde darüber philosophiert wird, welche Bedeutung sprachliche Einheiten wie die Natur, die Gesellschaft, der Mensch haben. Und wenn dann Juristen sowohl in der Verfassungsbeschwerde als auch in einer Podiumsdiskussion, die ich in einem total überfüllten Greifswalder Hörsaal mit einem der Beschwerdeführer durchgeführt habe – die Überfüllung kam daher, dass mindestens 90 Prozent Jurastudenten drin waren, es war also ein Sprachwissenschaftler und Politiker gegen ungefähr 120 Juristen, das war ganz spannend –, ...

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Beifall Frank Ronald Lohse, SPD –
Reinhard Dankert, SPD: Aber Sie leben ja noch!)

Ich lebe noch. Sie wissen doch, so leicht bin ich nicht unterzukriegen, Herr Dankert.

... wenn dann Juristen sowohl in einem Beschwerdetext als auch in einer solchen Diskussion behaupten, dass

Juristen Gesetze immer völlig eindeutig formulieren, dann bekomme ich das mittlere Grinsen, muss ich ehrlich sagen und das habe ich dort auch gesagt, weil ich mich dann frage, wozu sind mit so vielen wichtigen Gesetzen mehrere Bände zur Erläuterung notwendig. Die Juristen, die hier im Saal sind, mögen mir verzeihen, aber das halte ich auch als Sprachwissenschaftler für einfach nicht machbar und etwas realitätsfern.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zur Intention des Absatzes 5 des Paragraphen 5 will ich hier nur eins sagen: Es war beabsichtigt und es ist beabsichtigt, im Gesetz eine Aufforderung an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu formulieren, dass sie über die Folgen ihrer Forschungen nachdenken und sich ihrer Verantwortung bewusst sind. Es war nicht beabsichtigt, was die Verfassungsbeschwerde unterstellt, und zwar ein Einstieg in eine Reglementierung der Forschung und damit eine Verletzung der Freiheit von Forschung und Lehre. Das zeigt sich auch daran, dass an keiner Stelle im Gesetz eine Sanktion im Zusammenhang mit Paragraph 5 Absatz 5 vorgesehen ist. An keiner Stelle! Und das ist von der Intention her, denke ich, eindeutig.

Frau Lochner-Borst, Sie haben, glaube ich, an den Diskussionen, die der Rechtsausschuss geführt hat, an denen zum Teil auch die Bildungspolitiker der Fraktionen teilgenommen haben, nicht teilgenommen. Sie wissen aber, dass es da intensive Diskussionen gegeben hat und dass es eine, sage ich mal, Beratung durch Professor von Mutius gegeben hat. Es wurde in diesen wie auch in anderen Diskussionen für mich deutlich, dass die Formulierung des Absatzes 5 des Paragraphen 5 missverständlich ist. Und wir sind deshalb den Weg gegangen – Herr Brodkorb hat es gesagt – zu sagen, wenn wir einen solchen Fehler durch eine missverständliche Formulierung an einer Stelle entdecken, die ablenken kann von den wesentlichen Zielen des Landeshochschulgesetzes, dann sollten wir das auch korrigieren,

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

und zwar ehe ein Urteil gesprochen wird,

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

und wir sollten sagen, wenn das so ist, dann müssen wir sofort handeln. Und die vorgeschlagene Formulierung, die hier steht, ist für mich aus zwei Gründen akzeptabel: Zum Ersten betont sie und sie behält bei die Intention des ursprünglichen Absatzes, nämlich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufzufordern, sich ihrer Verantwortung mit ihrer Forschung bewusst zu sein, und das im Landeshochschulgesetz als moralischen Appell auch zu verankern. Was herausgenommen wird, sind nach Meinung einer ganzen Reihe von Juristen die beiden Stellen. Aber auch hier ist das natürlich so, das sei mir als Randbemerkung gestattet, auch hier tritt der Fall ein, dass mehrere Juristen nie alle einer Meinung sind.

(Karsten Neumann, PDS: Na, na, na! Nicht immer so pauschal!)

Es gibt auch Juristen, die das anders sehen. Das ist normal. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass es Stellungnahmen gibt, die zu einem anderen Ergebnis kommen. Aber ich denke, dass die Formulierung des Aneinanderknüpfseins und die noch missverständlichere, weil mehrdeutige Aussage zur Öffentlichkeit des Wirkens der Forschung herausgenommen wird, aber die Intention der

Mahnung eindeutig erhalten bleibt. Das sollten wir tun. Insofern sollten wir das ändern. Ich bitte um Überweisung des Gesetzes in den Bildungsausschuss. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Bartels.

Das Wort hat jetzt noch einmal der Abgeordnete der SPD-Fraktion Herr Brodtkorb.

Mathias Brodtkorb, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde jetzt natürlich meiner Einbringungsrede widersprechen, wenn ich noch versuchen würde, zu großen inhaltlichen Ausführungen zu kommen, weil ich ja gerade versucht habe, deutlich zu machen, dass dieser Gesetzentwurf, der Ihnen vorliegt, lediglich eine formale Änderung bedeutet. Insofern beherzige ich den Ratschlag meiner Mutter: Wenn du nichts Vernünftiges zu sagen hast, dann halte den Mund! Ich bitte um die Überweisung. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Brodtkorb.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/254 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Überweisungsvorschlag ist damit einstimmig angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir treten damit vorzeitig in die Mittagspause ein und das heißt im Umkehrschluss, dass wir um 13.00 Uhr die Sitzung hier mit dem nächsten Tagesordnungspunkt fortsetzen.

Unterbrechung: 12.00 Uhr

Wiederbeginn: 13.04 Uhr

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 5:** Wahl des vom Land zu benennenden Mitglieds im Beirat nach § 39 Abs. 1 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik. Hierzu liegt Ihnen der Wahlvorschlag der Landesregierung auf Drucksache 4/245 vor.

Wahl des vom Land zu benennenden Mitglieds im Beirat nach § 39 Abs. 1 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)

**Wahlvorschlag der Landesregierung:
Wahl des vom Land zu benennenden Mitglieds im Beirat nach § 39 Abs. 1 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG)
– Drucksache 4/245 –**

Meine Damen und Herren, nach Paragraph 9 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR wird das vom Land zu benennende Mitglied im Beirat nach Paragraph 39 Absatz 1 Stasi-Unterlagen-Gesetz auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder gewählt. Der Wahlvorschlag liegt Ihnen auf Drucksache 4/245 vor, wonach die Landesregierung nach Paragraph 39 Absatz 1 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik den Landessuperintendenten Christoph Stier benennt.

Meine Damen und Herren Abgeordnete, nach Artikel 32 Absatz 4 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Verbindung mit Paragraph 93 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss bei Wahlen eine geheime Abstimmung stattfinden. Sie erfolgt durch die Abgabe von Stimmzetteln.

Wir kommen zur Wahl.

Den für die geheime Abstimmung allein gültigen grünen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von dem Schriftführer zu meiner Rechten. Auf dem Stimmzettel ist der Name des Kandidaten aufgeführt. Ich darf Sie bitten, sich nach Erhalt des Stimmzettels in die Wahlkabine zu meiner Linken zu begeben. Der Stimmzettel ist in der Wahlkabine anzukreuzen und so zu falten, dass eine geheime Wahl gewährleistet ist. Bevor Sie den Stimmzettel in die Abstimmungsurne, die sich hier vor mir befindet, geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Die Stimme ist ungültig, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei Ja, Nein oder Enthaltung enthält, außerhalb der Kabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerrissen ist, den Willen des Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen lässt oder die Stimmabgabe nicht geheim durchgeführt worden ist.

Bevor ich die Wahl eröffne, bitte ich den Schriftführer, sich davon zu überzeugen, dass die Abstimmungsurne leer ist.

(Karsten Neumann, PDS: Zeigen! –
Der Schriftführer überzeugt sich davon,
dass die Abstimmungsurne leer ist.)

Ich eröffne die Abstimmung. Ich bitte den Schriftführer zu meiner Linken, die Namen der Abgeordneten aufzuzuführen.

(Die geheime Wahl wird durchgeführt.)

Wer von den Abgeordneten möchte jetzt noch seine Stimme abgeben?

(Heiterkeit bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Einen Moment bitte, wir sehen die Namensliste noch einmal ein. Ich bitte den Schriftführer, nochmals die entsprechenden Namen vorzutragen.

(Abgeordnete werden nochmals
zur geheimen Wahl aufgerufen.)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, haben alle Mitglieder des Hauses, die sich an der Wahl beteiligen wollen, ihre Stimme abgegeben? – Wenn dies der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche die Sitzung für etwa fünf Minuten zur Auszählung der Stimmen.

Unterbrechung: 13.25 Uhr**Wiederbeginn: 13.29 Uhr**

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Meine Damen und Herren Abgeordnete, die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der geheimen Abstimmung bekannt. Es wurden 65 Stimmen abgegeben. Davon waren 65 Stimmen gültig. Es stimmten für den Kandidaten Christoph Stier 59 Abgeordnete mit Ja, 2 Abgeordnete mit Nein, 4 Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Ich stelle fest, dass Herr Landessuperintendent Christoph Stier die Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Landtages auf sich vereinigen konnte und damit nach Paragraph 39 Absatz 1 des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gewählt ist.

(Beifall bei Abgeordneten
der SPD, CDU und PDS)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 6:** Erste Lesung des Gesetzentwurfes der Fraktionen der SPD und PDS – Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Errichtung des Kommunalen Sozialverbandes Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 4/255.

**Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS:
Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des
Gesetzes über die Errichtung des Kommunalen
Sozialverbandes Mecklenburg-Vorpommern
(Kommunalsozialverbandsgesetz –
KSzVerbG M-V)**

(Erste Lesung)

– **Drucksache 4/255** –

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Heinz Müller von der Fraktion der SPD.

Heinz Müller, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zugegeben, es ist noch nicht so lange her, dass wir hier in diesem Hohen Hause das Gesetz über den Kommunalen Sozialverband diskutiert und am Ende auch beschlossen haben. Und dennoch haben wir bereits jetzt den Bedarf nach einer ersten Änderung.

Aber wir können feststellen, der Kommunale Sozialverband, den wir mit diesem Gesetz aus der Taufe gehoben haben, arbeitet. Sein Entstehungsprozess verläuft sehr vernünftig. Der Errichtungsbeauftragte Landrat a. D. Dr. Drefahl leistet hier ganz offenbar sehr gute Arbeit.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Der Verband entwickelt sich so, dass die Arbeit des Errichtungsbeauftragten noch in diesem Jahr ihr Ende finden wird und wir dazu übergehen können, für den Verband einen ganz normalen Verbandsdirektor zu wählen. Es ist eine Anregung der Beteiligten, insbesondere der Landrätekonzferenz, die hier einen einstimmigen Beschluss gefasst hat, das bestehende Gesetz an einem allerdings nicht ganz unwichtigen Punkt zu ändern.

Diese Anregung der Landräte bezieht sich darauf, dass wir im Gesetz eine Formulierung haben, wonach der Verbandsdirektor ein Lebenszeitbeamter ist, und die Landräte regen an, aus diesem Lebenszeitbeamten einen Wahlbeamten auf Zeit zu machen. Nun mag man vielleicht bei einer so schnellen Änderung eines Gesetzes sagen, da

hat irgendjemand gepennt. Ich glaube, meine Damen und Herren, ein solcher Vorwurf ist unberechtigt. Hier hat niemand gepennt, weder die Kommunalen Landesverbände noch der Landtag, noch die Landesregierung, sondern wir haben mit diesem Kommunalen Sozialverband etwas prinzipiell Neues aus der Taufe gehoben. Wir haben vom Verfahren her wichtiges Neuland betreten und wir mussten uns auf wesentliche Aspekte der Bildung dieses Verbandes konzentrieren. Und da kann es durchaus passieren, dass man in einer Frage, die man auf den ersten Blick nicht für die entscheidende hält, eine Entscheidung trifft, die sich dann später als zweifelhaft erweist. Ich glaube also, wir haben keinerlei Veranlassung, hier Asche auf unser Haupt zu streuen, sondern wir haben sehr wohl Veranlassung zu sagen: Lasst uns diesen Vorschlag unvoreingenommen prüfen, den die Landräte uns hier auf den Tisch gelegt haben!

Die Prüfung der Koalitionsfraktionen ist so ausgefallen, dass wir diesen Vorschlag in eine Gesetzesform gegossen haben. Dieses liegt heute auf Ihrem Tisch. Wir halten diesen Vorschlag für sinnvoll, weil – und dieses ist ein wichtiges Argument auch der Landräte – wir hier mehr Flexibilität und mehr Reaktionsfähigkeit auf die Dauer gesehen in die Verwaltung dieses Verbandes hineinbekommen. Der Vorschlag ist aber auch deshalb günstig, weil unseres Erachtens hier ein grundsätzliches Problem angesprochen worden ist, nämlich die Frage, ob wir zukünftig Führungsverantwortung auf Lebenszeit vergeben wollen, wie dies einem althergebrachten Beamtenprinzip entspricht, oder ob wir nicht vielmehr modernen Führungsprinzipien folgend Führungsverantwortung auf Zeit vergeben wollen, sehr wohl mit der Möglichkeit, diese Verantwortung zu verlängern, aber auch genauso gut natürlich mit der Möglichkeit, diese Verantwortung dann zu beenden und jemand anderes in die Verantwortung zu nehmen.

Es entspricht also modernen Führungsprinzipien, dieses zeitlich zu begrenzen, und das vollziehen wir mit unserem Entwurf. Es gibt aber vielleicht auch noch ein drittes Argument, das wir mit einem „vielleicht“ versehen sollten. Es gibt derzeit eine Diskussion, ob denn nicht der Kommunale Sozialverband zukünftig auch mit weiteren Aufgaben über das Bestehende hinaus betraut werden könnte. Ich denke, wir sollten einer solchen Diskussion offen gegenüberstehen und auch hier sehr ernsthaft eine solche Aufgabenübertragung im Zuge der Funktionalreform prüfen. Und vielleicht ist es auch unter diesem Aspekt, weil er mit Qualifikationsanforderungen für den Verbandsdirektor oder die Verbandsdirektorin verbunden ist, sinnvoll, wenn wir diese Aufgabe nur auf Zeit vergeben.

Sie sehen, meine Damen und Herren, es spricht eine Menge dafür, dass wir diesem einstimmigen Beschluss der Landrätekonzferenz und damit dem Gesetzentwurf der Koalition folgen. Ich bitte Sie deshalb um Überweisung dieses Entwurfes in die zuständigen Ausschüsse. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Müller.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Redezeit von bis zu fünf Minuten für jede Fraktion vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Schubert von der Fraktion der CDU.

Bernd Schubert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Müller, in einer Sache muss ich Ihnen widersprechen: Es waren nicht nur die Landräte, sondern auch die Oberbürgermeister, die den Beschluss auf dieser Konferenz mitgetragen und auch für die Gesetzesänderung gestimmt haben.

(Heinz Müller, SPD: Sie haben Recht, Herr Schubert. – Ute Schildt, SPD: Sehr gut.)

Und dann möchte ich noch bemerken, dass im Sozialausschuss die Mitglieder der CDU-Fraktion auch dafür gestimmt haben. Also hat man da schon eine Einigkeit gezeigt, so dass ich auch annehme, dass es keine grundsätzlichen Auseinandersetzungen heute in der Debatte geben wird. Aber lassen Sie mich trotzdem anmerken, es ist schon verwunderlich, und das hatten Sie ja kurz angedeutet, dass man eine Gesetzesänderung bereits nach 15 Monaten vornehmen muss. Das hatten Sie auch schon bestätigt, aber ich glaube, bei weiteren Gesetzen sollte man diese erst richtig prüfen und dann Gesetze erlassen. Das ist eine Sache.

Aber natürlich stimmen wir den Änderungen der Paragraphen 6 und 8 zu beziehungsweise auch der Vervollständigung, denn die jetzige Fassung sieht ja vor, dass die Verbandsdirektorin beziehungsweise der Verbandsdirektor eine Stellung auf Lebenszeit als Beamter hat. Darin sehen wir natürlich auch große Nachteile, denn eine Beendigung des Dienstverhältnisses ist nur aufgrund der Pensionierung möglich. Bei einer Wahl auf Zeit allerdings endet diese mit Ablauf der Wahlperiode, was meiner Ansicht nach auch demokratischer ist. Folglich kann im Rahmen eines neuen Wahlganges die Entscheidung für den alten Verbandsdirektor beziehungsweise die Verbandsdirektorin getroffen werden oder es wird ein neuer gewählt. Eine solche Möglichkeit einer erneuten Entscheidung verhindert beziehungsweise verringert langjährige Fehlbesetzungen erheblich. Somit ergibt dies, was bereits in der Verbandsversammlung des Kommunalen Sozialverbandes beschlossen worden ist und auch von dort gefordert wird, eine größere und höhere Flexibilität.

Außerdem ist nicht absehbar, inwieweit sich das Aufgabenfeld – auch das deuteten Sie an – schon mit der Verwaltungsreform verändern wird. Es kann neue Zuschnitte geben und dann haben wir einen Beamten auf Lebenszeit. Und hier ist es problematisch, wir können diesen Beamten nicht in eine andere Behörde versetzen. Das wäre dann eigentlich schon nicht mehr möglich. Ferner möchte ich aber darauf hinweisen, dass es mit dieser Gesetzesänderung keine Einschränkung geben darf auf Eigen- und Sachkunde des Verbandsdirektors, denn die Verantwortungsbereiche werden in naher Zukunft erheblich vergrößert werden.

(Beifall Dr. Margret Seemann, SPD)

Auch das deuteten Sie bereits an und damit haben wir dann eine Flexibilität, wenn wir feststellen nach sieben beziehungsweise neun Jahren, wie der Vorschlag ist, dass wir dann eine Veränderung vornehmen können.

Was ich allerdings auch kritisieren muss, ist, dass wir im Moment schon das Ausschreibungsverfahren laufen haben, und da kommen wir, glaube ich, mit dem Gesetz in Konflikt.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das stimmt nicht, Herr Schubert! Das stimmt nicht! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ja, es läuft und damit kommen wir auch in Konflikt mit dem Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes.

(Torsten Koplin, PDS: Was?!)

Ich glaube, das sollten wir in Zukunft beachten. Ich möchte das bloß kurz anführen.

Wir sollten solche Entscheidungen, wenn es Gesetzesänderungen geben soll, früher treffen, damit wir nicht in Zeitnot geraten. Aber ansonsten können wir der Empfehlung zustimmen, diesen Antrag in den Sozialausschuss zu verweisen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU und Ute Schildt, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Schubert.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin von der Fraktion der PDS.

Torsten Koplin, PDS: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Schubert hat in seiner Rede bei sehr, sehr viel Übereinstimmung mit den Einreichern seitens der SPD und PDS eine kritische Anmerkung in Richtung Herrn Müller gehabt. Ich wiederum möchte eine in Ihre Richtung äußern.

Ich denke, es ist weniger verwunderlich, dass nach 15 Monaten dieses sehr, sehr komplizierte und zu einem sehr sensiblen Sachverhalt bestehende Gesetz erst einer derartigen Novellierung unterzogen wird. Das hätte auch anders laufen können. Es handelte sich bei diesem Gesetz um die größte strukturelle Veränderung im Sozialbereich, die es im vorangegangenen Jahrzehnt überhaupt gegeben hat,

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

sowohl finanziell als auch, was die Personengruppe betrifft, um die es hier letztendlich geht.

Die Veränderung, die wir heute vornehmen werden, halte ich lediglich für eine Marginalie, wenn man sich das gesamte Gesetzeswerk anguckt. Wir haben es im Dezember 2001 beschlossen und damit den Zweck verbunden, dass alle in Paragraph 100 des BSHG genannten Zielgruppen in übereinstimmender inhaltlicher und finanzieller Verantwortung Hilfe bekommen.

Alle, so ist unser Ansinnen seitens der PDS, strukturellen Belange, die diesen Zweck befördern, finden unsere Zustimmung. Und insofern tragen wir die vorgesehene Änderung mit. Eine für uns nachvollziehbare Argumentation seitens der Verbandsversammlung lag vor. Herr Schubert, Sie haben darauf verwiesen, dass am 22. Januar ein Expertengespräch dazu im Sozialausschuss stattfand. Wir sind seinerzeit ausdrücklich im Sozialausschuss darum gebeten worden, ein Signal zu senden. Das haben wir auch gemacht und auf dessen Grundlage ist letztendlich auch wiederum von der Verbandsversammlung am 6. Februar gehandelt worden.

Bisher hat die Aufgaben, das hat Herr Müller gesagt, des zukünftigen Verbandsdirektors Herr Dr. Drefahl als Errichtungsbeauftragter übernommen und auch seitens der PDS-Fraktion möchte ich es nicht versäumen, herzlichen Dank für die geleistete Arbeit zu sagen. Ich möchte

die Behandlung des Gesetzentwurfes aber auch mit einem Blick auf bisherige Erfahrungen mit dem Gesetz verbinden und die sind weittragender aus meiner Sicht als die Frage um diese Personalstelle. Die Auswertung der ersten vorliegenden Zahlen der PDS-Fraktion für 2002 zeigt zum einen, dass der Haushaltsansatz aus dem Jahr 2001 im Saldo des Landes korrekt war. Es ist insofern schon erstaunlich, weil das immer in Frage gestellt wurde und wir auch selber skeptisch an dieser Stelle waren.

Bestätigt wurden aber auch Befürchtungen einzelner Kommunen, dass die Verteilung der Mittel intern teilweise zu Überhängen und zu Fehlbedarfen führt. Die Finanzzuweisungen, so stellt es sich heute dar, betrugen im vergangenen Jahr 182,7 Millionen Euro in der Planung und verteilt wurden an Nettoausgaben 183,1 Millionen Euro. Dies verteilte sich jeweils so, dass drei kreisfreie Städte und sechs Landkreise einerseits mit ihrem Geld klarkamen, also eher dann Überhänge hatten, und andererseits drei kreisfreie Städte und sechs Landkreise Fehlbedarfe zu verbuchen hatten. Die kreisfreien Städte schlossen mit einem Fehlbedarf von etwa 734.000 Euro und die Landkreise mit einem Plus von 326.000 Euro ab. Insofern wird deutlich, dass die Regularien, wie sie jetzt angewendet werden und auch im Gesetz fixiert sind, ungleichmäßig wirken.

Per Gesetz ist eine Überprüfung der Regularien zum 31. Dezember 2004 vorgesehen. Das hat zur Folge, dass die Überprüfung dann letztendlich auch in ihrer Beurteilung erst 2005 stattfindet und Veränderungen und Nachsteuerung in dieser Hinsicht frühestens ab 2006 möglich sind. Das halte ich für bedenklich. Und ich wünsche mir, dass wir in Kürze – zumindest der Beirat, Frau Dr. Seemann ist ja die Vorsitzende des Beirates des KSV – zwischen der Ersten und Zweiten Lesung über diese Thematik zumindest reden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Koplin.

Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/255 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall, damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 7:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Neue Impulse für den Aufbau Ost – Bürokratie abbauen – Vorschriften vereinfachen, Drucksache 4/256.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Neue Impulse für den Aufbau Ost – Bürokratie abbauen – Vorschriften vereinfachen
– Drucksache 4/256 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schildt von der Fraktion der SPD.

Ute Schildt, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die soziale Leistungsfähigkeit eines Staates ist grundsätzlich durch die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft geprägt. Wir alle wissen um die gegenwärtigen Potentiale und Wettläufe im Prozess der Globalisierung der Rationa-

lisierung. Deshalb, meine Damen und Herren, ist es umso wesentlicher, die Stimme der Verbände, der Kammern und Vereine zu hören, die die wirtschaftlichen Belange vertreten, um dort, wo Politik begleiten kann, Prozesse rentabler und effizienter zu gestalten, grundsätzlich zu vereinfachen, zu verschlanken und befördernd zu begleiten.

Sicherlich ist es richtig und notwendig, durch Gesetzgebung ein Regelwerk zu schaffen, das verbindlich ist, das Schrittfolgen, Genehmigungen, Mitspracherecht gerecht festlegt. Aber wann, meine Damen und Herren, werden Gesetze zurückgenommen, die sich tatsächlich überlebt haben? Wir haben häufig nicht einen Wald an Vorschriften, sondern einen Dschungel zu verzeichnen. Dadurch den richtigen und kürzesten Weg zu finden, ist fast unmöglich. Es kostet die Wirkenden Zeit und Geld.

Meine Damen und Herren! In der Zeit eines scharfen und weltweiten Wettbewerbes ist aber gerade der schnellste und kürzeste Weg vonnöten, um im Wettlauf die Nase vorn zu haben. Dass diese Aufgabe vor allen Dingen in den neuen Ländern und damit in Mecklenburg-Vorpommern eine vordringliche ist, um den Nachholbedarf zu bewältigen, den wir innerhalb der Bundesrepublik realisieren müssen, das ist uns allen bekannt. Deshalb haben wir hier wichtige Aufgaben auch als Politik zu bewältigen.

Prozesse für bestehende Betriebe kostengünstiger und effizienter zu gestalten heißt, auf eine einfache Formel gebracht, einfache Regelungen, weniger Bürokratie und eine engagierte Verwaltung als Dienstleister. Das, meine Damen und Herren, setzt eine enge Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Wirtschaft, wie der IHK, den Handwerkskammern und Vereinigungen sowie der Vereinigung der Unternehmerverbände, voraus, fordert aber politisches Agieren auf unterschiedlichen politischen Ebenen und verschiedenen Fachressorts.

Und, meine Damen und Herren, ich will es noch einmal unterstreichen, das unterschiedliche Niveau innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist eine wichtige Aufgabe für die Politik in der Bundesrepublik und in unserem Land. Für uns alle gilt aber das Grundgesetz und das heißt, Gesetze gelten zunächst für alle. Was können wir tun, diesen Potentialunterschied dort erfolgreich zu bewältigen? Der Aufgabe stellen wir uns und wollen wir uns auch stellen.

Meine Damen und Herren! Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement hat sich am 10. Februar im Deutschen Bundestag in einer Unterrichtung für „eine befristete Öffnung bestimmter bundesgesetzlicher Regelungen, für die atypische Lage von strukturschwachen Gebieten, die dadurch gerechtfertigt werden können, dass sie den ökonomischen Aufholprozess dort stärken und damit die bundesweite Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse befördern wollen“, eingesetzt, stark gemacht und es eingebracht. Es heißt weiter: „Dabei geht es um Lösungen, welche Flexibilitätsinteressen der Unternehmer, die sozialen Sicherheitsbedürfnisse der Arbeitnehmer und die Interessen der Arbeitsuchenden ausgewogen berücksichtigen.“ Ich denke, das ist ein Ansatz unseres Handelns auch in der Schaffung politischer Rahmenbedingungen und auch in der Schaffung von Ausnahmen.

Diesen Prozess, meine Damen und Herren, hat die Bundesregierung durch einen Kabinettsbeschluss unterstrichen, in dem ein Masterplan auf den Weg gebracht

wurde. Dieser ist Ihnen bekannt. 13 Punkte eines umfassenden Sofortprogramms wurden festgelegt und fünf Ressorts wurden beteiligt. Es heißt, es geht nicht um eine Aufgabe, die im Schnelldurchlauf von einem allein bewältigt werden kann, sondern das ist eine Aufgabe der gesamten Politik, der gesamten Politik nicht nur im Bund, sondern auch im Land. Und auch wir müssen uns an dieser Stelle einbringen.

Wir haben in der vorletzten Landtagssitzung über eine Funktionalreform debattiert. Wir haben diskutiert, wie wir effizienter gestalten können, wie wir effizienter organisieren können, und dazu gehört auch, den Dschungel aufzuräumen. Wir haben eine IMAG gegründet und ich denke, dass wir als Land auf dieser Strecke auf dem richtigen Weg sind.

Wir haben als Koalitionsfraktionen diesen Antrag, der Ihnen vorliegt, aufs Papier gebracht, weil wir meinen, es muss unser gesamtpolitischer Ansatz sein – aller politisch Handelnden –, auf dieser Strecke tätig zu werden. Denn nur so, wenn wir uns als politische Kräfte dieser Aufgabe gemeinsam stellen, wenn wir gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, den Arbeitnehmern und auch den Arbeitslosen an diesen Forderungen gemeinsam arbeiten, dann können wir etwas bewegen, und deshalb bitte ich Sie um Zustimmung für den vorliegenden Antrag. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke, Frau Schildt.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Justizminister Herr Selling.

Minister Erwin Selling: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Hauptsorge dieser Regierungskoalition, unsere Hauptanstrengungen gelten dem Ziel, Arbeit zu schaffen in Mecklenburg-Vorpommern. Dazu braucht die Wirtschaft neben guter Förderung und hervorragender Betreuung der Investoren vor allem auch rechtliche Rahmenbedingungen, die besser sind als anderswo, attraktiv für alle Unternehmen, die einen Standort suchen.

In Deutschland ist inzwischen wohl allen klar, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen, die unser Zusammenleben bestimmen, einfacher und klarer werden müssen, weniger einengend, dass sie mehr Raum lassen müssen für Eigeninitiative und Eigenverantwortung. Die notwendigen Änderungen dazu müssen selbstverständlich vor allem vom Bund kommen, auch von der Europäischen Union, die uns zunehmend mit ihren Vorgaben sehr weitgehend festlegt, bei Genehmigungsverfahren zum Beispiel.

Aber vieles ist eben auch in den Ländern möglich und da wollen wir ran mit einer weitgehenden Deregulierung im Rahmen der Verwaltungsreform. Mecklenburg-Vorpommern muss die Chance ergreifen, sich einen Namen zu machen als das Land, in dem Investoren keine unnötigen bürokratischen Hemmnisse vorfinden, ein Land, in dem das Verwaltungsverfahren bürgerfreundlich und einfach sind und in dem Eigeninitiative sowie Eigenverantwortung durch die Verwaltung befördert statt behindert werden.

Ich denke, für uns wäre es eine tolle Sache, wenn wir am Ende dieses Deregulierungsprozesses damit werben könnten, dass die wichtigsten Vorschriften für Investitionsvorhaben sehr leicht zugänglich, kurz gefasst und verständlich sind. Unser Ziel muss doch sein, wenn jemand hier im Lande in einem bestimmten Gebiet tätig werden will, zum Beispiel ein Gewerbe anmelden oder ein Bauvorhaben durchführen, dass er dann nicht in den Dschungel, den Frau Schildt erwähnt hat, fällt, sondern es ihm durch einen einzigen Zugriff möglich ist – übersichtlich geordnet auch die Vorschriften, die er dazu beachten muss –, die Gesetze, Verordnungen und einzelne Richtlinien mit einem Griff zu finden, zusätzlich natürlich mit leicht verständlichen Erläuterungen des Verfahrens, das man durchlaufen muss.

Und es muss klar sein, dieses Verfahren muss sehr einfach sein, transparent, möglichst in einer Hand konzentriert bei einer Verwaltung. Wenn wir das hinbekommen, haben wir einen echten Standortvorteil, mit dem wir erfolgreich werben können. Dann können wir sagen, in Mecklenburg-Vorpommern ist die Verwaltung kein müder Amtsschimmel, sondern wir bieten im Rahmen eines effektiven E-Governments moderne, rasche Dienstleistungen für Investoren und Bürger.

Meine Damen und Herren! Weniger Bürokratie und einfachere Verwaltung helfen nicht nur Investoren und verbessern unsere Chancen am Arbeitsmarkt, sondern es gilt natürlich auch, je einfacher und schlanker Bürokratie ist, umso kostengünstiger ist sie auch, vor allem im Bereich der Personalkosten. Das zu erreichen ist auch für unser Land unerlässlich. Und eine erfolgreiche Deregulierung wird dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Lassen Sie mich kurz zum Stand dessen, was die Regierung im Moment bei der Deregulierung plant und auf den Weg gebracht hat, berichten. Der Justizminister ist federführend und ich habe eine kleine Arbeitsgruppe von Sachverständigen zusammengerufen, sieben Leute, die unter dem Vorsitz von Herrn Schulte Vorschläge erarbeiten sollen. Dabei sollen sie natürlich nicht nur das, was ihnen selbst einfällt, was sie selbst mitbringen als Sachverständige aus den unterschiedlichsten Bereichen, einbringen, sondern sie sollen natürlich auch in einem intensiven Dialog mit den einzelnen Ressorts und Häusern deren Vorschläge abfragen. Und das Abfragen sollte natürlich nicht nur in der Weise geschehen, was habt ihr, sondern man sollte auch strukturelle Hinweise geben: Wo könnte das denn liegen? Welche Möglichkeiten bestehen denn da? Man sollte gute Vorschläge aus dem einen Haus auf die Strukturen abklopfen und den anderen Häusern mitteilen, damit wir dann in einen Prozess kommen.

Selbstverständlich müssen wir auch die Anregungen der Verbände einbeziehen und abfordern, die ja vielfach in der Vergangenheit von Deregulierung gesprochen haben. Diese müssen wir jetzt in die Verantwortung nehmen. Der Unternehmerverband hat da schon eine sehr lange Liste vorgelegt, Industrie- und Handelskammern haben gesagt, sie wollen folgen.

Die Arbeit wird in folgenden Schritten stattfinden, wenn ich mal so von der Wertigkeit ausgehe. Das Erste, was passieren muss, ist, was Frau Schildt den Dschungel genannt hat. Wenn Sie sich ansehen, was wir seit 1990 an Gesetzen und Verordnungen produziert haben, dann ist das jedes Jahr ein dicker Band. Und wenn wir uns das im Einzelnen anschauen, dann ist völlig klar, dass davon

heute, je weiter das zurückliegt, umso weniger noch Geltung hat, umso weniger Anwendung findet.

Das ist der Hintergrund für das, was zum Beispiel in Hessen werbewirksam, es war ja auch Wahlkampf, dazu verarbeitet worden ist, zu sagen, wir haben 30 Prozent gestrichen. Das sind 30 Prozent und die werden wir sicherlich auch ohne Weiteres erreichen können, wenn wir nur einfach das wegstreichen, was man nicht mehr braucht. Ich glaube, das ist der am wenigsten wichtige Teil von Deregulierung, denn die Verwaltung weiß natürlich schon, dass die eine Verordnung aus 1992 nicht mehr gilt, sondern dass jetzt die von 1997 gilt.

Aber was ich eben gesagt habe für diejenigen, die hierher kommen und etwas wissen wollen über die rechtlichen Grundlagen – da ist natürlich wichtig, dass die nicht auf diesen Dschungel treffen, sondern dass man denen etwas in die Hand drücken kann, das heute noch gilt. Das ist dann eben deutlich weniger, also Verringerung landesrechtlicher Regelungen. Und bei dieser Gelegenheit müssen wir auch sehen, wo man etwas vereinfachen kann. Wir kennen das ja alle, dass man ins Gesetz guckt und dann nicht mehr versteht, was da geschrieben steht. Da müssen wir versuchen, Dinge einfacher zu machen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm
übernimmt den Vorsitz.)

Wir müssen auch bei den Verwaltungsverfahren, die man durchlaufen muss, das ist ein sehr wichtiger Teil, abkürzen, denn Investoren, die ein Verwaltungsverfahren durchlaufen müssen, bei denen fünf verschiedene Behörden beteiligt und vielleicht sogar nacheinander beteiligt sind, der eine fällt seine Entscheidung, dann der Nächste, dann der Übernächste, kostet das einfach zu viel Zeit. Damit müssen wir uns ernsthaft auseinander setzen, ernsthaft jede Möglichkeit prüfen: Kann man das hier vereinfachen? Kann man das in einer Hand führen und dann schnell zu einer Entscheidung kommen? Vereinfachung und Verschlinkung von Verwaltungsverfahren.

Ein anderer sehr wesentlicher Punkt ist der, dass wir bei den Gesetzen, die wir beachten müssen, von Seiten der Ministerien den nachgeordneten Behörden sehr häufig weitreichende Vorschriften machen. Eine einzelne gesetzliche Vorschrift zieht manchmal drei Seiten Verwaltungsvorschrift nach sich, wie die nachgeordneten Behörden im Einzelnen handeln sollen. Das mag von manchen als Erleichterung empfunden werden, aber ich glaube, in diesem Bereich ist sehr wichtig, dass wir einfach zu anderen Steuerungsinstrumenten, zu einem anderen Verständnis von Führung kommen, auch von dem, was wir politische Vorgabe nennen. Das Wichtigste ist, dass wir die Aufgabe klar machen, die erfüllt werden muss, und dann müssen wir weitgehend Verantwortung sowie Eigeninitiative übertragen und das Ergebnis kontrollieren, nicht jeden einzelnen Schritt. Da müssen wir hinkommen. Das ist aber, denke ich, als Ziel leichter gesagt, als im Einzelnen durchgeführt.

Diese Vereinfachung, von der ich gerade gesprochen habe, wird selbstverständlich auch dazu führen, dass wir im nachgeordneten Bereich mehr Verantwortung bei den Beamten haben. Sie wird auch dazu führen, dass es gegenüber dem Bürger vereinfacht wird, dass also im Grunde genommen nur noch die Zielvorstellungen am Ende mitgeteilt werden und der Bürger dem folgen kann. Ganz wichtig ist sicherlich auch, dass wir uns als sozusagen höchste Stufe der Deregulierung damit beschäftigen,

was denn der Staat überhaupt noch leisten kann. Kann er, muss er in allen Bereichen tätig werden oder gibt es weitestgehend Bereiche, wo der Staat auch anderen die Arbeit, die Initiative überlassen kann und vielleicht nur noch kontrolliert, was dabei herauskommt? Das ist die Aufgabe, der sich die Kommission in nächster Zeit widmen wird.

Meine Damen und Herren, die Arbeit hat gut begonnen. Ich habe eben schon erwähnt, der Unternehmerverband hat bereits eine lange Liste vorgelegt. Das wird jetzt abgearbeitet, geprüft, die anderen kommen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir da etwas Vorzeigbares hinbekommen werden. Bisher, wenn man sich umgehört hat in der Bundesrepublik, ist da noch nicht sehr viel zustande gekommen, aber ich denke, für uns spricht, dass die Zeit reif ist. Die Zeit ist reif, dass man wirklich ernsthafte Schritte gehen muss. Ich bitte auch die Abgeordneten dieses Hohen Hauses um Ihre engagierte Unterstützung, Herr Jäger, auch über die Parteigrenzen hinweg. Die Opposition hat bereits entsprechende Signale ausgesandt, darüber freue ich mich sehr.

Ich will noch einen Punkt ansprechen, der meine Zuversicht stärkt, dass wir hier Fortschritte erreichen werden, nämlich: Wir werden im Rahmen der Verwaltungsreform ein flächendeckendes E-Government durchführen und dieses E-Government, davon bin ich überzeugt, wird auch Motor und Hebel der notwendigen Deregulierung sein. Denken Sie einmal nur daran, dass wir Genehmigungsverfahren oder auch Vergabeprozesse insgesamt in Zukunft online abwickeln werden. Das wird einen sehr großen Druck erzeugen, dass wir diese Verfahren – Vergabeverfahren, Verwaltungsverfahren – dann auch kompatibel machen, damit sie abrufbar sind. Und das wird einen sehr enormen Druck in Richtung Vereinfachung, Transparenz und Schnelligkeit der Abwicklung nach sich ziehen. Darauf setze ich. Ich denke, wir können insgesamt zuversichtlich sein, dass wir das Ziel, wenn wir es hier gemeinsam im Haus und mit den Verbänden draußen engagiert verfolgen, erreichen werden. Ich bitte um Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Born für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schildt! Der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS ist von seinem Wortlaut her uneingeschränkt zu unterstützen und die Ausführungen des Justizministers klingen sehr hoffnungsvoll. Aber, meine Damen und Herren, ich komme auf das zu sprechen, was der Justizminister gerade gesagt hat. Er hat sich berufen unter anderem auf die Ausarbeitungen der Vereinigung der Unternehmensverbände von Mecklenburg-Vorpommern. Und, Herr Minister, gleich zu Beginn dieser Dokumentation wird deutlich, dass wir es hier nicht mit einem linearen Problem zu tun haben, wenn es dort heißt, ich zitiere: „Von 1990 bis 1997 wurden in Mecklenburg-Vorpommern 108 Gesetze erlassen oder Änderungen vorgenommen. 296 Verordnungen wurden auf den Weg gebracht.“ Das war immerhin die Zeit, als sehr, sehr viel erstmalig geregelt werden musste. Aber

jetzt folgt der nächste Satz: „Die Bürokratie wächst. In den letzten vier Jahr sind bereits weitere 163 neue Gesetze oder Änderungen und 541 neue Verordnungen hinzugekommen.“ Also, sehr geehrter Herr Justizminister, wir haben es hier mit einem Problem zu tun, das natürlich nicht nur auf das Land Mecklenburg-Vorpommern begrenzt ist, das aber auch zu einem erheblichen Teil hausgemacht ist, und das gilt insbesondere für die vielen Verordnungen, die Sie schon angesprochen haben.

Es gibt seit Jahren Deregulierungskommissionen, die haben dicke Berichte vorgelegt. Doch die Konsequenzen, Sie haben sie selbst beschrieben, sind bisher leider ausgeblieben. Jede Einzelbestimmung, das will ich ausdrücklich konstatieren, wird zunächst von den Einbringern mit einem guten Vorsatz auf den Weg gebracht und häufig auch in Kraft gesetzt. Aber es ist die Fülle der Einzelbestimmungen, der Einzelvorschriften, die zu Lähmung, Stillstand, Agonie und Blockade führt.

Beispiel Steuergesetzgebung: Jedes einzelne Steuergesetz, völlig unbestritten, soll mehr Steuergerechtigkeit herbeiführen und es wird auch die jeweils davon betroffene Gruppe sich dafür stark machen und sagen, jawohl, diese Bestimmung brauchen wir, um mehr Steuergerechtigkeit zu erreichen. Nur, die Fülle dieser einzelnen Bestimmungen führt zu einem Steuerdickicht, so dass wir nicht mehr Steuergerechtigkeit haben, sondern in Wirklichkeit mittlerweile Willkür in diesem Bereich, weil es nämlich schlicht davon abhängt, ob Sie einen guten Steuerberater finden, der die neuste CD hat, auf der alle Bestimmungen enthalten sind, und ob er dann damit auch noch richtig umgehen kann.

Ist es nicht geradezu pervers, wenn der Landtag selbst als Gesetzgeber einen solchen Antrag braucht, um hier tätig zu werden? Das ist ähnlich wie bei einem Geisterfahrer, der mit überhöhter Geschwindigkeit sein Auto zu Schrott fährt und dann die Forderung aufstellt, man solle ab sofort nur noch Tempo 30 erlauben. Aber immerhin, es ist sehr gut, wenn wir uns einig sind, dass hier dringend etwas getan werden muss. Und wenn Sie auf die Bundesländer Hessen und Saarland verweisen, konstatiere ich, dass es nicht sehr angenehm ist, wenn Sie sagen müssen, die haben vor uns schon das Richtige gemacht.

(Siegfried Friese, SPD:
Das haben wir nicht gesagt!)

Aber 30 Prozent sind immerhin 30 Prozent weniger! Und was entscheidend ist, Herr Minister, das ist doch, dass keiner eine dieser Bestimmungen vermisst, die dort außer Kraft gesetzt worden sind. Und ich sage dem Wirtschaftsminister, es ist zwar schön, dass er die Verbände anschreibt und sagt, teilt uns doch mal mit, welche konkrete Vorschrift belastet euch denn. Aber ganz salopp, nicht ganz parlamentarisch gesagt: Das, was dabei herauskommen muss, ist natürlich Kokolores. Denn es sind gerade nicht die einzelnen Bestimmungen, die belasten, sondern es ist das Dickicht von Bestimmungen, der Paragraphenschunegel, der sich wie Mehltau über das Land legt.

Gucken Sie sich den Statistikfetischismus an! Er erdrückt geradezu die unternehmerische Kreativität. Hier arbeiten leider Bund und Land Hand in Hand. Und da das Land im Bundesrat eine aktive Rolle spielt, kann ich nur sagen, hier sind wirklich alle gefordert, aber vor allem neben dem Landtag von Mecklenburg-Vorpommern die Landesregierung, denn sie ist schließlich Verordnungsgeber.

Spannend wird es, wenn es konkret wird. Es gibt über 400 Förderprogramme. Bis heute steigt immer noch keiner so richtig durch diese vielen Programme durch. Es gibt immer noch nicht die eine Anlaufstelle, den einen Ansprechpartner für denjenigen, der etwas tun will, sondern es gibt immer noch eine Vielzahl von Stellen, bei denen man von einem zum anderen geschickt wird. Ich nenne Ihnen konkret mal ein paar Beispiele. Da können wir dann die Nagelprobe machen und da werden wir sehr schnell sehen, ob den wohlklingenden Worten dann auch Taten folgen. Und damit das ein bisschen leichter ist für Sie, verweise ich nur einmal ganz kurz auf das, was vom sächsischen Minister vorgelegt worden ist unter dem Modellprojekt Ost zur Ankurbelung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern, das Arbeitsrecht für eine Frist von zehn Jahren zu modifizieren. Das ist ein Vorschlag vom 10. Januar 2003. Und dann ein Gesetzentwurf des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt vom 5. März 2003 „Entwurf eines Zweiten Investitionserleichterungsgesetzes“. Ich kann nur empfehlen, nehmen Sie das zur Hand, dann haben Sie wirklich sehr, sehr gute Anhaltspunkte dafür, wo der Schuh tatsächlich drückt.

Ein paar Beispiele: Das Kündigungsschutzrecht mutiert zu einer Arbeitslosigkeitsbestandsgarantie in seiner jetzigen Ausgestaltung. Das Ladenschlussgesetz betoniert längst überholte Einkaufsgewohnheiten, die werden dann ausgehebelt über Einkäufe bei Tankstellen und Bahnhöfen und so weiter. Überzogene und betriebswirtschaftlich schädliche Ausweitungen von Mitbestimmungsregelungen verhindern Neueinstellungen. Das Scheinselbstständigengesetz, das haben wir alle erlebt, verhinderte Existenzgründungen, ebenso das 630-Mark-Gesetz, das Schwarzarbeit förderte. Eine totale Überreglementierung im Umweltbereich treibt deutsche Unternehmen weg vom deutschen Markt ins Ausland. Ich erinnere hier nur an das vom Landtag eingehend diskutierte Problem FFH. Hier werden Investitionen verhindert und damit letztlich auch ein qualitativ hochwertiger und damit kostenintensiver Umweltschutz auf Dauer unmöglich gemacht. Die Verbandsklage blockiert wichtige Infrastrukturmaßnahmen und schadet damit der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Notwendig ist zum Beispiel, um einmal ein Gesetz zu nennen, was man nicht einfach abschaffen soll, die Verlängerung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes. Die Fülle und Komplexität von Bau- und Baugenehmigungsvorschriften bremsen massiv die ohnehin schwer angeschlagene Bauwirtschaft. Schwerfällige Gerichts- und Vollstreckungsverfahren fördern Zahlungswilligkeit und schlechte Zahlungsmoral.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hier unterstützten wir Sie gerne, Herr Justizminister, wenn es darum geht, dass Sie mehr Richter einstellen und mehr Personal für die Vollstreckungsverfahren bekommen. Genehmigungs- und Widerspruchsverfahren lähmen die Kreativität der Unternehmen. Was erforderlich ist, sind Entscheidungen innerhalb eines Monats. Hier muss man einfach der Mentalität der Verwaltungen gerecht werden. Wenn nicht innerhalb eines Monats entschieden ist, dann muss die Genehmigung als erteilt gelten. Ausnahmen können nur in Extremfällen möglich sein. Oder: Ein Widerspruch muss als stattgegeben gelten, wenn er nicht innerhalb eines Monats beschieden wird. Wir müssen den Ballast abwerfen. Es ist ein Befreiungsschlag notwendig. Und ganz konkret: Die aufgezählten Blockaden müssen aus dem Weg geräumt werden. Hier sind wir alle gefor-

dert. Hier kann ich nur sagen: Ran an die Arbeit, Landesregierung und Landtag!

Und noch ein Problem, das Sie angesprochen haben, lassen Sie mich zum Schluss noch ganz konkret nennen: Gesetze und Verordnungen mit begrenzter Laufzeit. Ja, in der Tat, auch das ist wirksam. Wenn Sie zum Beispiel alle Gesetze und Verordnungen, die zwischen 1990 bis 1996 in Kraft getreten sind, nur noch bis 2002 begrenzen würden, das können wir hier sehr schnell hinbekommen, es sei denn, sie werden ausdrücklich verlängert, führt das dazu, dass sich jeder Beamte und jeder Mitarbeiter im öffentlichen Dienst es sehr gründlich überlegt, ob er eine Vorlage macht, in der begründet wird, warum diese Vorschrift noch benötigt wird, oder ob er das nicht einer vielleicht sonst eher vorherrschenden Mentalität entsprechend unterlässt. Die Gesetze, die von 1996 bis 2002 in Kraft getreten sind, und die Verordnungen könnten 2012 außer Kraft treten, es sei denn, sie werden ausdrücklich verlängert. Und was unabdingbar ist, ist, dass alle neuen Gesetze und Verordnungen nur noch mit einer begrenzten, Sie haben gesagt, fünfjährigen Laufzeit, das kann man sicherlich noch einmal prüfen, ausstaffiert werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ganz sicher, bei der Trägheit und dem Verharrungsvermögen von solchen, die es gewohnt sind, Vorschriften zu produzieren, wären das wirksame Mechanismen, um dem ungezügelten, ausufernden Entstehen neuer Gesetze und Vorschriften entgegenzuwirken.

Ich begrüße ausdrücklich den Antrag, aber was jetzt notwendig ist, ist, dass Taten folgen. Und da darf es in der Tat nicht so sein, wie Sie es eben gesagt haben, Herr Justizminister, dass man nur einfache Prozentzahlen schafft, sondern da ist es auch ganz wichtig, dass man dort ansetzt, wo tatsächlich gerade die wirtschaftliche Entwicklung im Lande blockiert wird. Ich habe hier eine ganze Reihe von Problemen aufgeführt und hier ist es wichtig, dass dann auch alle über ihren eigenen Schatten springen und auch den Mut haben, zum Beispiel im Bereich des Kündigungsschutzes zu sagen, das, was damit einmal intendiert wurde, wird nicht erreicht, sondern ganz im Gegenteil. Die jetzige Ausgestaltung führt dazu, dass Arbeitslose arbeitslos bleiben, weil es einfach für viele Unternehmer sonst zu riskant ist, neue Arbeitskräfte einzustellen. Hier müssen wir konkret an die Arbeit gehen und ich hoffe, dass wir dann in den Ausschussberatungen auch entsprechende Fortschritte gemeinsam erzielen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Born.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Bunge für die Fraktion der PDS.

Dr. Martina Bunge, PDS: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bruttoinlandsprodukt sinkt, die Arbeitsproduktivität steigt, die Arbeitslosigkeit steigt, die Zeichen der Rezession sind unübersehbar. Daraus folgt, dass die Lage von Handwerk, Industrie und Handel sehr ernst ist in Deutschland, in den neuen Bundesländern insbesondere, so auch in Mecklenburg-Vorpommern. Maßnahmen zum Bürokratieabbau, zur Vereinfachung der Vorschriften sind sicher sehr, sehr wichtig, aber, ich denke, sie alleine werden es nicht richten. Wir brauchen ein Konzept, besser vielleicht ein Rezept für wirtschaftli-

che, für soziale Entwicklung im Land. Und an dieser Anforderung wird sich die Landesregierung messen lassen müssen, wird sich aber auch der Kanzler mit seinen für Freitag angekündigten Maßnahmen messen lassen müssen. Und wir sollten uns bei all diesen vorrangig Formfragen auch fragen: Um welche Kardinalfragen geht es denn? Und ich meine, das A und O zur Stabilisierung des Wirtschaftsgeschehens ist eine deutlichere Verbesserung der Auftragslage, natürlich Aufträge, die pünktlich bezahlt werden.

Anerkennenswert ist, dass die Landesregierung ihre Investitionsausgaben trotz Konsolidierung hoch hält. Dringend veränderungswürdig ist jedoch die Finanzlage der Kommunen, damit diese investieren und Aufträge erteilen können. Absolut kontraproduktiv sind Maßnahmen – und ich sage das ganz bewusst hier, weil wir alle sehr pauschal von Sozialreformen sprechen –, kontraproduktiv sind für die Wirtschaft Maßnahmen, die die Kaufkraft von Beschäftigten, von Arbeitssuchenden, von sozial Schwachen, von Rentnerinnen und Rentnern schwächen.

(Beifall Regine Lück, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Umsatz in diesem Bereich sind Aufträge pur.

Die Auftragslage, das merken wir immer wieder, wenn wir im Land unterwegs sind, ist nicht existenziell für Existenzgründungen, sondern vor allen Dingen auch für die Sicherung von Unternehmen. Und hier kommen wir zu einem weiteren Kardinalproblem. Meines Erachtens ist jetzt, nach 12, 13 Jahren Deutscher Einheit, im Auslaufen der rückzahlungsfreien 10 Jahre die Eigenkapitalregelung von Unternehmen zu sehen. Dieser Fakt bringt auch schwarze Zahlen schreibende Unternehmen in existenzgefährdende Lagen. Und ich meine, das ist das Letzte, was wir jetzt gebrauchen können. Hinzu kommt, dass Banken, private wie Sparkassen, ihre eigenen Risikominimierungsprogramme fahren und sich dann von solchen Unternehmen, die schwarze Zahlen schreiben, aber plötzlich vor der Situation stehen, Zins und Tilgung bringen zu müssen, in einer Höhe, die nicht ganz übereinstimmt, als Hausbank zurückziehen. Das ist für die spezifische Lage in den neuen Bundesländern meines Erachtens untragbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Deshalb ist die Verschmelzung der Deutschen Ausgleichsbank mit der Kreditbank für Wiederaufbau zur sogenannten Mittelstandsbank dringend erforderlich, um die Haftungsfreistellung der Hausbanken und eine Stärkung der Eigenkapitaldecke der kleinen und mittelständischen Unternehmen Ost zu erreichen. Mit Vehemenz ist meines Erachtens auch das Vorhaben der Schaffung einer Landesinvestitionsbank zu prüfen, wie es die Koalitionsvereinbarung vorsieht. Herr Wirtschaftsminister, vielleicht hören wir noch etwas dazu.

Der Umgang mit dem Personal ist aber auch in krisengeschüttelten Unternehmen ein neuralgischer Punkt. Anerkennenswert ist deshalb, dass der diesjährige 10. Unternehmertag in Rostock sich mit Personalentwicklung und Bestandssicherung im Mittelstand beschäftigte. Der anerkannte Unternehmensberater Jochen Kienbaum mahnte an, dass es gefährlich sei, beim Personal zuerst zu sparen. Das Personal sei als ein unternehmererfolgsichernder Faktor zu behandeln. Beispielgebend ist deshalb meines Erachtens ein solches Herangehen, wie es

INSOVER Lübz derzeit praktiziert. Während durch die Einbrüche in der Bauindustrie zeitweilig Produktionsunterbrechung angesagt ist, schickt die Unternehmensleitung hier die Beschäftigten nicht einfach stupide in null Stunden Kurzarbeit, sondern gemeinsam mit dem Arbeitsministerium werden mit den Kurzarbeitenden Qualifizierungen organisiert und hochqualifiziertes Personal des Unternehmens macht Erfahrungsaustausch in anderen Unternehmen in anderen Bundesländern. Sicher ist das Unternehmen dadurch, dass es einen großen Mutterkonzern hat, schwer vergleichbar mit anderen. Aber der Umgang mit dem Arbeitskräftepotential des Landes wird angesichts des anstehenden Generationenwechsels, der immer weniger werdenden Jugendlichen ein Kardinalproblem, das nicht allein die Politik vor Herausforderungen stellt.

Eine Herausforderung an die Politik andererseits wieder ist, dass mehr Verlässlichkeit und Berechenbarkeit kommen müssen. Ich meine, so ein Chaos wie beim Büchsenpfand, das Unternehmen, Geschäfte und auch Verbraucher trifft, darf nicht mehr passieren, auch wenn die Schuldzuweisungen hier hin und her gehen. Der Fakt, das Resultat ist meines Erachtens wichtig. Und sollte die avisierte Maut ohne Entlastungsmaßnahmen kommen – es ist nicht ganz durchsichtig, wie sie kommen soll –, droht hier neues Ungemach. Eines ist doch klar: Die Steuerfunktion von Abgaben hat ihre Grenzen, wo Prozesse bereits im höchsten Maße optimiert sind. So wird die Maut pur unsere erfolgsgewohnte Lübzer Brauerei wiederum in arge Bedrängnis bringen. Wir alle schätzen das Sponsoring von Unternehmen derartiger Wirtschaftskraft für soziale, sportliche, kulturelle Vorhaben im Land. Aber Ausschüttungspotentiale sind auch endlich. Und mal nebenbei gesagt: So viel Lübzer Lemmon – eine leckere Gegenstrategie,

(Angelika Gramkow, PDS: Oh, du durftest probieren, was?!)

Herr Born, die kurz vor Ostern auf den Markt kommt, ich durfte sie schon probieren, es ist mein Wahlkreis – können wir gar nicht trinken, dass das ausgeglichen wird.

(Heinz Müller, SPD: Wir geben uns aber Mühe!)

Also meine ich ernsthaft, hier ist ein Betätigungsfeld, das der ersten Forderung unseres Antrages entspricht, nämlich bestimmte bundesgesetzliche Regelungen in strukturschwachen Gebieten befristet zu öffnen, das heißt auszusetzen.

Die zweite Forderung, Vorschriften zu vereinfachen, zu reduzieren, ist in der Landesregierung in Angriff genommen. Der Justizminister hat dazu ausgeführt. Aber ich möchte hier einfach noch einmal ein kleines Mahnsignal setzen. Eine gewisse Rigorosität muss sicher sein. Aber mit dem Ballast, den Herr Born, der jetzt anderweitig beschäftigt ist, leider, vorhin benannte, darf meines Erachtens nicht das Kind mit dem Bade ausgeschüttet werden. Es wird eine verantwortungsvolle Aufgabe werden für uns alle. Deshalb sieht dieser Antrag auch vor, dass die Vorschläge der Landesregierung dem Parlament zur Unterrichtung vorgelegt werden.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Wenn es Gesetze sind.)

Ja, na da haben Sie natürlich Recht, Herr Born.

(Gabriele Schulz, PDS: Richtig.)

Aber es gibt ja auch etwas Untergesetzliches.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Das ist ein Wort!)

Und da gibt es sehr viel, tausend und soundso viel,

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Sie haben es ja aufgeschrieben oder der Unternehmerverband hat es aufgeschrieben.

Auch wenn wir uns einig sind, dass die Lage ernst ist, soll aber keine Idee in der Schublade bleiben. Es wird eine schwierige, aber, ich meine, auch lohnenswerte Aufgabe. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Bunge.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Schulte für Fraktion der SPD.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der durch die Fraktionen der SPD und PDS unterbreitete und Ihnen heute zur Abstimmung vorgelegte Antrag spiegelt aus meiner Sicht ein Grundbedürfnis weiter Teile unserer Gesellschaft wider, zusätzliche Impulse für den Aufbau Ost einerseits, Bürokratieabbau andererseits. Der letztere Gedanke beschäftigt die Menschen wahrscheinlich bereits genauso lange wie die Bürokratie selbst. Wenn aber das Verlangen nach Entbürokratisierung nahezu gleich alt ist wie die Bürokratie selbst, dann müssen wir uns auch darüber im Klaren sein, dass Entbürokratisierung und Deregulierung keine Prozesse sind, die man zu einem bestimmten Zeitpunkt abschließen kann mit einem Erfolgsbericht, der dann vorgelegt wird. Beides kann nur auf Dauer erfolgversprechend sein, wenn auch in Zukunft bereits mit jedem neuen Gesetzentwurf oder jeder untergesetzlichen Regelung die Frage geklärt wird, ob die betreffende Vorschrift überhaupt erforderlich ist.

Nun leben wir in einer Zeit, deren Komplexität auch immer häufiger detaillierte Regelungen verlangt. Aber, und dessen sollten wir uns auch immer bewusst sein, die Detailfreude mancher Bürokraten führt nicht automatisch dazu, dass das Ergebnis eine qualitative Verbesserung enthält.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen ein einfaches Beispiel geben: Die Zehn Gebote sollen, über den Daimen gepellt, 280 Worte haben, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung circa 300 und die EU-Verordnung über die Einführung von Karamellbonbons circa 26.000. Wer es nachrechnet, bemerkt rasch, die Zehn Gebote und die Unabhängigkeitserklärung sind etwas kürzer, man muss allerdings feststellen, in beiden steht nichts über Karamellbonbons. Und da muss man dann halt abwägen, was wichtiger ist. Vielleicht wird hierdurch hinreichend verdeutlicht, dass Quantität und Qualität einer Regelung nicht immer identisch sein müssen.

In dem Bestreben, möglichst alle Gruppen in ihren jeweiligen Bedürfnissen möglichst gerecht zu behandeln, wurden in der Vergangenheit – und der Kollege Born hat das zu Recht geschildert – immer häufiger Regelwerke geschaffen, die mit einer Vielzahl von Paragraphen, Absätzen, Ziffern, Sätzen, Halbsätzen und Unterpunkten bemüht waren, fast jeden, auch nur rein theoretisch in Betracht kommenden Anwendungsfall bereits im Vorfeld zu regeln. Damit soll nicht der Eindruck erweckt werden,

dass eine Gesellschaft wie die unsere, deren Ziel auf eine gerechte Gleichbehandlung gerichtet ist, auch heute noch mit zehn Geboten hinkommen könnte. Ich glaube, alttestamentarische Zustände sind sicherlich auch nicht das, was die Menschen in diesem Land von ihren Politikern erwarten. Aber Gerechtigkeit besteht auch dann nicht mehr, wenn die Regelungsfülle derart groß ist, dass die Gesellschaft – und hier ist es völlig egal, ob es sich um abhängig Beschäftigte oder Unternehmen handelt – in immer größerem Maße vor der Regelungsflut tatsächlich kapitulieren muss.

Wir sollten aber nicht nur bemüht sein, die Regelungsflut in der Zukunft nicht weiter zu vergrößern, sondern – ich glaube, hier finden wir auch Konsens in der heutigen Sitzung – die Intention sollte dahin gerichtet sein, dass die bereits bestehenden landesrechtlichen Vorschriften auf den Prüfstand gestellt werden und im Zweifelsfall auch einmal eher auf eine Regelung verzichtet wird. Wir müssen dabei aber auch tatsächlich Vorschriften vereinfachen und reduzieren. Den Weg, welchen die hessische CDU-Landesregierung in der letzten Wahlperiode beschritten hat – und deswegen ist das Beispiel, das hier angebracht worden ist von der CDU, nur bedingt gültig –, die Anzahl der Gesetze zu reduzieren, indem die darin enthaltenen Vorschriften auf andere Gesetze verteilt wurden, ist eine Mogelpackung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt so nicht.)

Das hilft keinem.

Das stimmt zu einem ganz erheblichen Teil, Herr Kollege.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Dann schauen
Sie mal rein in die bereinigte Sammlung!)

Wir müssen das geltende Recht vielmehr tatsächlich von Vorschriften befreien.

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Das ist absoluter Quatsch.)

Die Vorschriften, die den Normbestand unnötig belasten und den Zugang zum Recht für den Bürger eher erschweren, als ihn zu fördern, müssen ohne unnötige Verzögerungen aufgehoben werden. Ein so auch auf Landesebene bereinigter Bestand von Rechtsvorschriften kann dann die Basis sein für weitere Schritte, die langfristig zum Ziel haben, die Übersichtlichkeit und die Qualität von Rechtsvorschriften insgesamt zu verbessern und auf dem Weg der Verwaltung zu einem Dienstleister für die Menschen und Unternehmen dieses Landes weiter voranzuschreiten. Wir müssen aber auch, und dies wird durch den ersten Teil des gemeinsamen Antrages von SPD und PDS deutlich, zu grundsätzlichen Veränderungen in unserem Politikverständnis bereit sein.

In dem Antrag der Koalitionsparteien heißt es, „die Flexibilitätsinteressen der Unternehmen, die sozialen Sicherheitsbedürfnisse der Arbeitnehmer und die Interessen der Arbeitsuchenden ausgewogen zu berücksichtigen.“ Auf den ersten Blick könnte man meinen, dass mit dieser Formulierung die Quadratur des Kreises zum Ziel erklärt würde. Aber wir müssen uns wirklich fragen, ob das ernsthaft der Fall ist. Diese Aussage hätte doch nur dann Berechtigung, wenn man die widerstreitenden Interessen der Sozialverbände als Entschuldigung dafür nehmen will,

die grundlegenden Probleme unserer Gesellschaft nicht in Angriff nehmen zu wollen. Tatsächlich stellt die ausgewogene Berücksichtigung unterschiedlicher Interessen doch nur dann ein unüberwindbares Hindernis dar, wenn man sich nicht von der Auffassung trennen will, dass jede Entscheidung die uneingeschränkte Zustimmung jedes auch nur entferntesten Betroffenen finden muss. Aber Gerechtigkeit besteht eben nicht darin, es jedem recht zu machen.

Natürlich ist der Wunsch zur Konsensfindung grundsätzlich legitim. Aber Konsens ist kein Selbstzweck und darf nicht dazu führen, dass nur noch der kleinste gemeinsame Nenner verwirklicht wird. Und wenn die Übereinstimmung nur noch darin besteht, keine Veränderung vorzunehmen, dann ist Stillstand tatsächlich bereits Rückschritt. Gerade wer das Bewahrenswerte bewahren will, muss verändern, was der Erneuerung bedarf. Aufgabe der Politik muss es daher sein, meine Damen und Herren, aus der Mitte der Gesellschaft das Verlangen danach aufzunehmen, was bewahrenswert ist und was der Erneuerung bedarf.

Bleiben wir daher bei dem, was die Menschen in diesem Land tatsächlich berührt. Die Arbeitslosigkeit ist zu hoch, die Zahl der Lehrstellen und das Volumen der Unternehmensinvestitionen niedrig. Aber während es in der Problembeschreibung durchaus noch Schnittstellen gibt zwischen den Feststellungen von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, scheitert jegliche Übereinstimmung in der Findung von Lösungsansätzen. Einerseits soll mit höheren Steuern und mehr Schulden das finanzielle Rückgrat für eine Steigerung der Binnennachfrage geschaffen werden, andererseits soll über eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast und über Änderungen im Arbeits- und Tarifrecht die Investitions- und Beschäftigungsbereitschaft der Unternehmen gestärkt werden.

Ich muss hier ganz deutlich sagen, keiner der vorgenannten Vorschläge ist grundsätzlich erst einmal illegitim. Wer einen Vorschlag nur deswegen ablehnt, weil er nicht von einem selber ist, hat die Zeichen der Zeit immer noch nicht begriffen. Wir müssen vielmehr begreifen, dass erst die Einbeziehung aller politischen Handlungsmöglichkeiten, die zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Entfaltung einer höheren Wachstumsdynamik und Beschäftigungsintensität beitragen können, die Chance für eine Lösung der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Probleme eröffnet. Das, meine Damen und Herren, darf aber auch nicht heißen, dass jeder noch so leichtfertig dahingeworfene Vorschlag unverzüglich umgesetzt werden muss.

Ich möchte hier noch einmal auf die Rede des Kollegen Born zurückkommen, der auf die Vorschläge des sächsischen Wirtschaftsministers Gillo verwiesen hat. Wenn ich die richtig in Erinnerung habe, ist einer der wesentlichen Punkte dort, dass der Kündigungsschutz erst in Betrieben ab 80 Mitarbeitern tatsächlich greifen soll. Darüber kann man gegebenenfalls diskutieren. Das will ich aber am heutigen Tag hier nicht machen. Man muss nur, wenn man das dann auch sagt, eins in diesem Zusammenhang deutlich machen: Das würde dann automatisch bedeuten, dass ein Großteil aller Unternehmen in den neuen Bundesländern wahrscheinlich nicht mehr unter den Kündigungsschutz fallen würde. Wenn man das so möchte, dann muss man das allerdings auch in aller Deutlichkeit sagen.

Im Endeffekt müssen wir uns aber darüber im Klaren sein, dass nur dann, wenn es uns gelingt, in allen Bereichen Regelungen so zu gestalten, dass für alle Beteiligten, und zwar für alle Beteiligten, möglichst effektive Handlungsmöglichkeiten geschaffen werden, unter anderem auch zum Beispiel durch eine Arbeitsrechtsreform, aber auch sicherlich durch Reformen in anderen gesellschaftlichen Bereichen, wir dann tatsächlich mehr Beschäftigung schaffen können, ohne dass dieses auf dem Rücken nur einer Seite erfolgen würde.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend eins feststellen und dadurch möchte ich auch noch mal die inhaltliche Klammer verdeutlichen, die beide Teile unseres Antrages umfasst. Unser Ziel hier im Land, aber auch auf Bundesebene muss es sein, die Bedingungen für die Verbreiterung der wirtschaftlichen Grundlagen sowohl durch Vereinfachung oder den Wegfall überflüssiger gesetzlicher Regelungen zu verbessern und im Zusammenhang damit die Schaffung neuer und die Sicherung bisheriger Arbeitsplätze zu erleichtern. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schulte.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Jäger für die Fraktion der CDU.

Dr. Armin Jäger, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab: Zu beiden Teilen des Antrages können Sie nicht nur unserer Zustimmung sicher sein, sondern auch der Unterstützung, wenn Sie es denn wollen, bei der Umsetzung.

Ich will auch gar nicht lange reden, weil ich denke, es ist gut, wenn wir schnell unsere Auffassungen hier deutlich machen und dann den Weg gehen, der hier vorgezeichnet ist. Wir haben eigentlich schon sehr viel Zeit verloren.

Aber wenn ich sage, neue Impulse und ich will bundesrechtliche Bestimmungen geöffnet haben, dann muss ich mal gucken, wie entscheidungsfähig wir denn hier im Lande sind. Wir haben hier ein Standardöffnungsgesetz beschlossen. Da waren wir alle stolz drauf. Wir Kommunalpolitiker haben uns auch gegenseitig auf die Schulter geklopft, kommt selten vor, machte aber Spaß. Und, was ist rausgekommen? Erster Bericht des Innenministers. Und was ist rausgekommen? Zwei Vorschläge: Einen, den kenne ich gut, Landeshauptstadt Schwerin. Wir hatten uns dazu verständigt und gesagt, ja, wir hätten gerne beim Standesamt einige Veränderungen.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Ja, Frau Gramkow, wir haben es ja geglaubt, dass das geht, wir beide, andere auch. Ja, was kriegen wir? Das ist Bundesrecht, das haben wir vorher gewusst. Wir haben aber gebeten um Ausführungsbestimmungen, um Ausnahmen von den Ausführungsbestimmungen, und, Herr Innenminister, das sind Ihre.

Und jetzt, Herr Justizminister, von wegen Deregulierung. Wir wollten ein Deregulierungsgesetz mit diesem Standardanpassungs- oder Standardöffnungsgesetz. Über den Begriff haben wir uns gestritten, über den Inhalt nicht. Und was haben wir? Jetzt beschäftigen wir das Verwaltungsgericht damit. Das, meine Damen und Herren, ist kein guter Teil der Deregulierung.

Herr Schulte, wenn es so wäre, dass in Hessen die 30 Prozent so gemacht worden sind, dass man aus einem Gesetz Bestimmungen rausgenommen und es dann wegfallen lassen hat, weil dann war ja nichts mehr, und in andere geschoben hätte, könnte man nicht stolz drauf sein. Das ist nicht so. Ein Blick in die bereinigte Sammlung des hessischen Landesrechts – wenn Sie wollen, zeige ich Ihnen die Fundstelle – zeigt, dass die eine ganze Menge eingreifende Regelungen, Genehmigungsbestimmungen abgeschafft haben. Das ist kein Fremdwort, abgeschafft! Und genau da muss der Weg hingehen.

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU)

Das Zweite. Herr Justizminister, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie heute zu Ihrer neuen Aufgabe gesprochen haben, weil da gab es Konfusionen, nicht nur bei den Abgeordneten der Opposition. Da können Sie sagen, wir sind ein bisschen begriffsstutzig. Das will ich zwar nicht in Anspruch nehmen für uns, aber ich würde ja gerne dann den Beweis antreten, dass es nicht so ist. Nur, auch bei den Abgeordneten der Koalition gab es niemand, einschließlich des Innenministers, der wusste, was da eigentlich bei der Deregulierung gemacht wird. In der letzten Sitzung, der zweiten, des Ausschusses, dem Herr Kollege Müller gerne vorsitzt,

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU,
und Vincent Kokert, CDU)

musste der Innenminister sagen, zur Deregulierung kann ich Ihnen nichts sagen, dafür ist der Justizminister zuständig.

Meine Damen und Herren, das weiß ich noch aus 30 Jahren Verwaltungserfahrung: Wenn Ressortminister oder auch Mitarbeiter einer Verwaltung sich damit rausreden, dass sie nicht zuständig sind, dann ist was faul im Staate Dänemark, dann stimmt was nicht.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Und dass es nicht stimmt, Herr Justizminister, habe ich an einem gemerkt, Sie haben eine Kommission gebildet. Nun will ich diesen blöden Spruch nicht bringen, der da immer gebracht wird mit den Kommissionen, weil das ist nicht unser Niveau, auch Ihres nicht. Das weiß ich. Aber bitte, bitte, verlassen Sie sich nicht darauf, dass diejenigen, die Gesetze und Verordnungen machen, dass die auch diejenigen sind, die die Richtigen sind, die Deregulierung einzuleiten! Zum Beispiel hat es mich erschreckt, dass die beiden Geschäftsführer der kommunalen Landesverbände, die anwesend waren, von Ihrer Gruppe gar nichts wussten. Die gehören da rein, Herr Justizminister. Die nehmen Sie bitte dazu, die kommunalen Landesverbände!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die müssen das nämlich ausführen, was hier dieser Landtag und im Wesentlichen auch die Landesregierung durch die Verordnungen macht.

Sie haben in dem Antrag so Beispiele gebracht in Nummer 2: „Vorschriften im Anzeige-, Mess-, Melde-, Aufzeichnungs-, Aufbewahrungs- und Genehmigungsweisen“. Beim Messwesen fällt mir was ein. Meine Damen und Herren, entsinnen Sie sich noch an die heiße Debatte um die Nacheinmessung, die Nacheinmessung von Bauvorhaben, die wir 1996 als Landtag – da war ich in anderer Funktion ein Stück beteiligt – genehmigungsfrei gestellt haben? Die haben Sie im Nachhinein, die Einmes-

sung der genehmigungsfreien Vorhaben, haben Sie zur Pflicht gemacht. Das nennen Sie Deregulierung! Ich glaube, wir müssen gemeinsam da noch eine Menge lernen. Also zu Nummer 2 stimme ich Ihnen voll zu. Aber bitte mit Ehrlichkeit, dann machen wir es auch gemeinsam.

Ein Drittes, was Sie nicht genannt haben, ist das neue Ausschreibungsrecht, das neue Vergaberecht genauer gesagt. Jetzt will ich nicht, Herr Wirtschaftsminister, die Arbeit der Vergabekammern rügen. Da habe ich überhaupt keinen Grund. Ich meine, die machen eine sehr gute Arbeit. Aber wir leiden darunter als Kommunen, dass wir wegen allem und jedem uns nachher beschimpfen lassen, dass die örtlichen Unternehmen nicht berücksichtigt worden sind. Das wissen wir Ehrenamtlichen in den Kommunen ganz genau und dann sagen wir, ja, das ist das Vergaberecht. Aber, meine Damen und Herren, das Vergaberecht hat dazu geführt – und das kann ich sehr deutlich gerade an meiner eigenen kommunalpolitischen Erfahrung in dieser Landeshauptstadt sagen –, dass es immer die großen Firmen sind, die die Aufträge kriegen, und dass die kleinen örtlichen keine Chance haben.

Meine Damen und Herren, wenn es wieder möglich wäre – und da könnte man durchaus den Bundeswirtschaftsminister und die Bundesregierung in die Pflicht nehmen –, in diesem Bereich Kleinbetragsregelungen weit über das hinaus, Herr Wirtschaftsminister, was Sie schon haben, aus dem Mittelstandsförderungsgesetz zum Beispiel, einzuführen. Ich empfehle dazu, einen Gesetzentwurf der kommunalen Landesverbände in Schleswig-Holstein sich mal zu Gemüte zu führen. Das kann man wegen der begrenzten Zeit nicht ausführen. Wir sollten mal darüber reden, ob es möglich ist, für einen beschränkten Zeitraum das Verbot der Nachverhandlungen bei bestimmten Aufträgen aufzuheben. Ich weiß, dass das eine heilige Kuh ist. Ich weiß, dass man das auch missbrauchen kann. Aber ich weiß, dass unsere Mitarbeiter in den Verwaltungen ja unter ganz bestimmten strengen Regelungen stehen, und da müssen wir eben ein bisschen mehr aufpassen.

Aber es könnte uns sichern, dass erstens Aufträge schneller vergeben würden, was manchmal bei Fördermitteln ganz sinnvoll wäre, und zweitens könnten wir ein klein bisschen dazu tun, dass dann die mittelständischen Unternehmen – und das sind in unserem Lande eben anders als anderswo nicht die 250 Arbeitnehmer der EU-Regelung, sondern das ist der kleine Betrieb mit 40, 50 Arbeitnehmern, und das ist bei uns schon ein ordentlicher Betrieb –, dass die die Aufträge kriegen. Also lassen Sie uns darüber nachdenken! Ich weiß, dass der eine oder andere jetzt wirklich glaubt, ich hätte die Bibel verletzt. Man muss einfach nur drüber nachdenken.

Ja, und Herr Justizminister, E-Government – macht mir immer Freude, wird alles besser mit E-Government. Stimmt. Sicher ist eins, wenn Sie die Verwaltung elektronisch betreiben, wenn Sie eine virtuelle Verwaltung aufmachen, wenn der Mitarbeiter gezwungen wird zu chatten, wie das so schön modern heißt, neudeutsch, dann kriegen Sie einen Mitarbeiter, der richtig aktiv jeden Tag da ist, also Baumann und Clausen ist nicht mehr. Aber, Herr Minister, wissen Sie, es ist ja viel schlimmer. Es ist ja gar nicht so, dass wir an dem Zeitalter zur elektronischen Verwaltung sind. Wir sind überhaupt noch nicht so weit. In Ihrem eigenen Ressort, Herr Minister, gibt es ein Datenverarbeitungssystem, das mit Ihrem Gegenüber – ach, der Herr Innenminister ist nicht da –, mit der Kriminalpolizei nicht kommunizieren kann. Die tauschen noch Brieftau-

ben aus. Mit Ihrem Datenverarbeitungssystem können zum Beispiel nicht elektronisch Ermittlungsergebnisse von der Polizei an die Staatsanwaltschaft weitergegeben werden. Ändern Sie das bitte schnell! Ändern Sie das bitte schnell!

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU)

Wir haben Firmen bei uns im Lande, die Ihnen das auch gerne machen.

Und in der ganzen Bundesrepublik wird, so haben Sie gesagt, darüber diskutiert und nicht überall mit Erfolg dereguliert. Lassen Sie uns gemeinsam anhand von ganz konkreten Beispielen immer wieder austesten, wozu wir fähig sind, Sie in der Vorbereitung und wir hier im Landtag. Und ich wiederhole noch mal die Aussage: Nicht nur für die Zustimmung zu diesem Antrag stehen wir zur Verfügung, sondern auch für die Arbeit, die mit diesen Anträgen uns allen dann auch angelastet wird. Und ich meine das als Last, aber auch als Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Dr. Jäger.

Um das Wort gebeten hat der Wirtschaftsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Dr. Ebnet. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Otto Ebnet: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir brauchen in Mecklenburg-Vorpommern mehr Arbeitsplätze und dafür brauchen wir eine wettbewerbsfähige Wirtschaft,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

damit die Auftragslage wieder besser wird. Frau Bunge, Sie haben ja darauf hingewiesen. Wettbewerbsfähig ist unsere Wirtschaft dann, wenn sie niedrige Kosten hat, niedrigere Kosten hat als der Wettbewerber, und darauf kommt es an. Zu den Kosten gehören auch bürokratische Regelungen. Vorschriften und Paragraphen kosten Zeit, Kraft und Geld. Je weniger davon unsere Unternehmen aufwenden müssen, desto besser ist das für unsere Wirtschaft, desto besser ist das für die Arbeitsplätze.

Der Bund hat sich da einiges vorgenommen und ich möchte das ausdrücklich begrüßen. Und, Herr Dr. Born, Herr Jäger auch, Sie haben ja Anregungen gebracht für die Bundesebene, was man da noch alles tun könnte und tun sollte. Ich denke, das muss alles auf den Prüfstand, darüber muss geredet werden. Aber wir können uns natürlich jetzt nicht nur auf die Bundesebene beschränken, wir müssen hier auch im Land vor unserer eigenen Tür kehren. Ich glaube, da sind wir uns ja einig. Aber wir müssen dann auch klar diese Linie verfolgen.

Herr Dr. Born, Sie haben vorher die Vereinigung der Unternehmensverbände erwähnt, die der Landespolitik den Vorwurf gemacht hat, sie hätte in den letzten Jahren zu viele Gesetze beschlossen. Wenn Sie den Vorwurf teilen, dann bitte ich aber nicht mehr der Landesregierung vorzuwerfen, sie tue nicht genug, sie sei untätig, weil sie zu wenig Gesetzentwürfe in den Landtag einbringe.

(Beifall Ute Schildt, SPD –
Dr. Ulrich Born, CDU: Das
haben wir aber nicht gesagt.)

Die EU, der Bund und die Länder haben inzwischen fast alles geregelt, was geregelt werden kann. Für die Betrie-

be ist geregelt, wie viele Papierkörbe in einem Raum stehen müssen. Es ist geregelt, welche Temperatur auf den Toiletten herrschen muss, 21 Grad.

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Was?!)

Es ist geregelt, wie viele Stühle in Umkleieräumen stehen müssen. Es ist geregelt, dass Betriebe ab fünf Beschäftigten getrennte Toiletten für Kunden und für Personal einrichten müssen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das alles kostet Geld. Es ist schlicht überflüssig, aber es ist kostentreibend. Ich denke, hier lässt sich doch einiges an kostenvermindernder Deregulierung noch machen. Ich glaube, wir haben da eine ganze Menge vor uns.

Wenn Handwerksfirmen Hunderte von statistischen Meldepflichten haben, dann ist das zu viel. Ein Handwerksbetrieb braucht nach Aussagen des Handwerks bis zu 300 Stunden im Jahr für bürokratische Hilfsarbeiten. Das ist eine Kostenbelastung, die für Kleinunternehmen bei etwa 3.500 Euro pro Arbeitsplatz im Jahr liegt. Auf der anderen Seite hat der Zentralverband des deutschen Handwerks vor kurzem die Wirtschaftsminister angeschrieben, hat gebeten, noch mehr statistische Erhebungen beim Handwerk vorzunehmen, damit man besser Bescheid wisse. Auch da muss man sagen, zuerst mal Klarheit in den eigenen Kopf, gilt für alle, Klarheit in den eigenen Kopf und dann gehen wir alle stramm in diese Richtung. Hier muss nach Möglichkeiten gesucht werden, die Belastung der Unternehmen deutlich zu verringern, denn verzichtbare Bürokratie macht nicht nur Ärger, sie kostet auch unnötig Geld.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU,
und Dr. Armin Jäger, CDU)

Manche Vorschriften und manch zusätzlicher Verwaltungsaufwand für die Betriebe bieten somit ein Kosten-senkungspotential für unsere Wirtschaft, das bei weitem noch nicht ausgeschöpft ist. Deshalb sind wir auch auf Landesebene aktiv, um hier alles auszuschöpfen, um die Bürokratiekosten runterzubekommen. Auch die Verwaltungsreform, die wir im Land durchführen, muss zu einer Kostenentlastung für Bürger und Unternehmen führen. Unsere Verwaltungsreform darf nicht nur Bürokratie im Land von der einen auf die andere Ebene umschichten. Es muss wie beim Umbau eines Hauses sein: Vor dem Umbau wird aufgeräumt und entrümpelt, Überflüssiges kommt auf den Sperrmüll.

Meine Damen und Herren, aber mit dem Sperrmüll dürfen wir es nicht so machen wie die Hessen. Herr Dr. Jäger, Sie haben ja auch schon was dazu gesagt, Herr Born auch. Es gibt eine andere Wahrnehmung. 30 Prozent Abbau von Rechtsvorschriften, aber es wurden 30 Prozent abgebaut, tatsächlich abgeschafft, die aber vorher niemand gestört haben und die deshalb auch durch ihren Abbau die Realität nicht verändert haben. Ich will mal ganz bescheiden, ich will mal ganz bescheiden rangehen. Wir müssen ja die Realität verändern. Wenn wir nur zehn Vorschläge umsetzen, die wirklich etwas bringen, dann haben wir schon mehr geschafft und mehr erreicht als Hessen und dann wären wir wirklich besser als die.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe Anfang des Jahres die Wirtschaftsverbände und Kammern bei uns im Land

um ganz konkrete Vorschläge gebeten, wie der bürokratische Aufwand für kleine und mittlere Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern abgebaut und begrenzt werden kann. Ich denke, das ist der richtige Weg, denn die Unternehmen wissen am besten, welche Regelungen sie am meisten belasten. Inzwischen ist einiges eingegangen und ich bedanke mich auch für die Mitarbeit der Kammern und der Verbände. Wir werden die Deregulierungsvorschläge, die die Wirtschaft gemacht hat, gründlich auswerten und wir werden auch eigene Vorschläge noch zusätzlich machen.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS)

Aber beim Thema Bürokratieabbau geht es nicht nur um eine Änderung von Regelungen, da geht es auch um eine Änderung von Verhaltensmustern. Wir brauchen überall im Land eine Verwaltung, die aktiv daran mitarbeitet, dass es vorangehen kann, eine Verwaltung, die ihre Ermessensspielräume genau in diesem Sinn nutzt. Das Motto muss sein: Nicht erzählen, warum etwas nicht geht, sondern überlegen, wie es gehen kann! Und deshalb finde ich die Idee der Vereinigung der Unternehmensverbände zu einem Wettbewerb „Die unternehmerfreundliche Kommune“ sehr gut.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS)

Meine Damen und Herren, einfachere Regelungen, weniger Bürokratie und eine engagierte Verwaltung, die sich als Dienstleister versteht – an diesen Zielen sollten wir gemeinsam weiterarbeiten. Wenn wir da erfolgreich sind, gewinnen wir einen wichtigen Standortvorteil, mit dem wir werben können und der uns attraktiver macht. Ich bin sicher, es wird sich dann sehr schnell herumsprechen, es lohnt sich, in Mecklenburg-Vorpommern etwas zu unternehmen, denn in Mecklenburg-Vorpommern kann man seine Pläne am besten in die Tat umsetzen. Meine Damen und Herren, ich denke, wir haben uns alle viel vorgenommen, machen wir uns an die Arbeit! – Danke sehr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Regine Lück, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/256. Wer dem vorliegenden Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Bei drei Stimmenthaltungen der Fraktion der CDU, ansonsten Zustimmung ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/256 angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 8:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt in Mecklenburg-Vorpommern, auf der Drucksache 4/263.

Antrag der Fraktion der CDU:
Die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt
in Mecklenburg-Vorpommern
– Drucksache 4/263 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Timm für die Fraktion der CDU.

Udo Timm, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Lage am Arbeitsmarkt ist ernst, sie ist überaus ernst, uns allen bekannt und bedauerlich die Situation. Der deutsche Arbeitsmarkt glitt in den letzten Monaten ins Bodenlose. Doch sprachen wir im November bis Januar in Größenordnungen von 170.000 bis 197.000 Erwerbslosen in unserem Land, haben wir in den letzten Wochen Zahlen geliefert bekommen, die alle da gewesenen Negativrekorde gebrochen haben. 201.508 arbeitslose Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind eine schaurige Bilanz.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Und wieder sind wir das Schlusslicht in der Arbeitslosenstatistik geworden. Noch nie kletterte die Zahl der Erwerbslosen in unserem Land über die magische Grenze von 200.000. Damit hält Mecklenburg-Vorpommern die rote Laterne fest in der Hand und mit einer Abgabe derselben ist auf absehbare Zeit nicht zu rechnen, denn von konkreten Reformen in Schwerin und in Berlin ist leider nichts zu erkennen.

Meine Damen und Herren, die Probleme sind bekannt. Es fehlt also nicht an Erkenntnissen. Deutschland hat keine Erkenntnisprobleme, Deutschland hat Umsetzungsprobleme, was uns eine immer höhere Arbeitslosigkeit beschert.

Meine Damen und Herren, gut ein Drittel der arbeitslosen Menschen in unserem Land gelten als Langzeitarbeitslose. Für mich ist das ein deutliches Zeichen, dass es der Landesregierung an geeigneten Konzepten fehlt, dieser dramatischen Entwicklung zu begegnen und sie zu verändern.

Und ich gehe noch weiter, meine Damen und Herren. Äußerst betroffen macht mich der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Sage und schreibe 25.040 junge Menschen unter 25 Jahren sind in Mecklenburg-Vorpommern ohne Arbeit, ja ohne Perspektive. Das heißt doch, das Heer der Abwanderer könnte um über 25.000 junge Fachkräfte ansteigen, wenn die Landesregierung nicht mit geeigneten Maßnahmen dieser unheilvollen Entwicklung entgegenwirkt.

Herr Minister Holter, Sie sind Arbeits- und Bauminister.

(Angelika Gramkow, PDS:
Und Landesentwicklung.)

Sie haben die Möglichkeit, über schnellstens dezuregulierende Gesetze durch Bundesratsinitiative im Baugesetzbuch zum Paragraphen 35 Arbeit zu schaffen. Sie haben die Möglichkeit, durch Vereinfachung der Baugenehmigungsparagraphen der Landesbauordnung dezuregulieren und den Arbeitsmarkt zu begünstigen. Die kommunale Investitionspauschale muss erhöht und nicht stranguliert werden, denn das schafft Arbeit beim Mittelstand. Vereinfachung und Deregulierung der Landesfördervorschriften sind dringend geboten, um Geld im Land zu behalten und neue Arbeit zu schaffen. Also, Herr Minister, werden Sie Ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht und machen Sie auch nicht vor unpopulären Maßnahmen Halt! Bei der Beschäftigung von teuren Anwaltskanzleien aus Berlin sind Sie auch nicht zimperlich und hauen richtig Kohle auf die Back. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne damit die Aussprache.

Als Erstes erhält das Wort der Abgeordnete Mohr für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Klaus Mohr, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der hier vorliegende Antrag der CDU greift leider wieder einmal viel zu kurz, wenn es um das wichtige Thema Arbeitsmarkt geht. Er zielt nämlich einzig und allein darauf ab, eine politische Debatte für die Galerie zu führen, die, wie ich heute sehe, nur noch mäßig besetzt ist. Das dazu.

Ich kann an dieser Stelle nur noch einmal wiederholen, was ich Ihnen bereits in der Landtagssitzung im Dezember vergangenen Jahres gesagt habe. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, Herr Timm, gegen die von Ihnen gewünschte Debatte ist ja im Grundsatz überhaupt nichts einzuwenden. Aber, Herr Timm, in einer Debatte sollten nach meinem Verständnis Ideen, Vorstellungen und Konzepte diskutiert werden. Und ich frage mich angesichts Ihres Antrages: Wo ist denn hier die Substanz und wo sind Ihre konkreten Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Sie in die Debatte einführen und mit uns diskutieren wollen? Da habe ich bis jetzt also noch nicht viel gehört, was Sie hier eben gerade angedeutet haben, angerissen haben. Davon sind Sie offensichtlich selber nicht so überzeugt, denn dann würden Sie es einkleiden in einen Antrag, hier einbringen in den Landtag und dafür kämpfen, dass Sie hier Mehrheiten gewinnen.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Da dies nicht der Fall ist, wie gesagt, ist das hier ein Spiel für die Galerie und relativ substanzlos. Wenn ich mir den Antrag anschau, dann ist das letzten Endes ein bloßer Berichtsantrag.

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

Da heißt es: „Die Landesregierung wird aufgefordert, zur aktuellen Lage des Arbeitsmarktes in Mecklenburg-Vorpommern Stellung zu nehmen.“ Aber jetzt mal ehrlich, Herr Timm, wir alle kennen doch die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt genau. Sie haben ja eben auch ein paar Worte dazu gesagt. Und ich denke, die Landesregierung, sei es der Ministerpräsident oder der Arbeitsminister, nimmt anlässlich der monatlichen Veröffentlichungen der Arbeitslosenstatistik ständig, zuletzt beispielsweise auch vor dem Hintergrund der aktuellen Geschehnisse in der vergangenen Woche, zur hiesigen Arbeitsmarktsituation Stellung. Die Haltung der Landesregierung kann also bezogen auf den Antrag aufmerksamen Beobachtern hier überhaupt nicht entgangen sein.

Was den konkreten Inhalt Ihres Antrages hinsichtlich der geplanten Landesinitiativen zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit angeht, hat der Arbeitsminister bereits darauf hingewiesen beziehungsweise, Entschuldigung, hat er nicht.

(Bernd Schubert, CDU: Aha!)

Aber ich kann dem vorgreifen, dass also derartige Initiativen derzeit nicht in Planung sind, zumindest ist mir solches nicht bekannt. Ich denke, der Arbeitsminister wird, wenn er nachher noch hierzu sprechen wird, dies bestätigen.

Und wenn ich mir die Antragsbegründung ansehe, meine sehr geehrten Damen und Herren von der CDU, dann schreiben Sie dort, dass Sie einen ständigen Dialog

über zukünftige Landesinitiativen führen möchten. Gut! Dann lassen Sie uns doch diesen Dialog führen und mögliche Initiativen diskutieren. Über Ihre konkreten Vorstellungen zu solchen Landesinitiativen habe ich jedoch bis heute kein einziges Wort gehört. Bislang habe ich Ihre Meinungsäußerungen, Herr Timm, Herr Rehberg, wenn ich mich an die letzten Landtagssitzungen erinnere, vielmehr so verstanden, dass Sie eine größtmögliche Deregulierung des Arbeitsmarktes einfordern, was wohl aber eher gegen die Auflage von neuen arbeitsmarktpolitischen Initiativen des Landes sprechen dürfte. Deshalb, Herr Timm, Herr Rehberg, insbesondere Frau Strenz, lassen Sie uns bitte über Ihre wahren Intentionen nicht länger im Unklaren!

Ich möchte an dieser Stelle der guten Ordnung halber noch einmal eins festhalten: Die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt ist natürlich, wie wir alle wissen, äußerst gespannt und hier ist die Politik insgesamt gefordert, nach Lösungen dieser Problematik zu suchen. Aber eine Klarstellung sei erlaubt in dem Zusammenhang. Im Februar 1998 waren zu Zeiten der CDU-geführten Regierung in Mecklenburg-Vorpommern 199.611 Menschen arbeitslos. Zu diesem Zeitpunkt gab es 17.636 ABM – ich muss das jetzt einfach mal so sagen –, 14.766 SAM und 15.043 FBW-Maßnahmen. Insgesamt ergab sich summa summarum durch diese drei Arbeitsförderungsinstrumente eine Entlastung des Arbeitsmarktes um 47.445 Personen. Zum Vergleich dazu sind nach der amtlichen Statistik im vergangenen Monat, also Februar 2003, 201.508 Menschen ohne Arbeit in diesem Land.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Im direkten Vergleich zum Februar 1998, meine Damen und Herren, befinden sich zu diesem Zeitpunkt aber nur noch 8.638 Menschen in ABM, 6.614 in SAM und 13.327 in Weiterbildungsmaßnahmen. Die genannten Maßnahmen führen zu einer Arbeitsmarktentlastung um 28.579 Personen. Summa summarum waren deshalb im Februar 2003 18.866 Menschen weniger in ABM, SAM und in Weiterbildungsmaßnahmen als noch im selben Monat des Jahres 1998. Das sollte man berücksichtigen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Im Ergebnis heißt das nichts anderes, als dass die Arbeitslosigkeit heute praktisch genauso hoch ist wie vor fünf Jahren zum selben Zeitpunkt bei hingegen circa 20.000 arbeitsmarktentlastenden Maßnahmen weniger.

(Kerstin Fiedler, CDU: In absoluten Zahlen bei weniger Bevölkerung!)

Noch nicht einmal berücksichtigt dabei ...

Entschuldigung, das müssen Sie sich schon mal anhören!

(Kerstin Fiedler, CDU: Nennen Sie mal Quoten, nicht absolute Zahlen!)

Noch nicht einmal berücksichtigt dabei ist die Tatsache, dass Sie, meine Damen und Herren von der CDU, 1998 im Wahlmonat September die Zahl der ABM von circa 16.000 im Januar 1998 um fast 20.000 – und ich wiederhole das noch mal –, um 20.000 auf fast 35.000 erhöht haben und sich deshalb tatsächlich ein erheblich höherer Jahresdurchschnitt an ABM im Jahr 1998 ergeben hat als die Zahl für Februar 1998, die ich hier vergleichend herangezogen hatte.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Da sehen Sie mal, was Sie aus den Menschen im Osten gemacht haben!)

Nicht berücksichtigt ist ferner, dass angesichts der Kürzungen von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit für aktive Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern um circa 140 Millionen Euro im Jahr 2003 mit einem weiteren drastischen Rückgang insbesondere bei ABM und SAM zu rechnen ist.

Zieht man vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, anstelle der konkreten Monatszahlen die Jahresdurchschnittszahlen im Vergleich 1998 „Ist“ und 2003 „zu erwarten“ heran, kommt heraus, dass wir aktuell circa 40.000 arbeitsmarktentlastende Maßnahmen weniger haben als zu Zeiten der CDU-geführten Landesregierung, dies alles bei einer etwa gleich hohen Arbeitslosigkeit. Damit hier eins ganz klar ist: Die aktuelle Situation auf dem hiesigen Arbeitsmarkt ist äußerst angespannt, das habe ich bereits gesagt. Daran ändert mein Zahlenvergleich natürlich überhaupt nichts.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Absoluter Irrsinn, was Sie hier erzählen!)

Aber es wird wohl, Herr Rehberg, hoffentlich deutlich, dass Sie, insbesondere Sie, Herr Rehberg, überhaupt keinen Grund haben, ständig zu suggerieren, dass Sie hier größter und überaus kompetenter Wirtschafts- und Arbeitsmarktfachmann sind. Dies können die Zahlen auf jeden Fall belegen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ihre Arroganz lässt grüßen, Herr Mohr!)

Und das, was ich von Ihnen gehört habe, Herr Glawe – ich glaube, er ist im Moment nicht im Raum –, Sie haben vor ein paar Stunden hier der SPD/PDS-Landesregierung vorgeworfen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das ist schon eine tolle Arroganz, die Sie da an den Tag legen!)

60.000 Arbeitsplätze vernichtet zu haben, da kann ich nur sagen, das ist blanker Unsinn!

(Eckhardt Rehberg, CDU: Es ist auch kein blanker Unsinn, das sind die Fakten.)

Entschuldigung!

Und wenn der Kollege Timm hier ernsthaft behauptet hat, dass von Reformen nichts zu merken ist, dann sage ich mir, Sie sind nicht mehr auf diesem Globus,

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Eckhardt Rehberg, CDU: Das sind Reformen, Herr Mohr! Das sind Reformen!)

Sie nehmen nicht mehr am öffentlichen Informationsgeschehen teil.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Dazu aber vielleicht später noch, meine Damen und Herren.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Oh Gott! – Kerstin Fiedler, CDU: Nicht zu ertragen, das scheinen Sie gar nicht zu merken!)

Deshalb meine Bitte, kommen Sie in der Arbeitsmarktdébatte wieder auf den Boden der Tatsachen zurück, Herr Rehberg!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Dr. Ulrich Born, CDU,
und Kerstin Fiedler, CDU)

Tun Sie das! Die echte Analyse, Herr Rehberg, der oben
genannten Vergleichszahlen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Diese Zahlen
kann ich Ihnen sagen, wenn ich die Pendler
dazuzähle und die, die abgewandert sind.)

die echte Analyse der Vergleichszahlen beweist – ich
habe mir extra die Mühe gemacht, Ihnen das noch mal
schwarz auf weiß zu geben –,

(Dr. Ulrich Born, CDU: Von welchem Stern kom-
men Sie eigentlich? – Eckhardt Rehberg, CDU:
Wann haben Sie das letzte Mal mit den Menschen
hier gesprochen?! – Glocke des Vizepräsidenten)

dass die Situation auf dem Arbeitsmarkt zu Zeiten der
Ministerpräsidentenschaft des Herrn Seite nicht minder dra-
matisch war als heute. Das ist ein Fakt, das müssen Sie
zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf von Udo Timm, CDU)

Die Herausforderung aktuell für uns ist die, dass wir
also mit weitaus weniger Mitteln,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aha!)

als Sie, meine Damen und Herren von der CDU, seiner-
zeit zur Verfügung hatten,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Mit weitaus weniger
Mitteln! Wo sind die Mittel geblieben?)

erheblich mehr bewirken müssen. Das ist die Wahrheit.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Bei einer
deutlich höheren Verschuldung.)

Was die Arbeitsmarktpolitik des Bundes angeht, haben
wir für Mecklenburg-Vorpommern heute Mittelreduzierun-
gen im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Größen-
ordnungen zu verzeichnen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, und
wer ist dafür verantwortlich?!)

Hierzu hatte ich bereits entsprechende Ausführungen
gemacht.

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Der Arbeitsminister ist Clement.)

Diese Mittelreduzierungen gehen sicher ans Eingee-
machte, das ist doch nicht die Frage, Herr Rehberg.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, das ist nicht die
Frage. Sie stellen doch die Bundesregierung! –
Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD)

Aber hier sind wir deshalb im Rahmen unserer Mög-
lichkeiten bestrebt – ich denke, Sie erinnern sich noch an den
Antrag von SPD, PDS und CDU im Dezember vergange-
nen Jahres, Herr Rehberg. Er ist auch mit einer deutlichen
Mehrheit Ihrer Fraktion hier so angenommen worden und
wenn ich mich recht erinnere, dann war es so, dass wir
hier ganz klar Forderungen erhoben und einen Beschluss
des Landtages gefasst haben, der ganz klar dahin geht,
entsprechende Korrekturen, teilweise Korrekturen

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ja, und nun?!)

zu dem Hartz-Konzept einzufordern und in die Wege zu
leiten.

(Kerstin Fiedler, CDU: Wir
hoffen, dass bald was passiert.)

Also insofern verstehe ich hier Ihre Aufregung über-
haupt nicht.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Nee, das
wirklich nicht. Das können Sie nicht
verstehen. – Kerstin Fiedler, CDU:
Der versteht überhaupt nichts.)

Wie gesagt, auf diesen Beschluss habe ich verwiesen.
Ich weise außerdem noch mal darauf hin, dass, wenn wir
hier über die Umsetzung von Hartz sprechen, es
grundsätzlich einer gewissen Zeit bedarf –

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aha!)

ich denke, das liegt in der Natur der Sache –, um die
Wirksamkeit, Herr Rehberg,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

der einzelnen Instrumente,

(Eckhardt Rehberg, CDU: In einem
Jahr unterhalten wir uns über die
Wirksamkeit von Hartz im Osten.)

die durch die Hartz-Gesetze eingeführt werden, beur-
teilen und verlässlich bewerten zu können.

Und, meine Damen und Herren von der CDU, wie Sie
das jetzt hier machen, ich sag jetzt mal vorsichtig, nahezu
schon hysterisch alle paar Wochen Debattenanträge zu
stellen und nach konkreten Ergebnissen zu fragen, wäre
oder würde der Tatsache hier nicht Rechnung tragen,

(Kerstin Fiedler, CDU: Das ist Ihnen unangenehm.
Das ist ein riesiges Problem, Arbeitslosigkeit.)

dass die einzelnen Regelungstatbestände von den
Hartz-Gesetzen teilweise erst einige Wochen gelten, teil-
weise noch gar nicht in Kraft sind. Das wissen Sie viel-
leicht. Zum 01.04. haben wir einige Regelungen, die in
Kraft treten. Wenn ich an die Regelung zu den Minijobs
zum 01.07. denke,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU –
Eckhardt Rehberg, CDU: Das Einzige,
was Sie nennen können, weil es
von der Union gekommen ist.)

greifen andere gesetzliche Tatbestände, die reformiert
worden sind im SGB III.

(Volker Schlotmann, SPD: Das
wissen die, das verleugnen die.)

Offensichtlich wussten Sie das noch nicht, Herr Reh-
berg. Dann freue ich mich, dass ich Ihnen hier ein biss-
chen auf die Sprünge helfen konnte.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Um das hier noch mal ganz klar auszusprechen: Alle
Parteien, denke ich, tragen die Verantwortung für die
aktuelle Finanzlage der öffentlichen Haushalte. Und es ist
auch nicht nur eine Partei, welcher man die Krise, die
aktuelle Krise der Sozialsysteme einseitig anlasten und in
die Schuhe schieben könnte.

(Kerstin Fiedler, CDU: Es sind immer andere
schuld. – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Tatsache ist – und jetzt komme ich noch mal zurück auf
das, was der Kollege Timm gesagt hat –, dass wir auf Lan-

desebene, insbesondere aber auch auf Bundesebene, den Handlungsauftrag, der sich uns stellt, angenommen haben und dabei sind, unsere Hausaufgaben zu machen.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Das nennen Sie Hausaufgaben?!
4,7 Millionen Arbeitslose?! Das sind
tolle Überlegungen von Hausaufgaben.)

Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Herr Clement hat in dem Zusammenhang ein großes wirtschaftspolitisches Reformprogramm unter Einschluss einer umfassenden Offensive für den Mittelstand – Kollegin Schildt hatte referiert über den Masterplan Bürokratieabbau,

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU: Oh nee!)

also über diese große Offensive ist gesprochen worden – auf den Weg gebracht. Die Umsetzung des Hartz-Konzeptes wird selbstverständlich weitergeführt.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Das klingt
doch wie Radio Jerewan. Das hat
doch mit dem Thema nichts zu tun!)

Stichworte sind hier unter anderem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit und die Neuregelung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe

(Kerstin Fiedler, CDU: Substanz
haben Sie gefordert. Von Ihnen
hab ich nichts gehört, substanzlos!)

sowie die Einrichtung von Jobcentern zum 01.01.2004. Darüber hinaus ist eine Gesundheitsreform in Arbeit.

(Kerstin Fiedler, CDU: Alles Bundesgeschichte!
Was wollen Sie in diesem Land machen?)

Hier werden wir die Ergebnisse im Sommer vorliegen haben.

(Zuruf von Eckhardt Rehberg, CDU)

Ebenso ist eine Reform der Gemeindefinanzen in Arbeit.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Ah ja!)

Und ich verstehe jetzt ehrlich gesagt Ihre Aufregung nicht.

(Kerstin Fiedler, CDU: Sie werfen
uns Substanzlosigkeit vor!)

Fakt ist doch – die Reformen habe ich Ihnen gerade vorgetragen –, wenn Sie so toll sind, meine Damen und Herren, wie Sie hier immer tun, dann frage ich mich, warum müssen wir dann solche tiefgreifenden, umfassenden Reformen auf den Weg bringen in Berlin, diese Arbeit hier machen in Schwerin mit der rot-roten Landesregierung, wenn Sie so tolle Wirtschaftsfachleute und Arbeitsmarktfachleute sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Eckhardt Rehberg, CDU: Sie tragen die Verantwortung! Sie müssen sie wahrnehmen! –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Sie haben jahrelang geschlafen, wir müssen die Arbeit machen. Das ist die Wahrheit!

(Dr. Ulrich Born, CDU: Sie haben die
Gemeinden in die Pleite geführt, so ist das!)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch zwei letzte Worte. Wenn wir weiter an zukunftsweisenden Poli-

tikmodellen arbeiten, müssen wir unbedingt, denke ich, darauf achten, dass diese nicht so ausgerichtet sind,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

dass sie in erster Linie zu Lasten der sozial Schwachen, der Klein- und Geringverdiener, der Arbeitslosen und Kranken gehen. Was die Arbeitsmarktpolitik betrifft, habe ich bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass wir ohne eine Umverteilung der Arbeit in diesem Land und ohne intelligente Zeitarbeitsmodelle nicht erfolgreich sein werden, wenn wir die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen wollen.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Der erzählt
einen Schnee! So einen Schnee habe
ich lange nicht mehr gehört.)

Das ist meine feste Überzeugung.

Wenn wir diesbezüglich in eine offene und konstruktive Sachdiskussion eintreten, würde mich das sehr freuen, Herr Rehberg, Frau Strenz und Kollegen. Nichts anderes, denke ich, erwartet im Übrigen auch die Bevölkerung dieses Landes von uns, aber auch von Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Und zu guter Letzt denke ich, dass Ihr wirklich herausragender Debattenantrag nunmehr gegenstandslos geworden sein dürfte. – Insofern bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit. Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und Regine Lück, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Lück für die Fraktion der PDS.

Regine Lück, PDS: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will gar kein Geheimnis daraus machen: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist grauenhaft schlecht. Es ließen sich auch andere Beschreibungen finden. Nur, Schuldzuweisungen helfen nicht. Wer aber vorschlägt, die Arbeitslosen zu schikanieren, indem man ihnen die Zuwendungen streicht, der schafft keine Arbeitsplätze.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Wer meint, dass mehr Leute arbeiten gehen, wenn man die Arbeitslosen durch ständige Repressionen demütigt, der verkennet, dass es einfach nicht genügend Arbeitsplätze gibt.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Und wer die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik kürzt, dafür aber die Anzahl der Aufgaben erhöht, der darf sich nicht wundern, wenn die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft in die Höhe geht.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Reinhardt Thomas, CDU:
Wem erzählen Sie das eigentlich?)

Unterschiedlicher Meinung sind wir in der Einschätzung der Gründe, die zu dieser Situation geführt haben, und in der Vorstellung über die Wege, die aus dieser gesellschaftlichen Katastrophe führen könnten. Die Situation am Arbeitsmarkt wird vor allem auch durch die regressive Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung verschärft.

(Beifall Torsten Renz, CDU)

Dabei wird vollkommen außer Acht gelassen, dass es insbesondere in den neuen Bundesländern und in einigen Regionen im Westen nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Gründe für die hohe Arbeitslosigkeit gibt.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Das zeigt sich nicht nur an der Höhe der Arbeitslosenzahlen selbst, sondern auch an der zunehmenden Anzahl der Langzeitarbeitslosen.

Der Handlungsspielraum, den das Land bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat, ist gering. Die Koalitionspartner und die Landesregierung haben diesen Raum in der vergangenen Legislaturperiode genutzt und sind mit erfolgreichen Projekten und Ansätzen neue Wege gegangen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Ich denke dabei an das Arbeits- und Strukturentwicklungsprogramm und an die damit verbundene Regionalisierung sowie an die größere Transparenz. Ich denke aber auch an die Landesinitiative Jugend- und Schulsozialarbeit, an die gemeinwohlorientierten Arbeitsförderprojekte und an die guten Erfahrungen mit dem Initiativfonds des Landes. Alle drei Programme sind auf großen Zuspruch im Land gestoßen und erfüllen wichtige Funktionen. Darüber hinaus wurden durch das Land in den zurückliegenden vier Jahren alle Möglichkeiten ausgeschöpft, die der Bund und die EU geboten haben.

Das Fatale ist nun, dass sich die Bundesregierung aus der Verantwortung zieht, ohne ernsthafte Alternativen anzubieten. Jahrelang wurde versäumt, alternative Programme zu entwickeln. Wer glaubt denn wirklich, dass allein durch die Wirtschaft – so, wie sie im Moment funktioniert, richtiger, nicht funktioniert – oder durch eine Konjunkturbelebung fünf Millionen existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden? Die langjährige Tendenz ist doch genau gegenläufig. Arbeitsintensive Arbeit wird ausgelagert oder durch Maschinen ersetzt. Investives Kapital wird durch Spekulationen in Milliardenhöhe vernichtet

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

und öffentliche Einnahmen werden durch eine ungerechte und falsche Steuerpolitik kontinuierlich minimiert. Es hat sich herausgestellt – und das sage ich hier ganz selbstkritisch –, dass unsere Zustimmung zur Steuerreform ein Fehler war.

(Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU:
Das darf nicht wahr sein!)

Sie hat ihren Anteil an der Finanznot der Länder und auch der Gemeinden. Die Konsequenzen dokumentieren sich nun in Zahlen, vor allem aber in vielen Einzelschicksalen. Dass sich die Menschen nun auch auf der Straße Luft machen und die Politik an ihre Verantwortung erinnern, das halte ich für legitim und für richtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Eckhardt Rehberg, CDU:
Das ist schon heftig, was hier abläuft.)

Herr Rehberg, wir waren deshalb auf der Demonstration,

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Ja, Sie und der Arbeitsminister.)

zu der das Erwerbslosenparlament am vorigen Mittwoch aufgerufen hat.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Auch hatte ich erwartet, dass Sie, Herr Ringstorff, den Arbeitslosen sagen, dass Sie sich in Berlin beim Kanzler dafür einsetzen, dass unser Land die Unterstützung vom Bund erhält, die benötigt wird, und nicht in diesem Jahr 148 Millionen Euro weniger für den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente zur Verfügung gestellt werden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das sind Truppen, ohne Skrupel! Da kannst du nur mit dem Kopf schütteln. Die Alten gucken verschämt weg.)

Seit 1999 sind uns für diesen Bereich 500 Millionen Euro weniger bereitgestellt worden, und das Ganze ohne Ersatz.

Natürlich sind ABM und SAM, Herr Rehberg, keine Dauerlösung, darüber sind wir uns doch einig. Aber wenn der Markt es nicht richtet – und er richtet es nicht und er kann es auch nicht –, dann müssen wir etwas anderes als Ausgleich schaffen. Sie selbst, Herr Ministerpräsident, haben in Ihrer Regierungserklärung im Dezember noch verkündet, dass der Osten offensichtlich auf öffentlich geförderte Beschäftigung angewiesen sein wird. Nun werden genau diese Instrumente gegen null gefahren.

(Egbert Liskow, CDU: Wer ist denn Regierung hier? – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Ich habe auch die Erklärung der arbeitsmarktpolitischen Sprecher der ostdeutschen SPD-Landtags- und Abgeordnetenhausfraktionen am 3. März anders verstanden.

Die PDS hat im Mai vergangenen Jahres ein beschäftigungspolitisches Programm zur Schaffung von 1,3 Millionen Arbeitsplätzen bis 2006 vorgelegt und darin auch beschrieben, wie diese finanziert werden können. Damit wurde ein Einstieg in den notwendigen sozialen und ökologischen Umbau des Staates beschrieben, den es weiterzuentwickeln gilt. Auch Überstundenabbau, Senkung der wöchentlichen Normalarbeitszeit und ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor sind dort aufgeführt und wären Möglichkeiten, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wir brauchen viele Wege, um das Problem zu lösen. Was wir nicht brauchen, das sind weitere Niedriglohnjobs, weiterer Sozialabbau, wie jetzt mit den ersten beiden Gesetzen zur Umsetzung von Hartz beschlossen und wie am Freitag zu erwarten.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Erstens hat sich das Niedriglohnmodell arbeitsmarktpolitisch nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern, sondern in allen neuen Bundesländern als untauglich erwiesen. Zweitens sind die Sozialsysteme und die Binnenkaufkraft dadurch nicht gestärkt, sondern geschwächt worden. Was wir tatsächlich brauchen, das ist ein gesellschaftliches Umsteuern, aber nicht zu Lasten derjenigen, die ohnehin schon einen Großteil der Lasten zu tragen haben.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Alle Einkommen müssen zur Finanzierung des Gemeinwohls und des Gemeinwesens herangezogen werden. Wenn wir alle von diesem Gemeinwohl profitieren, es also nutzen wollen, dann müssen wir auch alle dafür bezahlen. Schon im Dezember habe ich darauf hingewiesen, dass

die jetzige Entwicklung gravierende, um nicht zu sagen katastrophale Auswirkungen haben wird.

(Lorenz Caffier, CDU:
Abstimmung, Abstimmung!)

Wir sollten deshalb überlegen, eine gemeinsame Initiative zu beschließen. Arbeitsmarktpolitik allein kann die Probleme schon lange nicht mehr lösen,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Aha!)

übrigens auch schon vor der Wiedervereinigung nicht. Da fielen die zwei Millionen Arbeitslosen in der alten Bundesrepublik nur nicht so ins Gewicht.

Die Schlusslichtdebatte, die Sie hier führen, zu bedienen, das bringt in der Sache auch nichts,

(Eckhardt Rehberg, CDU: Hm!)

denn Sachsen und Sachsen-Anhalt haben dieses Schlusslicht im vorigen Jahr nur durch Hochwasser-ABM und -SAM an uns abgegeben.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der CDU – Beifall Angelika Gramkow, PDS –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Das zeigt, wie dicht diese Länder arbeitsmarktstatistisch beieinander liegen und welche Rolle 1.000 öffentlich geförderte Stellen oder 5.000 öffentlich geförderte Stellen haben.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Was kosten
die 5.000? 75 Millionen Euro.)

Interessant ist dabei auch, dass Sachsen unbestritten eine andere Arbeits- und Wirtschaftspolitik betrieben hat. Dort wurde alles in die Wirtschaftsförderung gesteckt,

(Eckhardt Rehberg, CDU:
Nein, 100 Millionen Euro.)

meine Herren und Damen von der CDU, und es wurden alle Formen von Niedriglohnmodellen genutzt – aber ohne Erfolg.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Wir können diesem Antrag hier zustimmen oder auch nicht, das wird an der Situation nichts ändern.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Am Ende Ihrer Begründung zum Antrag kommen Sie aber zu dem erst einmal richtigen Schluss, dass wir den Dialog über Initiativen des Landes führen müssen. Diesem Gedanken stimme ich zu. Lassen Sie uns damit am besten gleich beginnen und die Zeit nicht mit einer möglichen Berichterstattung im nächsten Plenum vergeuden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Strenz für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Karin Strenz, CDU: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Man braucht an dieser Stelle schon eine Menge schwarzen Humor, um das überhaupt auszuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Das ist
ein CDU-Antrag oder wie?!)

Um zur Zusammenarbeit und um über substantielle Angelegenheiten zu reden, Herr Kollege Mohr, lässt sich nur sagen – das wissen Sie nicht und das habe ich mir auch nur sagen lassen –, in der dritten Legislatur sind 85 Prozent der Anträge abgelehnt worden, die von der CDU kamen.

(Angelika Gramkow, PDS: Sie dürfen aber
Qualität und Quantität nicht verwechseln. –
Dr. Gerhard Bartels, PDS: Davor 100 Prozent
Anträge von der PDS, Frau Kollegin! Sie haben
überhaupt keinen Grund, sich aufzuregen.)

Und wenn Sie der Meinung sind, dass es keine Vorschläge gibt, dann haben Sie nicht besonders gut aufgepasst. Eckhardt Rehberg, der Fraktionschef der CDU, hat dem Ministerpräsidenten unser Oppositionspapier herübergereicht. Er hat es freundlich entgegengenommen, wahrscheinlich aber noch nicht gelesen.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Wir werden anregen, dass es kopiert wird, um es auch Ihnen dann zuzuleiten.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Klaus Mohr, SPD: Wir sind hier im Landtag,
Frau Strenz. Wir sind hier im Landtag.)

Kommen wir zurück zu der eigentlichen eklatanten Lage, nämlich der Lage am Arbeitsmarkt. Der Tag, an dem die aktuellen Arbeitsmarktzahlen beziehungsweise Arbeitslosenzahlen verkündet wurden, war ein schwarzer Tag für Mecklenburg-Vorpommern und es war ein schwarzer Tag für die Arbeit suchenden Menschen hier in diesem Land. Es ist die höchste Arbeitslosenquote seit der Wende und dem Bestehen von Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Es nützt überhaupt nichts, dies zu bedauern, es gar zu verstehen oder sich dann auch noch fadenscheinig zu verbünden mit denen, die unter einer handlungsunfähigen Regierung Tag für Tag leiden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja,
dazu sind Sie ja auch nicht fähig.)

Über 200.000 arbeitslose Frauen und Männer in Mecklenburg-Vorpommern haben nämlich ein Recht auf eine reale Chance, hier wieder Fuß zu fassen. Und dafür brauchen sie die Hoffnung und die Aussicht auf eine langfristige Beschäftigung. Vertröstungen nützen dort überhaupt nichts und sind mittlerweile auch unglaublich geworden.

(Angelika Gramkow, PDS: Ich weine gleich.)

Besonders betroffen sind die Bauberufe sowie die Metall- und Elektrobranche, die schon mit ihrer letzten Demonstration hier vor dem Schloss deutliche Forderungen gestellt haben. Gut ein Drittel der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose – schlicht eine tragische Bilanz.

Vergangene Woche ist ein Aufschrei durch dieses Land gegangen und auch zu Recht, denn wirklich überrascht hat das doch hier eigentlich niemanden mehr, die Misere müsste doch jeder kennen. Wie kann man sie denn nur schönreden?!

Meine Damen und Herren, mit Roman Herzog könnte man sagen: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen.“ Der Kanzler wird in ein paar Tagen die „Ruck-Rede“ halten. Ich bin der Meinung, durch Mecklenburg Vorpommern reicht ein Ruck nicht mehr, da muss eher ein Beben her.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS –
Volker Schlotmann, SPD: Das Beben
war 1998. Das Ergebnis war – CDU weg!)

Für die strukturellen Probleme in Deutschland und damit auch in Mecklenburg-Vorpommern sind neben anderen Faktoren das überregulierte Arbeitsrecht und der unflexible Arbeitsmarkt verantwortlich. Die Bundes- sowie die Landesregierung tun sich äußerst schwer, die Kraft und vor allem den Mut für diese Reformen aufzubringen. Sie trauen sich vor lauter Angst und Erstarrung überhaupt nicht aus der Deckung. „Jetzt wird ernst gemacht“, wird immer wieder verkündet, nur umgesetzt wird nichts und dieser Zustand ist unerträglich.

Erinnern wir uns, wie die Situation war in diesem Winter: wirtschaftliche Stagnation, bundesweit Millionen von Arbeitslosen, ständig steigende Abgabenlasten, Bürokratie und Ineffizienz – das Ergebnis von Rot und Grün. Die Antwort à la SPD und PDS für unser Land kann dann doch nicht mehr heißen „Weiter so!“. Was für ein Hohn, wer das hier weiter praktiziert und ausspricht.

(Gerd Walther, PDS: Das haben wir auch gar
nicht gemacht. – Angelika Gramkow, PDS:
Sie haben hier gar nicht zugehört! –
Heinz Müller, SPD: Warum nutzen
Sie denn Ihre Fähigkeiten nicht?)

Es lässt sich schlicht konstatieren – ich kann sehr gut hören, Frau Gramkow –:

(Angelika Gramkow, PDS: Dann
hätten Sie das eben nicht gesagt.)

Rot-Grün und Sie, meine Damen und Herren von der SPD und PDS, sind am Ende, bevor Sie Ihre zweite Amtszeit überhaupt erst richtig begonnen haben!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Durchbruch der ...

(Heiterkeit bei Dr. Gerhard Bartels, PDS: Da
ist der Wunsch die Mutter des Gedankens.)

Ja, das tut weh, ja, das kann ich mir vorstellen.

Der Durchbruch der magischen Grenze von 200.000 Arbeitslosen ist für Sie, Herr Minister Holter, eine Bankrott-erklärung Ihrer Arbeitsmarktpolitik hier im Lande.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Mit Verlaub lassen Sie mich das sagen: Im Volk, wenn man es denn hört – Sie haben ja nun auch mal unter ihnen gestanden kurze Zeit –, sind Sie schon lange nicht mehr der Arbeitsminister, sondern der Arbeitslosenminister. Das muss man an der Stelle mal sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Erschütternd ist vor allem die Zahl der über 25.000 Jugendarbeitslosen. Noch nie war die Zahl der Erwerbslosen unter 25 Jahren so hoch wie zu Beginn dieses Jahres.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie
haben ein weißes Hemdchen an.)

Hinzu kommt das gebrochene Ausbildungsplatzversprechen. Am 31. Dezember letzten Jahres waren noch 1.014 Ausbildungswillige auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Und noch nie haben so viele Jugendliche nach einer dreieinhalbjährigen Ausbildung ohne Arbeitsplatz, ohne Perspektive dagestanden und sind sofort von der Hoffnung auf eine Zukunft in die bodenlose Hoffnungslosigkeit gefallen.

(Gerd Walther, PDS: Ja, das ist Kapitalismus.)

Wenn diese Jugendlichen das Land verlassen, ist es sicher, dass sie für unsere Zukunft verloren gegangen sind. Hier begreift anscheinend noch nicht jeder, dass man ohne Jugend keinen „Staat“ machen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Um bei Ihren Ausführungen, verehrter Herr Kollege Mohr, noch mal ein bisschen nachzuhaken, Sie haben ja bei all Ihren Bezifferungen jegliches Verhältnis außer Kraft gesetzt. Sie sprachen nicht von Abwanderung, nicht von veränderten Bevölkerungszahlen. Das kommt Ihnen dann überhaupt nicht recht. Und dann lässt sich das auch alles gerne mal ein bisschen verkehrt darstellen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

70.000 Pendler gehen ihrer Arbeit in westdeutschen Bundesländern nach, 70.000 Pendler reisen täglich in westdeutsche Bundesländer, um überhaupt arbeiten zu können. Ein Glücksumstand, meinen Sie, und dennoch jede Menge Wermutstropfen, denn sie verlassen ihre Heimat, ihre Familien nicht gewollt, sondern aus der Not heraus. Gar nicht auszudenken, wie die Statistik aussähe, wenn diese Frauen und Männer die täglichen Strapazen der ungewollten Mobilität nicht mehr auf sich nehmen würden oder vielmehr nicht aufnehmen könnten und Mecklenburg-Vorpommern früher oder später den Rücken kehren, und das mit ihrer gesamten Familie. Es ist ein Aderlass, der überhaupt nicht mehr zu dulden ist.

Wenn diese Entwicklung so weitergeht, wird unser wunderschönes Mecklenburg-Vorpommern am Ende ein Land für betreutes Wohnen mit Naturparkanschluss. Und ich frage Sie: Wer will das? Es ist fünf vor zwölf und endlich an der Zeit, den pressewirksamen und vollmundigen Ankündigungen endlich auch Taten folgen zu lassen. Es liegt in Ihrer Hand und es ist an der Zeit, sozusagen überfällig, eine radikale Umkehr in der Finanz-, Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik einzuleiten. Und Impulse alleine reichen da nicht. Wir wollen Taten sehen, Sie sind in der Pflicht. Gleichzeitig ist das Gebot der Stunde gegeben, den Abbau der Bürokratie im Arbeitsrecht und die Schaffung von Leistungsanreizen voranzutreiben.

Meine Damen und Herren, Sie sind hier, weil die Bürgerinnen und Bürger Ihnen vertraut hatten, und Sie haben dieses Vertrauen grob missbraucht. Also besinnen Sie sich endlich darauf zu handeln, statt nur zu reden, um Ihrem verfassungsmäßigen Auftrag endlich gerecht zu werden! Wenn Sie sich dazu nicht in der Lage sehen, zugetraut wird es Ihnen ohnehin nicht mehr von vielen, dann geben Sie dies einfach zu! Rot-Grün und Rot-Rot haben bis heute keine echten Reformen durchgeführt und das können und wollen sie auch nicht, weil sie auf ihren eigenen Besitzständen hocken.

(Volker Schlotmann, SPD: Ah ja! –
Gabriele Schulz, PDS: Oh,
Sie müssen es ja wissen.)

Sie schieben alle Verfehlungen ausschließlich auf die Bundespolitik.

(Klaus Mohr, SPD: Wo sind die Konzepte?)

Sie schieben alle Verfehlungen auf die Bundespolitik und da fragen wir uns letzten Endes, wie stark Ihr eigener Einfluss auf eben diese denn noch ist. Wahrscheinlich sehr gering.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, größer als der Ihre. – Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD, und Dr. Margret Seemann, SPD)

Lassen Sie sich mal fragen, was für ein fantastisches Arbeitnehmerrecht es ist, in dem durch einen falschen Kündigungsschutz Arbeitsplätze buchstäblich vor die Hunde gehen.

(Volker Schlotmann, SPD: Ah ja!)

Kanzler Schröder muss am 14. März einen Masterplan vorlegen, weil die Stimmung schlecht ist. Doch tatsächlich ist die Lage noch sehr viel schlechter, als hier mancher zugeben möchte.

(Volker Schlotmann, SPD: Aber nicht so schlimm, wie die CDU sie gerne hätte.)

Wir sind gespannt, was nach den Ankündigungen denn nun tatsächlich folgt. Viel Hoffnung habe ich persönlich nicht.

(Volker Schlotmann, SPD: Weitere drei Jahre Opposition für die CDU.)

Nach dem endgültigen Scheitern des Bündnisses für Arbeit sind Regierungen mehr denn je zum Handeln aufgefordert. Das Letzte, was wir brauchen, sind weitere Debattierklubs. Jeder mehr ist einer zu viel. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Lage ist auch eine grundlegende Wende in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik vonnöten.

Meine Damen und Herren, wir, die CDU-Fraktion, lassen Sie nicht aus der Verantwortung heraus. Die Union ist sich ihrer Verantwortung bewusst und unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch.

(Jörg Heydorn, SPD: Seit wann? – Jochen Schulte, SPD: Wo denn?)

Und reden wir doch nicht drum herum, es ist an der Zeit für eine echte Reform des Arbeitsrechtes, insbesondere für die Einführung betrieblicher Bündnisse für Arbeit und eines Optionsmodells im Kündigungsschutz. Wir stehen für das ersatzlose Zurückziehen des Steuervergünstigungsabbaugesetzes, denn Steuern sowie Schulden dürfen auf gar keinen Fall erhöht werden.

(Harry Glawe, CDU: Arbeit her!)

Wir stehen für die Ausgabenbegrenzung in den Sozialhaushalten, denn es kann nicht sein, dass Arbeitsfähige aus der Kombination von Sozialtransfer und Schwarzarbeit ein höheres Nettoeinkommen erzielen als andere durch reguläre Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Unsere Überzeugung ist: Keine Sozialhilfe ohne Gegenleistung für die, die etwas leisten können, aber dafür auch eine zielgenaue Hilfe für diejenigen, die wirklich hilfebedürftig sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Es muss möglich sein und es ist Ihre Pflicht, den Menschen die Angst zu nehmen, ins Bodenlose zu fallen, und gleichzeitig Anreize zu geben, sich auf Neues auch einzulassen. Vor allem sind Sie dafür verantwortlich, den Menschen eine Möglichkeit zu geben, Beschäftigung überhaupt aufnehmen zu können. Der Wähler hat Ihnen Regierungsverantwortung übertragen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ärgert Sie. Das wissen wir ja nun.)

Nun nutzen Sie diese auch und setzen sich doch ein für das Ostmodul oder, wie Sie sagen, eine Sonderregelungsregion Ost auf Bundesebene mit konstruktivem Gegendruck, was immer das auch heißen soll, Herr Minister Holter! Fordern Sie das versprochene Infrastrukturprogramm Ost ein, das ist Ihre Verpflichtung!

(Beifall Eckhardt Rehberg, CDU: Richtig.)

Sie können nicht ernsthaft alle Schuldzuweisungen in Richtung Bund schieben, als wäre die rapide Streichpolitik der einzige Grund für die Misere in diesem Land.

Die Presse hat ja nun auch schon berichtet – beschämenderweise muss man es aus der Presse erst erfahren –, dass die so genannte Landesgruppe Hartz, die Adresse hier in Mecklenburg-Vorpommern, so habe ich es noch im Ohr, gar nicht mehr existiert und ihre Hoffnungen aufgegeben hat.

(Volker Schlotmann, SPD: Ich weiß ja nicht, was Sie lesen, aber Sie lesen verkehrt.)

Also, Herr Minister Holter, hören Sie doch auf mit den unglaublichen Presseankündigungen zum großen Wurf, vor allen Dingen hören Sie auf mit dem Gejammer, fangen Sie an zu arbeiten und klären Sie uns auf!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Dr. Gerhard Bartels, PDS: Dass die CDU Aufklärung braucht, das glaube ich Ihnen! – Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD, und Dr. Gerhard Bartels, PDS – Volker Schlotmann, SPD: Vom Jammern haben Sie mehr Ahnung, das stimmt! – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Dass Ihnen das Lachen noch nicht vergangen ist, wundert mich doch wirklich sehr.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Volker Schlotmann, SPD: Ihre eigenen Kollegen wollen sich hier beschweren! – Heinz Müller, SPD: Junge, Junge! – Harry Glawe, CDU: Er hat doch immer die Plakate getragen „Arbeit her!“. Was wird denn nun?)

Die schnelle Vermittlung – und dies ist ja der Kernsatz von Hartz – hätte in Mecklenburg-Vorpommern durchaus klitzekleine Früchte tragen können,

(Harry Glawe, CDU: Schwarz auf weiß.)

vorausgesetzt, die Regierung hätte in der letzten Wahlperiode entsprechende Weichen gestellt, doch sie hat sie verpasst,

(Heinz Müller, SPD: Wer hat Ihnen den Mist aufgeschrieben? – Volker Schlotmann, SPD: Sie müssen ein bisschen fester hauen, dann werden Sie der zweite Herr Rehberg!)

sie hat sie verspielt, sie hat sie abgelehnt. Ich sage nur BMW, Airbus und Transrapid.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heike Polzin, SPD: Endlich!)

Ich lege den Finger in Ihre Wunde. Sie wollen es nicht hören.

(Volker Schlotmann, SPD: Wir sind begeistert.)

Ja, das freut mich. Aus Fehlern kann man lernen.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD:
Wir haben gedacht, Sie lernen dazu.)

Das sind Ihre Fehler.

(Volker Schlotmann, SPD: Wenn das der
Nachwuchs der CDU ist, um Gottes willen!)

Aus Fehlern kann man nur lernen, vorausgesetzt, Sie sind nicht beratungsresistent.

(Volker Schlotmann, SPD: Sie sind be-
ratungsunfähig! – Harry Glawe, CDU:
Ach, und Sie wollten alles besser machen!)

Einige resistente Kollegen sitzen vor mir, das habe ich schon gemerkt. Aber gut Ding will Weile haben.

Auf der PDS-Klausurtagung, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, hieß es doch so oft, wir brauchen, wir brauchen, wir brauchen.

(Regine Lück, PDS: Das ist ja
unter der Gürtellinie, Frau Strenz!)

Was soll das sein? Ein einsamer Ruf hinaus auf die Ostsee? Beschwörungsformel hinter verschlossenen Türen? Auch hier haben wir wieder nur gehört: Wir brauchen, wir brauchen. Von Ihnen kommt nichts!

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Ha, ha! –
Regine Lück, PDS: Aber von Ihnen!)

Vorschläge liegen auf dem Tisch, doch was will die Regierung in diesem Lande wirklich? Es erschließt sich nicht, und aus diesem Grund auch der Antrag.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten
der SPD und PDS – Volker Schlotmann, SPD:
Der Union erschließt sich nichts, das ist richtig.)

Meine Damen und Herren, die erschütternde Wahrheit und Situation ist folgende: Schlusslicht bei den Arbeitslosenzahlen ...

(Heinz Müller, SPD: Ihre Rede ist erschütternd! –
Volker Schlotmann, SPD: Zwerchfell kaputt!)

Könnten Sie den jungen charmanten Mann

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der CDU)
auffordern, etwas leiser zu schreien? Das stört.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der
SPD und PDS – Volker Schlotmann, SPD:
Leiser schreien geht nicht. –
Angelika Gramkow, PDS: Ich glaube nicht,
dass Sie den Präsidenten auffordern können.)

Die erschütternde Wahrheit und Situation ist folgende: Schlusslicht bei den Arbeitslosenzahlen zu sein – deutschlandweit – ist nicht mehr zu ertragen. Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hat hier in Mecklenburg-Vorpommern an erster Stelle zu stehen. Es ist schon bezeichnend, wenn Arbeitslose keinen anderen Ausweg sehen, um sich Gehör zu verschaffen,

(Volker Schlotmann, SPD:
Und sich an die CDU wenden.)

und sich auf den Weg machen vor die Staatskanzlei und gegen diesen unzumutbaren Zustand demonstrieren. Aber was mussten wir erleben? Es ist mehr als eine Peinlichkeit, sondern eine Verhöhnung der Erwerbslosen, wenn ausgerechnet Sie, Herr Arbeitsminister Holter, mit Ihrer Kollegin Gramkow von der PDS sich klammheimlich unter die Demonstranten mischen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Angelika Gramkow, PDS: Nee, ganz öffentlich! –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten
der PDS – Heinz Müller, SPD:
Frau Strenz, Karneval ist vorbei!)

die mit Verlaub darüber nicht sonderlich erfreut waren.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Beifall bei Abgeordneten der CDU –
Gabriele Schulz, PDS: Man darf nicht
nur die „BILD-Zeitung“ lesen! –
Zuruf von Heinz Müller, SPD)

Sogar Herr Schlotmann war verwundert über dieses Verhalten.

(Karsten Neumann, PDS: Sagen Sie mal,
wo waren Sie denn? – Heiterkeit bei
Abgeordneten der SPD und PDS –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Anstatt der Aufforderung nachzukommen, lieber in Berlin zu demonstrieren als vor der Staatskanzlei,

(Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

halte ich es für plausibler, sich mit ganzer Kraft den Problemen unseres Landes zu widmen, als sich weiter unter Demonstranten zu mischen.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und PDS –
Angelika Gramkow, PDS: Das lassen
Sie mal meine Sorge sein, Frau Strenz! –
Volker Schlotmann, SPD: So was machen wir
unter uns aus. Dafür brauchen wir euch noch
lange nicht! – Glocke des Vizepräsidenten)

Abgesehen davon, wer sieht es schon gerne, wenn ein PDS-Minister gegen die eigene Regierungskoalition, besser gegen den Koalitionspartner, demonstriert?!

(Harry Glawe, CDU: Er hat
gegen sich selbst demonstriert!)

Was haben Sie getan?

(Beifall Kerstin Fiedler, CDU –
Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Nöte der arbeitslosen Frauen und Männer ad absurdum geführt, eine politisch geschmacklose Figur gemacht

(Zuruf von Angelika Gramkow, PDS)

und schneller, als Sie es für möglich gehalten haben, Ihre Maske verloren.

(Beifall Renate Holznagel, CDU,
und Eckhardt Rehberg, CDU –
Volker Schlotmann, SPD: Wir sind genauso
weit wie vorhin. – Dr. Martina Bunge, PDS:
Wir sind der Einladung gefolgt. –
Karsten Neumann, PDS: Wo waren Sie denn?)

Ihr Verhalten ließe sich vergleichen. Man stelle sich vor, der Erzbischof von Köln würde auf einem Atheistenkongress zum Thema „Abschaffung der Kirchen im Lande“ ein begeistertes Grußwort halten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Seien Sie sich sicher: Der Pontifex hätte ihn unaufgefordert und umgehend exkommuniziert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Warum in diesem Lande eine so peinliche und menschenverachtende Art und Weise im Umgang nicht geahndet wird, erschließt sich mir wortlos.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU –
Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Dennoch, Herr Minister, muss ich Sie fragen: Glauben Sie nicht, dass der Stuhl, auf dem Sie sitzen, längst zu groß geworden ist? Wenn Sie schon keine Konsequenzen ziehen, beweisen Sie, wie ernst es Ihnen mit der momentanen Situation auf unserem Arbeitsmarkt ist, und nehmen Sie Stellung nicht nur zur Lage, sondern dazu, welche Initiativen zur Bekämpfung der Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit umgehend zum Tragen kommen sollen!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie gedenken Sie zu handeln? Was ist an Ihrem Strukturentwicklungsprogramm nun flexibel, intelligent und vor allen Dingen innovativ? Wo bleibt die Innovation im Sonderwirtschaftsgebiet Ost? Was verstehen Sie unter mutiger Deregulierung von Vorschriften? Welches sind aus Ihrer Sicht restriktive Gesetze, die befristet oder unbefristet außer Kraft gesetzt werden müssen? Fragen, die Sie uns jetzt beantworten können, hoffe ich. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Als Nächster hat das Wort der Arbeitsminister des Landes Herr Holter. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Helmut Holter: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Frau Strenz, Ihre Rede hat natürlich einen gewissen Unterhaltungswert,

(Zuruf von der CDU: Den
haben Sie aber nicht mehr.)

aber die Situation auf dem Arbeitsmarkt gebietet es nicht, in der Art und Weise hier darüber zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das will ich einfach einmal feststellen. Denn die Situation ist in der Tat – und da ist die Einschätzung aller Vorrednerinnen und Vorredner gleich – dramatisch, sogar katastrophal. Und nicht nur seit der Wende,

(Harry Glawe, CDU: Das haben
Sie längst schon getoppt.)

sondern seit 1945 hat es noch nie so viele Arbeitslose

(Harry Glawe, CDU: Das toppen Sie alles!)

in Mecklenburg-Vorpommern gegeben

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja!)

wie jetzt im Februar 2003,

(Harry Glawe, CDU: Ja, ja!)

eben die Zahl von 201.508.

(Lorenz Caffier, CDU: Wenn Sie
das jetzt mit '45 vergleichen!)

Aber, meine Damen und Herren, zur Wahrheit gehört auch, dass es in Brandenburg 272.000 Arbeitslose gibt,

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Harry Glawe, CDU: Ach, hören Sie doch auf! –
Eckhardt Rehberg, CDU: Ach, hören
Sie doch auf mit Brandenburg!)

in Sachsen 445.500 Arbeitslose ...

(Eckhardt Rehberg, CDU: Wir sind
hier in Mecklenburg-Vorpommern!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Meine Damen und Herren, ich darf doch bitte dafür ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD –
Zurufe von Heinz Müller, SPD, und
Volker Schlotmann, SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Geschäftsordnung dieses Hauses,

(Kerstin Fiedler, CDU: Jetzt haben
wir die Geschäftsordnung, auf einmal!)

und ich bitte, dem Redner hier die Möglichkeit zu geben, seine Rede auch zu reden.

(Eckhardt Rehberg, CDU: Das erwarten
wir für unsere Redner auch!)

Herr Rehberg, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Es waren nicht nur laute Äußerungen der Fraktion der SPD, es waren auch laute Äußerungen der Fraktion der CDU, die es kompliziert machten für eine Rednerin Ihrer Fraktion, hier vorne überhaupt zu reden. Deswegen habe ich das so toleriert.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Beifall Klaus Mohr, SPD – Heiterkeit bei
Eckhardt Rehberg, CDU: Sehr parteiisch!)

Minister Helmut Holter: Die Fakten sind so, wie ich sie berichtet habe, und ich meine, mit reiner Kirchturmpolitik, Herr Rehberg, werden wir nicht weiterkommen. Vier oder fünf Länder mit Rekordarbeitslosigkeit sind eben Ostländer. Und deswegen haben wir es nicht nur mit Problemen zu tun, die Mecklenburg-Vorpommern betreffen, sondern wir haben es mit Problemen zu tun, die ganz Deutschland und speziell die neuen Bundesländer betreffen. Und deswegen halte ich es für falsch – und darum will ich mich auch gar nicht beteiligen –, dass wir, wenn wir über die Lage am Arbeitsmarkt diskutieren, uns in gegenseitige Schuldzuweisungen verlieren und uns darauf beschränken.

(Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Bei einem können Sie sich sicher sein: Der Landesregierung ist die Dramatik, die katastrophale Dramatik am Arbeitsmarkt sehr wohl bewusst.

(Karin Strenz, CDU: Das reicht nicht. –
Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Und wir diskutieren nicht nur monatlich, sondern fast in jeder Kabinettsitzung über die Situation und auch über Maßnahmen, um aus dieser Situation herauszukommen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Furchtbar viel Geredet! Schön, dass Sie geredet haben!)

Wir haben natürlich alles unternommen, um die Situation am Arbeitsmarkt tatsächlich zu verbessern.

(Harry Glawe, CDU: Die ist jeden Monat schlechter geworden. – Zuruf von Lorenz Caffier, CDU)

Wenn man aber darüber spricht, was für Kräfte eine Landesregierung hat, dann muss man sich aber auch darüber informieren, wie es in der Welt und in Deutschland ganz konkret aussieht, um von der Einschätzung wegzukommen, dass die Situation tatsächlich hausgemacht sei.

Fakt ist eins: Die Bundesanstalt für Arbeit verzichtet 2003 auf den Bundeszuschuss. In Nürnberg sitzen Unternehmerverbände, Gewerkschaften und die öffentliche Hand mit am Tisch und entscheiden über diesen Bundeshaushalt. Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist dabei nicht vertreten. Dieser faktische Verzicht auf aktive Arbeitsmarktpolitik führt dazu, dass uns weniger Geld zur Verfügung steht. Hinzu kommt noch, dass der Verteilungsschlüssel zwischen Ost und West so verändert wurde, dass die ostdeutschen Länder benachteiligt wurden. Insgesamt fehlen uns für die aktive Arbeitsmarktpolitik 124 Millionen Euro in diesem Jahr im Vergleich zu 2002. Das ist mehr, als das gesamte Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm finanziell zur Verfügung hat.

Hinzu kommt, dass aus dem Topf für aktive Arbeitsmarktpolitik nicht nur Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, sondern auch Strukturanpassungsmaßnahmen und außerdem noch die Maßnahmen für die Personal-Service-Agentur zu finanzieren sind, also mit weniger Geld mehr Maßnahmen finanzieren, was natürlich Folgen haben muss auf die Anzahl der beschäftigungspolitisch erlassenen Maßnahmen am Arbeitsmarkt. Das heißt, im Ergebnis dieser Umsteuerung haben wir es mit den negativen Folgen zu tun, über die hier schon gesprochen wurde.

Wie sieht es konkret aus? Bei den Qualifizierungsmaßnahmen im Vergleich zum Vorjahr minus 27,3 Prozent, Platz 1 aller deutschen Länder. In Sachsen fiel der Rückgang mit 7,5 Prozent wesentlich moderater aus. Bei den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist ein Rückgang um 35,1 Prozent zu verzeichnen, auch hier Platz 1.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Sachsen hat einen Rückgang von 9,8 Prozent. Bei den Strukturanpassungsmaßnahmen gibt es einen Rückgang um 22,3 Prozent. Auch hier haben wir eine vordere Position. Leider ist es so, dass die Langzeitarbeitslosigkeit zunimmt. Im Vergleich zum Vorjahresmonat sind es 20,2 Prozent mehr. 67.740 Personen in Langzeitarbeitslosigkeit sind bedenklich genug.

(Harry Glawe, CDU: Gab es noch nie! Gab es noch nie in Mecklenburg-Vorpommern!)

Jetzt kommen wir zu einer Debatte, die wir hier schon geführt haben, die ich in der Arbeitsministerkonferenz und auch im Bundesrat geführt habe. Das Job-AQTIV-Gesetz sieht eine dreijährige Wartefrist vor. Damit wird Langzeitarbeitslosigkeit provoziert und herausgefordert. Und wenn ich jetzt höre, dass der Bezug von Arbeitslosengeld auf

eine Zeit von 12 bis 18 Monaten begrenzt werden soll, dann möchte ich hier in diesem Raum die Frage stellen, wie denn das soziale Gefüge in der Bundesrepublik und ganz konkret auch in Mecklenburg-Vorpommern zukünftig aussehen soll. Deswegen ist es umso mehr notwendig, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Harry Glawe, CDU, und Eckhardt Rehberg, CDU)

Ich habe schon Signale von Herrn Schlotmann gehört, dass die Fraktionsvorsitzenden der SPD sehr wohl gesagt haben, dass hier eine Korrektur notwendig ist. Ich erwarte also hier ganz konkrete Maßnahmen,

(Karin Strenz, CDU: Welche?)

dass dieses Job-AQTIV-Gesetz tatsächlich mal verändert wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS – Harry Glawe, CDU: Der Bundesrat hat dazu einen Beschluss gefasst! – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das sind Dinge, die auf Bundesebene tatsächlich notwendig sind.

(Harry Glawe, CDU: Der Landtag hat Sie aufgefordert zu handeln!)

Ich handele, ich handele! Monatlich handele ich in allen ...

(Harry Glawe, CDU: Dazu haben wir einen Beschluss gefasst! – Dr. Ulrich Born, CDU: Sie sind aufgefordert worden zum Handeln!)

Ja, Herr Glawe, begleiten Sie mich, kommen Sie mit, dann werden Sie erleben, wie wir auf Bundesebene über diese Fragen diskutieren!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU – Heiterkeit bei Eckhardt Rehberg, CDU – Dr. Ulrich Born, CDU: Herr Minister, Sie sind doch Mitglied der Landesregierung. Das können Sie doch auch im Kabinett behandeln!)

Das behandeln wir auch im Kabinett, Herr Born, da können Sie sicher sein.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS)

Das Jugendsofortprogramm – Frau Strenz und die anderen Kolleginnen und Kollegen haben die Jugendarbeitslosigkeit angesprochen – wurde im Vergleich zum vergangenen Jahr derart gekürzt, dass jetzt nur noch 59,1 Prozent der Teilnehmer, die im vergangenen Jahr in diesen Maßnahmen waren, hier tätig sind. Wir haben gegengesteuert.

Und nun möchte ich Sie wirklich mal fragen, Frau Strenz, auch wenn Sie in der vergangenen Legislaturperiode nicht dabei waren: Was wäre denn gewesen, wenn wir als Landesregierung, wenn ich als Arbeitsminister mit dem Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm nicht rechtzeitig auf die zu erkennende Situation reagiert hätte? Dieses Programm – Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm – steht in Mecklenburg-Vorpommern nach meiner und sicherlich auch nach Ihrer Kenntnis nicht unter Kritik,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

sondern erfährt eine breite Unterstützung in den vielen Maßnahmen, die Kollegin Lück hier dokumentiert hat. Das betrifft auch die Maßnahmen des Programmes „Jugend, Arbeit, Zukunft“.

Sicherlich sind das Maßnahmen, die nicht das kompensieren können, was auf Bundesebene zusammengestrichen wurde. Wenn aber über Jugendbetriebe 30 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen wurden, wenn über das Programm DUO 70 Prozent der Teilnehmer tatsächlich vermittelt wurden, werden wir nach der Jugendbauhütte in Wismar jetzt unter der Leitung des Oberbürgermeisters Herrn Lastovka in Stralsund die nächste Jugendbauhütte aufbauen lassen.

(Harry Glawe, CDU: Das reicht doch punktuell nicht aus, um Entlastung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen!)

Wenn über das Programm „Enterprise“ 13 Jungunternehmer unterstützt werden und damit Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn über dieses Programm 4.500 Schülerinnen und Schüler an dem Programm Berufsfrühorientierung teilgenommen haben, dann sind das Zahlen, die für diesen Teil „Jugend, Arbeit, Zukunft“ tatsächlichen stehen. Und nicht sie alleine stehen dafür. Da gibt es noch viel, viel mehr.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Nun hat niemand dazu aufgerufen, aber ich will etwas dazu sagen: Auch die Kontaktagentur „mv4you“ steht für sich und ich halte es nach wie vor für richtig. Es gibt da eine kontroverse Debatte, aber es gibt viel Unterstützung dafür, um mit denen, die heute aus bekannten Gründen gehen, Kontakt zu halten und sie zu motivieren, auch wieder nach Mecklenburg-Vorpommern zurückzukommen. Es ist uns gelungen, über diese Agentur Fachkräfte nach Mecklenburg-Vorpommern zurückzuholen.

(Harry Glawe, CDU: Sehen Sie das mal im Verhältnis zwischen Abwanderern und Rückkehrern, Herr Minister!)

und überhaupt erst einmal zu holen, die hier tätig werden.

Wir sind der Auffassung, dass es darum geht, Strukturen zu verändern. Das ist wahr. Und deswegen brauchen wir keine Schuldzuweisungen, sondern wir brauchen eine strategische Allianz aller Akteure, um aus dieser Situation herauszukommen.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Ich werde die Denkwerkstatt wieder einberufen. Wir haben sehr wohl darüber gesprochen, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU:
Da sind wir aber gespannt.)

Ja, Herr Jäger, wir haben sehr wohl darüber gesprochen, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Über die Anwaltshonore, ja?! – Heiterkeit bei Kerstin Fiedler, CDU)

Wir haben sehr wohl darüber gesprochen, wie es in einzelnen Regionen Europas aussieht, und haben untersucht, wie einzelne Regionen aus schwierigen und Krisensituationen herausgekommen sind. Ein Rezept heißt: Es bildeten sich regionale strategische Allianzen,

(Dr. Armin Jäger, CDU, und
Eckhardt Rehberg, CDU: Aha!)

die die Einzelinteressen ihrer Verbände und Parteien hintangestellt haben, das Problem bestimmt haben

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und gemeinsam nach der Lösung der Probleme gesucht haben.

(Beifall Karsten Neumann, PDS –
Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Und das zeichnet zumindest die rot-rote Koalition aus, dass wir gemeinsam nach Lösungen suchen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was kam denn raus? Was kam denn raus?)

Ihr Part dabei ist etwas schmähsch. Ich erwarte eigentlich, dass Sie konkrete Vorschläge machen. Das ist ein Appell, der schon in den letzten vier Jahren nicht zum Ziel geführt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Schön gedacht! –
Karsten Neumann, PDS: Das hatten wir alles.)

Deswegen bin ich froh darüber, dass es eine Neuaufgabe des Bündnisses für Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern geben wird. Und ich bin mir sicher, dass es ein Stück mehr Qualität bringen wird als in den vergangenen vier Jahren, um genau diese Problemlösung anzubieten.

(Harry Glawe, CDU: Dann sollten Sie mal anfangen!)

Zumindest habe ich das so verstanden, dass alle Beteiligten aus der Wirtschaft, von den Gewerkschaften und aus der Politik sich hier einig sind.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Also wird das besser als bei Gerhard Schröder?)

Den Vergleich will ich gar nicht scheuen, sondern wir reden ja in dem Falle über das Bündnis für Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Und hier sind wir uns einig mit den Beteiligten aus der Wirtschaft, den Wirtschaftsverbänden, der IHK, der Vereinigung der Unternehmensverbände und den Gewerkschaften, dass wir gemeinsam an der Problemlösung arbeiten und in dem Sinne tatsächlich diese Allianz aufbauen wollen.

(Harry Glawe, CDU: Dann fangen wir mal bei den Lehrstellen an und gucken, was da rauskommt!)

Hier geht es auch – und Frau Strenz hat es angesprochen – um Fragen, die Ostdeutschland betreffen, welche spezifischen Lösungen hier notwendig sind. Denn spezifische Probleme erfordern spezifische Lösungen, so, wie individuelle Probleme auch individuelle Lösungen erfordern. Und deswegen, meine ich – und Sie haben Vorschläge von mir hier zitiert –, wir sind in dieser Kommission. Die Presse ist da nicht gut informiert. Die Kommission gibt es, sie wird arbeiten. Wir werden genau über diese Vorschläge diskutieren, um deutlich zu machen, welche spezifischen Ansätze und Lösungen für Ostdeutschland notwendig sind. Und dazu, Herr Timm, gehört auch Deregulierung. Sie können gewiss sein, dass im Bauministerium an Deregulierungsvorschlägen gearbeitet wird. Die werden einfließen in das Programm der Landesregierung zum Abbau von Investitionshemmnissen in Mecklenburg-Vorpommern.

Ihr Problem, meine Damen und Herren von der CDU, ist, dass Sie eine Kirchturmpolitik betreiben.

(Harry Glawe, CDU: Ach wir?!)

Ja, ja, natürlich, natürlich.

(Harry Glawe, CDU: Das machen Sie doch!)

Ich war in Sachsen, das ist ja bekannt,

(Harry Glawe, CDU: Jaja!)

und habe dort im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit mit der zuständigen Staatssekretärin gesprochen. Der Wirtschaftsminister war leider verhindert. Und sie ist sehr wohl zu der Einschätzung gekommen, dass die aktuelle Lage am Arbeitsmarkt ein gemeinsames Problem der ostdeutschen Länder ist und eben nicht hausgemacht. Und deswegen bedarf es hier nicht nur konkreter Anstrengungen in einem Land, sondern übergreifender Anstrengungen, die den Osten insgesamt voranbringen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Das, glaube ich, ist ein Ansatz, der hier notwendig ist, und deswegen bin ich sehr froh, dass es die Debatte über Sonderregeln gibt. Lassen Sie uns doch einmal darüber sprechen, welche ...

(Harry Glawe, CDU: Sie haben die höchste Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern zu verantworten seit der Wende, Herr Holter!)

Sie sind sehr schlecht zu verstehen, Herr Glawe, wenn Sie gegen mich sprechen. Warten Sie, bis ich ausgesprochen habe, dann kann man einen Dialog führen.

(Harry Glawe, CDU: Als Beschäftigungsminister!)

Dialog heißt, man hört sich zu und antwortet dann.

(Harry Glawe, CDU: Es ist teilweise unerträglich zuzuhören.)

Man spricht nicht gegen.

(Dr. Ulrich Born, CDU: Er hat gerade gesagt, dass Sie die höchste Arbeitslosigkeit in einem ostdeutschen Bundesland zu verantworten haben.)

Danke, danke für die Übersetzung. Es ist sehr nett, dass Sie so klar und deutlich sprechen, Herr Born.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Karsten Neumann, PDS)

Es ist eine bekannte Tatsache, dass die höchste Arbeitslosigkeit in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen ist.

Ich meine, wenn es darum geht, über solche Sonderregelungen Ost zu sprechen, geht es in der Tat darum, auch das aufzugreifen, was der Präsident der Vereinigung der Unternehmensverbände diskutiert, und zwar Öffnungsklauseln, die dazu gehören. Ich werde, ich habe das schon angedeutet, eine Denkwerkstatt, eine Sonderdenkwerkstatt für den ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Ich weiß gar nicht, warum Sie immer lachen, wenn es um ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU: Das wird ja immer interessanter!)

Ich habe schon festgestellt, wenn es um eine ernsthafte Debatte geht, dann flüchten Sie sich sehr schnell in eine humoristische Aussage

(Beifall Karsten Neumann, PDS – Harry Glawe, CDU: Ja, ja, ja!)

und lachen darüber, weil Sie gar nicht an ernsthaften Debatten, meine Damen und Herren, über die Lösung der Probleme in Mecklenburg-Vorpommern im Osten interessiert sind.

(Lorenz Caffier, CDU: Und Sie sind der Oberlehrer, oder was?!)

Ihnen geht es um Klamauk und Populismus und sonst was, nur nicht um eine ernsthafte Diskussion dessen, was hier zu tun ist.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS und einzelnen Abgeordneten der SPD – Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Deswegen, meine Damen und Herren, ist die Diskussion über die Lage am Arbeitsmarkt hier in diesem Parlament notwendig und richtig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na prima!)

Aber ich meine, sie ist dann richtig, wenn wir die gesellschaftlichen Probleme, die wir haben, auch tatsächlich einer gesellschaftlichen Lösung zuführen. Das vermisste ich in Ihren Aussagen und auch in Ihren Ansätzen.

(Harry Glawe, CDU: Wer trägt denn nach der Wahl die Verantwortung? – Dr. Armin Jäger, CDU: Wo ist denn Ihr Ansatz?)

Deswegen: Wenn die Flutkatastrophe in Sachsen und Sachsen-Anhalt die nationale Herausforderung war, meine ich, ist jetzt die Arbeitslosigkeit mit 4,7 Millionen Arbeitslosen in Deutschland die Herausforderung. Das bedarf Sonderregelungen. Wir dürfen gespannt sein, was der Kanzler am Freitag verkünden wird.

(Zuruf von Karin Strenz, CDU)

Ich meine, es ist notwendig, dass er den Mut haben sollte zur sozialen Erneuerung. Ich erwarte aber auch, dass er dort ansetzt, wo die Probleme am größten sind, nämlich im Osten.

(Karin Strenz, CDU: Nee, in Mecklenburg-Vorpommern ist sie am größten!)

Und dann werden wir sehen, was am Freitag herauskommt.

Trotzdem, bin ich der Meinung, können wir uns nicht aus der Verantwortung stehlen. Das tue ich nicht, Frau Strenz.

(Karin Strenz, CDU: Wo waren Sie denn, als die Handwerker unten demonstriert haben? – Zurufe von Lorenz Caffier, CDU, und Dr. Armin Jäger, CDU)

Wo waren Sie denn, als die Arbeitslosen demonstriert haben?

(Beifall bei Abgeordneten der PDS – Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Ich habe gestern Abend ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Frau Strenz, die Fraktion hat gestern Abend einen Parlamentarischen Abend mit den Handwerkern aus Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt.

(Beifall Peter Ritter, PDS)

Zwei Stunden lang

(Regine Lück, PDS: Drei.)

habe ich mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Handwerk diskutiert und wir haben auch Lösungsansätze gefunden.

(Karin Strenz, CDU: Na, da bin ich gespannt! –
Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Das ist ein konstruktiver Dialog im Gegensatz zu dem, was Sie hier tatsächlich von sich geben. – Schönen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS –
Zuruf von Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herr Rehberg von der Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Rehberg.

Eckhardt Rehberg, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Hier wird eine Sonderwerkstatt einberufen,

(Lorenz Caffier, CDU: Sonderdenkwerkstatt!)

um zu reden, zu diskutieren, um Lösungsansätze zu suchen. Herr Holter, Sie sind gemeinsam mit der Landesregierung in der Verantwortung, etwas zu tun, zu handeln.

(Minister Helmut Holter: Wir handeln.)

Das heißt Regierungsverantwortung und nicht Regierungsreden, Regierungsdiskutieren und den einzigen Ausweg darin suchen, eine Sonderdenkwerkstatt durchzuführen.

(Regine Lück, PDS: Dann machen
Sie konkrete Vorschläge!)

Die Vorschläge liegen auf dem Tisch.

(Angelika Gramkow, PDS: Ja wo denn?)

Wie positionieren Sie sich zu der Bundesratsinitiative, angeschoben vom sächsischen Staatsminister für Wirtschaft und Arbeit gemeinsam mit Thüringen und Sachsen-Anhalt, Sonderregelungen für Gebiete insgesamt in Deutschland zu finden, deren Arbeitslosigkeit um 50 Prozent über dem Durchschnitt liegt? Hier können Sie sich positionieren, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Landesregierung!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wie ernst nehmen Sie es, dafür zu sorgen, dass die Bauwirtschaft nicht noch weiter in Grund und Boden geritten wird? Am 14. März, am Freitag, erwarten wir nicht nur eine Rede von Herrn Schröder, sondern auch das so genannte Steuervergünstigungsabbaugesetz mit 48 Steuererhöhungen steht im Bundesrat an. Wie stellen Sie sich zum Thema Eigenheimzulage?

(Gesine Skrzepski, CDU: Tja!)

Ich kann doch nicht nur auf der einen Seite Ja sagen zu einem 7,5 Milliarden Euro teuren Kreditprogramm der Kre-

ditanstalt für Wiederaufbau. Was haben im Übrigen die Kommunen im Osten von den 7,5 Milliarden? Die brauchen Zuschüsse, die brauchen keine Kredite, die sind gar nicht mehr kreditfähig!

(Harry Glawe, CDU: So ist es!)

Da ist die Frage: Wie positionieren Sie sich, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und, Herr Kollege Mohr, wenn Sie Fragen stellen, Politik fängt nicht bei der Stunde null an. Zu Ihrer Zahlenstatistik. Beantworten Sie die Frage, wie viele Menschen seit dem Februar 1998 aus diesem Land weggegangen sind! Ich kann Ihnen die Zahl sagen: Fast 40.000 junge, hochqualifizierte Menschen sind weggegangen aus diesem Land. Ich kann Ihnen die Zahl der Pendler nennen, die ist allein im letzten Jahr um 7.100 gestiegen. Wir haben heute fast 70.000 Pendler. Zur Wahrheit, wenn ich die Zahlen realistisch betrachte, gehört das mit dazu.

Ich sage nur eins zum Arbeitsmarkt: Wenn Sie noch stolz darauf sind, dass in dieser dramatischen Art und Weise die Arbeitsmarktmittel insbesondere für die Generation der über 50-Jährigen nicht mehr zur Verfügung stehen, ich habe einen Brief des Bürgermeisters Ibold aus Tessin, wo er darauf aufmerksam macht, dass der, der drei Jahre Karenzzeit hat von Maßnahme zu Maßnahme, dann noch krank wird, dann auch drei Jahre Karenzzeit hat, nicht nur materielle Probleme hat, sondern in zunehmendem Maße auch psychische Probleme.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es!)

Und deswegen würde ich mir wünschen, dass deutlich gemacht wird, dass wir im Osten eine Generation der über 50-Jährigen haben, die wenig oder keine Chancen hat im ersten Arbeitsmarkt, dass für diese wirklich Arbeitsmarktpolitik Sozialpolitik ist und dass wir mit dem Unsinn aufhören, dass diese noch 20 Prozent Bildungsanteil haben müssen bei der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU –
Klaus Mohr, SPD: Das ist Beschlusslage.)

Übrigens, wir haben einen gemeinsamen Antrag zu diesem Thema verfasst, damit diese Regierung handelt, Herr Holter. Sie sollen handeln. Bringen Sie das doch einmal ein! Das Job-AQTIV-Gesetz muss gerade für die über 50-Jährigen an der einen oder anderen Stelle geändert werden.

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, ich habe das Gefühl, ich bin in diesen Tagen im politischen Tollhaus.

(Zuruf von Minister Helmut Holter)

Vor fünf Jahren novellieren Sie das Betriebsverfassungsgesetz – Thema Kündigungsschutz –, Schwellenwert heruntersetzen von 20 auf 5. Heute debattieren Sie darüber, diesen Schwellenwert aufzuweichen, egal in welcher Form. Das nächste Thema ist das 630-Mark-Gesetz. Vor fünf Jahren wurde es abgeschafft. Jetzt durch Druck der CDU – und Herr Mohr ist ja stolz darauf – Minijobs, 400 Euro,

(Klaus Mohr, SPD: Das habe ich nicht gesagt,
Herr Rehberg! Sie haben nicht zugehört,
Herr Rehberg! Sie zitieren mich falsch!)

degressive Sozialbeiträge zwischen 400 und 800 Euro – das wird gerade im Sommer bei uns Arbeit schaffen.

(Angelika Gramkow, PDS:
Wunderbar, Saisonarbeit!)

Jetzt gründen Sie die Ich-AG. Das ist jetzt das Allheilmittel in Deutschland,

(Zuruf von Regine Lück, PDS)

damit Menschen Ja sagen zur Selbständigkeit. Was haben Sie vor fünf Jahren gemacht? Das Scheinselbständigkeitsgesetz eingeführt. Das heißt, Sie haben es über Jahre fast unmöglich gemacht oder nur mit sehr viel bürokratischem Aufwand, sich selbständig zu machen. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und wenn Sie beklagen, dass die Kaufkraft in Deutschland gesunken ist, was haben Sie denn mit den 20 Milliarden Euro an Ökosteuer gemacht? Das sind über zwei Prozent Rentenbeitrag! Über zwei Prozent! Das heißt, Sie haben den Menschen in die Tasche gefasst,

(Torsten Koplin, PDS: Da war Ihre Hand noch drin, in der Tasche.)

insbesondere Studenten, Rentnern, Sozialhilfeempfängern, weil die keine Entlastung haben. Aber wo ist denn die Entlastung, Herr Mohr, bei den Rentenbeiträgen? Wir haben 19,5 und wir reden künftig von 19,9 Prozent.

(Harry Glawe, CDU: 18,7 waren versprochen!)

Und die Ökosteuer noch einmal, die müsste bei knapp 17 Prozent liegen, wenn ich voll die Kompensation mit einrechne. Was haben Sie 1998 gemacht? Den demographischen Faktor abgeschafft. Die Blüm'sche Rentenreform war nicht das Highlight. Aber wenn wir von Sperrmüll reden, die Politik der Jahre 1998/99 unter Rot-Grün, die hat Sperrmüll produziert, und das Ergebnis haben wir heute: 4,7 Millionen Arbeitslose – ich bin sofort fertig – und ein Wirtschaftswachstum, da kann ich nicht mehr von Wachstum reden, 0,2 Prozent ist Stillstand für mich.

Und noch einmal: Politik fängt nicht bei null an. Sie tragen in Schwerin die Verantwortung und Sie tragen in Berlin die Verantwortung. Wir sind zur Zusammenarbeit bereit, aber noch einmal: Viele substantielle Anträge, 85 Prozent, sind in den Jahren 1998 bis 2002 von Ihnen abgelehnt worden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Rehberg.

Weitere Wortmeldungen liegen mir im Moment nicht vor. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/263. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. –

(Gesine Skrzepski, CDU: Neue Impulse. Danke!)

Danke schön. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU bei Zustimmung der Fraktion der CDU, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und PDS und einer Stimmenthaltung der Fraktion der PDS abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 9:** Beratung des Antrages der Fraktionen der PDS und SPD – Erarbeitung von Leitlinien zur Integrationspolitik, Drucksache 4/259. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf der Drucksache 4/288 vor.

**Antrag der Fraktionen der PDS und SPD:
Erarbeitung von Leitlinien
zur Integrationspolitik
– Drucksache 4/259 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU
– Drucksache 4/288 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion der PDS. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht warten wir erst, bis die Völkerwanderung bei der CDU abgeschlossen ist.

„Die Tatsache, dass in Deutschland inzwischen viele ethnische Minderheiten leben, hat klare Konsequenzen: Das (sowieso längst überkommene) Ideal einer homogenen Gesellschaft ist ein für allemal passé. Es kann und darf auch nicht mehr als normativer Maßstab dienen. Genauer gesagt: Wenn wir uns offiziell als Einwanderungsgesellschaft definieren und Fremde als Mitbürger aufnehmen, müssen wir uns gemeinsam eine neue Normalität schaffen.“ Diese Sätze, meine sehr verehrten Damen und Herren, schrieb der Migrationsforscher Ulrich K. Preuß in der „Zeit“ vom 31.05.2001 und ich wählte sie, weil sie prägnant gesellschaftliche Veränderungen verdeutlichen, denen sich politisch bewusst und verantwortlich zu stellen unsere gemeinsame Verantwortung und Aufgabe sein muss.

Der Werdegang der Menschheit – und ich verweise dabei ausdrücklich auf die Geschichte der Deutschen – hält viele Beispiele parat, wie Nichteinheimische, wie Fremde, wie Menschen mit von der Mehrheit abweichenden kulturellen Hintergründen verleumdet, kriminalisiert, für Katastrophen und Missstände des alltäglichen Lebens verantwortlich gemacht, verfolgt und getötet wurden. Vor 70 Jahren begann der Tiefpunkt deutscher Geschichte mit einer unvergleichbaren Großmachtpolitik, die die Ausrottung des Anderen, des Fremden zum Ziel hatte.

Zu den wichtigsten Konsequenzen zweier Weltkriege gehörte Wiedergutmachung – soweit das möglich und leider nur teilweise gewollt war – und sich zu öffnen für andere, die in Not sind. In Anbetracht dessen war die Aufnahme des Asylrechts in das Grundgesetz eines der wichtigsten Konstituierungsmerkmale der Bundesrepublik Deutschland und sie war dieser Frage der DDR weit voraus, läuft aber spätestens 1993 mit dem Asylkompromiss jedoch zusehends Gefahr, rückwärts gewandt zu agieren. Gerade die einflussreichen und abwechselnd regierenden Parteien auf Bundesebene schienen zu verdrängen, dass Ein- und Auswanderung seit jeher zur menschlichen Entwicklung gehören als natürlicher Prozess einer offenen Gesellschaft – Migration also, hervorgerufen von Flucht und Verfolgung, Suche nach anderen, besseren Lebensverhältnissen, auch getrieben von Neugier.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch immer ist es so, dass Asylsuchende als Sündenböcke für Defizite der Gesellschaft herhalten müssen. Die nach wie vor strapazierte These von der Ausländerflut sowie der Mythos vom Zusammenbruch der Sozialsysteme und

eines Asylmissbrauchs haben bei nicht unerheblichen Teilen unserer Bevölkerung Ängste erzeugt, die bei zunehmender sozialer Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und fehlenden Lebensperspektiven durchaus nachvollziehbar sind und ernst genommen werden müssen. Ausländerinnen und Ausländer gelten vielen als Bedrohung, Billiglohnkonkurrenten und kulturelle Verunsicherung. Diese Ansichten sind häufig gerade dort anzutreffen, wo der Anteil von Nichtdeutschen an der Bevölkerung nicht sonderlich groß ist – wie in Mecklenburg-Vorpommern – und wo die Alltagserfahrungen mit Menschen anderer Kulturen kaum Tradition haben.

Gleiches oder zumindest Ähnliches gilt für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und Einwanderinnen und Einwanderer jüdischen Glaubens. Im Allgemeinen verzeichnen wir nur mäßige Erfolge bei ihrer Integration. Die meisten von ihnen leben isoliert, nur wenige Berührungspunkte gibt es zu den Einheimischen. Gettoisierung und sprachliche Barrieren vertiefen die Kluft, insbesondere jugendliche Spätaussiedler haben große Identitätsprobleme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz wird in der PDS nach wie vor kontrovers diskutiert und die Gründe dafür sind bekannt, denn sie sind in der Richtung dieses Entwurfs begründet. Ist der Einwanderer nützlich für uns, so sei er, wenn auch zeitlich befristet, willkommen. Erfüllt der Einwanderer diese Grundbedingungen nicht, wird er an der Grenze zurückgewiesen. Genau in diese Kerbe schlagen CDU und CSU immer wieder, wie auch jüngst, als der Gesetzentwurf wieder auf der Tagesordnung des Bundesrats stand. Und wenn man wie diese Parteien verlangt, dass sich die Einwanderer und Einwanderinnen einer deutschen Leitkultur unterwerfen, ihre eigene Identität aufgeben und sich völlig den hiesigen Gewohnheiten anpassen, findet Assimilation,

(Kerstin Fiedler, CDU: Das ist doch Quatsch!)

findet Assimilation, aber keine Integration statt.

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

Wie Pro Asyl warnte, Herr Dr. Jäger, zielten die beabsichtigten 137 Änderungsanträge Ihrer Bundestagsfraktion auf, ich zitiere jetzt Pro Asyl, einen „Rückfall in die migrationspolitische Steinzeit.“ Zitatende. Das ist nicht nur eine Einschätzung der PDS, sondern von Fachleuten, die sich auch damit auseinander setzen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Deutschland würde sich innerhalb der EU noch weiter isolieren.

Im vorliegenden Antrag von PDS und SPD, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der für Integrationsmaßnahmen vorgesehene Personenkreis mit dauerhaft hier lebenden Immigrantinnen und Immigranten und die auffälligen Asylsuchenden umrissen. Damit beschäftigt sich auch Ihr Änderungsantrag.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na klar!)

Wir wählten den Begriff „Immigranten“, um deutlich zu machen, dass es uns um alle Menschen geht, die einwandern und sich hier niederlassen können. Es geht uns eben aber auch um Flüchtlinge im Asylverfahren, die zum Teil hier jahrelang auf den endgültigen Beschluss warten müssen. Diese Menschen sitzen zum Teil vier, fünf, sechs

Jahre im Asylheim und diesen Menschen unter anderem Sprachkompetenz zu vermitteln im Laufe dieser langen Zeit, das kann doch nicht verkehrt sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall Angelika Gramkow, PDS,
und Torsten Koplin, PDS)

Darauf zielt auch unser Antrag und deshalb lehnen wir Ihren Änderungsantrag ab.

Als PDS-Fraktion wollen wir noch darüber hinaus Flüchtlinge mit Duldung einbegriffen sehen, Menschen also, die aus humanitären und anderen dringlichen Gründen nicht abgeschoben werden können, obwohl ihr Asylbegehren abschlägig beantwortet worden ist. Aber auch sie leben oft viele Jahre unter uns, ohne in irgendeiner Weise in die sie umgebende Gesellschaft einbezogen zu werden. Sie wurden deshalb im Antragstext nicht ausdrücklich benannt, weil es da mit Blick auf den unsicheren Zuwanderungsgesetzentwurf Unsicherheiten zu ihrer Zukunft in Deutschland gibt. Wer von ihnen wird eine Bescheinigung für einen Aufenthalt erhalten und wer nicht? Und werden diejenigen von ihnen, die keinen bekommen sollen, dieses Land verlassen oder in die Illegalität getrieben?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gestaltung der Einwanderungs- und Integrationspolitik ist, das muss nicht betont werden, ein kontrovers diskutiertes Thema in der Gesellschaft. Dazu gehören Fragen, wie die Aufnahme von Flüchtlingen, von Spätaussiedlern und so weiter gestaltet werden kann durch das Land, durch die Landkreise und Kommunen und die Einwohnerinnen und Einwohner. Es sind Themen, die in unserer Gesellschaft polarisierend wirken. Sie sind sehr stark mit Emotionen besetzt, sie mögen vielleicht schwer vermittelbar erscheinen. Das aber hat, wie ich schon sagte, sehr viel damit zu tun, wie Politik mit diesem Thema umgeht: Vermittelt sie Migrationsbewegungen als etwas für uns Bedrohliches, das abgewehrt werden muss, oder verdeutlicht sie, also verdeutlichen wir, dass diese Bewegungen weiter zunehmen werden und wir uns dazu aufgeschlossen verhalten müssen?

Professor Dr. Axel Schulte von der Universität Hannover schreibt, ich zitiere: „Demokratie erfordert ... Aufklärung und Öffentlichkeit, da die Individuen nur unter dieser Voraussetzung wirksam auf gesellschaftliche Entscheidungen Einfluss nehmen und diese kontrollieren können.“ Integration ist also ein Muss im Sinne eines friedlichen Miteinanders von Einheimischen und von Zu- und Kommenden.

Wenn Integration definiert werden soll – und man muss eine gemeinsame Definition finden –, begreife ich Integration als einen Prozess, in dem eine Abnahme von Unterschieden in den Lebensumständen von Einheimischen und Immigranten erfolgt. Dieser Prozess verläuft nie geradlinig und nie konfliktfrei. Er braucht Zeit und er braucht ein komplexes gesellschaftliches Herangehen. Und was mir wichtig erscheint, ist, dass die Integrationsprozesse wechselseitige Prozesse sind, die auf beiden Seiten wirken und auf beiden Seiten wirken müssen, bei Einheimischen und bei denjenigen, die hierher kommen. Ziel einer offenen Gesellschaft kann nur Vielfalt sein. Dazu gehört der Anspruch auf Identität und das heißt Bewahrung der eigenen kulturellen Wurzeln und Persönlichkeitsprägung. Integration muss daher letztlich auf die gleichberechtigte Teilhabe, die gleichberechtigte Teilhabe aller am politi-

schen, sozialen und kulturellen Leben ausgerichtet sein. Orientierung auf Gleichstellung statt Reduzierung auf Ordnungspolitik scheint dafür das Wesentliche zu sein.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Integration benötigt als wichtigste Voraussetzung die Bereitschaft der Betroffenen auf beiden Seiten entlang einer Integrationslinie Zulassen-Fördern-Wollen. Sie kann nur freiwillig erfolgen und braucht auch deshalb eine positive öffentliche Lobby. Die Förderung der Integration hat schon jetzt gesetzliche Grundlagen zum einen durch Artikel 1 und 3 des Grundgesetzes, wonach die Würde des Menschen unteilbar ist beziehungsweise alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Hinzuzunehmen ist der Artikel 16 a des Grundgesetzes, der, wenn auch sehr eingeschränkt, das Recht auf Asyl festschreibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erhebliche Defizite sind abzubauen, das ist zumindest aus unserer Sicht unbestritten. Immigranten, besonders Asylsuchende und Flüchtlinge, sind in der Bundesrepublik rechtlich, sozial, wirtschaftlich und hinsichtlich ihrer demokratischen Mitwirkung gegenüber Deutschen noch immer benachteiligt. Stichworte hierzu sind Einkommen und Armutsrisiko, Erwerbsarbeit, Bildungsunterschiede, Wohnumfeld, Gesundheit, Gewalt, Partizipation in der Gesellschaft, Teilhabe am Kulturgenuss. Es geht also darum, umfassend das Verhältnis zu unterschiedlichen menschlichen Lebensauffassungen neu zu gestalten und den Austausch miteinander zu organisieren. Es geht um den respektvollen Umgang mit unterschiedlich geprägten Lebensweisen.

Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der geforderten Leitlinien werden Eckpunkte für ein damit im Zusammenhang stehendes Integrationskonzept im Land zu diskutieren sein. Beispielhaft will ich auf einige verweisen: Integrationskurse, Integrationsfachdienste, wie sie in Rostock erfolgreich arbeiten, Integrationsbeiräte, Selbstorganisation der Immigranten und so weiter und so fort, integrative Angebote von der Kita bis zur Universität und Erwachsenenbildung, mehrsprachige Ausbildung in der Schule für Deutsche und Nichtdeutsche, Überarbeitung der Lehrpläne, berufliche Integration, Abschaffung aller Beschränkungen der Erwerbsarbeit, Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen, interkulturelle Öffnung und Erwerb von interkultureller Kompetenz in den Verwaltungen und allen öffentlichen Diensten, Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, kulturelle Arbeit, gleiche gesundheitliche und psychisch-soziale Versorgung für alle, Sport als Integrationsinstrument in Stadien, Sporthallen, Klubs und Vereinen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Besonders zu bedenken ist, dass Immigrantinnen und Immigranten ihren Lebensabend würdevoll hier verbringen werden, die Integration der älteren Menschen. Also würde es auch um interkulturelle Öffnung in der Altenhilfestrukturhilfe gehen. Zu sprechen sein wird auch über Finanzierungsfragen der Integrationspolitik.

Um die vielfältigen und umfassenden Aufgaben der Integration zu bewältigen, ist Politik, sind wir also konkret gefordert – Politik verstanden als in erster Linie ein Mittel beziehungsweise Instrument, um gesellschaftliche Verhältnisse zu gestalten, Probleme zu bewältigen und Konflikte zu regulieren. Bei der Integration auch in unserem Land geht es nicht mehr um das Ob, sondern um das Wie des Zusammenlebens von Mehrheitsgesellschaft und ein-

gewanderten Minderheiten und damit um die Fragen der Gestaltung dieses Zusammenlebens. Und das soll durch die Leitlinien geregelt werden.

Bei allen Fragen – und das betone ich abschließend ganz besonders nachdrücklich – muss Demokratie als Rahmen, als Leitbild und als Maßstab von Integrationspolitik gelten. Das Prinzip der Demokratie – sei es die liberale, politische, soziale oder kulturelle – steht in einem engen Zusammenhang mit dem Grundsatz der Menschenwürde, den Menschenrechten sowie dem Rechts- und Sozialstaatsprinzip und dem Föderalismusgrundsatz. Arbeiten wir also dafür, dass die Einsicht in der Bevölkerung festen Fuß fasst, dass wir hier in einer offenen und Menschen aus vielen Kulturen umfassenden Gesellschaft leben und leben wollen. Integration auf allen gesellschaftlichen Ebenen ist die gesellschaftspolitische Herausforderung der Zukunft und dieser Herausforderung sollten wir uns stellen. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Ritter.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Dr. Jäger.

Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Koalitionsfraktionen hat sicher einen ganz vernünftigen Sinn. Und wenn ich das recht sehe, Herr Kollege Ritter, hat das auch mit einer Veranstaltung des Flüchtlingsrates zu tun, bei der wir am 15. November zusammen mit dem Innenminister waren. Und auf den ersten Blick könnte man eigentlich sagen, stimmen wir ihm zu.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: Na, dann sagen Sie es doch! Das ist doch gut.)

Nur, meine Damen und Herren, ja, der erste Blick ist aber nicht immer der richtige.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Herr Ritter hat ja schon gemerkt, wo es hingeht.

(Rudolf Borchert, SPD: Schade!)

Nein, nein, das ist nicht schade. Sorgfältig, sorgfältig, gerade im Bereich Ausländerpolitik.

Ich glaube, ich bin einer derjenigen, der in der praktischen Arbeit vier Jahre in einem Land, das die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, da wussten Sie überhaupt noch nicht, was das ist, gearbeitet hat, und deswegen gestatten Sie mir bitte auch ein paar praktische Hinweise. Der erste ist, ...

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Sie lesen ja ab, Herr Jäger!)

Bitte?

(Heiterkeit bei Dr. Ulrich Born, CDU: Wir sind hier nicht bei der Aktuellen Stunde!)

Wir sind doch nicht bei der Aktuellen Stunde. Ich möchte ja gerne zitierfähig bleiben, Herr Körner, weil manchmal ist es ja so, dass manche Leute es gar nicht begreifen, und Sie lesen ja gerne. Sie kriegen es von mir.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Aber, meine Damen und Herren, ich glaube nicht, dass die CDU-Fraktion und ich persönlich etwa Nachhilfe beim Begriff der Integration brauchen. Denn, ich darf mal daran erinnern, es war die Berliner Ausländerbeauftragte Frau Barbara John, die als Erste, die als Erste darauf hingewiesen hat, auf den Zusammenhang – übrigens, da stimme ich Ihnen zu –, den Zusammenhang nämlich zwischen Integration, Toleranz und innerem Frieden. In dem Punkt gehen wir zusammen. Aber Sie können uns nicht, wirklich nicht einen Mangel an Integrationsbemühungen vorwerfen.

Interessanterweise sind so unterschiedliche Personen wie Rita Süßmuth, Heiner Geißler, Roland Koch, Günther Beckstein an dem Punkt absolut einig, nicht nur im Sagen, sondern auch im Tun, nämlich die Zielsetzung heißt: zuerst die Integration von zugewanderten Menschen, die dauerhaft in unserem Land leben. Das ist genau das, Sie erinnern sich noch an die Diskussion zur doppelten Staatsbürgerschaft, wo Sie uns nicht abnehmen wollten, dass erst die Integration und dann die Einbeziehung in den Staatsverband kommt. Damals konnten wir Sie nicht überzeugen, vielleicht tun wir es heute. Sie sollten sich einmal ansehen, welche Aufwendungen in den Bundesländern aufgebracht werden, in denen die CDU alleine oder mit anderen regiert. Auch das ist nicht Lippenbekenntnis, hier wird gehandelt.

Aber, meine Damen und Herren, Ihrem Antrag zuzustimmen hieße, nicht genau zu lesen. Sie machen es uns doch auch leider wieder schwer. Immigrantinnen und Immigranten, das ist kein Begriff des Ausländerrechts. Der ist unscharf. Da fallen drunter Gruppen wie Spätaussiedler, Sie haben es gesagt, wie jüdische Mitbürger aus den ehemaligen osteuropäischen Staaten oder aus osteuropäischen Staaten – da weiß ich sehr wohl in Schwerin, wovon ich rede –, dazu gehören auch die EU-Ausländer, wie wir so schön sagen, also Ausländer aus EU-Ländern. Die haben alle einen anderen Status und deswegen wäre es sehr sinnvoll, wenn man das nach Begriffen auch betreibt, was wir hier gemeinsam betreiben wollen, nämlich Integration zu fördern.

Der einzige gemeinsame Begriff für die genannten Gruppen, die ich eben gesagt habe, ist der, dass dies Menschen sind, die aufgrund der rechtlichen Situation in der Bundesrepublik Deutschland hier dauerhaft leben werden. Und für die, meine ich, ist es ganz wichtig, die Integrationsarbeit, die wir alle leisten müssen – egal auf welcher Ebene –, zu verbessern.

Wenn da Ihr Antrag hingeht, findet er unsere volle Zustimmung. Aber Sie widersprechen sich selbst. Wenn Sie – und man merkt, dass das angeklatscht ist oder, Entschuldigung, angefügt ist – „einschließlich hier aufhältiger Asylsuchender“ sagen, da bleiben Sie auch sehr unbegrifflich. Sind es Asylbewerber oder sind es anerkannte Asylsuchende? Wenn es anerkannte Asylsuchende sind, sind sie bei der Gruppe, die ich eben nannte, und die gehören ganz sicher zu denen, für die unsere Integrationsbemühungen noch gesteigert werden müssen, weil sie werden aufgrund unserer Regelung in der Bundesrepublik hier bleiben.

Aber die Asylsuchenden, und das ist Ihr Thema gewesen, weil Sie sprachen auch von Altfallregelungen, das sind diejenigen, von denen 90 Prozent derzeit nach einem Verfahren abgelehnt werden. Und jetzt sage ich Ihnen, Sie haben das sogar, Herr Ritter, fairerweise gesagt, es ist in

der Bundesrepublik schwierig, dieses Thema so nüchtern zu behandeln, weil es dumpfe Vorurteile und was auch immer gibt. Das weiß ich auch. Aber gerade weil Sie in den Begriffen so unscharf sind, weil Sie etwas fordern, was berechtigterweise gar nicht gewährt werden kann, nämlich jemand, der noch in einem Anerkennungsverfahren ist, zu integrieren, gibt es ein Riesenproblem und das ist die Motivation. Und wenn Sie sich etwas mit der Praxis beschäftigen, dann werden Sie feststellen, zur Integration gehört auch der Wille mitzuwirken, sich zu integrieren, und zwar von beiden Seiten, also auch von demjenigen, der hinzugekommen ist, mindestens das auch.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU)

Und dann frage ich Sie: Wo soll die Motivation herkommen, wenn dieser Mensch damit rechnen muss, dass er mit einer 90-prozentigen Wahrscheinlichkeit dieses Land in Kürze wieder verlassen muss? Die Ausnahmen, die dadurch entstehen, dass wir Duldungen ausgesprochen haben, weil Bürgerkrieg war, die Ausnahmen, die dadurch entstehen, dass unverschuldete Abschiebungshindernisse waren, sind Ausnahmen, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dies ist kein Problem dieses Landes. Auch das zeigen die Zahlen.

Wir haben zwei große Aktionen der Innenministerkonferenz gehabt in den letzten Jahren. Die letzte war in 2001. Da wurde eine Entscheidung getroffen, nämlich eine große Anzahl derjenigen, die als Bürgerkriegsflüchtlinge zurückgeblieben sind – Sie wissen, Bosnien, Jugoslawien –, hier mit einer Altfallregelung, mit einem Bleiberecht, mit einem ausländerrechtlich sicheren Status auszustatten, nämlich um sie zu integrieren, um ihnen das Arbeiten zu erlauben, um den Kindern die Sicherheit zu geben, dass sie hier ihre Schulausbildung vollenden, und, und, und, all die Dinge, die sozial notwendig und richtig waren. Und, meine Damen und Herren, in Mecklenburg-Vorpommern waren das 168 Personen, die davon betroffen waren. Ich nehme nur ein Beispiel, ein anderes Land, nämlich in Baden-Württemberg waren es 3.740 Personen.

Übrigens 168, Herr Ritter, wenn ich mich so richtig erinnere – es ist jetzt ein bisschen länger her –, aber ich war mal Landrat in einem Landkreis mit knapp 100.000 Einwohnern und während des Ungarnaufstandes kamen sehr viele zu uns. Wir haben bestimmt mehr als 168 damals aufgenommen und dauerhaft. Also reden Sie mir nicht von Integration und von dem, was Sie dazu so besonders wissen!

Aber es macht Sinn, darüber noch einmal ganz deutlich nachzudenken, welche trügerischen Hoffnungen Sie wecken mit diesem Zusatz. Und das ist nicht fair gegenüber den Menschen, die hierher kommen, die unser System überhaupt nicht kennen, die im Regelfall leider von Verbrechern hierher geschleppt werden. Es geht mir nicht um die Menschen, die dann hier sind. Ich will die nicht verurteilen. Die sind in vielen Fällen gutgläubig, in vielen, vielen Fällen. Aber es geht mir darum, dass mit der Art und Weise, wie wir mit diesen Problemen dann umgehen, wenn wir Ihrem Antrag einschließlich dieses Zusatzes folgen, Hoffnungen wecken, die eigentlich nur Wasser auf die Mühlen der Schlepper sind. Und das werden wir nicht machen.

Und das Letzte, was ich sagen möchte: Wir bitten Sie ganz herzlich, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Wir werden in der Diskussion natürlich gerne mitwirken und wir werden vor allen Dingen auch fragen, wer zahlt es

denn. Denn eins weiß ich auch genau, das wissen wir, die wir uns mit dieser Arbeit beschäftigen hier in diesem Hause, am Ende ist es nur in der kommunalen Gemeinschaft möglich, bei den freien Trägern, bei den Kommunen, auf der Ebene, auf der Menschen miteinander zu tun haben. Dort werden wir die Mittel brauchen und dann werden wir auch darüber entscheiden müssen, wie die dahin kommen zu den Kommunen und zu den Trägern. Also, herzliche Bitte, lassen Sie uns bei diesem Thema, das hoch sensibel ist, nicht getrennt fahren! Helfen Sie uns, zuzustimmen zu einem vernünftigen Antrag! Ich bitte Sie, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, und verspreche Ihnen für meine Fraktion, dass sie zumindest mit großer Mehrheit dem dann vorliegenden Antrag zustimmen wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Jäger.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete der SPD-Fraktion Frau Volland.

Angelika Volland, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Werte Gäste! Eigentlich brauchte ich zu diesem Leitantrag gar nichts mehr zu sagen. Die CDU weiß schon alles

(Beifall Beate Mahr, SPD)

und wir werden wahrscheinlich ganz schwierig in irgendeiner Form wirklich diesen Leitantrag gemeinsam durchkriegen. Und da ist für mich eigentlich der große Fehler. Wenn Sie, Herr Jäger, später mal Brieftauben schicken wollen, damit Sie Ihre Anfragen, die Sie 2001 umhergeschickt haben zur Integration, etwas schneller bekommen, dann würde ich vermuten, sollten Sie die Möglichkeit nutzen, diesem Leitantrag von uns zuzustimmen. Denn Sie haben eins nicht verstanden: Die Leitlinie heißt, wir wollen sie entwickeln. Das heißt überhaupt noch nicht, dass hier in irgendeiner Form etwas vorgefertigt und festgefahren ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Das steht doch drin.)

Hier werden Leitlinien entwickelt und wir wollen sie gemeinsam entwickeln. Wenn sie entwickelt auf unserem Tisch liegen, dann können wir uns toll darüber streiten und sagen, das geht nicht, das geht nicht, das wird zu teuer und wo macht man das. Also ich glaube, dort ist die Diskrepanz in der Hinsicht, dass wir etwas machen wollen, mit Ihnen gemeinsam machen wollen, was den Menschen, die hierher kommen, hilft, sich zu integrieren. Sie sprachen von Menschen und hier muss ich noch einmal aufmachen, wir sprechen – und vielleicht muss ich das ganz langsam sagen – über 1,87 Prozent der Menschen, die hier in Mecklenburg-Vorpommern leben und die dieses betrifft.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Die meisten dieser Menschen kommen aus Vietnam, die kommen aus dem Irak, die kommen aus Kurdistan und sie kommen aus Westafrika. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS)

Diese 1,87 Prozent sind aber trotzdem 4.500 Menschen und es sind 2.500 Aussiedler. Sie wissen, dass das vom

Status – ich brauche darüber nicht mehr zu reden, Sie wissen das alles – unterschiedlich ist. Wir haben ein Problem, wir sprechen immer von diesem ganz kleinen Prozentsatz von Menschen, die unsere Hilfe brauchen, und tun immer so, als würden sie sehr viel Geld kosten – das tun sie – und als würden wir in irgendeiner Form Probleme haben, mit ihnen fertig zu werden. Nein. Die Menschen, die zu uns kommen aus einer anderen Kultur, haben diese Probleme,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

denn wir haben es bisher nicht verstanden, dass eine andere Kultur, die hierher kommt, auch Vorteile bringt, was Besonderes bringt.

Wenn Sie in den Urlaub fahren, dann werden Sie merken, wie fühle ich mich denn als Ausländer. Und schon wenn Sie in Casablanca auf dem Souk versuchen einzukaufen oder in Kandy auf der Deutschen Bank etwas umzutauschen, stellen Sie plötzlich fest, ich fühle mich hier als Ausländer, da gibt es ein paar Probleme, die ich habe, alleine mit der Sprache und mit den Umgangsformen dieser Kultur. Ich denke, die Menschen, die zu uns kommen, sind eine Bereicherung und diese Bereicherung sollten wir als Bereicherung verstehen und sie nicht immer von vornherein ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich hätte gerne diesen Antrag gehabt, wenn das Bundesgesetz beschieden gewesen wäre. Leider ist das nicht der Fall. Aber, Herr Jäger, nicht die SPD und die PDS waren daran schuld, dass das nicht beschieden worden ist,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

sondern sogar Ihr Herr Wulff hat nach Amtsantritt gesagt, dass er durchaus dieses Zuwanderungsgesetz so schnell wie möglich verabschieden möchte. Und begreifen wir es doch einmal als Chance, in Mecklenburg-Vorpommern nicht alles immer hundert Jahre später zu machen, sondern einmal Vorreiter zu sein mit unseren Leitlinien,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Minister Dr. Gottfried Timm: Ja.)

die die Möglichkeit bieten, auch hier in Mecklenburg-Vorpommern die Dinge auf den Weg zu bringen, die mit dem Bundesgesetz sowieso notwendig sind! Und wenn das Bundesgesetz kommt, und ich hoffe, es wird bald kommen, werden wir durchaus in der Lage sein, damit umzugehen, und unsere Leitlinien, die bis zum zweiten Halbjahr 2003 auf dem Tisch liegen, genau untersuchen, ob sie dann den bundesrechtlichen Gesetzen auch entsprechen werden. Ich denke, das wird das kleinere Übel dabei sein. Ich hätte mir natürlich wirklich gewünscht, dass das Bundesgesetz schon fertig wäre, und wir hätten es auf richtige Füße stellen können.

Dieses Zuwanderungsgesetz, wie die Bundesrepublik dazu sagt, heißt ja, sie will die Zuwanderung steuern. Auf der einen Seite sagen Sie, Herr Jäger, es gibt Probleme mit den Leuten und die gehören nicht dazu, und die gehören nicht dazu, und jene müsste man wieder rausnehmen. Wenn die CDU dem Bundesgesetz zustimmen würde, gäbe es Bundesrichtlinien, die auch die Möglichkeit dieser Zuwanderung begrenzen und auf vernünftige Füße setzen würden, zum Beispiel auch die finanzielle Geschichte, die Sprachgeschichte, die notwendig ist.

Und das Gesetz soll viele Dinge vereinfachen. Wir haben über Bürokratieabbau in diesem Haus gesprochen vor ein paar Stunden. Dieses Gesetz soll helfen, im Sinne von Bürokratieabbau diesen Menschen auch zu helfen in der Hinsicht, dass viele Dinge vereinfacht werden und nicht wir alleine – wie Leute, die sich vielleicht nicht täglich mit Migranten, Immigranten, jüdischen Immigranten, Asylbewerbern, Asylsuchenden beschäftigten – endlich wissen, um welche Menschen handelt es sich denn eigentlich hier. Denn ich denke auch, Menschen die ihr Land verlassen, verlassen es nicht, weil ihnen gerade mal aus Jux und Tollerei so war, sondern sie verlassen es aus bestimmten Gründen.

Da gibt es diejenigen, die uns wahrscheinlich den wenigsten Ärger machen, das sind unsere Studenten, die wir gerne hier haben wollen. Auch die gehören dazu. Es verlassen diejenigen ihr Land, die als Hochbegabte eine besondere Greencard kriegen und hier bei uns arbeiten können. Aber über diese Immigranten sprechen wir kaum. Wir sprechen auch nicht über die, die jetzt möglicherweise aus England, aus Frankreich, aus Norwegen zu uns kommen, weil sie fallen ja nicht so auf.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben, so ist das.)

Die sind ja in irgendeiner Form schon halb integriert. Sie können sich vernünftig benehmen, wie wir uns so als Deutsche den Kulturrahmen gesetzt haben. Sie fallen nicht so aus dem Rahmen, wie ich das heute gerne gemacht hätte. Ich hätte nämlich ganz gerne etwas anderes angezogen, schon alleine um zu provozieren in der Hinsicht, dass man dann gesagt hätte, wie kann die hier in diesem Hohen Hause sich so darstellen. Ich habe es nicht getan. Ich wollte nicht unbedingt provozieren, aber ich wollte trotzdem anregen, darüber mal nachzudenken.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Wir haben eben darüber gesprochen, dass wir unsere Integration von Ausländern als etwas Besonderes betrachten sollten, das wir in unsere eigene Kultur aufnehmen können. Und wenn wir das seit Jahrtausenden nicht getan hätten – Herr Jäger, da sind wir vielleicht einer Meinung –, dann würden wir jetzt noch auf dem Bärenfell mit Hirsegrütze rumliegen und wir hätten wahrscheinlich nichts gelernt.

(Beifall und Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD – Peter Ritter, PDS: Herr Jäger, der Jäger.)

Und wir sollten auch begreifen, dass eine Integration so früh wie möglich einsetzen sollte. Das heißt, wir sollten vor allem an unsere Kinder denken. Und hier möchte ich darauf aufmerksam machen, und ich habe hier den Antrag da, natürlich weiß ich, weil ich mich ein bisschen damit befasst habe, dass Sie inhaltlich Recht haben. Aber ich weiß auch, was die PDS und die SPD damit wollen, nämlich zum Beispiel, dass die Kinder, die von Asylbewerbern hierher kommen, das Recht haben, einen Kindergarten besuchen zu können, und das Recht haben, hier in die Schule zu gehen.

(Kerstin Fiedler, CDU, und
Dr. Armin Jäger, CDU: Na, das haben sie doch!)

Gucken Sie sich bitte das Schulgesetz an! Da steht drin, Kinder, die in Mecklenburg-Vorpommern geboren sind beziehungsweise ihr Wohnrecht in Mecklenburg-Vorpommern haben. Asylbewerber haben dieses nicht und fallen rechtlich einfach unten durch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Dr. Armin Jäger, CDU: Gucken Sie
mal nach, was wir hier in Schwerin
machen! Da sind wir uns einig.)

Ich gebe Ihnen in der Hinsicht Recht, dass viele Lehrer und Erzieher aus persönlichen Gründen und weil sie es so wollen, es trotzdem machen. Es ist aber nicht auf rechtliche Grundlagen gesetzt und das möchte ich gerne damit erreichen.

Und wenn ein Kind einen Kindergarten besuchen kann und die deutsche Sprache erlernen kann, auch wenn es nach drei, vier oder einem halben Jahr wieder irgendwo anders nach Hause muss, hat es etwas gelernt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja in Ordnung.)

Dieses Wissen kann ihnen nie wieder einer nehmen. Das wissen Sie genau.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Auch wenn Sie sich in irgendeiner Form für einen längeren Zeitraum im Ausland aufhalten, wird das eigentlich nur bilden. Deswegen plädiere ich dafür, dass wir so zeitig wie möglich diese Integration machen. Sie verhindert auch, dass das hinterher Geld kostet. Denn die Kinder, die ich frühzeitig in diese Integration hineinbringen kann, sind auch diejenigen, die ich durchaus in eine ganz normale Schule schicken kann, die eine Berufsausbildung bekommen können und die hier auch weiter bleiben werden oder bleiben könnten. Wem als Mensch wollen Sie wohl verwehren,

(Zuruf von Kerstin Fiedler, CDU)

dass er in irgendeiner Form auch die Bildung bekommt, die für sein Menschwerden notwendig ist?

(Unruhe bei Kerstin Fiedler, CDU,
und Angelika Gramkow, PDS)

Passen Sie auf: Diesen Förderunterricht gibt es in der Zwischenzeit. Aber ich wollte ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Voland von der SPD-Fraktion.

Angelika Voland, SPD: Danke schön.

Ich wollte auf eins aufmerksam machen: Es gibt viele gute Initiativen. Wir sprechen hier von dem Verein Dien Hong, wir sprechen von dem Modellprojekt „Igel“, was in der Zwischenzeit ausgelaufen ist. Und ich weiß, auch wenn das Integrationsprojekt bei Dien Hong ausgelaufen ist, müssen wir uns dringend einen Kopf machen, und das wäre so etwas, was gleich in diese Leitlinien hineinkäme, wie organisieren wir es, dass das nicht nur an einem Ort in Rostock passiert, sondern dass wir das möglicherweise dezentral – wir haben eine neue Strukturreform vor – in vier Strukturreformkreisen anbieten können. Das wäre zum Beispiel so eine Überlegung, die ich gerne in diese Leitlinie mit einarbeiten würde.

Ich muss auch ganz dringend sagen, natürlich gibt es viele Initiativen einzelner Personen, von Vereinen und Kommunen, die dieses schon hervorragend hinbekommen. Aber ich stelle auch wieder fest, dass es noch eine ganze Menge Lehrer und Erzieher gibt, die von interkulturellem Lernen überhaupt noch nichts gehört haben. Bei denen hören die alten Griechen auf, nachdem sie Mathematikunterricht gehabt haben und den Satz des Thales und des Pythagoras einmal gehört haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sagen Sie mal der Bildungsministerin!)

Sie kennen also nur die alten Griechen. Sie kennen natürlich die Kultur der alten Ägypter, aber dass die heute noch existieren, davon weiß kaum jemand etwas.

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und CDU – Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Also ist es notwendig, auch in der Ausbildung unserer Kollegen dieses Thema unbedingt auf die Tagesordnung zu setzen, denn die Rahmenrichtlinien lassen das zu. Aber die Art und Weise, wie man es machen kann, bedeutet einfach ein bisschen mehr Aufwand und ein bisschen mehr Kraft. Diese Projekte hat es gegeben. Leider sind sie, wie so üblich, auf ABM- oder SAM-Projekten gelaufen und damit wieder unten durchgefallen. Ich denke, in den Leitlinien sollte konkret zu diesen Dingen auch etwas ausgesagt werden, damit wir eine Zielrichtung haben, damit wir wissen, was wir tun wollen.

Ich möchte hier noch einmal an die CDU appellieren. Wir wissen, was wir eigentlich wollen. Lassen Sie uns, wenn die Leitlinien auf dem Tisch sind, darüber diskutieren, ob wir das alles bezahlen können, wann wir das machen sollten, wo wir das machen sollten, mit wem wir das machen sollten. Aber lassen Sie uns bitte gemeinsam diesen Antrag so bescheiden, dass hier aus diesem Hause auch ein Signal ausgeht, wo es heißt, wir freuen uns auf diese ausländischen Mitbürger. Sie sind eine Bereicherung für unser Land und so sollte es auch immer sein. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Voland.

Um das Wort gebeten hat jetzt die Sozialministerin des Landes Frau Dr. Linke.

Ministerin Dr. Marianne Linke: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Deutschland ist ein Einwanderungsland. Ein Bummel durch Hamburg, Berlin-Kreuzberg oder Köln lässt daran keinen Zweifel aufkommen.

(Zuruf von Reinhardt Thomas, CDU)

Die gleiche Präsenz von Migrantinnen und Migranten ist jedoch in den Städten der neuen Länder nicht zu finden. Wir haben kaum Zuwanderung und die Zuwanderung, die wir haben, ist von besonderen Bedingungen gekennzeichnet. Nach Erreichen der Freizügigkeit verlassen viele Zuwanderer die neuen Länder wieder, ziehen in die alten Bundesländer, wo sie leichter Arbeit finden und ein vielfältiges multikulturelles Leben erwarten. So verzeichnete Mecklenburg-Vorpommern zwischen 1998 und 2001 jährlich 7.000 Zuzüge, aber auch 6.000 Fortzüge bei rund 34.500 Ausländerinnen und Ausländern insgesamt. Viele Migrantinnen und Migranten fassen ihren Aufenthalt bei uns als Zwischenstadium auf,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

bis der gewünschte Zustand einer Ansiedlung in den alten Bundesländern erreicht ist. Man kann diese Situation als Problem sehen und über Integrationsperspektiven lamentieren. Man kann diese Situation aber auch als Herausforderung für eine nachhaltige Zuwanderungs- und Migrationspolitik sehen. Und genau das wollen wir tun.

Seit dem letzten Jahr liegt in meinem Haus für die soziale Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern die Zuständigkeit. Wir arbeiten sehr konzentriert daran, Maßnahmen zur Integrationsförderung zu implementieren. Der Antrag der beiden Koalitionsfraktionen zielt genau in diese Richtung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Darum ging es.)

So soll Integration von und mit Migrantinnen und Migranten erfolgreich in unserem Bundesland durchgesetzt werden. Es ist notwendig, konzeptionell zu arbeiten, Schwerpunkte zu setzen und Leitlinien für eine Integrationspolitik, die auf einer breiten gesellschaftlichen Anerkennung beruhen, zu beschließen. Daher begrüße ich diesen Antrag sehr.

Wir leben in einer Gesellschaft, in der eine Vielzahl von Lebensstilen und Lebensentwürfen nebeneinander existieren. Integration kann und darf aber nicht Assimilation bedeuten, sondern meint den beständigen Prozess der Verständigung über die gemeinsamen Grundlagen und Regeln des Zusammenlebens in einem Gemeinwesen. In diesem Sinne ist Integration ein gesellschaftlicher Prozess, der nicht irgendwann abgeschlossen ist, sondern immer wieder neu gefördert werden muss. Integration richtet sich damit auch nicht allein an die zugewanderte Bevölkerung oder eben nur an die Politik. Sie ist keine Einbahnstraße, sondern bezieht sich auf jeden einzelnen in unserer Gesellschaft.

Integration kann und muss eindeutig Ansprüche formulieren, muss Kriterien für Integration definieren. Wir wollen in einen neuen Abschnitt von Integrationspolitik eintreten, den man vielleicht mit dem Motto „Von der Fürsorge zur Partnerschaft“ überschreiben könnte. Es geht nicht länger um die Beseitigung von tatsächlichen oder vermeintlichen Defiziten von Migranten, die durch die Integration behoben werden müssten. Es geht uns vielmehr um eine neue Balance von Rechten und Pflichten in der Integrationspolitik, bei der klare und erfüllbare Erwartungen auch klaren und garantierten Ansprüchen gegenüberstehen. So gesehen ist also Integration ein beidseitiger Prozess. Beide Gruppen – die Zuwanderer wie die Einheimischen – gestalten diesen Integrationsprozess. Nur dann kann er funktionieren. Wir haben dabei die Bedürfnisse der Minderheitsgesellschaft zu beachten. Migrantinnen und Migranten sollen gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Gleichzeitig wollen wir die Bereitschaft der Einheimischen zu kultureller Offenheit und zum Leben in einer zunehmend pluralen Gesellschaft fördern und unterstützen.

Die Landesregierung hat in ihrem Beschluss zum Konzept der Errichtung eines Integrationsfachdienstes bereits erläutert, wie die Begriffe „Migrantinnen“ und „Migranten“ zu verstehen sind. Es handelt sich dabei um Zuwanderinnen und Zuwanderer mit auf Dauer angelegtem Aufenthalt.

Aus dem Antrag der Koalitionspartner geht hervor, dass sich die Integration künftig auch auf die sich hier aufhaltenden Asylsuchenden beziehen soll. Herr Ritter hat dazu ausgeführt und ich habe Verständnis für dieses Anliegen, weil die Lage vieler Asylbewerberinnen und Asylbewerber auch in unserem Land unbefriedigend ist. Wir werden das Anliegen deshalb aufnehmen – so es denn diesen Landtagsbeschluss gibt –, um auch auf diese Weise die Situation von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern und einen Beitrag zur

Schaffung menschlicher Rahmenbedingungen zu erbringen. Asylbewerber besitzen aus rechtlicher Sicht eben keinen auf Dauer angelegten Aufenthalt. Die zu entwickelnden Integrationsmaßnahmen müssen sich deshalb sowohl an den spezifischen Bedarfen der Betroffenen orientieren, aber auch an den unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen.

Zur Zielgruppe unserer bisherigen Arbeit zählten per 30. Juni 2002 etwa 17.700 Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler einschließlich deren Familienangehörigen, rund 3.300 jüdische Emigrantinnen und Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion sowie rund 850 Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention, etwa 9.900 Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsberechtigung, einer Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsbefugnis mit der Option zum Daueraufenthalt

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das.)

sowie rund 2.700 Ausländerinnen und Ausländer sowie deren Familienangehörige, die im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis der Europäischen Union sind. Insgesamt sind das 34.500 Mitbürgerinnen und Mitbürger mit migrationspezifischem Hintergrund. Gemessen an der Gesamtbevölkerung ist das ein Anteil von circa zwei Prozent.

Die Lebensumstände der Migrantinnen und Migranten hängen jedoch nicht nur von ihrer Herkunft und Kultur ab, sondern werden vor allem von ihrem ausländerrechtlichen Status und ihrer Beherrschung – und das muss ich ganz besonders betonen – der deutschen Sprache geprägt. Es gibt diejenigen, die über eine Arbeitserlaubnis verfügen und gute sprachliche Voraussetzungen aufweisen. Es gibt aber auch jene, die trotz des auf Dauer angelegten Aufenthaltes sehr komplexe Probleme zu bewältigen haben. Hier geht es sowohl um das Erlernen der deutschen Sprache, um den Erwerb von Bildungs- und Berufsabschlüssen, um die Anerkennung von vorhandenen Qualifizierungen, um den Erwerb gesellschaftlicher Basiskenntnisse, kurz: Es geht um eine konkrete Lebens- und Berufswegeplanung, die in eine selbständige Sicherung des Lebensunterhaltes mündet und die gleichberechtigte Teilhabe an unserer Seite ermöglicht.

Dieser Prozess ist äußerst schwierig und individuell nur schwer zu bewältigen. Das zeigt sich auch an dem Anteil der arbeitslosen Migrantinnen und Migranten, der bei circa 42 Prozent liegt. Ich sagte, 2 Prozent Anteil an der Bevölkerung. Betrachten wir die Empfängerinnen und Empfänger der Hilfen zum Lebensunterhalt, ergibt sich ein ähnliches Bild. Rund 3.300 Nichtdeutsche erhielten Ende 2000 laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Das sind 6,4 Prozent der Gesamtbezieher, ein überproportionaler Anteil also, gemessen am Bevölkerungsanteil.

Für mich als zuständige Ministerin leitet sich hier der eindeutige Bedarf einer Verstärkung unserer Integrationsbemühungen, insbesondere im Bereich der sprachlichen und beruflichen Qualifikation, mit dem Ziel einer eigenständigen Sicherung des Lebensunterhaltes ab. Die Koalitionsfraktionen haben bereits in der vergangenen Legislaturperiode auf diesen sich abzeichnenden Zustand reagiert. Im Oktober 2002 wurde im Ergebnis entsprechender Landtags- und Kabinettsbeschlüsse der Integrationsfachdienst Migration für den Arbeitsamtsbezirk Rostock eingerichtet. Er hat die Aufgabe, eine individuelle Beratung und Lebenswegeplanung mit den Migrantinnen und Migranten durchzuführen. Durch die Konzentration dieser Aktivitäten in einer Hand des Integrationsfachdienstes

wird es möglich, in komplexer Weise individuell tätig zu werden und den Erwerb von Kenntnissen in der deutschen Sprache, die berufliche Fortbildung, Umschulung und die Vermittlung gesellschaftlicher Basiskenntnisse auf der Grundlage einer individuellen Beratung und persönlichen Berufswegeplanung miteinander zu verbinden. Zum Ende dieses Jahres wird die Evaluierung dieses Projektes abgeschlossen, so dass wir dann eine Auswertung zur Effizienz der Arbeit dieses Integrationsfachdienstes Migration vornehmen können.

Zeitgleich mit dem Integrationsfachdienst nahm auf der Ebene der Landesregierung eine Interministerielle Arbeitsgruppe „Migration“ die Arbeit auf. Ihr Auftrag besteht unter anderem darin, bis zum 30.06.2003 einen Bericht über die Situation von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern zu erstellen und in diesem Zusammenhang auch Maßnahmen zur Verbesserung der Integration unter Berücksichtigung des hoffentlich dann verabschiedeten Zuwanderungsgesetzes vorzuschlagen. An diesem Bericht wird zurzeit unter Mitwirkung verschiedener Ressorts, ausgewählter Kommunen und der Liga der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege intensiv gearbeitet. Und mit der Fertigstellung dieses Berichtes liegt dann erstmalig ein umfassendes Dokument der Landesregierung zu dieser Thematik vor.

Noch bevor uns der heutige Antrag im Ministerium vorlag, war klar, die Landesregierung will Leitlinien der Integrationspolitik in einem breiten gesellschaftlichen Konsens erarbeiten und konkrete Arbeitsschwerpunkte zur Integrationspolitik festlegen. Wird der von den Koalitionsparteien vorgelegte Antrag hier und heute verabschiedet, werden wir diese Arbeit dann auf einer noch breiteren Basis fortsetzen können.

Das Ziel sollte klar sein. Offene und demokratische Gesellschaften können kein Interesse an einer wachsenden Zahl innerlich ambivalenter oder nichtintegrierter Mitglieder haben, die auf Dauer weder staatsbürgerliche Rechte noch Pflichten besitzen und am politischen Prozess lediglich als Objekte oder Zaungäste teilhaben. Es geht sowohl um konkrete Teilhabe als auch um eine aktive Politik gegen Diskriminierung. Insofern stellt eine aktive Integrationspolitik auch einen Beitrag zu einer offenen aufgeklärten Gesellschaft, frei von Ressentiments gegenüber anderen Kulturen und Lebensentwürfen dar.

Diesen Prozess mitzugestalten ist für die Politik, aber auch und gerade für die Jugend unseres Landes eine interessante wichtige und, wie ich meine, schöne Herausforderung. Gesetzesänderungen allein werden nicht ausreichen, um Integration herbeizuführen. Es muss sich auch etwas in den Köpfen der Menschen ändern. Notwendig ist eine andere Einstellung zu Nation und Staatsbürgerschaft. Die Vorstellung, Deutscher oder Deutsche könne man eigentlich nur als Kind deutscher Eltern sein, blockiert noch immer vieles in unserer Gesellschaft. Sie steht im spannungsreichen Kontrast zur größer gewordenen ethnischen, religiösen und weltanschaulichen Vielfalt in Deutschland. Was dieses unser Land braucht, ist ein realistisches Bild, ein realistisches Selbstbild als De-facto-Einwanderungsland, einen gelassenen Umgang mit der in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Vielfalt, aber auch eine offensive Diskussion darüber, welchen gemeinsamen Grundwerten Einheimische, Eingebürgerte und hier lebende Fremde verpflichtet sein sollten.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch die Hoffnung aussprechen, die Herr Ritter bereits andeutete: Was die-

ses Land endlich auch braucht, ist ein vernünftiges Zuwanderungsgesetz. Ich kann nur hoffen, dass es endlich gelingt, hier die unverantwortliche Blockadehaltung aufzubrechen. Ich darf an die verehrten Damen und Herren der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union appellieren: Bewegen Sie sich, bewegen Sie sich über Ihre Abgeordneten im Bundestag, im Bundesrat, meine Damen und Herren! Seien Sie endlich so flexibel, wie Sie es jeden Tag von anderen verlangen! Es wird diesem Land gut tun. Wir wollen ein weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern. Der heutige Antrag bringt uns ein Stück auf diesem Weg weiter. Lassen Sie uns gemeinsam weiter an einer aktiven Migrationspolitik arbeiten! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Linke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Walther von der Fraktion der PDS.

Gerd Walther, PDS: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrte Gäste! Zunächst einmal muss ich mich entschuldigen, weil ich vorhin den größten Teil der Debatte nicht anwesend war. Das lag daran, dass der Landtag heute bedeutend schneller war, als es die Planung vorgesehen hatte, und ich eine Besuchergruppe aus meinem Wahlkreis hatte, die ich begrüßen konnte. Deshalb hat sich das ein wenig überschritten.

Dass das Thema Integration ziemlich zu Beginn einer neuen Legislaturperiode diskutiert wird, ist aus meiner Sicht ein positives Zeichen. So ergibt sich auch für mich die Möglichkeit, persönliche Erfahrungen und Überlegungen zu reflektieren. Aus regelmäßigen Gesprächen und Vermittlungsbemühungen mit Asylsuchenden im Uecker-Randow-Kreis weiß ich um Fluchtmotive, um Hoffnungen, um Einsichten und um zum Teil bittere Enttäuschungen dieser Menschen. Einige leben bereits seit Jahren in Heimen, ohne eine Chance zu haben, ihr Leben während des Asylverfahrens auch nur annähernd selbst bestimmend gestalten zu können. Der Kreislauf einer nicht vorhandenen dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung, der nicht erteilten Arbeitserlaubnis und dem nicht erhaltenen Wohnraum spricht für sich. Das ist nur ein Mosaikstein im Geflecht von Ungleichbehandlungen und Diskriminierung.

Ich befürchte, würde die Integration zukünftiger Immigranten und Asylsuchender in Arbeitsmarkt und Gesellschaft dauerhaft fehlschlagen, könnte eine Situation mit verfestigten ethnischen Minderheiten mit allen daraus erwachsenden Konsequenzen entstehen. Die bei uns verbreitete Festungsmentalität passt nicht mehr in eine Zeit, wo alle Welt von Globalisierung spricht und Informationen, Waren sowie Kapital nichtnationalstaatliche Grenzen ohne jede Schwierigkeiten hinter sich lassen, nicht aber Menschen, die auf der Flucht oder auf der Suche nach einem Arbeitsplatz sind.

Integration ist so alt wie die Menschheit selbst. Die Globalisierung führt aber künftig noch zu einer Ausweitung der Wanderungsbewegung und macht juristische Regelungen dringend notwendig. Wenn wir heute von Integration reden, so kann sie nicht ohne rechtliche und soziale Gleichstellung existieren. Integrationspolitik muss sich zum Ziel setzen, die Spaltung zwischen EU-Ausländern, Nicht-EU-Ausländern und Deutschen zu überwinden.

Wenn wir die Belange der Einwanderungsgesellschaft diskutieren, erscheint es sinnvoll, alle, die damit verbunden sind, in Initiativen und Entscheidungen mit einzubeziehen. Eine solche Politik setzt allerdings eines voraus, die Anerkennung von Nichtdeutschen als mündige Bürger.

Wir brauchen eine interkulturelle Öffnung, die der Wahrung der Menschenwürde derer, die aus welchen Gründen auch immer ihre Heimat verlassen und in der Fremde vorübergehend oder auch dauerhaft ein neues zu Hause suchen, im Auge behält. Einwanderinnen und Einwanderer erleben die Lebensform der Gesellschaft, in die sie einwandern, in der Regel als eine Dominanzkultur, die ihre eigene Lebensform und Lebensweise bestenfalls toleriert, oftmals aber faktisch missachtet und entwertet. Das tut nicht nur weh, sondern das verunsichert, das zersetzt eigene kulturelle Identität und Selbstachtung. Das Recht auf Anerkennung der eigenen authentischen Lebensform, das in einer pluralistischen Gesellschaft eigentlich unbestritten ist, degeneriert so zur bloßen Duldung von Differenz.

Wenn es uns um den Schutz der Menschenwürde eines jeden ernst ist, bedarf es weit mehr als bloßer Toleranz, die uns einander ertragen lehrt, sondern sie fordert Respekt vor der Reichhaltigkeit der anderen Lebenskultur und Lebensform. Dabei geht es nicht um Selbstverleugnen des eigenen oder um Artenschutz des Fremden. In jeder Kultur sind Traditionen eingelagert, die es erschweren, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Solche hemmenden Traditionen müssen erkannt und Schritt für Schritt abgebaut werden. Kritische Nachfragen und Veränderungen sind also durchaus notwendig. Diese Entwicklung muss aber ohne den Verlust der Selbstachtung und ohne Beschämung Betroffener erreicht werden. Dieser Lernprozess muss auf beiden Seiten gewollt sein. So verstehe ich interkulturelle Öffnung.

Ich stimme meinem Kollegen Herrn Ritter zu, wenn er das Prinzip der angewandten Demokratie jeglicher Integrationspolitik, die erfolgreich sein will, zugrunde legt. Demokratie und Menschenrechte besitzen umfassenden Charakter und haben unterschiedliche Dimensionen, nämlich bürgerliche und politische einerseits, wirtschaftliche, soziale und kulturelle andererseits. Sie sind unteilbar. Multikulturelles Miteinander gehört zur Normalität moderner Gesellschaften. Sie geht allerdings zugleich mit erheblichen Herausforderungen für das gesellschaftliche Zusammenleben und die Demokratie einher.

Multikulturelle Einwanderungsgesellschaft und Prozess der Integration haben in der Regel durchaus keinen idyllischen und harmonischen Charakter. Sie gehen vielmehr, dessen sind wir uns bewusst, mit vielfältigen Konflikten und Spannungen einher, die wiederum, stellt man sich darauf nicht ein, den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden können. Solche Gegensätzlichkeiten, Spannungen, Gegnerschaften, Auseinandersetzungen, Streitigkeiten und Kämpfe gibt es in jeder Gesellschaft. Hinsichtlich der politischen Leitlinien zur Integration müssen wir berücksichtigen, dass solche Konflikte an einer sehr unterschiedlichen Intensität zum einen zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den eingewanderten Minderheiten, aber ebenso zwischen den unterschiedlichen Gruppen auf beiden Seiten bestehen.

Je nach struktureller und kultureller Dimension geht es um eine Vielzahl von Interessenskonflikten, um ethnisch-

kulturelle Konflikte und um Konflikte innerhalb bestehender Regeln. Dazu treten Konflikte, die mit sozialer Diskriminierung, aber auch mit Rassismus im Zusammenhang stehen. Die Menge der Konfliktsituationen mit Ausnahme der beiden letztgenannten ist gesellschaftlich nicht per se negativ zu bewerten. Sie sind es nur dann, wenn ein starres Gemeinschaftskonzept zugrunde gelegt wird und faktisch die unveränderte Erhaltung der bestehenden Ordnung im Vordergrund des Interesses steht. Wird aber davon ausgegangen, dass die Gesellschaft selbst durch Unterschiede, Widersprüche und Gegensätze gekennzeichnet ist, dann werden Konflikte eher positiv interpretiert, nämlich als Ausdruck und Element sozialen Wandels und als Beitrag zur Stabilisierung und Integration in der Gesellschaft.

Als Politikerin und Politiker sind wir dazu aufgefordert, für Rahmenbedingungen zu sorgen, damit mit Konflikten gewaltfrei umgegangen wird. Ein fraktionsübergreifendes interkulturelles Minimum könnte meines Erachtens auf der Basis der unteilbaren Menschenwürde, der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit möglich sein. Konfliktregulierungs- und -vermeidungsstrategien wären anzuwenden und weiterzuentwickeln. Stichpunkte dafür wären beispielsweise Konflikttraining, Konfliktberatung und Vermittlung, ebenso Aufklärung, Dialog, Lernprozesse, Öffentlichkeit, individuelle und kollektive Kompetenzförderung. Migration, Integration und multikulturelles Miteinander stellen auch für Pädagogik und politische Bildung eine neue Herausforderung dar.

Ein abschließender Gedanke von zentraler Bedeutung in dem von uns diskutierten Zusammenhang ist die Ausweitung demokratischer Formen der Teilhabe. Es geht beispielsweise um die Erweiterung des Kreises der Wahlberechtigten und ausgeprägtere Beteiligungsmöglichkeiten für alle Mitglieder dieser Gesellschaft, kurz: Es geht um eine Demokratisierung der Demokratie. Solche Prozesse sind geeignet, einen wichtigen Beitrag zur Lösung des komplexen Problems der sozialen Integration zu leisten. Demokratisierung nicht verstanden als Gegensatz zur Effizienz, sondern als Beitrag zu deren Steigerung. Eine Vorbedingung dafür ist eine Gleichwertigkeit zwischen potentiellen Konfliktparteien und deren gemeinsamem Interesse an einer Konfliktlösung. Das wiederum erfordert eine im Vergleich zur gegenwärtigen Praxis veränderte so genannte Ausländerpolitik. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Walther.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/288 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich nicht gefolgt worden.

Wer dem Antrag der Fraktionen der PDS und SPD auf Drucksache 4/259 zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dem vorliegenden Antrag mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 10:** Beratung des Antrages der Fraktion der CDU – Erhalt des 2. Schnellbootgeschwaders Warnemünde, Drucksache 4/262.

**Antrag der Fraktion der CDU:
Erhalt des 2. Schnellbootgeschwaders Warnemünde
– Drucksache 4/262 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Thomas von der Fraktion der CDU.

Reinhardt Thomas, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Eine Kollegin der SPD-Fraktion hat auf der Landtagssitzung am 1. Februar 2001 zur Bundeswehr hier im Hause etwas Interessantes gesagt. Es ging um die Glaubwürdigkeit von Aussagen des eigenen Verteidigungsministers, also eine ganz aktuelle Geschichte: „Aber dennoch haben uns die Entscheidungen überrascht. Als der Bundesverteidigungsminister vergangenes Jahr“ den Standort von „Eggesin besuchte, ...“ – Zwischenruf: „Da hat er gelogen.“ – „... würdigte er die Arbeit, die dort geleistet wird. ... Und auch mit der Schließung des Standortes Stavenhagen ... hat so keiner gerechnet, ... auch ich nicht. Ich bin dort im Kreis zu Hause. ... Denn dort hat er betont, dass soziale und wirtschaftliche Kriterien bei den Standortentscheidungen berücksichtigt“ würden. „Unklar ist ebenso, was mit den vier Standorten Demen, Dranske, Karow und Neustadt-Glewe in Zukunft geschehen wird. Meine Damen und Herren, wir sehen also, es liegen nun zwar die Fakten auf dem Tisch, doch das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. ... Viele Fragen müssen noch geklärt werden. Es muss mit dem Bundesverteidigungsminister nachverhandelt werden ...“

Und ich sage: Richtig, auch beim Thema Schnellboote muss jetzt beim Bundesverteidigungsministerium nachverhandelt werden.

Das, denke ich, genügt zum Thema Glaubwürdigkeit der Aussagen eines Verteidigungsministers. Auch bei Strucks so genannten bitteren Wahrheiten geht es letztlich nur noch um den Rotstift von Hans Eichel. Die Reform der Bundeswehr ist eine verkorkste Reform, weil in Ermangelung von aktuellen verteidigungspolitischen Richtlinien kein vernünftiges und tragfähiges Sanierungsprogramm für die Reform der Bundeswehr entwickelt wurde. Mit Peter Strucks heutigen verteidigungspolitischen Richtlinien werden sicherheitspolitisch nur die finanziellen Vorgaben von Eichel legitimiert.

Peter Struck sagte im Januar im „Loyal“: „Da an Deutschlands Grenzen in absehbarer Zeit keine gegnerischen Panzerarmeen zu erwarten sind, gilt es, die Bundeswehr nach der Wirklichkeit heutiger Einsätze, ihrer Hauptaufgabe, mit Waffen und Ausrüstung zu versehen.“ Zur Wirklichkeit heutiger Einsätze gehören Schnellbooteinsätze am Horn von Afrika genauso wie Anforderungen der NATO zum Einsatz in Marineverbänden sowie die Unterstützung osteuropäischer Staaten zur Integration ihrer Bootsflotten in die NATO-Verbände.

Während der Flottenchef Mitte Dezember vorigen Jahres anlässlich der Auflösung des 5. Schnellbootgeschwaders vor einer weiteren Schwächung unserer Marine warnte, sondert Peter Struck mal eben zehn moderne Schnellboote der Albatros-Klasse unter dem Vorwand der Betriebskostenreduzierung aus. Von ehemals 40 Schnell-

booten mit einer durchschnittlichen Dienstzeit von 30 Jahren verfügt unsere Marine danach nur noch über 10 Boote insgesamt, und das vor dem Hintergrund weltweiter Konflikte, Krisenherde und neuer Bedrohungsszenarien, bei denen die deutsche Marine auf den Einsatz dieser spezialisierten Schnellboote nicht verzichten kann. Mit der Wirklichkeit heutiger Einsätze hat Strucks Entscheidung also nichts zu tun. Das ist ein konzeptloses weiteres Zusammenstreichen nach den Vorgaben von Hans Eichel.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Strucks neue verteidigungspolitische Richtlinien entpuppen sich real als 6-Milliarden-Euro-Sondersparprogramm bis 2006 für die Bundeswehr. Das aber heißt Reduzierung um jeden Preis ohne strategische Neuausrichtung, für die natürlich das Geld fehlt. Und gerade das ist es, was uns Sorgen macht im Hinblick auf unsere Standorte, die bis heute noch als sicher galten, wozu ja auch der Flottenstützpunkt in Warnemünde gehört. Die weder militärisch noch finanziell begründete vorzeitige Aussonderung der Schnellboote der 143er-Klasse bis Ende 2005 kann der Anfang vom Ende des einzigen ostdeutschen Flottenstützpunktes sein.

(Beifall Ilka Lochner-Borst, CDU)

Diese Entscheidung ist auf jeden Fall schon das Ende des besonderen Status der Bootsmarine, deren Rückgrat die Schnellbootflottille war und deren Rest jetzt in Warnemünde liegt.

Die vorgegebene Betriebskosteneinsparung macht keinen Sinn, weil die militärischen Aufgaben von den 10 verbleibenden Schnellbooten dennoch gelöst werden müssen. Beide Geschwader waren in der Vergangenheit voll ausgelastet, das muss jetzt ein Geschwader allein leisten. Das heißt höhere Betriebskosten für die verbleibenden Schnellboote, höherer Verschleiß und damit verkürzte Werftliegezeiten mit entsprechend höheren Kosten. Das sind aus meiner Sicht die üblichen Milchmädchenrechnungen, die als Vorwand dafür herhalten müssen, dass einfach gestrichen wird. Das ist das Zusammenstreichen ohne Sinn und Verstand, zumal 8 Boote der 143er-Klasse ihre 3 Millionen Euro teuren Werftliegezeiten erst vor kurzem hinter sich gebracht haben.

Die Planung, die bisher bestand – wie gesagt, mit dem für die Marine schmerzlichen Verlust des 5. Schnellbootgeschwaders Olpenitz im Dezember vorigen Jahres –, sah vor, dass die zehn modernisierten Boote der Albatros-Klasse 143 mit dem Zulauf von zwei Korvetten im Jahre 2007 und drei Korvetten im Jahre 2008 schrittweise außer Dienst gestellt werden. Deshalb die Werftliegezeiten der acht Schnellboote mit dem Kostenpunkt von 24 Millionen Euro, übrigens zwei zuletzt in Rostock und ein Boot liegt noch in der Werft, auch in unserem Land.

Die Besatzung der Schnellboote sollte schrittweise und werftbegleitend für ihren Einsatz auf den Korvetten vorbereitet werden. Diese Zeitschiene – und das ist ganz klar – kann nun nicht mehr eingehalten werden nach der Entscheidung von Peter Struck. Die Aussonderung der zehn Schnellboote der 143er-Klasse bis Ende 2005 bedeutet, dass zwei Boote sofort außer Dienst gestellt werden, deren Wertzeiten für Anfang dieses Jahres geplant waren. In diesem Tempo wird es, so müssen wir fürchten, weitergehen. Wir können bei den unkalkulierbaren Streichkonzepten dieses Ministers froh sein, wenn Anfang 2005 noch ein Schnellboot der 143er-Klasse im Dienst ist.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Strucks Hinweis auf die eventuelle vorzeitige Auslieferung der Korvetten ist nur eine Beruhigungsspielle für diejenigen, die nach den bitteren Erfahrungen der Standortschließungen auch hier im Land – und da hat ja die SPD auch ihre negativen Erfahrungen gemacht – immer noch die Lage völlig verkennen. Es gibt eindeutige Verträge für die Zeitschiene und im Übrigen hat Peter Struck gar nicht das Geld, um diese Korvetten vorzeitig bauen zu lassen. Das ist also nicht akzeptabel und auch nicht glaubwürdig.

Wir verlieren also mit Sicherheit bis Ende 2005 – wahrscheinlich aber viel früher – 400 Dienstposten und nachfolgend 40 Dienstposten der Unterstützungsgruppe. Auf den Prüfstand kommen weitere 40 Dienstposten des zweiten Tenders sowie Dienstposten auf den Schleppern und dem Marinearsenal, übrigens ein Thema, was wir schon einmal in diesem Parlament hatten. Das sind insgesamt 500 Dienstposten. Das aber sind die Dienstposten, die unserer Region und dem Land etwas bringen, wie Werftaufträge, Handwerker- und Serviceleistungen sowie natürlich Ausrüstungen für längere Seetörne. Diese Dienstposten sind im Übrigen auch nicht mit denen der Aufstockung im Marineamt Rostock zu vergleichen, geschweige denn zu kompensieren.

Der Verlust von diesen 500 Dienstposten ist für Warnemünde, ist für die Region, aber auch für unser Land eine herbe Katastrophe. Praktisch wird das so aussehen, dass die zehn Boote der verbleibenden 143er-Alpha-Klasse sehr schnell die Aufgaben der ausgesonderten Boote mit übernehmen, gleichzeitig aber das Personal für die Korvetten stellen müssen. Statt des Einsatzes bis 2014 dürfte das – verbunden mit der höheren Belastung – mit Sicherheit die vorzeitige Außerdienststellung bis Ende 2008 zur Folge haben. Dann haben wir in Warnemünde Ende 2008 nur noch fünf Korvetten und einen Tender liegen. Das wiederum muss bei Leuten wie Hans Eichel und den unkalkulierbaren verteidigungspolitischen in Berlin die Frage nach sich ziehen:

(Torsten Koplin, PDS: Die haben doch ihre Leute, Mensch!)

Ist der Flottenstützpunkt Warnemünde überhaupt noch ausgelastet? Damit aber wird nicht nur die Auslastung des Flottenstützpunktes Warnemünde in Frage gestellt, sondern die Existenzberechtigung dieses einzigen ostdeutschen Flottenstützpunktes.

Nach den Erfahrungen, die unser Land bisher machen musste, ist das sehr realistisch, um nicht zu sagen, genau das ist vielleicht schon heute von Peter Struck so gewollt und langfristig eingeplant. Wir haben hier in diesem Parlament auch in den vorhergehenden Anträgen garantiert unterschiedliche Auffassungen zur Bündnisfähigkeit unseres Landes in der NATO, aber ich glaube, darauf kommt es nun wirklich nicht mehr an. Niemand weiß, was nach dem gesicherten Bau der fünf Korvetten den Streichlisten noch zum Opfer fallen wird. Wir müssen uns vor dem Hintergrund der allseits negativen Folgen dieser Entscheidung und der drohenden Gefahr für den gesamten Flottenstützpunkt Warnemünde gemeinsam aus meiner Sicht dafür stark machen, dass erstens die Entscheidung zum vorgezogenen Aussondern der zehn Schnellboote der 143er-Klasse zurückgezogen wird und zweitens die bis zum 21. Februar 2003 bestehende Planung für die Indienststellung der fünf Korvetten der 130er-Klasse mit

Stützpunkt Warnemünde bei gleichzeitiger Aussonderung der zehn Schnellboote eingehalten wird. Das heißt zwei Korvetten 2007, drei Korvetten 2008. Die mit dieser Planung verbundene Ausbildung und Übernahme der Schnellbootbesatzungen für den Einsatz auf den fünf Korvetten soll ebenfalls eingehalten werden.

Der gestrige Artikel in der OZ „Schnellbootfahrer schieben Dienst in Bayern“ ist doch das letzte SOS der deutschen Marine, deren Handlungsunfähigkeit politisch mit den heutigen Entscheidungen, mit den Entscheidungen vom Februar eingeläutet wurde. Wer seine Marine – und ich sage das einmal so salopp – so absaufen lässt, riskiert nicht nur die Bündnisfähigkeit innerhalb der NATO, der riskiert die Sicherheit seiner eigenen Bevölkerung, der ist ein Risiko für die regionale Wirtschaftskraft, die an der Küste immer etwas mit der Marine zu tun hat und auch weiterhin zu tun haben wird.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich bitte Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Koalition, wenigstens vor diesem Hintergrund der Gefahr für den Flottenstützpunkt Warnemünde, dem sicheren Verlust von 500 Dienstposten und wegen der äußerst negativen Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft unserer Region, unseres Landes dieses Mal unserem Antrag zuzustimmen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart worden. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erstes hat das Wort der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Leider müssen wir uns heute zum wiederholten Male mit einem populistischen Antrag der CDU beschäftigen,

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh!)

der unter dem Motto steht: Hauen wir mal kräftig drauf auf die Bundesregierung und verunsichern wir mal wieder unsere Bevölkerung! Unterstellen wir unserer Landesregierung mal wieder, sie würde nicht handeln und bräuchle erst die Aufforderung der Opposition!

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Werter Herr Kollege Thomas, wenn Sie zum Wecken trompeten, sind wir schon längst bei der Arbeit, das sollten Sie doch inzwischen gemerkt haben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Heiterkeit bei Jörg Heydorn, SPD –
Reinhardt Thomas, CDU:
Aschermittwoch ist vorbei!)

so auch im Falle der Schnellboote, Herr Kollege.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist doch nicht zu fassen nach den Pleiten, die wir erlebt haben!)

In der Tat hat der Verteidigungsminister die Außerdienststellung eines Schnellbootgeschwaders bis zum

Ende des Jahres 2005 angekündigt, während die ersten Korvetten erst ab 2007 zulaufen. Dass hier eine zeitliche Lücke klafft, die zu einem zeitweisen Abzug von Personal führen kann, ist allen Beteiligten klar. Sie haben die Pressemitteilung von Herrn Struck gelesen. Ich bezweifle sie nicht, denn er legt ausdrücklich fest: Wir werden versuchen, die Korvetten ein Jahr früher in Dienst zu stellen.

(Reinhardt Thomas, CDU: Was habe ich denn zu Eggesin gesagt?)

Wir haben inzwischen einen neuen Verteidigungsminister, Herr Kollege, falls Sie das noch nicht mitbekommen haben.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der CDU –
Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der PDS –
Zurufe von Lorenz Caffier, CDU,
und Reinhardt Thomas, CDU)

Hinsichtlich einer flexiblen Gestaltung des Überganges laufen derzeit intensive Gespräche zwischen der Landesregierung und dem Verteidigungsministerium. Ich denke, man wird hier zu einer für alle Seiten akzeptablen Lösung kommen. Das in Ihrer Antragsbegründung ausgemalte Szenario einer Gefährdung des Flottenstützpunktes Warnemünde, werter Kollege Thomas, ist jedoch nicht nur absurd, sondern geradezu eine vorsätzliche Irreführung der Öffentlichkeit.

(Gesine Skrzepski, CDU: Oh, oh!)

Die mittel- bis langfristige Planung der Bundeswehr, die mir übrigens von hohen Marineoffizieren vorgetragen wurde, sieht umfangreiche Investitionen in die Infrastruktur des Standortes Warnemünde vor. Unter anderem ist eine Vertiefung des Hafens, der Bau eines neuen Piers und eines Munitionsumschlagplatzes geplant. Dies geschieht ausdrücklich vor dem Hintergrund, dass die Schnellbootflottille langfristig in eine Korvettenflottille umgebaut werden soll, die dann aus insgesamt 15 Korvetten besteht, aus 15 hochmodernen Korvetten. Das heißt, wenn aus jetzt 20 Schnellbooten mit insgesamt 800 Mann Besatzung langfristig 15 Korvetten mit dann 975 Mann Besatzung werden, gibt es in Warnemünde sogar einen Personalaufwuchs. Von einer Gefährdung des Standortes kann also überhaupt gar keine Rede sein!

(Gesine Skrzepski, CDU: Ich glaube das nicht.)

Im Sinne einer seriösen Debatte zu dem wichtigen Thema wäre es sicherlich sehr hilfreich, Herr Kollege Thomas, wenn Sie sich künftig um eine Vertiefung Ihrer Sachkenntnis bemühen, bevor Sie eine unsinnige und unverantwortliche Standortdiskussion lostreten. Die SPD-Fraktion wird den Antrag ablehnen, da sein Anliegen bereits Gegenstand des Regierungshandelns ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD
und einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Als Nächstes hat das Wort der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion der PDS.

Peter Ritter, PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist ein Ergebnis der Bundeswehrstrukturreform, über die wir vor zwei Jahren hier debattiert haben, dass am Ende mehr Dienstposten im Land Mecklenburg-Vorpommern übrig geblieben sind als zu Beginn dieser Reform. Ich habe das Gefühl, dass das

bei der jetzigen Etappe dieser Bundeswehrreform auch so sein wird, Kollege Nieszery hat ja die Zahlen genannt. Insofern habe ich natürlich auch meine Probleme mit der Beschreibung des Hintergrunds dieses Antrages, aber ich habe natürlich, das wird Sie nicht verwundern, auch noch einige andere Probleme mit dem Inhalt oder dem weitergehenden Inhalt dieses Anliegens.

Bundesverteidigungsminister Struck meint, dass die Sicherheit der Bundesrepublik künftig auch am Hindukusch verteidigt wird. Es wird Sie nicht verwundern, dass ich dieser angeblichen Verteidigungslogik nun überhaupt nicht folgen kann. Und man kann dem auch nicht folgen, wenn man das Grundgesetz ernst nimmt. Dort heißt es im Artikel 87 a: „Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf.“ Und im Artikel 115 a heißt es: „Die Feststellung, daß das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht (Verteidigungsfall), trifft der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates.“ Also nichts mit deutschen Sicherheitsinteressen am Hindukusch oder anderswo. Und dann heißt es noch im Artikel 25 des Grundgesetzes: „Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes.“ Und ich glaube, auch das Völkerrecht orientiert am Frieden und dem Ausschluss von militärischer Gewalt.

(Dr. Gerhard Bartels, PDS: So ist es.)

Das alles zählt aber nicht, wenn man seine eigene Sicherheit weit weg von zu Hause, nämlich am Hindukusch, gefährdet sieht.

Wenn nun aber eine Umorientierung dieses Streitkräfteauftrages geplant wird, kommt man um eine Umstrukturierung der Streitkräfte selbst nicht umhin. Das heißt also, Mannschaften, Waffen und Standorte müssen den neuen Bedingungen angepasst werden, ob mir das nun passt oder nicht, aber das ist nun mal einfach Tatsache. Und wenn dann, wie jetzt auch noch, beim Bundesverteidigungsminister mächtig gespart werden muss, geht das natürlich nicht ohne Konsequenzen, das ist völlig klar. Und genau hier beginnt dann das Dilemma der CDU. Auch die CDU will überall auf der Welt deutsche Interessen verteidigen, besser gesagt, verteidigen lassen. Sie will dazu die modernsten Waffen, sie will aber offensichtlich die alten Standortstrukturen beibehalten. Und sie sagt nicht, wie das alles bezahlt werden soll. Und da kann man noch viel mehr Seiten Begründungstext schreiben und militärisches Pseudowissen vortauschen, an diesen Tatsachen kommt auch die CDU hier im Land nicht vorbei.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, die PDS hat schon bei den Debatten um die Bundeswehrstrukturreform vor zwei Jahren darauf aufmerksam gemacht, dass es sich erstens damals um die erste Stufe dieser Reform gehandelt hat, zweitens weitere Stufen wie die jetzige folgen werden und drittens die Landesregierung gut beraten ist, Vorsorge zu treffen. Vorsorge aus Sicht der PDS heißt aber nicht, um vermeintlich verloren gegangene Standorte zu trauern. Vorsorge heißt aus unserer Sicht, ein umfassendes Konversionskonzept zu erarbeiten und umzusetzen. Und auch hier sieht sich die PDS bestätigt.

Die Landesregierung ist also gut beraten, den Beschluss des Landtages vom Monat Januar diesen Jahres zur Erarbeitung der Konversionsleitlinien zügig umzusetzen und in ihren Anstrengungen gegenüber der Bundesregierung zur Einforderung umfassender Bundeshilfen

nicht nachzulassen. Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer über den Sicherheitsinteressen am Hindukusch sein eigenes Hinterland vergisst, erleidet Schiffbruch. Deswegen lehnen wir den Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort noch einmal der Abgeordnete Thomas für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Thomas.

Reinhardt Thomas, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ging ja bei Ihnen alles sehr schnell: 500 Dienstposten werden mal eben in zwei Minuten abgehandelt.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Ich muss schon sagen, das ist ziemlich starker Tobak. Wer glaubt, dass die 15 Korvetten nicht mehr in Frage gestellt werden können, der ist nicht nur blauäugig, sondern im höchsten Grade naiv.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Und, Herr Kollege, ich muss Ihnen mal eines sagen: Von einem Herrn wie Ihnen muss ich mir nicht Vertiefung meiner Sachkenntnisse vorwerfen lassen, vor allen Dingen nicht nach so einer Rede, denn die war unter aller Würde,

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

ohne jede Sachkenntnis! Früher haben wir dazu bei der Seefahrt gesagt: Blabla! Um das auch mal deutlich zu sagen, Sie können mit mir gerne sachlich argumentieren, aber was unter der Gürtellinie ist, das muss auch mal klargestellt werden!

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS –
Dr. Norbert Nieszery, SPD: Wann denn?)

Und, Herr Ritter, zu unserem Pseudowissen beim Thema Bundeswehr: Unsere Befürchtungen sind doch leider zu hundert Prozent eingetroffen. Lassen wir doch mal den politischen Streit weg! Das Entscheidende ist doch, was für uns dabei herauskommt. Und das war doch bisher total negativ. All das, was wir befürchtet haben, ist doch eingetreten. Und wenn ich mir diesen Artikel durchlese, Sie sagen etwas zum Pseudowissen, da sagt ein Herr Rainer Kümpel: „Es sollte so geregelt werden, dass es möglichst wenig Auswirkungen auf Ausbildung und Seefahrt hat.“ Es geht um die Einsätze in Bayern. Und dann: „Es ist sichergestellt, dass jeder, der zu den Minensuchern oder Schnellbooten geht, auch Wasser sieht“, sagt Kümpel.“ Na, das ist ein wirkliches Fachwissen!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Worüber diskutieren Sie jetzt, Herr Thomas? –
Alexa Wien, PDS: Wer ist Kümpel?)

Und da fragt man sich wie 1989: Von wem werden wir eigentlich in diesem Lande registriert?

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Worüber diskutieren wir jetzt, Herr Thomas? –
Zuruf von Dr. Gerhard Bartels, PDS)

Zu unserem Antrag gehört – und das kann ich Ihnen nicht ersparen – auch ein Rückblick. Nach der Unionsnie-

derlage bei der Bundestagswahl 1998 trat Rudolf Scharping, den wir ja alle kennen, sein Amt an. Bedingung war, sein Ressort von Etatumschichtungen zu verschonen, also von Einsparungen zu Lasten des Wehretats. Diese Haltung brachte Scharping Sympathien und Respekt bei der Truppe ein. Aber dann folgte der tiefe Vertrauensbruch, nachdem er auf die Spar-die-Bundeswehr-kaputt-Politik letztendlich umgeschwenkt war. 1999 verkündete Scharping die Einsparung von 3,5 Milliarden DM im Wehretat. In den nächsten vier Jahren sollten es insgesamt 18,6 Milliarden DM werden. Damit fiel das reiche Deutschland beim Anteil der Verteidigungsausgaben innerhalb der NATO-Staaten auf Platz 17 zurück – von 19 NATO-Staaten! Peinlich, peinlich!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Oh Gott!)

Circa 80.000 Arbeitsplätze stehen in der Hightechbranche in Deutschland damit auf dem Spiel.

Am 15. September 1999 unterzeichnete Rudolf Scharping den Vertrag „Innovation, Investition und Wirtschaftlichkeit in der Bundeswehr“. Statt vernünftiger Privatisierung, das haben wir übrigens hier auch angesprochen, bestehender Instandsetzungs- und Serviceeinrichtungen erhielten Großkonzerne den Zuschlag zum Nachteil unseres Landes. Langfristig stehen mit diesem Vertrag auch 2.000 bis 3.000 technisch anspruchsvolle Arbeitsplätze in unserem Land, in Mecklenburg-Vorpommern, auf dem Spiel. Und wenn das für Sie nur eine kurze Rede von drei Minuten wert ist, dann ist das natürlich Ihr Problem.

(Beate Mahr, SPD: In der Kürze liegt die Würze. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Es kommt ja darauf an, was man sagt.)

Der Auftraggeber Bundeswehr vergab mit diesem Vertrag, also mit Steuergeldern, ein Monopol zum Nachteil von Arbeitsplätzen im Land und zum Nachteil der Sicherheit an Großkonzerne.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Den CDU-Antrag vom 29. März 2000, sich nicht den Sparplänen von Scharping zu beugen, lehnten Sie ab und damit auch unsere Aufforderung, sich beim Bund für den Erhalt der Bundeswehrstandorte bei Marine, Heer und Luftwaffe stark zu machen.

Am 11. Oktober 2000 stellte Rudolf Scharping die „Grobplanung für die Neuausrichtung in der Bundeswehr“ vor, wie es so schön hieß. Zuvor hatte Frankreich Mitte 2000 in Sintra vor dem Hintergrund der realen und zukünftigen Bedrohung vorgeschlagen, dass jedes EU-Land mindestens 0,7 Prozent seines Bruttosozialproduktes allein für die Verteidigungsinvestitionen aufwenden solle. Rudolf Scharping spricht zur gleichen Zeit von einer Investitionslücke von 20 Milliarden DM für die notwendige Modernisierung und Investition bei der Bundeswehr. Experten sagen, da brauchen wir 30 Milliarden DM.

Um die zukünftigen Verpflichtungen innerhalb der NATO, deren Partner von Deutschland schon damals einen angemessenen Wehretat forderten, erfüllen zu können, forderte die Union mittelfristig die Anhebung des Verteidigungshaushaltes auf 50 Milliarden DM bis 2003, danach auf 54 Milliarden DM in den folgenden Jahren. Trotz der Forderung der NATO-Partner nach einem angemessenen Wehretat sollte nach Scharpings Plänen der Verteidigungshaushalt in Deutschland weiter sinken.

Ausgehend von der damaligen sicherheitspolitischen Bedrohungsanalyse sollte die Bundeswehr nicht unter 300.000 Mann runtergefahren werden. Voraussetzung für die Bündnisfähigkeit innerhalb der NATO waren und sind die Modernisierungs- und Investitionsmaßnahmen für diese 300.000-Mann-Armee. Geplant waren 200.000 Mann Heer, 75.000 Mann Luftwaffe und 25.000 Mann Marine. Das war und ist aus der Sicht der Verbündeten und aus unserer Sicht die Stärke der zukünftig modernisierten Bundeswehr.

Für Mecklenburg-Vorpommern ging es um sehr viel. Von 21.490 Dienstposten in 30 Standorten sollten nur 17.600 in 24 Standorten übrig bleiben. Mitte Dezember 2000 lehnten Sie, meine Damen und Herren der Koalition, unseren Antrag „Strukturreform der Bundeswehr“ hier im Hause ab.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut, das verstehe ich.)

Am 1. Februar 2001 ging es mit dem Antrag „Pläne der Bundesregierung zur Strukturreform der Bundeswehr“ schwerpunktmäßig, wie wir uns alle erinnern können, um Vorpommern. Am 7. Juni 2000 sagte Rudolf Scharping im Bundestag: „Nein, es gibt ein ganz klares Prinzip, das zuverlässig eingehalten wird: Die Kleinststandorte mit weniger als 50 Dienstposten werden auf ihre militärische Notwendigkeit überprüft. Bei allen anderen 439 Standorten wird es oberste Priorität sein, zu prüfen, wie sie wirtschaftlicher geführt werden können, statt eine dumme Politik der Standortauflösung zu betreiben.“ Was war das also in Mecklenburg-Vorpommern? Das war eine dumme Politik der Standortauflösung. „Sie schädigt die Verankerung der Bundeswehr in der Fläche, sie schädigt die regionale Wirtschaftskraft ...“ Richtig, diesen Worten hätten eigentlich Taten folgen müssen!

Unser nächster Antrag „Folgen der Umsetzung der Bundeswehrstrukturreform für das Land Mecklenburg-Vorpommern“ vom 21. Februar 2001 wurde allerdings nicht sofort abgelehnt. Er schmorte dafür fast anderthalb Jahre im Innenausschuss. Am 7. März 2001 war hier im Parlament von Harald Ringstorff zu hören: „Fakt ist, Mecklenburg-Vorpommern wird als Ganzes durch die Reform nicht benachteiligt.“ Weiter nach dem Verweis auf vorherige Kürzungen: „Jetzt wird die Stellenzahl von gut 20.000 auf 17.600 zurückgeführt. Das ist ein Minus von 12 Prozent und im Übrigen auch im Ländervergleich ein unterproportionaler Rückgang.“ Und ich ergänze, es ging um 21.490 Dienstposten, die gesenkt werden sollten auf 17.600.

Mit dem Länderdurchschnitt waren damals 14 Prozent gemeint, also so groß war der Unterschied gar nicht. Entscheidend aber für das, was Scharping am 7. Juni 2000 im Hinblick auf die regionale Wirtschaftskraft sagte, ist der Vergleich im Norden. Also nehmen wir mal Schleswig-Holstein: 50.000 Soldaten. Wir hatten mal 23.000. Bei der Auftragsvergabe der Bundeswehr lag Schleswig-Holstein bei 11,6 Prozent, wir nur bei 2,7 Prozent. Beim Wert der Aufträge lag Schleswig-Holstein bei 5 Prozent, während wir nur bei 1,1 Prozent lagen. Das sind die entscheidenden Auswirkungen auf die regionale Wirtschaftskraft, die für Mecklenburg-Vorpommern eben so verheerend sind. Und aus diesem Grunde haben wir diese Anträge hier immer eingebracht, aber das interessiert offenbar in dieser Koalition überhaupt niemanden.

Die Reform von Peter Struck zur Bundeswehrreform von Rudolf Scharping muss sehr kritisch betrachtet wer-

den. Gerade deshalb sollten wir die gemeinsamen negativen Erfahrungen zum Anlass nehmen und uns gemeinsam wehren. Diese Chance haben wir hier in diesem Parlament wieder vertan und ich habe nicht einen Fakt in den beiden Reden gehört. Aber bitte nicht so wie beim Antrag vom 21. Februar 2001, so ähnlich ging es ja heute, der am 27. Juni 2002 hier im Parlament, also nach anderthalb Jahren, abgelehnt wurde.

(Peter Ritter, PDS: Heute lehnen wir den wieder ab.)

Da war schon alles zu spät. Der Rest war Wahlkampf, wie der damalige Zwischenruf von Frau Peters bestätigte: „Dann stimmen wir über den Antrag ... ab und dann hat sich das.“

(Angelika Peters, SPD: Genau, Herr Thomas. – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, so machen wir das.)

Ja, dann hat sich das allerdings auch für dieses Land unter dieser Regierung!

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ach was!)

Ich hoffe, das ist Vergangenheit, aber es scheint so zu sein, dass das bis 2006 in diesem Parlament hier so weitergeht. Die Auflösung des 143er-Schnellbootgeschwaders ist nur ein Beispiel dafür, dass es nicht um Reformen zur Aufrechterhaltung der Handlungs- und Bündnisfähigkeit auch unter Berücksichtigung des 11. September 2001 geht, sondern nur um Streichkonzepte, gegen die wir uns eigentlich gemeinsam hätten wehren sollen.

Gestrichen hat Struck zum Beispiel auch 13 A400M-Transportflugzeuge, fast 600 Luftraketen für den Eurofighter für kürzere Reichweiten, fast 900 Meteor-Raketen für größere Reichweiten und statt der 220 Tiger-Kampfhubschrauber bekommt das Heer nunmehr 80. Das ist die neue strategische Ausrichtung, von der Struck spricht, aber da wird auch schon gestrichen. Genauso wird bei der Schnellbootflottille gestrichen und genauso soll es nach den Vorstellungen der Grünen-Chefin Angelika Beer weiter bei der Bundeswehr gehen, also weiter gestrichen werden. Überschrift in der „Ostsee-Zeitung“ vom Wochenende: „Standort-Frage kann Wehrpflicht nicht legitimieren“. Zitat: „Wir halten eine Größenordnung von 200.000 Soldatinnen und Soldaten für die Bundeswehr der Zukunft für real.“

Am 20. Februar 2003 sprach Peter Struck noch von einer Bundeswehr mit 285.000 Mann, davon 77.000 Wehrpflichtigen. Zehn Tage später, am 2. März 2003, fand er die Idee einer 240.000-Mann-Truppe mit nur noch 30.000 Wehrpflichtigen sehr gut. Dann kommt die Grünen-Chefin Angelika Beer mit der 200.000-Mann-Armee. Was ist denn das für eine Glaubwürdigkeit? Fällt denen das denn nicht selbst auf? Das heißt aber für uns:

Erstens. Wir können keinem Verteidigungsminister in dieser Bundesregierung glauben, weil jede Woche sprichwörtlich eine andere Sau durch das rot-grüne Hauptstadtdorf getrieben wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Gabriele Schulz, PDS: Na, na, das ist starker Tobak!)

Zweitens. Es geht um weitere Standortschließungen in diesem Lande.

Drittens. Kein Standort ist zukünftig mehr sicher, auch nicht der Flottenstützpunkt Warnemünde.

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Das ist eine schöne Illusion, die Sie haben. Schön wäre es, wenn es dann so wäre.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie können auch alles kaputtreden.)

Viertens. Es werden nur Standorte geschlossen, wo seitens der Landesregierung der geringste Widerstand zu erwarten ist. Und Ihre beiden Reden waren nicht nur der geringste Widerstand,

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sie reden alles kaputt, Herr Thomas!)

das war null.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Obwohl die Bundesmarine deutliche Vorleistungen erbracht hat, soll munter weitergestrichen werden. Die Entwicklung der Marine – und das müssen Sie sich auch einmal anhören – von 1990 bis 2003 sieht wie folgt aus:

- Reduzierung des gesamten Schiffs- und Bootsbestandes von 189 auf 113 Einheiten,

(Beate Mahr, SPD: Ich denke, wir sprechen jetzt von den Schiffen.)

- Reduzierung des Luftfahrzeugbestandes von 197 auf 114,
- Auflösung des Marinesicherungsregimentes und Reduzierung auf zwei Kompanien,
- Auflösung der Flottille der Marineführungsdienste,
- Abgabe der 3 Marinesanitätsabschnitte mit 17 Standortsanitätszentren, übrigens etwas sehr Schmerzliches für dieses Land,
- bei der Marinelogistik Auflösung der drei Marineunterstützungskommandos, Reduzierung der Stützpunktkommandos von zehn auf fünf,

(Zurufe von Beate Mahr, SPD, und Dr. Martina Bunge, PDS)

Schließung aller Auslandsdepots, und das bei dieser internationalen Situation, Reduzierung der drei Marinetransportbataillone auf zwei Kompanien/ein Zug

(Unruhe bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

- und bei den Schulen Reduzierung von acht auf sieben – Sie brauchen nicht nach der Uhr zu sehen, wenn Ihnen nichts weiter zu diesem Thema einfällt, ist das peinlich genug –, selbständige Lehrgruppen von fünf auf eine und Abgabe der Fahrschule an die Streitkräftebasis.

Nach der Bundeswehrreform 2000 verbleiben zukünftig 16 Fregatten und Zerstörer, 12 U-Boote von 24, 15 Korvetten für 40 Schnellboote, 22 Minenabwehrboote von 54, 11 Unterstützungseinheiten, 3 Seetransporter, 3 Flottendienstboote, 50 Jagdbomber von ehemals 105, 12 Seefernaufklärer und 38 Hubschrauber. Das sind Auswirkungen, die sich an der Küste wirtschaftlich mehr als stark bemerkbar machen, und das ist auch der Hintergrund für diesen Antrag. Nach dem „Marine-Konzept 2005“, da gab es ja mal einen vernünftigen Kompromiss, sollten mindestens 20 bis 26 Schnellboote einschließlich der Korvetten

verbleiben, das heißt 5 bis 11 Schnellboote weiter und langfristig in Warnemünde.

Diese Planung ist mit der Auflösung des 5. Schnellbootgeschwaders Olpenitz schon verworfen worden. Anlässlich der Auflösung dieses Schnellbootgeschwaders warnte der Flottenchef am 16. Dezember vor einer weiteren Schwächung der Flotte. Und wenn ein Flottenchef in Deutschland in die Medien geht, dann ist das schon sehr extrem. Das müssen Sie sich einmal zu Gemüte führen, Zitat: „Die Bedeutung der Marine mit ihren See- und Luftstreitkräften habe zugenommen. Da sei es nicht angebracht, weitere Schiffe außer Dienst zu stellen und geplante Neuanschaffungen zu streichen.“ Die fürchten das nämlich, die fürchten das auch bei den Korvetten, an die Sie hier so glauben. Die beiden in Warnemünde stationierten Geschwader mit 20 Booten gehören zu der modernen Albatros- und Gepard-Klasse mit EXOCET und RAM-Flugkörpern. Der Vizeadmiral ahnte damals wohl Eichels Spardruck. Sie sind ja noch so blauäugig, Sie ahnen überhaupt nichts.

(Angelika Peters, SPD: Braune Augen haben die.)

Deshalb warnte er vor dem Hintergrund der bestehenden und zukünftigen Krisenherde und der wachsenden Bedrohung in der Welt vor einer Verkleinerung der Marine. Die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus hat die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verwischt. Die Kräfte zum Schutz der inneren und äußeren Sicherheit müssen langfristig verzahnt werden und dazu gehört der Einsatz der Schnellboote zur Terroristenbekämpfung am Horn von Afrika genauso

(Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

wie deren Einsatz in unseren Küstenregionen in der Nord- und Ostsee und innerhalb der NATO-Verbände.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Ende des Jahrzehnts werden 90 Millionen Tonnen Öl im Jahr durch die Kadetrinne transportiert. Die Schnellboote zum Beispiel wären prädestiniert, solche Tankerflotten auch vor terroristischen Angriffen zu schützen. Warnemünde ist dafür der ideale Standort, weil er in der Nähe der Kadetrinne liegt.

Ich glaube Ihnen, dass Sie keine Argumente hören können, denn Sie haben ja keine Argumente.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD –
Peter Ritter, PDS: Sie haben ja keine Argumente.
Sie reden schon 20 Minuten, ohne etwas zu sagen. – Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Mit der von Peter Struck geplanten Aussonderung von weiteren zehn Schnellbooten verliert die Marine nicht nur die erforderlichen und in der NATO gefragten militärischen Fähigkeiten, sondern die Wirtschaft auch Wissen und Technologien.

(Zuruf von Beate Mahr, SPD)

Fakt ist, uns gehen 500 Dienstposten verloren bei dieser Planung, und Fakt ist auch,

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

dass bei der ungünstigsten Planung in Warnemünde nur noch fünf Korvetten und ein Tender liegen.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Fakt ist damit ebenfalls, dass dieser Flottenstützpunkt in Frage gestellt wird.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD:
Das ist nicht wahr, Herr Thomas!)

Und was einmal abgebaut wurde, ist weg, meine Damen und Herren, das wissen Sie genauso gut wie ich. Umso schlimmer ist es aus meiner Sicht, ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter, kommen Sie zum Schluss.

Reinhardt Thomas, CDU: Danke, ich komme zum Schluss.

(Beifall Heinz Müller, SPD)

... dass Sie diesen Antrag wieder mit so schlichten Argumenten ablehnen.

Herr Müller, wenn Sie zu der Ablehnung eines Antrages noch so Beifall klatschen

(Heinz Müller, SPD: Ich habe Beifall geklatscht, weil Sie angekündigt haben, zum Schluss zu kommen. – Heiterkeit bei einzelnen Abgeordneten der SPD und PDS – Zuruf von Angelika Peters, SPD)

und vor allen Dingen für solche Reden Ihrer Kollegen auch noch Verständnis haben, dann, muss ich Ihnen sagen, sind wir wirklich auf einem Niveau in diesem Parlament angelangt, was nicht mehr unser Niveau ist.

(Angelika Peters, SPD: Das bestimmen Sie nicht mit Ihrer Rede.)

Das mag Ihr Niveau sein, wir bleiben auf unserem. – In diesem Sinne danke, auch für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter Thomas.

Es hat jetzt das Wort der Innenminister des Landes Herr Dr. Timm. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Gottfried Timm: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es nicht nur notwendig ist, die Fahrinne vor Hohe Düne zu vertiefen wegen der neuen Korvetten, sondern, Herr Thomas, dass auch eine Vertiefung Ihrer Sachkenntnis dringend, dringend erforderlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD –
Reinhardt Thomas, CDU: Herr Dr. Timm,
bei der Polizeistruktur ist das eingetroffen,
was wir Ihnen vorausgesagt haben! –
Zuruf von Bernd Schubert, CDU)

Ich habe die Sorge, dass Sie sich, wenn Sie keine Kursänderung vornehmen, festfahren, und das will hier keiner. Wir wollen nicht, dass Sie auf Grund laufen, sondern dass Sie sich vernünftig im Fahrwasser weiter bewegen, Herr Thomas.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD,
und Angelika Gramkow, PDS)

Und ich bitte Sie dringend, mitzuwirken an der Vertiefung Ihrer Sachkenntnis, dann haben Sie die beste Gewähr dafür selbst geschaffen, dass Sie nicht auf Grund laufen. Das ist wichtig.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD, Angelika Gramkow, PDS, und Gabriele Schulz, PDS)

Ich will darauf hinweisen, dass die Marine sehr gerne nach Mecklenburg-Vorpommern gekommen ist, dass sie sehr gerne hier ist und vor allem, dass sie im Zuge der Bundeswehrstrukturreform einen Personalaufwuchs erfahren hat, und zwar nicht nur in Hohe Düne. Ich denke auch an die Marine-Technik-Schule in Parow und andere Standorte.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das haben Sie zu Eggesin auch alles erzählt.)

Die Veränderung der Sicherheitsarchitektur weltweit hat natürlich zur Folge, dass die Aufgabe der Bundeswehr sich ändert, die Aufgabe der Landesverteidigung ist eine andere geworden und, Herr Kollege Ritter, hat im Bündnisfall tatsächlich die Aufgabe zur Krisenintervention und zur Konfliktprevention, meinetwegen auch am Hindukusch. Das habe ich aber nicht gesagt. Nur, das ist tatsächlich eine Aufgabe der Bundeswehr im Ganzen und demzufolge muss daran auch die Marine mitwirken.

Worum geht es im Kern? Ich glaube, ich muss es noch einmal kurz sagen, damit hier kein falscher Eindruck im Landtag entsteht. Es geht darum, dass im Zuge dieser Aufgabenveränderung der Marine eine Außerdienststellung der Schnellboote der Klasse 143, der so genannten Albatros-Klasse, bis Ende 2005 geplant ist – Herr Nieszery hat darauf hingewiesen –,

(Reinhardt Thomas, CDU: Das ist erst am 20. Februar beschlossen worden.)

dass eine Indienststellung der neuen Korvetten der Klasse 130 erfolgen soll, spätestens 2008, und dass das Personal von der einen Bootsklasse auf die andere übergeht. Dabei ist sogar ein Aufwuchs des Personals geplant.

Der Bundesverteidigungsminister Struck hat angekündigt, dass er prüft, ob er die Indienststellung der neuen Bootsklasse vorziehen kann, und zwar um ein Jahr. Das ist der Kern des Problems, nicht mehr und nicht weniger. Und, meine Damen und Herren, ich bitte die Abgeordneten des Hohen Hauses dringend, die Marine und auch die Marine-Stützpunkte in Mecklenburg-Vorpommern nicht schlechtzureden. Sie tun ihre Arbeit und wir sollten sie dabei unterstützen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Gabriele Schulz, PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Thomas?

Minister Dr. Gottfried Timm: In der Lobby gerne.

(Reinhardt Thomas, CDU: Das zu Ihrer Sachkenntnis! Ihre Rede war von unheimlicher Sachkenntnis geprägt!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Thomas, keine Äußerungen bitte. Wünschen Sie noch einmal das Wort? – Nach dem Minister hätten Sie nach Paragraph 85 der Geschäftsordnung die Möglichkeit.

(Peter Ritter, PDS: Bitte nicht!)

Das ist nicht der Fall, dann schließe ich hiermit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/262. Wer diesem

Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU auf Drucksache 4/262 bei Zustimmung der Fraktion der CDU und Ablehnung der Fraktionen der PDS und SPD abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 11:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und PDS – Entschließung zur Erklärung des Politischen Vorstandes der Konferenz Peripherer Küstenregionen Europas und zu weiteren Beschlüssen auf nationaler Ebene anlässlich des Untergangs des Öltankers „Prestige“, Drucksache 4/281.

Antrag der Fraktionen der SPD und PDS:
Entschließung zur Erklärung des Politischen Vorstandes der Konferenz Peripherer Küstenregionen Europas und zu weiteren Beschlüssen auf nationaler Ebene anlässlich des Untergangs des Öltankers „Prestige“
– Drucksache 4/281 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Jarchow. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die zeitlichen Abstände, in denen sich unser Parlament im weitesten Sinne mit dem Thema Schiffsicherheit befasst, werden immer kürzer. Anlass dazu ist leider die sich stetig verschärfende Lage der maritimen Sicherheit vor den Küsten Europas und insbesondere auf der Ostsee. Jüngstes Beispiel ist der im Februar vor dem dänischen Kattegatt auf eine Sandbank aufgelaufene Öltanker, der erst nach mehreren Versuchen und mehrmaligem Abpumpen von Öl wieder in freies Fahrwasser geschleppt werden konnte. Wieder einmal haarscharf an einer Ölkatastrophe vorbeigeschrammt! Wieder einmal Glück gehabt!

Ich muss hier nicht noch einmal ausführen, welche verheerenden Folgen eine Ölkatastrophe vor unserer Haustür für die Umwelt und die Wirtschaft unseres Landes hätte. Dies ist diesem Hohen Haus schon häufig und von der Opposition zum Teil auch sehr plastisch geschildert worden. Aber, meine Damen und Herren, das Glück kann man nicht überstrapazieren. Die Zeit läuft und die Schrotttanker, die zum Teil bereits älter als 20 Jahre sind, fahren weiterhin durch die Kadetrinne, bis zu vier Stück täglich, wie Greenpeace zusammen mit Überseelotsen während Ihrer Überwachungsaktion der Kadetrinne vor Warnemünde vom 12. Dezember 2002 bis 13. Januar 2003 beobachten mussten. Es muss gehandelt werden und es wird gehandelt, auf europäischer Ebene, auf Bundesebene und auch auf Landesebene. Das ist Grund genug für die Koalitionsfraktionen, heute den vorliegenden Antrag „Entschließung zur Erklärung des Politischen Vorstandes der Konferenz Peripherer Küstenregionen Europas und zu weiteren Beschlüssen auf nationaler Ebene anlässlich des Untergangs des Öltankers „Prestige““ einzubringen.

Wir wollen und werden die uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und uns zugänglichen Gremien nutzen, um weiterhin aktiv am Prozess der Verbesserung der maritimen Sicherheit insbesondere im Ostseeraum mitzuwirken. Dazu laden wir die CDU, mit der bei diesem Thema bisher ein Grundkonsens bestand, ausdrücklich ein. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat das Wort der Umweltminister des Landes Herr Professor Dr. Methling. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Dr. Wolfgang Methling: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 20. Februar, vor etwa drei Wochen, habe ich im Deutschen Bundestag zu aktuellen Fragen und Problemen der Schiffssicherheit gesprochen und ich habe mich dort im Bundestag wie hier bei uns zu Hause gefühlt. Die Diskussionen sind inhaltlich ziemlich übereinstimmend gewesen ebenso wie die Atmosphäre. Wir haben einen ziemlichen Gleichklang der inhaltlichen Argumente und Forderungen bei fast allen Parteien, übrigens im Bundestag sehr sachlich vorgetragen durch die FDP-Opposition, während seitens der CDU-Opposition sehr polemisch in erster Linie gegen die Bundesregierung agiert wurde. Ich denke, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern schon eine andere Situation, darüber können wir sehr froh sein.

Letztendlich gab es dann auch auf Bundesebene einen überparteilichen Konsens des Parlamentes nach zuweilen heftiger Debatte. Ich habe die Gelegenheit genutzt, auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern, auf unsere eigene Verantwortung, auf unsere Aktivitäten hinzuweisen. Dabei war natürlich darzustellen, in welchem besonderem Maße das Land Mecklenburg-Vorpommern abhängt von einer hohen Schiffssicherheit sowohl für den Tourismus als auch für die Bereiche der maritimen Wirtschaft, für die sensible Natur, die Ostseeküste, die Boddengewässer. Und ich habe darüber informiert, dass für die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und für das Parlament, für unseren Landtag, dieser Gegenstand prioritär ist und dass wir uns sehr oft damit beschäftigen.

Ich will die einzelnen Gefährdungen, denen wir ausgesetzt sind, hier nicht darstellen. Sie ergeben sich aus den Schiffsverkehren, aus der Größe der Schiffe, aus der Besonderheit der Kadetrinne als Nadelöhr. Die meisten Seeunfälle, die passiert sind in den letzten 10 Jahren, 22 an der Zahl, ereigneten sich in der Kadetrinne. Ich habe auch darauf hingewiesen, und das will ich hier an dieser Stelle auch noch einmal tun, dass über alle Schiffsunfälle sehr eifrig diskutiert wird.

Wir sprechen weniger über die täglichen Sünden – Öl, das abgelassen wird, Dieseldämpfe, die sich auf der Ostsee bewegen, die man besonders gut bei Sonnenschein sieht –, die wir gar nicht zur Kenntnis nehmen, die aber von der Menge her eine erhebliche Belastung des Wassers und der Luft darstellen und ökologisch sehr bedenklich sind.

Die Hauptursachen für Schiffsunfälle sind, das wissen wir, menschliches Versagen, Mängel in der Schiffsführung und technische Mängel im Zustand der Schiffe. Bisher haben wir – Herr Jarchow hat das gesagt, ich habe das auch des Öfteren gesagt – ein Riesenglück gehabt, aber Wunder geschehen nicht täglich. Und insofern müssen wir, wenn die Gefährdungssituation anhält, auch damit rechnen, dass dieses Wunder einmal ausbleibt und die

Winde anders wehen. Deswegen haben wir, auch ich persönlich, in diesem Hohen Hause – und ich denke, alle wissen das – ständig Vorschläge und Forderungen an den Bund, an die Europäische Union, an den Europarat, HELCOM, die Baltischen Länder und die IMO gerichtet. Ich beginne mit der Aufzählung bei den Doppelhüllentankern, über die Lotsenpflicht bis hin zur Installation des AIS- und Radarsystems. Die Meldepflicht, strenge Hafenstaatenkontrollen, Nothafenkonzepte und andere Dinge sind von uns thematisiert worden.

Wir können uns vielleicht darüber freuen, dass manche dieser Forderungen schneller umgesetzt werden, wenn es zu Havarien kommt. Aber eigentlich ist es makaber, dass höherrangige Regelungen erst dann erreicht werden, wenn es zu Havarien kommt. Aber das ist ja nicht nur bei der Schiffssicherheit so, das ist in anderen Bereichen auch so, dass Havarien zum Nachdenken zwingen und dann entsprechende Folgerungen auslösen. Der letzte Anlass, Herr Jarchow hat das gesagt, war das Stranden, das mehrfache Auf-Grund-Laufen der „Acushnet“ vor der dänischen Küste. Es war schon erstaunlich, dass dieses Schiff im Grunde genommen dreimal festlaufen konnte, und dabei war auch kein Lotse an Bord.

Ich denke, wir haben ebenfalls Anlass, heute letztendlich, bei allen Problemen, die wir damit gehabt haben, der Bundesregierung zu danken, dass sie sich in der letzten Zeit doch sehr konsequent für die Umsetzung der Empfehlungen der Grobecker-Kommission eingesetzt hat und auch internationale Aktivitäten entwickelt hat, um die notwendige Umsetzung in diesen Gremien zu finden. Letztendlich sind wir uns darüber einig, wir gehen im Allgemeinen kleine Schritte und diese auch sehr langsam und eigentlich muss man damit unzufrieden sein, dass die Größe der Schritte und das Tempo nicht unseren Anforderungen entsprechen. Ich will daran erinnern, dass manche Diskussion mit der Bundesregierung auch nicht gerade leicht war. Die Lotsenannahmepflicht, die in Mecklenburg-Vorpommern sehr deutlich artikuliert worden ist, ist zunächst von der Bundesregierung nicht akzeptiert worden, inzwischen aber in die internationalen Gremien getragen worden und wir haben auch Fortschritte erreicht.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass der Föderalismus in Deutschland es sowohl den Bundesländern als auch der Bundesregierung nicht immer leicht macht, gemeinsames Handeln zu entwickeln. Das eklatanteste Beispiel ist das so genannte Havariekommando. Das Havariekommando ist nach vielen Diskussionen zustande gekommen, zum 01.01. dieses Jahres installiert worden. Ich war am 03.01. in Cuxhaven und konnte mich von der Arbeitsfähigkeit überzeugen. Ich bin auch nach dieser Inspektion davon überzeugt, dass dieses Havariekommando mehr bewirken kann, als wir bisher in unseren Strukturen verankert haben.

Die Umweltminister der Küstenländer und des Bundes haben sich immer aktiv in die Diskussion eingebracht und ich denke, dass wir das auch in entsprechendem Maße getan haben, zuletzt mit der Nieklitzer Erklärung der Umweltministerkonferenz der Nordländer. Die Nieklitzer Erklärung vom 4. Dezember 2002 wurde auch von Ihnen in Ihren Antrag aufgenommen. Dafür darf ich mich sehr herzlich bedanken, weil es das Agieren des Bundesumweltministers beziehungsweise der Landesumweltminister widerspiegelt.

International, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir das Problem, dass es sehr unterschiedliche

wirtschaftliche Interessen von Staaten, von Reedereien, von Häfen gibt, und dieses macht es schwer, Vereinbarungen zu erzielen, und noch schwerer, diese umzusetzen. Ich hatte Gelegenheit mit dem russischen Verkehrsminister darüber zu sprechen, und habe deutlich gemerkt, dass es dort unterschiedliche Positionen gibt. Auch die Gespräche in Litauen haben deutlich gemacht, dass es zum Teil unterschiedliche Herangehensweisen gibt, und das macht es eben so schwierig, zahlreiche Forderungen, die wir alle für vernünftig halten, umzusetzen. Das schließt die Gefahr ein, dass wir jeweils einen Kompromiss erzielen in den Gesprächen, einen Kompromiss auf der Basis des kleinsten Nenners, auf den man sich einigen kann, und dieses ist in aller Regel nicht ausreichend.

In der Diskussion entsteht manchmal der Eindruck, dass wir in Deutschland besonders vorbildlich seien in Europa und die anderen hätten alle Handlungsbedarf. Ich will aber bei dieser Gelegenheit feststellen, dass wir auch nicht nur gut sind, weder in Deutschland noch in Europa, sondern dass es auch dort Bedarfe gibt, auf die die anderen verweisen. Manchmal habe ich den Eindruck, es gibt sogar richtige Feindbilder, die man dabei bedienen kann. Ich würde sagen, jeder sollte vor seiner Haustür die Schularbeiten machen und die anderen dann auf dieser Basis auf ihre Versäumnisse hinweisen. Ich denke, dann wird es uns auch gelingen, Fortschritte zu erzielen auf den Gebieten, die uns so wichtig sind. Das ist die schnellere Ausmusterung der Einhüllenschiffe, und zwar nicht erst im Jahre 2015, wie es jetzt vorgesehen ist, sondern nach meinem Vorschlag zum Beispiel 2010. Das ist die tatsächliche Anwendung der Lotsenannahmepflicht, denn bisher gibt es dringende Empfehlungen, aber keine kategorische Pflicht. Das sind die Hafenstaatenkontrollen, die entsprechend durchzuführen sind. Auch dort erfüllt Deutschland nicht die Anforderungen von 25 Prozent, sondern liegt bei 22 Prozent. Dort haben wir also auch noch Nachholbedarf. Das ist das Nothafen- beziehungsweise Notliegeplatzkonzept. Dazu ist es notwendig, dass die Häfen auch die entsprechende Bereitschaft haben, es umzusetzen. Wir haben einen Schwerpunkt in der Schiffsführung und der Schiffsüberwachung, der ein vielfältiges Mitwirken erforderlich macht. Wir haben den Untersuchungsumfang zu erhöhen bei unternormigen Schiffen. Es ist von allen anerkannt, dass das sein müsste. Neuerdings haben wir auch hinzuweisen auf die Eisklassen – Schiffe, die in der Ostsee nur fahren dürfen, wenn man in Gewässer kommt, die zugefroren sind. Wir haben durch die zahlreichen Probleme, durch die unterschiedlichen Interessen auch Schwierigkeiten bei der Ratifizierung von erzielten Vereinbarungen und das macht es dann eben zu einem langwierigen Prozess.

Ich darf die Gelegenheit unserer Debatte hier nutzen, auf Fortschritte hinzuweisen, die wir in den letzten Monaten für Mecklenburg-Vorpommern erzielen konnten. Das ist die AIS-Ausrüstung in Rostock-Warnemünde, die Bereitstellung weiterer Schleppkapazitäten in Warnemünde und Saßnitz, die Indienststellung des Mehrzweckölbekämpfungsschiffes „Strelasund“. Nach vielen Schwierigkeiten, die auch öffentlich thematisiert worden sind, kann ich mitteilen, dass dieses Schiff nun fertig ist, dass es übergeben ist und dass wir, sobald wie möglich, wenn die Eissituation es erlaubt, dieses Schiff auch nutzen können.

Wir arbeiten daran, Notliegeplätze in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung zu stellen. Der Wirtschaftsminister ist dabei, Abkommen vorzubereiten mit kommunalen

Hafenbetreibern. Dies ist außerordentlich wichtig, weil manche Häfen sich doch dieser Aufgabe verweigern. Ich habe mit großem Interesse zur Kenntnis genommen, dass beispielsweise Lübeck der Auffassung ist, dass dieser Hafen absolut ungeeignet ist, in Not geratene Schiffe aufzunehmen. Wenn alle Häfen diese Meinung vertreten, dann kommen wir nicht zu Notliegeplätzen. Also muss es dafür entsprechende Schritte geben. Das setzt natürlich voraus, dass die Interessen der Häfen dabei beachtet werden und dass man auch über die Finanzierung spricht, wenn es denn zu Belastungen der Häfen kommt.

Ich hoffe, dass wir gemeinsam – und wenn ich sage, gemeinsam, dann meine ich Bund und Länder, aber auch Regierungen und Parlamente – Fortschritte erzielen können im Land und dass wir auch dazu beitragen können, dass international fortschrittliche Vereinbarungen erarbeitet und umgesetzt werden, und zwar innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Wir wollen höhere Sicherheitsstandards, wir wollen effizientere Kontrollen. Da sind wir zwar auf gutem Wege, aber der Weg ist andererseits noch lang.

Ich denke, dass wir dann besonders gut vorankommen, wenn die Parlamente sich noch stärker in die Diskussionen einbringen. Ich bin dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern sehr dankbar, dass er sich stets sehr aktiv eingebracht hat. Daran haben handelnde Personen ihren Anteil und ich darf das heute auch noch einmal Revue passieren lassen. Herr Dr. Klostermann war einer der Aktivisten, Herr Thomas, den ich im Moment nicht sehe, war einer der Aktivisten und ich darf auch Frau Muth nennen, die in ihrer Zeit als Abgeordnete sehr viel dazu beigetragen hat. Herzlicher Dank soll auch hier dem Landtag gesagt werden für sein Agieren, denn Sie haben auch international eine entsprechende Rolle übernommen. Der heutige Antrag, den Sie vorlegen, zeugt von dieser Verantwortung, die Sie wahrnehmen. Sie wollen im Grunde genommen die Beschlüsse, die gefasst worden sind, durch Ihren Beschluss heute bestätigen, Sie wollen sie unterstützen.

Ich darf mir erlauben, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluss weitere Vorschläge zu nennen, die wir in der Diskussion in den verschiedenen Gremien thematisieren sollten:

Ich will darauf hinweisen, dass es aus unserer Sicht, zumindest aus der Sicht des Umweltministeriums, richtig und wichtig wäre, dass wir erstens dazu kommen, dass die Einzeltanks in den Tankschiffen kleiner werden. Sie sind mit der Zeit immer größer geworden. Das ist aber auch ein größeres Risiko, wenn ein solcher Tank verletzt wird. Also kleinere Einzeltanks sind erforderlich.

Zweitens meine ich, dass wir konsequentere Kontrollen auf See brauchen durch zuständige Behörden. Es kann nicht so sein, dass diese Kontrollen von Greenpeace in erster Linie durchgeführt werden, sondern das müssen die zuständigen Behörden sein, die diese Kontrollen durchführen.

Drittens meine ich, es muss härtere Strafen bei Verstößen geben. Man darf nicht gewissermaßen nur mit dem Finger drohen, sondern es muss auch Strafen geben, die selbstverständlich international abgesichert werden müssen.

Und viertens möchte ich darauf hinweisen, dass es sicherlich auch ein Weg ist, über höhere Versicherungs-

beiträge bei Schiffen, die weniger Prävention leisten, etwas zu erzielen. Oder positiv ausgedrückt, wir brauchen ein Bonussystem für Schiffe, die vorbildlich sind, und ein Malussystem für Schiffe, die eben nicht so vorbildlich sind.

Diese Vorschläge wollte ich noch einmal benannt haben, weil sie nicht Gegenstand Ihres Antrages sind, mir sind sie aber sehr wichtig. Ich hoffe auf weitere erfolgreiche Zusammenarbeit. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gemäß Paragraph 85 Absatz 1 der Geschäftsordnung hat die Fraktion der CDU damit vier Minuten mehr Redezeit.

Frau Holznagel, Sie sind die Nächste. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Renate Holznagel, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Ostsee ist nicht nur ökologisch sensibel, sondern sie ist das Schönste, was unser Land hat.

(Beifall Dr. Ulrich Born, CDU –
Minister Dr. Till Backhaus: Das
Schönste sind die Menschen.)

Und deswegen bin ich eigentlich sehr froh, dass wir zu diesem Thema hier heute wieder debattieren.

Am 11. Dezember des vergangenen Jahres haben wir hier eine Entschließung zur Umsetzung von Beschlüssen der 11. Ostseeparlamentarierkonferenz verabschiedet. Der heutige Entschließungsantrag ist ähnlich und von seiner Bedeutung ebenso wichtig. Allerdings bleibt zu hinterfragen, welches Ziel mit dem vorliegenden Antrag verfolgt werden soll. Sicher ist es wichtig, Beschlüsse internationaler Konferenzen mit Landtagsbeschlüssen zu bestätigen und zu untersetzen. Da der Landtag Mecklenburg-Vorpommern seit 1999 selbst vollwertiges Mitglied der Konferenz Peripherer Küstenregionen Europas ist, drängt sich die Frage auf, inwieweit es notwendig ist, die Beschlüsse und Erklärungen des Gremiums, die man als Mitglied mitgetragen hat, sogar Anträge eingebracht hat, nochmals im Landtag zu erörtern. Ich führe das in dieser Art und Weise aus, meine Damen und Herren, damit Sie verstehen, warum einige Abgeordnete der CDU-Fraktion Probleme hatten, hier einen interfraktionellen Antrag mitzutragen.

Meine Damen und Herren, wie ich bereits erwähnte, hat sich der Landtag Mecklenburg-Vorpommern in den zurückliegenden Jahren intensiv mit den Fragen der maritimen Sicherheit auseinander gesetzt. Wir haben es gehört, wir haben bisher immer Glück gehabt. Und ich finde, es ist auch sehr gut, sich intensiv auseinander zu setzen, damit es nicht bei uns zu Havarien kommt. Ob nun im Rahmen von Landtagsdebatten, der Erstellung von Gutachten oder der Ausrichtung der Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald, immer wurden Wege zur Verbesserung der maritimen Sicherheit erörtert und auch Forderungen gestellt. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass das internationale Seerecht die nationalen Handlungsmöglichkeiten im Interesse eines weitreichenden Schutzes der Ostsee stark beschränkt. Deshalb freue ich mich, heute in der Presse zu lesen, dass der Bundesumweltminister Herr Trittin sich jetzt hier in engagierter Art und Weise vorwagt

und sich einbringen will. Ich glaube, das ist sehr wichtig, denn es geht auch hier wirklich um klare Zuständigkeiten, es geht um die Durchsetzung der Forderungen und auch darum, dass die Beschlüsse der internationalen Konferenzen umgesetzt werden, nicht nur bei uns in Mecklenburg-Vorpommern, sondern bei allen Ostseeanrainerstaaten.

Einigkeit besteht darüber, dass Maßnahmen zur Verbesserung des Ostseeschutzes zum Tragen kommen müssen. Das wissen wir. Das ist aber oft schon der kleinste gemeinsame Nenner, auf den man sich in internationalen Gremien einigen kann, und das ist sicherlich ein Problem, weil wir alle mehr wollen. Sicher gibt es hier auch sehr große Fortschritte, das möchte ich wirklich nicht verkennen. Aber ich muss hier dem Minister zustimmen und sagen, Herr Professor, Sie haben Recht, die täglichen Probleme sind es, die wir mehr beachten müssen. Und wegen dieser täglichen Probleme passieren dann auch oft die Havarien, die wir ja vermeiden wollen. So bleibt zu hinterfragen, inwieweit es hilfreich ist, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern die Vorschläge des politischen Büros der KPKR durch einen Landtagsbeschluss unterstützt, oder inwieweit die Forderungen des Deutschen Bundestages oder der Umweltministerkonferenz Norddeutschlands zur Sicherheit des Seeverkehrs mit Öltankschiffen durch einen Beschluss dieses Hohen Hauses nachhaltig unterstützt werden können.

Ich will das hier nicht negativ diskutieren, sondern eigentlich mehr positiv. Ich würde mir hier mehr wünschen. Und diese Ungeduld werden Sie vielleicht auch verstehen. Obwohl man die Punkte 1, 2 und 3 des vorliegenden Antrages durchaus mittragen kann, ich sage sogar, muss, sind meines Erachtens die Punkte 4 und 5, die die Arbeit des Landtages und seiner Gremien betreffen, schon getan. Ich kann nur betonen, dass der Umweltausschuss sich in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich und mit hoher Aufmerksamkeit dem Thema maritime Sicherheit im Ostseeraum gewidmet hat und dies auch in Zukunft so halten wird.

Die unter Punkt 5 des vorliegenden Antrags formulierte Aufforderung der Landesregierung, den Landtag bis zum 31. Mai über die laufenden und geplanten Aktivitäten der Landesregierung sowie Entwicklungen auf allen Gebieten der Zusammenarbeit im Ostseeraum zu unterrichten, ist eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren Abgeordneten. Das muss ich hier so deutlich machen. Wir haben es laufend im Umweltausschuss debattiert und deswegen bedarf es dieses Beschlusses eigentlich nicht, denn laut Artikel 39 unserer Landesverfassung und Paragraph 21 der Geschäftsordnung des Landtages steht dem Landtag dieses Recht auch ohne Landtagsbeschluss zu. Aber ich kann natürlich auch verstehen, dass man mit diesem Beschluss es noch einmal deutlich machen soll.

Meine Damen und Herren, dem vorliegenden Antrag ist durchaus wirklich zuzustimmen und er ist zu begrüßen. Aber ich möchte es hier wirklich auch noch einmal deutlich machen, dass das Wichtigste ist, die Erklärung der Peripheren Küstenkonferenz hier zu unterstützen. Dennoch ist das meines Erachtens – und das gilt für viele Mitglieder meiner Fraktion – nicht weit genug, nicht weitreichend genug. Wir haben von den Forderungen gehört und ich denke, es ist ganz wichtig, dass die Kontrolle dieser Forderungen, die Umsetzung der täglichen Probleme forciert werden muss, um vorzubeugen. Ich kann hier eigentlich nur deutlich sagen, dass meine Vorredner es genauso

ausgedrückt haben, und insofern denke ich, dass auch durch den Workshop, der zurzeit ja in Rostock stattfindet, vielleicht noch Weichen gestellt werden, international weiterzukommen mit diesem wichtigen Thema, damit wirklich unsere Ostseeküste so schön bleibt, wie sie jetzt ist.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und ich hoffe, dass Sie verstehen, dass einige Abgeordnete mit einem interfraktionellen Antrag hier diese Probleme hatten. Deswegen glaube ich aber, dass schon eine große Mehrheit für diesen Antrag entstehen wird. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Holznagel.

Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Schwebs für die Fraktion der PDS.

Birgit Schwebs, PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sicherheit der Schifffahrt auf den Weltmeeren im Allgemeinen und auf der Ostsee im Besonderen ist aus der Sicht unseres Landes wie nur wenige Themen geeignet, das alte Sprichwort zu bemühen – und das ist vielleicht auch eine Antwort auf die rhetorischen Fragen von Frau Holznagel –, wonach nämlich die Wiederholung die Mutter der Weisheit ist. Dem einen oder anderen wird das Erscheinen eines Schiffssicherheitsantrages auf der Tagesordnung dieses Parlaments ein unverständliches Kopfschütteln entlocken, nicht, weil er die Ideen nicht versteht, sondern weil er das Gefühl entwickelt hat, dass keine Sitzung mehr ohne zu vergehen scheint. Aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, wir sollten es uns nicht ersparen, Fragen der maritimen Sicherheit gebetsmühlenartig wieder und wieder zu thematisieren.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Gestern und heute Vormittag, meine Vorredner haben es erwähnt, fand in Warnemünde ein Workshop der HELCOM statt, an dem ich teilgenommen habe. In diesem Workshop haben Fachleute aus der Praxis, aus Behörden, aus NGOs, aus den Ostseeanrainerstaaten und Vertreter der IMO über die Sicherheit der Schiffe auf der Ostsee unter verschiedenen Aspekten diskutiert. Dass dieser Workshop hier in Mecklenburg-Vorpommern in Warnemünde stattfand, zeigt zweierlei:

zum Ersten, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern – und damit meine ich die Regierung und das Parlament unseres Landes – auf diesem Gebiet ein akzeptierter Partner ist,

und zum Zweiten, dass ein über die Ostseeparlamentarierkonferenz erworbener Beobachterstatus auch verpflichtet, nämlich zu kontinuierlicher und zu konstruktiver Arbeit an dieser Problematik.

Der Unfall der „Prestige“ hat uns einmal mehr deutlich gemacht, dass es auf diesem Gebiet keinen Zustand gibt, der uns zufrieden abwarten lässt. Vielmehr ist dieser Unfall wiederum als Mahnung zu verstehen, in unseren Anstrengungen nicht nachzulassen. Und er ist auch, wenn Sie es so wollen, die wiederholte gelbe Karte an die für die Sicherheit der Schifffahrt auf der Ostsee Verantwortlichen.

Da wir den Wert einer halbwegs intakten Natur mitunter schlecht kalkulieren können, seien noch einige Zahlen

dieser Mahnung hinzugefügt, die vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft veröffentlicht wurden. Die aufwendige Reinigung einer ölverdrehten Küste kostet demnach bis zu 300.000 Euro pro Tonne. Und zur Erinnerung: Bei der Havarie der „Prestige“ liefen mindestens 20.000 Tonnen giftiges Schweröl aus. Und zudem liegen heute noch weitere 57.000 Tonnen auf dem Meeresgrund. Wer die Kosten im Falle der Katastrophe der „Prestige“ bezahlen wird, ist angesichts unzureichender Haftpflichtversicherungssysteme noch völlig offen. Und wenn man jetzt jedoch die Kosten summiert, die sich bis zum heutigen Tage aus dem Unglück der „Prestige“ ergeben haben, landen einige Schätzungen bereits bei einer Größenordnung von 20 Milliarden Euro.

Meine Damen und Herren, innerhalb des Workshops wurden verschiedene Probleme diskutiert, die ich nur mit Stichworten an dieser Stelle benennen will. Da sind zum Beispiel PSSA, Wirksamkeit und Vernetzung des AIS-Systems, Regeln für einen sicheren Schiffsverkehr im Eis, Doppelhüllentanker und extra ausgewiesene Wasserstraßen für diese durch die Kadettrinne oder durch die ganze Ostsee, Lotsenannahmepflicht und Hafenstaatenkontrolle. Aber drei Problemkreise wurden immer wieder thematisiert. Und deshalb möchte ich etwas ausführlicher auf diese Problemkreise eingehen. Sie wurden nämlich nicht nur in den Diskussionen, sondern auch bei den Diskussionen am Rande der Konferenz auf den Fluren geführt.

Da ist zum Ersten die Lotsenannahmepflicht für Schiffe mit gefährlicher Fracht ab einer bestimmten Größe in definierten Gebieten.

Sie wissen, meine Damen und Herren, dass wir in den nächsten Jahren mit einer erheblichen Zunahme der Seetransporte auch von Ölprodukten in der Ostsee zu rechnen haben. Ebenso wird Ihnen gewärtig sein, dass die Ölhäfen der Zukunft in Russland und im Baltikum liegen, wo der Ausbau der Terminalkapazitäten auf Hochtouren läuft. Neben einigen Häfen am Nordpolarmeer und am Schwarzen Meer bilden die Ostseehäfen die einzigen seeseitigen Zugänge zu den westlichen und zu den zentralen Teilen Russlands. Dabei spielen die Häfen der baltischen Staaten mit ihrer Transitfunktion aufgrund ihrer geostrategischen Lage für Russland eine beträchtliche Rolle.

Insofern möchte ich einen Aspekt des Ihnen vorliegenden Antrages nochmals hervorheben. Gemeint ist die Einbeziehung Russlands und der baltischen Staaten in die Bemühungen zur Erhöhung der maritimen Sicherheit. Auch zur Stärkung eines neuen Ostseebewusstseins halten wir es für vordringlich, dass mit den EU-Beitrittsländern des Ostseeraumes eine vorzeitige Übernahme der mit den „Erika“-Paketen getroffenen Maßnahmen vereinbart wird.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Noch sind die Russen skeptisch gegenüber der Lotsenannahmepflicht, weil sie wirtschaftliche Nachteile befürchten. Gerade deshalb müssen sie immer wieder in die Diskussionen und in die Verhandlungen eingebunden werden.

Die anderen beiden Diskussionspunkte möchte ich nur noch kurz beschreiben. Immer wieder betonten die Fachleute – und der Minister hat vorhin auch darauf verwiesen –,

dass 80 Prozent der Unfälle auf See auf menschliches Versagen zurückzuführen sind. – Ich komme dann auch zum Schluss. – Dem kann und muss natürlich vorgebaut werden, indem man zum Beispiel standardisierte und verbesserte Ausbildung für Besatzungen einführt, mit regelmäßigem Notfalltraining für die Besatzungen oder indem wenigstens Offiziere und Mannschaften eine gemeinsame Sprache sprechen, so dass Kommandos verstanden werden können.

(Beifall Karsten Neumann, PDS)

Also die Rolle der Mannschaften ist eine sehr bedeutende bei der Schifffahrt.

Und dann möchte ich abschließend noch einmal auf den Tanker „Prestige“ zurückkommen. Wie Sie wissen, ist der Tanker aus Russland gekommen und er hätte zu jedem Zeitpunkt und an jedem Ort in der Ostsee auseinander brechen können. In welchen Hafen wäre der Tanker wohl geschleppt worden auf der Ostsee? Wo sind die Notliegeplätze?

Nach Schätzungen von Greenpeace durchquert mindestens einer der Seelenverkäufer, also die wirklich am Auseinanderbrechen sind pro Tag, die Ostsee. Im Notfall müsste aber ein havariierter Tanker auf einen Notliegeplatz verbracht werden, um Kollisionen zu verhindern, um eventuell auslaufendes Öl aufzufangen oder andere Schutzmaßnahmen einzuleiten. Und die Forderung nach einer zügigen Erarbeitung eines abgestimmten Nothafenkonzeptes war ebenfalls nicht zu überhören. Und deshalb, meine Damen und Herren, bin ich der Meinung, dass wir uns im Umweltausschuss speziell mit dieser Problematik über die Dauer dieser Legislaturperiode noch öfter und intensiver beschäftigen werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Schwebs, auch wenn es kurz manchmal etwas länger ist.

Jetzt hat das Wort der Abgeordnete Herr Jarchow für die Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Hans-Heinrich Jarchow, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde will ich hier nicht noch einmal alle die in der Erklärung des Politischen Büros der Konferenz Peripherer Ostseeküstenregionen Europas genannten Festlegungen, Erinnerungen, Vorschläge und Wünsche zur Verbesserung der maritimen Sicherheit aufführen. Sie liegen Ihnen vor und finden unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Man darf hier aber schon noch einmal erwähnen, dass sich in dieser Erklärung auch Vorschläge des Landtages Mecklenburg-Vorpommern widerspiegeln und die Einflüsse der Arbeit unserer Teilnehmer an der Ostseeparlamentarierkonferenz in Greifswald und St. Petersburg ihren Niederschlag finden, wohlgemerkt, auch die der CDU-Fraktion. Umso verwunderlicher und umso bedauerlicher ist die Tatsache, dass die CDU-Fraktion dieser als interfraktionellen Antrag angelegten Entschließung die Unterschrift verweigert hat.

(Volker Schlotmann, SPD: Hört, hört!)

Oder können die Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion die Forderungen des Deutschen Bundesta-

ges in seinem Beschluss vom 19. Dezember 2002 zum Thema „Schiffssicherheit verbessern – Ölkatastrophen vermeiden“ nicht unterstützen, worin die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wird:

erstens in der internationalen Seeschifffahrtsorganisation IMO und der EU auf ein beschleunigtes weltweites beziehungsweise EU-weites Verbot des Transportes von Schweröl mit Einhüllentankern zu drängen,

zweitens gefährliche Bereiche der Ostsee, zum Beispiel der Kadetrinne, in Sonderzonen einzurichten, in denen sich Schiffe, vor allem Öltanker, nicht mehr ohne Seelotsen bewegen dürfen

und drittens sich auf europäischer und internationaler Ebene für die zügige Umsetzung der Einrichtung von Nothäfen und Liegeplätzen für havarierte Schiffe an strategisch wichtigen Stellen einzusetzen.

Wenn das so ist, meine Damen und Herren von der Opposition, ich denke, dann sagen Sie das auch der Öffentlichkeit. Oder wollen Sie der auch von Ihrem Hamburger CDU-Kollegen Kemtes unterschriebenen anlässlich der Umweltministerkonferenz Norddeutschland am 04.12.2002 in Nieklitz abgegebenen Nieklitzer Erklärung zur Sicherheit des Seeverkehrs mit Öltankschiffen Ihre Unterstützung verweigern?!

Meine Damen und Herren von der CDU, sachliche Gründe können nicht zu Ihrer Verweigerungshaltung geführt haben. Hier wird offensichtlich aus populistischen Gründen der Grundkonsens der bisher bei diesem für unser Land so bedeutsamen Thema im Landtag bestanden hat, von Ihnen aufgekündigt. An dieser Stelle lässt sich trefflich bewerten, was Ihr Wille zu kooperativer Zusammenarbeit wert ist, Herr Rehberg. Ich fordere Sie auf: Kehren Sie zum gemeinsamen Handeln in Fragen der Schiffssicherheit zurück! Machen Sie es wie Ihre CDU-Kolleginnen und -Kollegen im Deutschen Bundestag, die am 20. Februar 2003 in Kenntnis des Berichtes der Bundesregierung auf Drucksache 14/9487 einer Entschließung zur maritimen Sicherheit auf der Ostsee einstimmig zugestimmt haben. Stimmen Sie dieser Vorlage, dieser Entschließung zu! – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/281. Wer dem vorliegenden Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und PDS auf Drucksache 4/281 mit Zustimmung der Fraktionen der SPD, PDS und CDU bei einer Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Donnerstag, den 13. März 2003, 9.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18.15 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Norbert Baunach, Sigrid Keler, Wolfgang Riemann und Dr. Henning von Storch.

Alphabetisches Namensverzeichnis

**der Abgeordneten, die an der Wahl des vom Land
zu benennenden Mitglieds im Beirat nach § 39 Abs. 1
des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheits-
dienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
(Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) teilgenommen haben**

– Drucksache 4/245 –

1. Ankermann, Michael	CDU	34. Neumann, Karsten	PDS
2. Dr. Backhaus, Till	SPD	35. Dr. Nieszery, Norbert	SPD
3. Dr. Bartels, Gerhard	PDS	36. Peters, Angelika	SPD
4. Bluhm, Andreas	PDS	37. Petters, Andreas	CDU
5. Borchert, Rudolf	SPD	38. Polzin, Heike	SPD
6. Dr. Born, Ulrich	CDU	39. Prachtl, Rainer	CDU
7. Bretschneider, Sylvia	SPD	40. Rehberg, Eckhardt	CDU
8. Brick, Martin	CDU	41. Renz, Torsten	CDU
9. Brodkorb, Mathias	SPD	42. Ringguth, Wolf-Dieter	CDU
10. Dr. Bunge, Martina	PDS	43. Dr. Ringstorff, Harald	SPD
11. Caffier, Lorenz	CDU	44. Ritter, Peter	PDS
12. Dankert, Reinhard	SPD	45. Schildt, Ute	SPD
13. Fiedler, Kerstin	CDU	46. Schlotmann, Volker	SPD
14. Friedrich, Holger	SPD	47. Schlupp, Beate	CDU
15. Friese, Siegfried	SPD	48. Schmidt, Karin	PDS
16. Glawe, Harry	CDU	49. Schubert, Bernd	CDU
17. Gramkow, Angelika	PDS	50. Schulte, Jochen	SPD
18. Heydorn, Jörg	SPD	51. Schulz, Gabriele	PDS
19. Holznagel, Renate	CDU	52. Schwarz, Thomas	SPD
20. Dr. Jäger, Armin	CDU	53. Dr. Seemann, Margret	SPD
21. Jarchow, Hans-Heinrich	SPD	54. SELLERING, Erwin	SPD
22. Kokert, Vincent	CDU	55. Skrzepski, Gesine	CDU
23. Koplin, Torsten	PDS	56. Strenz, Karin	CDU
24. Krumbholz, Bodo	SPD	57. Thomas, Reinhardt	CDU
25. Liskow, Egbert	CDU	58. Dr. Timm, Gottfried	SPD
26. Lochner-Borst, Ilka	CDU	59. Timm, Udo	CDU
27. Lohse, Frank Ronald	SPD	60. Vierkant, Jörg	CDU
28. Lück, Regine	PDS	61. Volland, Angelika	SPD
29. Mahr, Beate	SPD	62. Walther, Gerd	PDS
30. Mohr, Klaus	SPD	63. Wiebensohn, Lilly	SPD
31. Monegel, Hannelore	SPD	64. Wien, Alexa	PDS
32. Müller, Detlef	SPD	65. Dr. Zielenkiewitz, Gerd	SPD
33. Müller, Heinz	SPD		